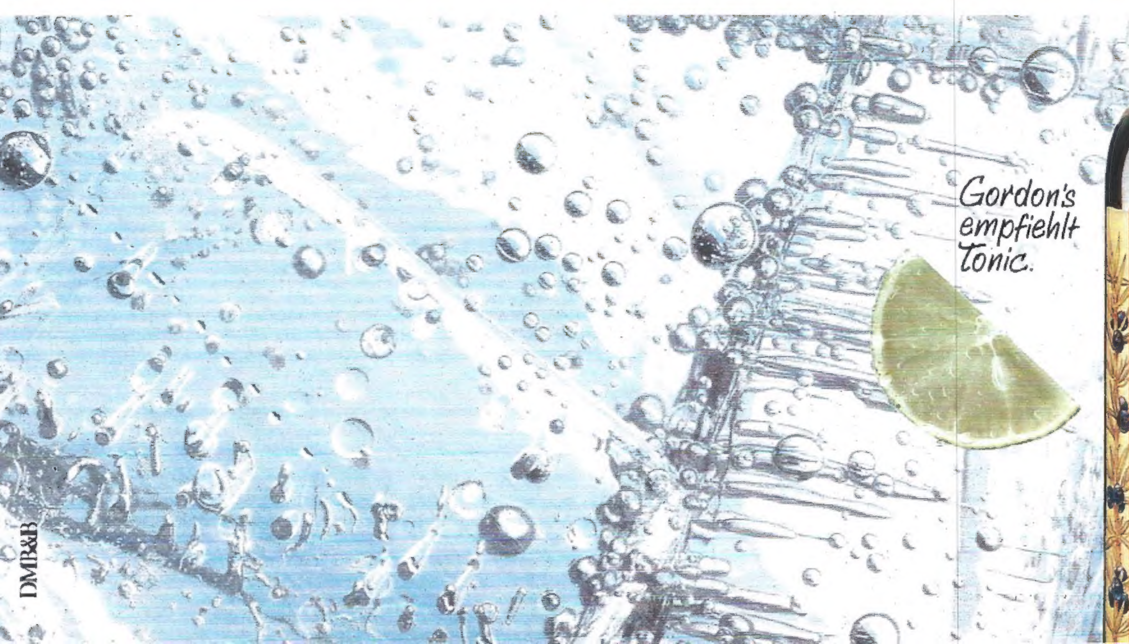
DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 31 / 45. Jahrgang
29. Juli 1991
4,50 DM



GORDON'S.

EINE ERFRISCHENDE BEGEGNUNG.





DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung Betr.: Titel

Ob er in Deutschland Krebspräparate auftreiben und nach Vietnam schicken könne, wurde SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben im Saigoner Frauenkrankenhaus gefragt. Den Ärzten waren die Medikamente ausgegangen, an Geld fehlte es ihnen auch. Zwei Wochen später waren zwei ihrer Patientinnen an Krebs gestorben. Die Frauen stammten aus Provinzen, die während des Vietnamkrieges mit der dioxinhaltigen Chemiewaffe "Agent Orange" besprüht worden waren.

Aus drei Kontinenten hat Schnibben die Fakten für seine Reportage über das Weltgift Dioxin zusammengetragen. Er schreibt die Leidensgeschichte fort, mit der sich der SPIEGEL nach dem Unfall von Seveso immer wieder in Reporten und Serien beschäftigt hat. Jetzt zugängliche Pentagon-Papiere, Akten der Chemiefirmen Dow Chemical und Boehringer sowie Gespräche mit Opfern und Tätern konnte Schnibben auswerten, um die Geschichte des Ultragiftes, dessen Anwendung als Waffe und die Vertuschung ihrer Folgen zu rekonstruieren.

Betroffen, wenn auch am Rande, ist Richard von Weizsäcker. Als Mitglied der Boehringer-Geschäftsführung und Mitinhaber trug der heutige Bundespräsident Verantwortung in einem Unternehmen, das seine Arbeiter


Schnibben im Saigoner Frauenkrankenhaus

ungeschützt dem Dioxin aussetzte, die Aufsichtsbehörden bewußt täuschte, Mülldeponien wissentlich verseuchte und an der Entlaubung Vietnams beteiligt war.

Über Produktion und Absatz der Firma habe er "nur spärliche Kenntnisse" gehabt, ließ Richard von Weizsäcker dem SPIEGEL mitteilen. Über die katastrophalen Arbeitsbedingungen im Werk sei er "nicht in der Lage, Verwertbares zu sagen", da ihm "über diese Dinge bis zu seinem Ausscheiden weder schriftlich noch mündlich je berichtet worden" sei. Als Personalvorstand habe er sich "auf die Personalführung und -gewinnung im oberen Firmenbereich" konzentriert.

Cordt Schnibbens zweiteilige Reportage "Das war der Tod persönlich" beginnt auf Seite 102.

INHALT

Kronprinz Schäuble

Seite 18

Innenminister Wolfgang Schäuble will trotz seiner Behinderung den Fraktionsvorsitz der CDU/CSU von Alfred Dregger übernehmen und von dort aus das Profil der Union schärfen. Fraglich aber ist, ob er – wie Helmut Kohl wünscht – als Nachfolger des Kanzlers gelten kann. Zu den gesundheitlichen Risiken kommt die Ungewißheit, ob es nach Kohl wieder einen Kanzler aus der CDU geben wird.


Schäuble, Kohl

Die Wirtschaft lahmt

Seite 94

Die Preise steigen schneller, die Wirtschaft wächst langsamer. Helmut Schlesinger, der neue Chef der Bundesbank, steht zu Beginn seiner Amtszeit vor einem Dilemma: Soll er die Zinsen erhöhen, um die Inflation zu stoppen – und notfalls eine Rezession in Kauf nehmen?

Null Promille für Autofahrer?

Seite 41



Künftig null Promille für Autofahrer? Eine SPIEGEL-Umfrage ergab: Die meisten Ostdeutschen sind dafür, die meisten Westdeutschen dagegen. Einig sind sich alle über die SED-Schuld am Ruin vieler Betriebe im Osten. Dort fordert eine große Mehrheit, die alten Direktoren endlich zu entfernen.

Gesundheit: Kosten ohne Ende

Seite 30

Strafprämien für Dicke, „das war mehr ein Gag". Aber mit den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen „wird es weitergehen" – so Ärztekammer-Chef Karsten Vilmar im SPIEGEL-Gespräch.

Geschäfte mit Schiebern und Terroristen

Seite 84


Geschlossene BCCI-Bank in Karatschi

Die englische Notenbank steht unter Beschuß: Sie hat angeblich viel zu spät auf Berichte über unsaubere Geschäfte der Bank of Credit & Commerce International (BCCI) reagiert. Die mittlerweile geschlossene BCCI hat jahrelang Milliardenverluste verschleiert, die durch betrügerische Manipulationen in aller Welt entstanden. Zu den Kunden der Bank gehörten Drogenhändler, Waffenschieber und Terroristen.

Unaufhaltsamer Bürgerkrieg

Seite 120

Die Kroaten bereiten sich auf einen Großangriff vor, Jugoslawiens Armee nimmt offen Partei für serbische Partisanen. Wo der unauslöschliche Haß der beiden Brudervölker seine historischen Wurzeln hat, beschreibt der Belgrader Autor Ivan Ivanji.



Beerdigung eines gefallenen Kroaten

Schweiz: Depressionen zum Geburtstag

Seite 142

Die Schweiz ist auf dem Weg nach Europa – unter Schmerzen. Im Jahr 700 nach Rütli steckt das Volk der Eidgenossen tief in der Sinnkrise. Tabus und Traditionen wanken. Wehrhaftigkeit, Neutralität und Kantönligeist stehen in Frage. Viele Schweizer möchten die Armee, manche gar die ganze Nation abschaffen.

Jewtuschenkos Geniestreich

Seite 156

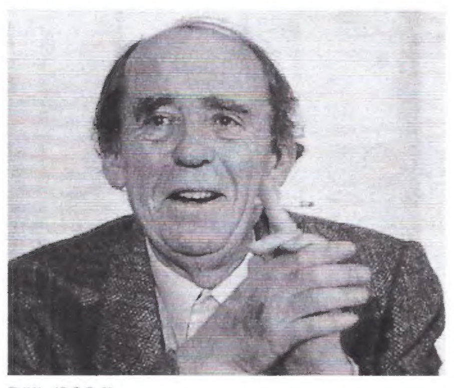
Die Moskauer Filmfestspiele, künstlerisch wenig ergiebig, dienten in diesem Jahr vor allem als Lockforum für ausländische Investoren. Einsamer Höhepunkt in der allgemeinen Misere: Jewgenij Jewtuschenkos vitaler Film über „Stalins Beerdigung".



Jewtuschenko

Ein Kampf um Böll

Seite 174



Böll (1984)

Nun sei „die Grenze erreicht", empfand Böll-Sohn René; letzte Woche mobilisierte er seinen Rechtsbeistand. Anlaß: eine Polemik des Satirikers Eckhard Henscheid gegen Heinrich Böll, in der unter anderem die Verwunderung artikuliert wird, „daß ein derartig harmloser Knallkopf den Nobelpreis erringen durfte".

„Trennkost" im Trend

Seite 178

Fleisch nie mit Kartoffeln, Pizza niemals mit Salami: Schützt die „Trennkost", neuerdings wieder in Mode, vor Fettpolstern und Blähbauch? Antwort der Ernährungsmediziner: „Dummes Zeug."

SPORT

KULTUR

RUBRIKEN

DER SPIEGEL (USPS 154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

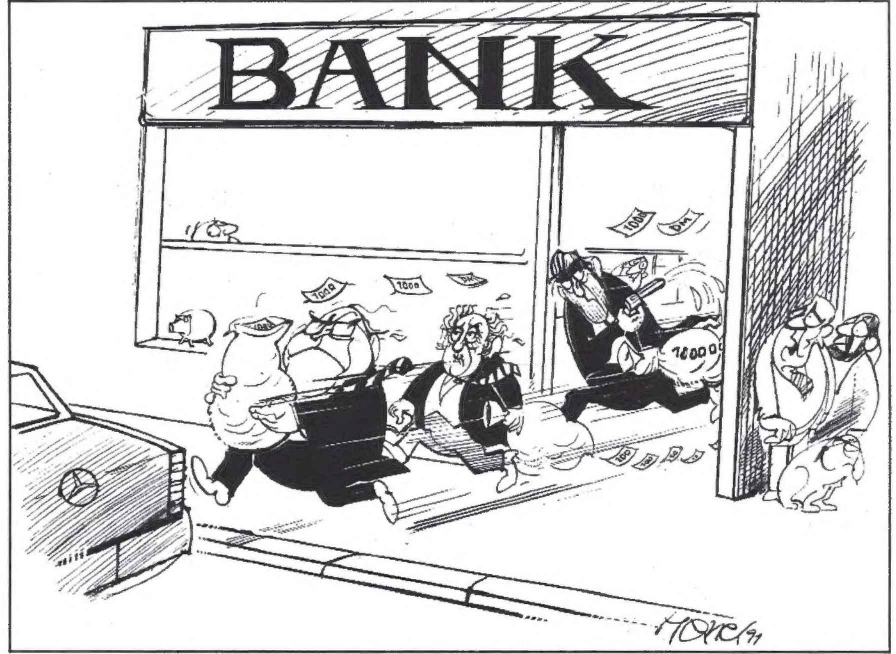
Reich und schlecht angezogen?
Das können wir ändern.



BENBARTON®
REGISTERED TRADEMARK

BenBarton · P.O. Box 1107 · D-8758 Goldbach.

Ogilvy & Mather 5/91



Rheinischer Merkur/Christ und Welt

„Daß es um die Finanzen so schlecht steht, hätte ich nicht gedacht"

Der Knall kommt

(Nr. 29/1991, Haushalt: Auf dem Weg in die Pleite)

Ein ganz ausgezeichneter Artikel. Nur müßten noch mehr die wirklichen Probleme angesprochen werden, denn der Staatsbankrott kommt so und so, nur mit der DDR etwas schneller.

Carvoeiro (Portugal) ROLF RITSCHER

Riesenstaatsmann „Mümmelmanns" Subventionskomödie verstärkt nur den Eindruck, daß die Bonner „Spielbank" aus Abzockern, zwielichtigen Gestalten und korrupten Staatsdienern besteht, die wider besseres Wissen die (halbe Un-)Wahrheit verbreiten. Von den Parolen des Jahres 1982 „geistig-moralische Erneuerung" und „Leistung muß sich wieder lohnen" ist weniger als ein Häuflein Asche übriggeblieben. Ich kann es nicht mehr hören und sehen, geschweige denn ernst nehmen.

Hamburg KLAUS PAPE-HOSSMANN

Zumindest Herrn Waigels Nächte werden denen jener Dichter gleichen, die mitunter nachts am besten dichten. Man darf annehmen, daß auch ihm Ideen durch den Kopf rotieren, wie und womit der löchrige Käse etwas undurchlässiger wird.

Bunderhee (Nieders.) PETRONELLA KROLL

Es ist blauäugig, anzunehmen, daß die öffentlichen Haushalte ihre Schulden jemals zurückzahlen, und es wird Zeit, dieser Tatsache ins Auge zu sehen. Der Knall kommt, sobald der Staat wegen mangelnder Kreditwürdigkeit kein Kapital mehr aufnehmen kann.

Mühltal (Nrdrh.-Westf.) ALFRED ZEPFEL

Der Grundschullehrer und Bundeswirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann hat das Klassenziel nicht erreicht. Aber, wer wird denn schon wegen ein paar hundert Millionen zurücktreten? Herr Möllemann jedenfalls nicht. Er nahm den Mund voll und sein Versprechen nicht ganz ernst. Ein Polit-Professional, wie man sich ihn nicht wünscht: Immer im Dienste seiner selbst!

Lilienthal (Nieders.) RALF LINDEMANN

Als ich 1968 als damals noch aktiver Journalist beim damaligen Innerdeutschen Ministerium nachfragte, ob eine eventuelle Wiedervereinigung überhaupt zu finanzieren wäre und ob Schäden in der damaligen DDR überhaupt innerhalb einer Generation zu beseitigen seien, teilte mir das Ministerium (Federführung Herbert Wehner) mit, man rechne grob mit Kosten von circa 700 Milliarden. Rechnet man diese Summe auf 1990 hoch, kommen infolge Kostenverteuerung locker mehr als eine Billion, vermutlich zwei heraus. Was Wehners Beamte damals schon wußten, will das Gespann Kohl/Waigel nicht geahnt haben? Bezahlen wir die Gehälter der jetzigen Beamten für ein Heer von Ahnungslosen?

Eitorf (Nrdrh.-Westf.) WERNER DIETSCH

Ein „Signal des Vertrauens" wäre es gewesen, wenn im Zuge der Sparmaßnahmen beziehungsweise des Subventionsabbaues endlich die Bevorzugungen der Staats-Diener – sprich Beamten – gefallen wären! Aber diese uns anscheinend heilige Kuh wird vermutlich sogar dann noch satt grasen, wenn der Rest des Volkes bestenfalls Wasser saufen geht!?

Nürnberg ROLF BASTIAN

manager magazin

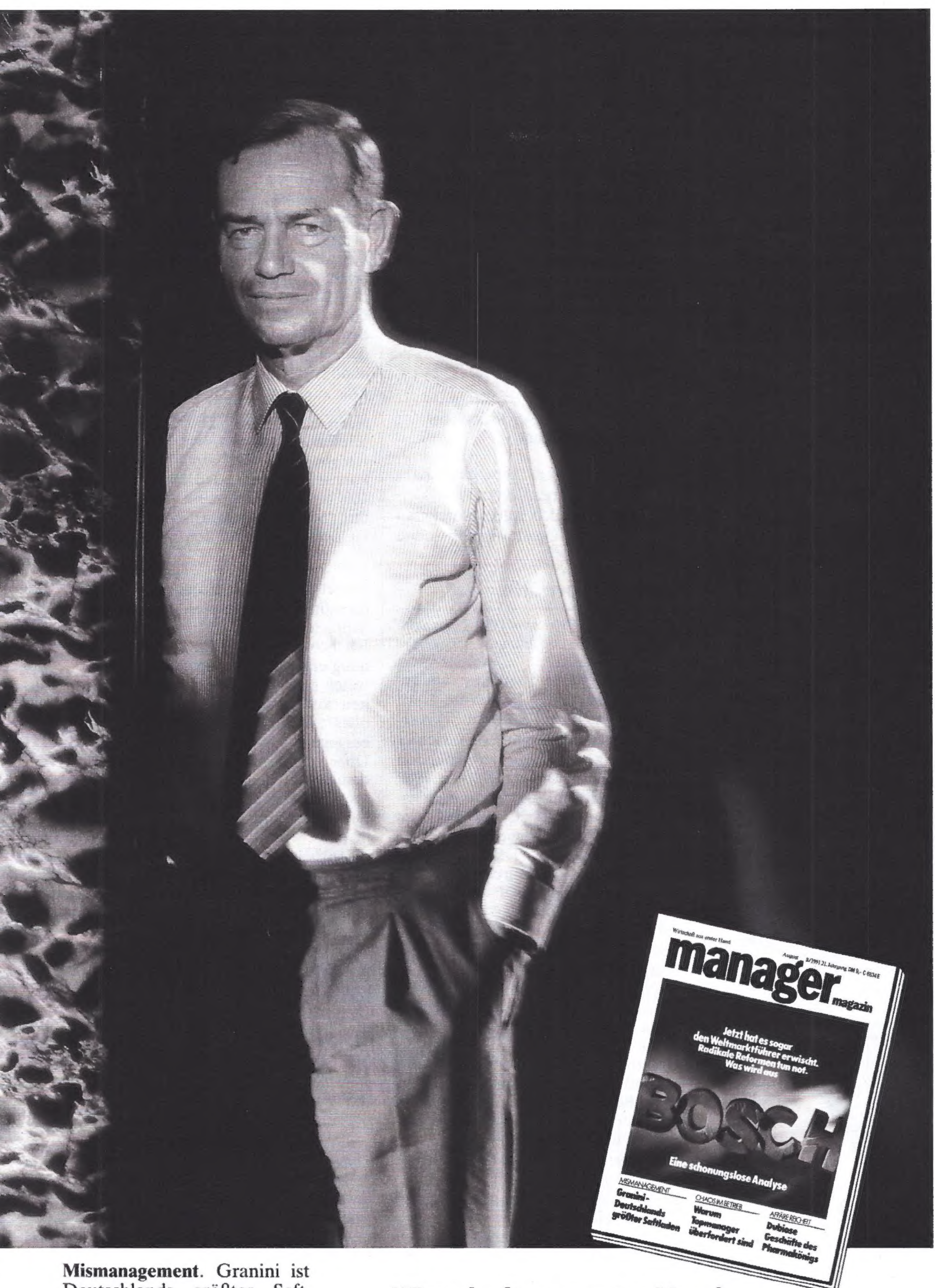
Gefahr in Verzug

Der Fall Bosch

Kaum zu fassen, aber jetzt hat es auch den Weltmarktführer erwischt: Bosch ist nicht mehr unentbehrlich. Auch Bosch muß sich nach dem Geld der Kunden bücken. Selbst Bosch-Beamte lernen das Fürchten. Ihr Chef, Marcus Bierich, muß endlich das Undenkbare tun – radikal handeln. Er hat damit schon begonnen.

Der Rausschmiß des Jahres. Das hat es noch nie gegeben. Die Allianz feuert ihren designierten Thronfolger – mit Argumenten, die Wilhelm II. vielleicht noch verstanden hätte.

Seltsame Geschäfte. Der Pharmakonzern Reichelt wird von einer kuriosen und teuren Affäre geschüttelt. Von Betrügerbanden ist die Rede. Aber der Skandal liegt ganz woanders.



Mismanagement. Granini ist Deutschlands größter Saftladen – behaupten die eigenen Manager und setzen sich scharenweise vom einstigen Spitzenreiter der Branche ab.

Die in diesem Artikel beschriebenen Vorgänge stellen also die Regierungskunst unserer gewählten Vorturner dar. Die Fortsetzung der Geschichte ist auch immer die gleiche: Wenn die Karre so tief im Dreck steckt, daß gar nichts mehr geht, wird das Kabinett umgebildet und ein neuer Versuch mit neuen Leuten gestartet. Die Verursacher der Misere werden dann wohl zum Abschied noch mit Orden für ihre „Verdienste ums Vaterland“ dekoriert und in gutbezahlten Posten endgelagert.

Ettlingen (Bad.-Württ.) R. STROBEL

Prioritäten setzen

(Nr. 29/1991, Wohnungen: Report über den katastrophalen Mangel)

Woher stammen denn Ihre Uralt-Zahlen zum momentanen Mietniveau kleiner Wohnungen? Ich zahle momentan über 28 Mark pro Quadratmeter – ohne Kochgelegenheit! Dabei kann ich mich noch glücklich preisen, am Wochenende nicht zwangsevakuiert zu werden.

Stuttgart M. S. RECKTENWALD

Wo bleibt der kleine Vermieter, der sich vom Ergebnis seiner Lebensarbeit ein Haus hat kaufen können, das zudem noch zu weiten Teilen der Bank gehört? Warum gehen diese Richter nicht hin und verbieten Mietverträge nicht überhaupt, lassen den Hausbesitzer die Zinsen an die Bank zahlen und den Mieter gleich kostenlos wohnen. Offenbar ist die weitsichtige Planung des BGH, auf diesem Wege langsam den Haus- und Grundbesitz zu enteignen.

Köln KLAUS P. SCHMITTER

Nicht einmal die CDU traut sich, die Mieten freizugeben, was allein das Interesse am Wohnungsbau wecken könnte. Ich weiß, daß fast alle Mieter 100 bis 200 Mark mehr monatlich für ihre Miete ausgeben könnten. Diese Gelder müßten in den Wohnungsbau

Absurde Vorwürfe

(Nr. 29/1991, Stasi: Wie DDR-Chefspion Markus Wolf Bonner Affären inszenierte)

Ich habe beim Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt im April 1972 für Dr. Barzel gestimmt. Das ergab sich schon aus der Logik meiner Ablehnung der Regierungskoalition aus SPD und FDP im Oktober 1969 und aus meinem Wechsel zur Bundestagsfraktion der CDU/CSU im Herbst 1970 zusammen mit zwei anderen FDP-Abgeordneten. Wir drei und noch weitere FDP-Abgeordnete haben Barzel unsere Stimme gegeben, die noch Lebenden können das bezeugen.

Mich hat niemand unter Druck gesetzt und telefonisch zu beeinflussen versucht. Leider ist der „angebliche Anrufer“ Roland Lehmann, wie der SPIEGEL feststellt, seit sechs Jahren tot, so daß er nicht mehr unter Eid der Wahrheitsfindung dienen kann.



Mende

Meine Beziehungen zu dem Ehepaar Emmanuel Gomolla aus Groß Strehlitz waren rein heimatlicher Natur. Während einer Berlin-Sitzungswoche des Deutschen Bundestages habe ich am Nachmittag des 12. Oktober 1956 eine Kaffee-Einladung in die Wohnung des Ehepaares auf der Stalinallee 224 wahrgenommen. Daran nahm auch ein anderer Groß Strehlitzer Heimatfreund namens Sappich teil.

Ich habe niemals eine andere Wohnung in Ost-Berlin oder anderswo betreten oder mich mit anderen Personen konspirativ getroffen, Material oder „rhetorische Handreichungen“ entgegengenommen.

Über weitere Begegnungen mit dem damaligen Handelsrat Gomolla, der als Funktionär für den Interzonenhandel uns auch gelegentlich in unserem Haus in Bad Godesberg besuchte, ist in meinem 1986 erschienenen Buch „Von Wende zu Wende“ auf Seite 126 ff. nachzulesen.

In meiner ersten Empörung über den versuchten Rufmord habe ich einen Strafantrag wegen Verleumdung beabsichtigt. Viele Freunde, auch aus der alten FDP, rieten mir jedoch dringend ab! Dazu seien die Vorwürfe zu absurd und zu widersinnig. Außerdem wäre dies eine Aufwertung der Funktionäre des ehemaligen kommunistischen Zwangsstaates! „Niedriger hängen und der Verachtung anheimgeben ist besser, als sich mit dubiosen und skrupellosen Ehrabschneidern des Stasi auseinanderzusetzen“, schrieb mir ein namhafter Universitätsprofessor für Strafrecht.

Bonn DR. ERICH MENDE
Bundesminister a. D.

BUCHSZENE '91

Aktuell Attraktiv Anders

294438 Alain Jaubert,

Fotos, die lügen

Politik mit gefälschten Bildern. In den Archiven und Bibliotheken zahlreicher Länder hat der Autor Hunderte von fotografischen Dokumenten gesammelt, die die Propagandaministerien totalitärer Regimes gefälscht hatten, ehe sie in der ganzen Welt Verbreitung fanden. 195 S., über 200 Abb., Format 22x28 cm, kart., (1989) früher DM 48,-★ **nur DM 29,80**

612588 Gerd Haffmans (Hrsg.), **Das Schopenhauer Nachschlagwerk. Ein ABC für die Jetztzeit, nebst einem Anhang, der die Kritik der korrupten Vernunft enthält.** Schopenhauer-Zitate kommentieren zahlreiche alphabetisch geordnete Stichworte wie Ärger, Geliebte, Kultur, Unschuld, Toleranz. 168 S., geb., (1989) **DM 15,-**

018520 Hans Christian Andersen, Sämtliche Märchen und Geschichten. 2 Bände. Mit einem Essay hrsg. von L.Magon. Neu durchges. und ergänzt von G.Perlet. Mit zahlr. Illustrationen von Vilhelm Pedersen und Lorenz Frölich. Eine schöne, sorgfältig edierte Gesamtausgabe der Märchen des berühmten dänischen Dichters. 1204 S., Ln., früher DM 29,80★ **nur DM 16,95**

262277 Inquisition. Folterwerkzeuge vom Mittelalter bis zum Industriezeitalter. Katalog einer international berühmt gewordenen einzigartigen Ausstellung. 158 S., zahlr. Abb., Format 23,5x28 cm, kart., (1991) **DM 19,95**

399507

Meyers Großes Taschenlexikon

in 24 Bänden. Das größte deutsche Taschenbuchlexikon in der 2., neu bearb. Aufl. 1987. Rund 150.000 Stichwörter, über 6000 Abb., 5000 Literaturangaben, 8.640 Seiten. früher DM 235,-★ **nur DM 148,-**

774162 Wahrig - Deutsches Wörterbuch. Einmalige Jubiläumsausgabe. Mit über 500.000 Wörtern, Worterklärungen, Redensarten und Synonymen. Mit einem Lexikon der deutschen Sprachlehre. 1500 S., geb., (1991). (Orig.Ausgabe DM 49.80★) **einmalige Sonderausgabe DM 29,95**

489964 Anton Hügli/Poul Lübcke (Hrsg.), **Philosophielexikon. Personen und Begriffe der abendländischen Philosophie von der Antike bis zur Gegenwart.** Das neue, hervorragende Nachschlagewerk und Handbuch zur Philosophie mit mehr als 1500 Personen und Begriffen. 646 S., 81 Abb., geb., (1991) **DM 78,-**

088510 Otto von Corvin, **Der Pfaffenspiegel / Die Geißler. Dokumente des kirchlichen Fanatismus.** Das oft verbotene berühmte Werk prangert Mißstände und Fehlauslegungen der Kirche durch die Jahrhunderte an. Neubearbeitung des 1845/46 zuerst erschienenen Originals. 2 Bände, 602 S., geb., **Sonderausgabe DM 39,80**

180521

Sigmund Freud

Leben, Werk und Wirkung. Tiefenpsychologie in 4 Bänden. Aus "Kindlers Enzyklopädie der Psychologie". Die umfangreichste Gesamtdarstellung der Tiefenpsychologie: Leben und Werk Freuds und seiner Schüler Adler, Jung, Fromm etc. Zusam. 2503 S., geb., (1989), früher DM 528,-★ **nur DM 98,-**

112623 Jean-Baptiste Delacour, **Charakterkunde. Menschenkenntnis auf den ersten Blick.** Ein umfassendes Handbuch und ein Leitfaden, wie man den Charakter eines Menschen durchschaut. 464 S., geb., (Orig.Ausgabe DM 48,-★) **Sonderausgabe DM 19,95**

121614 Peter Heinrich (Hrsg.), **Diagnostisch-therapeutisches Vademecum. 42., überarbeitete Auflage 1989.** Das anerkannte medizinische Nachschlagewerk aus dem J.A.Barth Verlag über Symptome, Diagnose, Differentialdiagnose, Therapie der Krankheiten und Beschwerden. 1036 S., 76 Bilder, 111 Tabellen, geb., früher DM 78,- **nur DM 29,80**

238651 F. Hahn, **Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945. Band 1:** Infanteriewaffen, Pionierwaffen, Artilleriewaffen, Pulver, Spreng- und Kampfstoffe. **Band 2:** Panzer- und Sonderfahrzeuge, "Wunderwaffen". Entwicklung, Konstruktion, Fertigung. 595 S., 325 Fotos, Skizzen und Originaldokumente, Ln., (1986/87) in Einzelausgaben DM 154,- **zusam. DM 98,-**

631060 J. Sprenger/H. Institoris,

Der Hexenhammer

Aus dem Lateinischen übertragen u. eingeleitet von J.W.R. Schmidt. Das erfolgreichste "Handbuch der Hexenjäger", Erstdruck 1487, galt als maßgebliches Gesetzbuch für die Gerichtspraxis der Hexenverfolgung. 790 S., Tb., (3. Aufl. 1985) **DM 19,80**

334545 Die klassische Sau. Das Handbuch der literarischen Hocherotik. Alle wesentlichen Stellen aus der gesamten Weltliteratur des Abendlandes von der Antike bis zur Gegenwart, angetan mit hocherotischen Illustrationen. 512 S., geb., (3. Aufl. 1987) **DM 33,-**

145009 Enkelmann, **Überzeugen, aber wie? ABC der Beeinflussungskunst. Rhetorik.** Ein Handbuch für Rhetorik und Persönlichkeitsbildung. 213 S., geb., (2., erw. Aufl. 1987) früher DM 39,-★ **nur DM 19,95**

774685 Wilson,

Liebestechniken für Fortgeschrittene

Neue Spielarten und Stellungen des Liebesaktes. Kein Thema ist Tabu. **167 farbige Abb.** mit ausführlichen Erklärungen. 144 S., geb., **DM 29,95**

610836 Achim Schwarze, **Bestechen - aber richtig! Mehr Erfolg durch Korruption.** Ein einzigartiger Ratgeber, kompetent, umfassend, trick- und lehrreich.219 S., kart., **DM 20,-**

Die berühmteste Weltgeschichte in deutscher Sprache - aktualisierte Ausgabe bis 1985

481491

Propyläen-Weltgeschichte

Universalgeschichte in 10 Bänden. Hrsg. von Golo Mann, Alfred Heuss und August Nitschke. 7250 S., 1070 Abb., in Kassette, geb.,(Orig.-Ausgabe, Ln. in 12 Bdn., kostete DM 1.800,-★) **einmalige ungekürzte Sonderausgabe DM 199,-**

424250 Jost Niemeier, **Das große Buch der Streiche.** Alles, was Sie schon immer gerne einmal gemacht hätten (oder haben). Streiche, Gags und Tricks, wie man Leute zum Lachen und auf Trab bringen kann. 208 S., zahlr. Illustr., geb., (1989) **DM 19,80**

331163 Synonymwörterbuch. Sag es besser. Treffend schreiben, reden, formulieren. Bedeutungsähnliche, sinnverwandte, gleichsetzbare Wörter. 336 S., geb. früher DM 16,80★ **Sonderausgabe DM 8,80**

Der spielerische Weg zur Selbsterkenntnis

374300 Prof. Dr. Max Lüscher, **Die Lüscher Würfel. Zur Selbsterfahrung und Persönlichkeitsbeurteilung.** Mit 6 farbigen Testwürfeln. 271 S., geb. im Schuber, (1991) **DM 39,80**

120685 Betty Dodson,

Sex for One

Die Lust am eigenen Körper. Selbstbefriedigung als Ausgangspunkt sexueller Selbsterfahrung, die Techniken, Masturbation u. Partnersex. 160 S., zahlr. Abb., Tb., (1989) **DM 12,80**

088730 Uta Claus/Rolf Kutschera,

Total tote Hose

12 bockstarke Märchen. Das Beste, was je in Scene-Sprache geschrieben wurde. 12 Grimmsche Märchen. Ca. 100 S., zahlr. Illustr., kart., **DM 12,80**

241008 Christoph Helferich, **Geschichte der Philosophie. Von den Anfängen bis zur Gegenwart und Östliches Denken.** Das Standardwerk aus dem J.B.Metzler Verlag. 403 S., 159 Abb., geb., (1985) früher DM 36,-★ **nur DM 19,95**

768847 C.V.Wedgewood, **Der Dreißigjährige Krieg.** "Ein klassisches Meisterwerk. Immer noch die beste Monographie über den Dreißigjährigen Krieg" (Sebastian Haffner). 517 S., geb., **Sonderausgabe DM 25,-**

818755 Dr.Andrew Yorke, **Die Kunst der erotischen Massage. 140 Fotos** und ausführliche Erläuterungen. Praktiken und Techniken der gegenseitigen Massage zur Bereicherung des sinnlichen und erotischen Lebens. 144 S., Format 19x25 cm, geb., (1989) **Sonderausgabe DM 24,80**

Das umfassendste Buch zum Thema

743216 Roland Villeneuve, **Grausamkeit und Sexualität.** Sadistisch-flagellantische, pathologische, gesellschaftlich-machtpolitische und religiöse Hintergründe der Leibes- und Todesstrafen, Hinrichtungsarten, Martern und Qualen bis in die Gegenwart. 358 S., ca. 400 Abb., kart., (1988) früher DM 49,80★ **nur DM 29,95**

374326 S. Lerner, **Immunkraft. Der mentale Weg zur Stärkung unserer Gesundheit.** Ein konkreter Wegweiser zur Stärkung der eigenen Abwehrkräfte. 384 S., 15 Abb., geb., (1989) früher DM 39,80 **nur DM 19,80**

Das konkurrenzlose einsprachige Lexikon "verbotener" Ausdrücke

121703 Dictionary - National Textbook Company,

Forbidden American English

1.400 words and phrases that should not be used by educated speakers of English. A serious compilation of taboo American English. Schimpfworter, Kraftausdrücke, ihre Bedeutung. 256 S., geb., (1991) **DM 12,80**

088951 Ch. Chant, **Flugzeuge der Welt. Eine Enzyklopädie.** Das einzigartige Werk: über 600 Flugzeugtypen, **nach Herstellerfirmen geordnet.** Mit detaillierten Angaben zur Technik und **über 400 Fotos und über 300 farb. Illustr.** 352 S., Großformat 26,5x37 cm, geb., (1991) **DM 78,-**

★ Viele Titel sind erheblich preisgünstiger geworden. Zur Information zitieren wir die früheren gebundenen Ladenpreise der herausgebenden Verlage. (M) = mit leichten Lagerspuren.

Service, wie ich ihn will !

Kaufen ohne Risiko —
keine Mitgliedsbindung; Lieferung für 14 Tage zur Ansicht.

Perfekter Lieferservice:
Versand an jede gewünschte Adresse —
sogar ins Ausland. Auch als Geschenk verpackt.

Für eilige Wünsche: Rhenania-Buch-Express bis 14.00 Uhr, Telefon 0261 / 61031. Wir liefern dann am Tag der Bestellung per Schnellpaket aus (Mehrkosten DM 3,-)

Wir besorgen jedes in Deutschland lieferbare Buch, auch fremdsprachige Titel. Für diesen Service können wir jedoch kein Rückgaberecht gewähren. (Bitte Autor und Titel vollständig angeben !)

Literatur zu einem bestimmten Thema / Schlagwort? Für nur DM 1,- in Briefmarken (Rückporto) schicken wir Ihnen eine Auswahlliste zu.

RHENANIA VERSAND SERVICE

Bitte ausschneiden und einsenden an

Rhenania Versand Service
Postfach 2260, 5400 Koblenz
Telefon: (0261) 61031

St.	Bestell-Nr.:	Preis:

Versandkosten: ab DM 30,- Bestellwert DM 3,90 (sonst DM 4,90), ab DM 90,- versandkostenfrei (Inland).

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum / Unterschrift **AP 6/91**



Die Tageszeitung

fließen. Sie werden aber anderswo konsumiert. Lobbyisten fordern Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnen. Vielleicht auch bald Recht auf Gesundheit, Recht auf Urlaub ... Forderungen kann man ja beliebig stellen. Nur, wer soll's denn zum Sozialtarif bezahlen?

Bielefeld JÜRGEN B. SCHÄFER

Die Misere im Wohnungsbau wird nicht aufhören, solange dem Wohnungsbau – und hier insbesondere dem sozialen Mietwohnungsbau – nicht endlich wieder eine wesentlich höhere Priorität von seiten der verantwortlichen Politiker, vor allem auf Bundesebene, eingeräumt wird. Es muß nachdenklich stimmen, wenn in Zeiten der Wohnungsnot für den Straßenbau durch den Bund beispielsweise 16,5 Milliarden Mark bereitgestellt werden, für den sozialen Wohnungsbau aber nur 3,5 Milliarden Mark. Und der Anteil für die „wesentlichen" Bundesländer wird auch noch gekürzt von 2,2 Milliarden Mark auf 1,76 Milliarden Mark (für 1991).

Hannover JONAS STÖVER
Deutscher Mieterbund e.V.
Landesverband Niedersachsen-Bremen

Warum regen Sie sich so über die Mieten auf? Ein Volk, das bereit ist, für 7,2 Quadratmeter im Schnitt 500 Mark pro Monat auszugeben (Auto), wird doch wohl für angemessenes Wohnen sprich 75 Quadratmeter 900 Mark pro Monat ausgeben. Man muß doch auch mal Prioritäten setzen und nicht nur nach dem Staat schreien. Der Umwelt täte es vielleicht auch gut, wenn mehr gewohnt als gefahren würde.

Kiel DR. DETLEV OHRENSCHALL

Gleiche Aufmerksamkeit

(Nr. 29/1991, Städtebau: Die Stalinallee in Berlin wird saniert)

Sie zitieren uns als die „Leute vom Fach", die „einzig die Stalinallee" als eine denkmalwürdige Leistung der DDR-Architektur anerkennen. Im Original aber liest es sich anders. Unter der Überschrift „Einzig: die Stalinallee" betonen wir in der Fachzeitschrift *Stadtbauwelt* die Einzigartigkeit dieses Straßenzugs für Berlin. Der historische Teil des Gutachtens stellt eine Phase des Aufbaus vor, in der es Anfang der fünfziger Jahre nicht nur in Berlin um eine Wiederentdeckung nationaler und regionaler Bautraditionen ging: In Dresden, Leipzig, Rostock und anderen Städten bis hin zur Neugründung Stalinstadt sind in städtebaulichen Ensembles Dokumente jener Epoche erhalten, denen heute gleiche Aufmerksamkeit zu gelten hat wie der Stalin- beziehungsweise Karl-Marx-Allee.



Altmarkt in Dresden: Städtebauliches Dokument

Mainz/Berlin
PROF. DR. ING. WERNER DURTH
VOLKER MARTIN, KARL PÄCHTER

Wirtschaftlich interessant

(Nr. 28/1991, Automobilindustrie: Die Branche arbeitet am Öko-Auto)

Eine grundsätzlich neu konzipierte Energie- und Verkehrspolitik ist vonnöten. Deswegen sollte das von VW und SMH beabsichtigte Gemeinschaftsunternehmen zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Öko-Auto tunlichst von Anbeginn auch Beteiligung von Eisenbahnbetriebsgesellschaften und Waggonbauern für deren Technologien vorsehen. Nicht Hybridantriebe, sondern ganze Hybridverkehrssysteme gilt es zu konzipieren.

Siegen ACHIM VON ARNIM

In Ihrer Inhaltsangabe wird der Eindruck erweckt, daß es sich bei dem abgebildeten Fahrzeug um das geplante Swatch-Auto handle. Das gezeigte Solarmobil stellt jedoch das von der Horlacher AG in Möhlin (Schweiz) entwickelte City Mobil dar, das – im Gegensatz zum Swatch-Auto – seine Alltagstauglichkeit bereits bewiesen hat und das schon bald, gestützt auf die Kooperationsbereitschaft eines großen deutschen Industriekonzerns, in die Vorserienproduktion gehen kann.

Feldmeilen (Schweiz) DR. FRITZ WISSEL

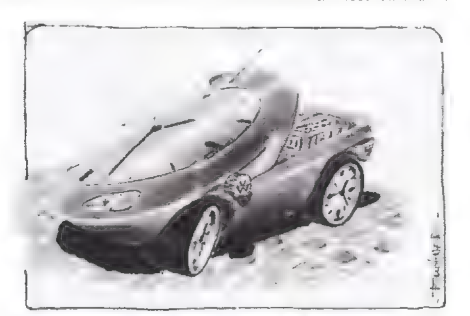
Verkehrsvermeidung ist ein zentrales Stichwort für die Verkehrsentwicklung in der Zukunft. Das von Hayek und VW geplante Swatch-Auto mit neuen alternativen Antriebssystemen bietet für die dichtbesiedelten Wohlfahrtsgesellschaften durchaus interessante Perspektiven und könnte im Jahr 2000 auch wirtschaftlich ein interessantes Angebot sein.

Esslingen (Bad.-Württ.) SIEGMAR MOSDORF
MdB/SPD

Wer davon ausgeht, daß mit einem solchen Auto der Straßenverkehr zu zähmen ist, täuscht sich: Nach wie vor wird es Staus und Parkplatznot in den Städten geben. Will man die Verkehrsmisere radikal beheben, sind zwei zusätzliche Maßnahmen notwendig: die Förderung des regionalen Bahn-Verkehrs und eine cityfreundlichere Tram, die so in die Fußgänger-Verkehrsfläche integriert wird, daß diese den Fußgängerverkehr nicht durchschneidet, das Stadtbild nicht stört und Güter mittransportieren kann.

Arlesheim (Schweiz) HANS ULRICH KUNZ

Was Ihr im SPIEGEL über den Swatch-VW schreibt, das ist alles kalter Kaffee. Der Kleine ist nämlich schon fix und fertig (siehe Zeichnung)! Lediglich die zwei Kästen Bier müßten, wegen des



Swatch-Auto von Leser Buchner
Schon fix und fertig

Preises dieses Jet-Set-Spielzeugs, zwei Kisten Champagner weichen!!

Schwalmstadt (Hessen) HEINO G. BUCHNER

Das Interview mit Herrn Seiffert von VW zeigt deutlich: Von selbst kommt keine Industrie ernsthaft darauf, etwas zu unternehmen. Erst wenn „Akzeptanzprobleme“ drohen, kommen die Herren in Schwung. Wollen wir wirklich darauf warten?

Frankfurt ALEXANDER ABRAHAM

Teutonische Flegelei

(Nr. 29/1991, SPIEGEL-Titel: „Teurer Gast“)

Das Titelbild und Ihre Ankündigung im Inhaltsverzeichnis „Bettler Gorbatschow“ ist eine teutonische Flegelei.

Staufen (Bad.-Württ.) HANS STOCKER

Ihr abgedrucktes Konterfei zeigt einen Clochard, der bettelt. Hat Gorbatschow das in London getan? Herr Gorbatschow ist außerdem ein sehr gut aussehender Mann. Er müßte sich mit Recht beleidigt fühlen über Ihre Titelseite.

Bad Feilnbach (Bayern) EDITH FLEISCHMANN

Wenn einer einen Hut zieht, dann höchstens ich vor der geschichtlichen Größe dieses Mannes. Ich finde, der SPIEGEL sollte sich in einer der näch-



SPIEGEL-Titel 29/1991
Sowieso verletzt

sten Ausgaben für das geschmacklose Titelbild entschuldigen.

Haßfurt (Bayern) DR. VOLKER GRUMBACH

Da Ihr Blatt als maßgebende europäische Stimme in Moskau große Beachtung findet, kann man sich leicht ausmalen, wie die Gegner Gorbatschows ihm dieses Titelblatt vorwurfsvoll und mit Schadenfreude unter die Nase halten. In Anbetracht des ausgeprägten russischen Gefühls für Stolz und Würde, welches in letzter Zeit sowieso übermäßig verletzt wird, bewirkt dies eine Schwächung von Gorbatschow, des Menschen, dem die ganze Welt und insbesondere Deutschland soviel zu verdanken haben.

Au am Zürichsee DR. ARTHUR MUHL

Auf Seite 118 charakterisiert der SPIEGEL das Sowjetsystem als ein „Regime, welches sich selbst schon auf den historischen Müllhaufen begeben hat". Auf Seite 193 werde ich als ein „Intimfeind" eben dieses Systems bezeichnet. Damit wäre ich eine Art politischer Umweltschützer, was bei Ihnen wiederum „Kalter Krieger" heißt. Man muß eben den SPIEGEL von der ersten bis zur letzten Seite lesen.

Overath (Nrdrh.-Westf.) BOTHO KIRSCH
Leiter der Osteuropa-Redaktion/Deutsche Welle

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Dr. Wolfgang Kaden, Hans Werner Kilz

REDAKTION
Ariane Barth, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Bert Gamerschlag, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Jens Glüsing, Johann Grolle, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Thomas Hüetlin, Brigitta Huhnke, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Matthias Matussek Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Joachim Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Karl-Otto Saur, Marie-Luise Scherer, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Hans Gerhard Stephani, Günther Stockinger, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Marianne Wellershoff, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schlamp, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Diethelm Schröder (beurlaubt), Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91-0, Telefax 25 40 91-205; Kronenstraße 70, O-1080 Berlin, Tel. 208 2319, Telefax 200 2037 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Ulrich Bieger, Anger 37 – 38, O-5010 Erfurt, Tel. 226 96 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Karen Andresen, Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Leipzig: Jan Fleischhauer, Clemens Höges, Gabor Steingart, Käthe-Kollwitz-Straße 115, O-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Felix Kurz, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Stephan Lebert, Dr. Joachim Reimann, Lutz Spenneberg, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Schwerin: Uwe Klußmann, Goethestraße 14, O-2755 Schwerin, Tel: 86 96 05 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, 10 110 Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 271 6363, Telefax 271 6344 · Belgrad: Renate Flottau, Koste Zivkovica 2, 11000 Belgrad, Tel. 46 73 09, Telefax 46 73 09 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 201 8528 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 61 09 36, Telefax 61 76 40 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, 28 014 Madrid, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Dr. Christian Neef, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, Kw 36, 109 044 Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizamuddin East, Neu-Delhi 110 013, Tel. 462 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Andreas Lorenz, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telefax 532 5453 · Prag: Gorkeho Namesti 1565/16, 11 000 Prag, Tel. 235 0667, Telefax 235 0667 · Rio de Janeiro: Dr. Hans-Peter Martin, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. 650 82 41, Telefax 652 99 97 · Warschau: Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. 587 4141, Telefax 587 4242

ILLUSTRATION
Renata Bleck, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Eva-Maria von Maydell, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Jan Rieckhoff, Chris Riewerts, Julia Saur, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Union, Minister, Bundeswehr, FDP, Entwicklungshilfe, Rehabilitierung: Wolfram Bickerich; für Polizei, Stasi, Verbände, Städte, Affären, CDU, Heitmann-Interview: Uly Foerster; für Meinungsforschung: Werner Harenberg; für Banken, Trends, Börse, Geldanlage, Treuhand, Konjunktur, Schrempp-Gespräch, Konzerne: Peter Bölke; für Sowjetunion, Nahost, Jugoslawien, Südafrika, Panorama Ausland, Großbritannien, China, Gurkhas, Philippinen, New York: Dr. Romain Leick; für Leichtathletik, Radrennen: Alfred Weinzierl; für Hausmitteilung, Jazz, Hochgebirge, Design, Ansichtskarten, Fernsehen: Claudius Seidl; für Philosophen, Bestseller, Szene, Polemik, Goethe-Institut, Moderatoren: Dr. Mathias Schreiber; für Vilmar-Gespräch, Mikrolinsen, Trennkost, Datenschutz, Prisma, Phänomene, Haute Couture: Jürgen Petermann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Thomas Bonnie (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Karl-H. Schaper, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner

BÜRO DES HERAUSGEBERS
Wolfgang Eisermann

NACHRICHTENDIENSTE
ADN, AP, dpa, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 1. Januar 1991
Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91-254/255, Telefax 25 40 91-250; Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telefax 168 9055; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-0, Telefax 3007 247; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. 0130-3006
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG
Fried von Bismarck, Karl Dietrich Seikel, Burkhard Voges

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Adolf Theobald

Geiseln bald frei?

Die Bundesregierung hofft, die 1989 im Libanon entführten Deutschen Heinrich Strübig und Thomas Kemptner im Rahmen eines größeren Geiselaustausches freizubekommen. Auch die USA und Israel verhandeln derzeit mit Regierungen des Nahen Ostens über eine Paketlösung zur Freilassung eigener Staatsbürger aus libanesischer Geiselhaft. Der interministerielle Arbeitsstab „Libanon“ im Auswärtigen Amt setzt vor allem auf den Einfluß Syriens und Irans, deren Beziehungen zu Amerikanern und Israelis sich in der letzten Zeit gebessert haben. Als besonderes Problem in Bonn gilt der Familien-Clan der zwei Hamadi-Brüder, die in der Bundesrepublik zu Haftstrafen verurteilt sind. Die Hamadis betrachten Strübig und Kemptner offenbar als Privatgeiseln. Sie wollen die Deutschen in ihrer Hand behalten, um die Bonner Regierung zur Freilassung der Verurteilten zu erpressen. Nachdem einer der Brüder bei einem Handgemenge im deutschen Gefängnis verletzt worden war, drohten im Libanon die „Heiligen Krieger für die Freiheit“, als Vergeltung mit den deutschen Geiseln so zu verfahren, daß danach „Bedauern nichts mehr nützt“. Nach dem Eindruck Bonner Experten war die Verletzung Hamadis jedoch ein „abgekartetes Spielchen“. Die leichte Verletzung brachte ihm ein befreundeter mitgefangener Libanese bei – mit einer Schusterahle.

Wandernde Gelder

Die Treuhand hat noch immer keinen genauen Überblick über das Vermögen der SED-Nachfolgerin PDS. In den nächsten Tagen sollen deshalb in Abstimmung mit der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der DDR-Parteivermögen „herumvagabundierende Gelder“ von verschiedenen PDS-Konten auf einem Sonderkonto in Sicherheit gebracht werden. Bei Überprüfungen hatte die Treuhand rund 150 Millionen Mark beim Parteivorstand in Berlin gefunden, über 26 Millionen Mark lagen bei den Landesverbänden. In einem Brief an Parteichef Gregor Gysi hatte die Treuhand schon Anfang des Monats kritisiert, daß „das Finanzgebaren der Landesverbände mangels prüffähiger Unterlagen unübersichtlich ist“. Die Weigerung der PDS, den Wirtschaftsprüfern der Treuhand uneingeschränkte Einsicht in die Unterlagen der Landesverbände zu gewähren, hatte die Treuhand dazu bewogen, die Konten der PDS zu sperren.



„Hilfe! Sittenpolizei!“ Die Tageszeitung

Ebelings Entwicklung

Die Bundesregierung will dem Drängen des ehemaligen DSU-Vorsitzenden und kurzzeitigen DDR-Entwicklungshilfeministers, Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling, nachgeben und ihn jetzt mit einem ordentlich bezahlten Amt ausstatten. Zum 1. Januar nächsten Jahres soll der mit und in seiner Partei gescheiterte Gottesmann die Leitung der „Zentralstelle für Gesundheit“ bei der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung in Berlin übernehmen (Gehalt: etwa 7600 Mark pro Monat). Sowohl bei der Stiftung als auch im aufsichtsführenden Bonner Entwicklungshilfeministerium ist man über die Entscheidung nicht gerade begeistert. Von medizinischen Fragen, heißt es dort, habe Ebeling noch weniger Ahnung als von Entwicklungspolitik. Doch der Druck über CDU-Parteikanäle sei zu stark gewesen, um Ebelings Kommen verhindern zu können.



Ebeling

Volk verdummt

Gegen den neuesten und umstrittenen Werbefeldzug des Münchner Autoherstellers BMW wollen jetzt auch die Verbraucherverbände vorgehen. Unter dem Titel „Klartext zum Ozon“ hatte BMW in Zeitungsannoncen behauptet, „das meiste Ozon“ entstehe aus „Stoffen, die von der Natur selbst erzeugt“ würden. Für den gesundheitsbelastenden Som-

Kohls Geschäftsordnungstricks

Bei der Abstimmung über die Neufassung des Paragraphen 218, von der Union wegen ihrer inneren Zerrissenheit mit Bangen erwartet, will Bundeskanzler Helmut Kohl die von der FDP favorisierte Fristenlösung mit Geschäftsordnungstricks verhindern. Beim Treffen der Partei- und Fraktionschefs der Koalitionsparteien am vergangenen Donnerstag verblüffte der Kanzler seine Partner mit dem Vorschlag, über die umstrittenen Gesetzesvorschläge zur Abtreibungsregelung im K.-o.-Verfahren abstimmen zu lassen.
Im Bundestag, der in dieser Frage ohne Fraktionszwang entscheiden wird, werden vier Vorschläge erwartet. Bei einer K.-o.-Abstimmung stünden sie alle gleichzeitig zur Wahl, doch nur die beiden Gesetzesvorlagen mit den meisten Stimmen kämen in die Stichwahl.
Das wäre das sichere Ende der liberalen Fristenregelung. Da nämlich neben der FDP die SPD einen eigenen – radikaleren – Vorschlag zur Fristenlösung eingebracht hat, blieben die 79 Liberalen mit ihrem Vorschlag allein, der eine Abtreibung in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft nur nach einer Zwangsberatung erlauben würde. Die stimmgewaltigere CDU, inhaltlich zerstritten, aber geeint im Widerstand gegen die Fristenlösung, könnte die FDP somit ausmanövrieren.
Aussichtslos bliebe auch der Hardliner-Entwurf von 98 konservativen Abtreibungsgegnern in der Union, die den Schwangerschaftsabbruch in Zukunft nur noch aus medizinischen Gründen erlauben wollen.
Ginge es nach Kohls Vorstellungen, blieben nach dem ersten Durchgang eines derartigen Abstimmungsverfahrens nur zwei Alternativen übrig: der Vorschlag der SPD, der eine bedingungslos straffreie Abtreibung während der

mer-Smog sei deshalb „das Auto nicht das Problem“. Schon im Frühjahr hatte der bayerische Autobauer mit falschen Aussagen über die Luftbelastung in München operiert und verbreitet, Pkw trügen „nur minimal“ zur Smoggefahr bei. Der größte Teil der jährlich rund 2,5 Millionen Tonnen Kohlenwasserstoffe und Stickoxide, die allein in der westlichen Bundesrepublik anfallen und zur Ozon-Bildung beitragen, entsteht jedoch durch den Straßenverkehr. Für den Sprecher des Umweltbundesamtes ist es deshalb unverständlich, „daß sich so renommierte Unternehmen wie BMW diese Volksverdummung leisten“. Der Berliner Verbraucherschutzverein mit 17 deutschen Unterverbänden will BMW jetzt abmahnen und wegen „Irreführung“ notfalls verklagen. BMW hat mittlerweile fürs erste auf eine weitere Veröffentlichung der Ozon-Anzeige verzichtet.



Umstrittene BMW-Werbung

ersten zwölf Wochen einer Schwangerschaft erlaubt; und die von Kohl favorisierte, bislang noch unfertige modifizierte Indikationslösung der Union. Danach sollen die schwangere Frau und ein Arzt gemeinsam über die Notlage entscheiden können, wobei die Frau das letzte Wort hätte.

Wie die Entscheidung ausgehen würde, wußte Kohl schon am Donnerstag: Bei einem Stichentscheid fehlten den 318 Unionsabgeordneten nur noch 14 Stimmen zur einfachen Mehrheit. „Die kriegen wir leicht zusammen“, erklärte Kohl seinen Koalitionspartnern. Das fürchtet auch FDP-Fraktionschef Hermann Otto Solms. Denn für den SPD-Entwurf, so wie er jetzt ist, könnte die Truppe um FDP-Justizminister Klaus Kinkel kaum stimmen: „Eine Fristenlösung ohne Bedingungen käme beim Verfassungsgericht nie durch.“ Deshalb hofft Solms bei den Sozialdemokraten auf Einsicht und „Kosmetik“ – oder auf einen anderen Abstimmungsmodus.

„Dann sage ich es“

Innenminister Wolfgang Schäuble wird trotz seiner schweren Behinderung in diesem Jahr als Nachfolger Alfred Dreggers für den CDU/CSU-Fraktionsvorsitz kandidieren. Damit ist er die Nummer zwei der Union. Ob er auch zum Kronprinzen eines strauchelnden Kanzlers Helmut Kohl taugt, läßt er noch offen.

Nach wenigen Tagen der Ruhe und Erholung in der klaren Luft der Nordseeinsel Sylt hat sich Innenminister Wolfgang Schäuble entschieden: Er wird sich – voraussichtlich noch in diesem Jahr – um den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, um die Nachfolge des Seniors Alfred Dregger bewerben.

Auch das Attentat vom letzten Oktober kann den Aufstieg des Juristen aus dem Schwarzwald nicht stoppen. Welche weiteren Stationen und Ziele der seitdem querschnittsgelähmte, an den Rollstuhl gefesselte Politiker letztlich noch anzusteuern willens und fähig ist, das vermag nicht mal Schäuble selber vorauszusagen. Spontan fällt ihm noch keine schlüssige Antwort ein, warum er sich eigentlich in das Abenteuer des Fraktionsjobs stürzt, obwohl er zweifelt, daß er sich jemals den nächsten Schritt, den zur Kanzlerschaft, zutrauen darf. Darüber denkt er im Urlaub nach.

Soviel ist sicher: Der Führungswechsel in der Christenfraktion wird nicht zum ersehnten Aufbruchsignal der Kanzlerpartei, um die Serie der Wahlniederlagen und politischen Fehlleistungen vergessen zu machen. Das Attentat fordert jetzt seinen politischen Tribut.

Ein gesunder Wolfgang Schäuble, der nach seinen Lehrjahren als Parlamentarischer Geschäftsführer, Kanzleramtschef und Innenminister auf den Stuhl des Mehrheitsführers im Parlament rückt, wäre für alle sichtbar der Mann hinter dem Kanzler gewesen, der Kronprinz und Nachfolger. Heute sind Fragezeichen angebracht: Ist der Kranke, der kaum Linderung, dafür aber immer neue Rückschläge erfährt – zuletzt eine Leberinfektion –, diesem Full-time-Job gewachsen, der ihm Mobilität und Flexibilität abverlangt wie kein zweiter? Hält er sich trotz seiner Behinderung bereit, irgendwann Kanzler zu werden, oder nimmt er anderen Kandidaten die Chance, sich rechtzeitig als Alternative aufzubauen?

Zugespitzt: Bürdet sich die CDU in ihrer Not, keine andere Führungsfigur aufbieten zu können, die neben Kohl bestehen kann, womöglich eine Last



CDU-Hoffnung Schäuble: „Die Union muß begreifen, was es heißt, Regierungspartei zu sein“

auf, die ihr später zum Verhängnis werden kann ?

Der Betroffene hat seine eigene Lage und Befindlichkeit kühl kalkuliert. Ein Verzicht auf die Dregger-Nachfolge schied aus, weil er als Resignation verstanden worden wäre. Er hätte sich, wie er kürzlich Freunden anvertraute, ein für allemal politisch weg vom Fenster gesehen, hätte jegliche Option für die Kanzlerkandidatur aus der Hand gegeben, die für ihn kein vergnügungssteuerpflichtiger Tatbestand sei.

Es entspricht seinem Wesen, daß er resignative Anwandlungen mit neuen Herausforderungen therapiert. Mit großer Willenskraft, unterstützt von einer im politischen Alltag untypischen Loyalität seiner Parteifreunde, voran Bundeskanzler Helmut Kohl, hatte der Invalide seinen Ministerstuhl verteidigen und seine Schlüsselstellung in Regierung und Partei bei zahlreichen Koalitionsquerelen ausbauen können. Schäuble blieb der Mann für schwierige Situationen, der sich in Koalitionsschlachten um Steuern und Subventionen schicken ließ, ohne Rücksicht auf Ratschläge der Mediziner.

Schäuble vor dem Anschlag – das war der Politmanager, professionell kühl bis kalt, zuweilen überheblich, von schneidender Arroganz, gefürchtet als gnadenlos effizienter Vorgesetzter. Schäuble nachher – kaum weniger erfolgsverliebt, aber jetzt einer, der zuhören, der sogar Fehler verzeihen kann.

Er ist vor den Parteifreunden oder am Rednerpult des Bundestages der hölzern-technokratische Redner geblieben, und trotzdem schlägt er neuerdings jedes Auditorium in seinen Bann. Dem Mann im Rollstuhl scheint heute das Charisma zuzuwachsen, das dem gesunden Macher fehlte.

Schäuble weiß selber, daß sich ein Bonus aus Sympathie und Rücksichtnahme schnell verbraucht, sobald er Dreggers Platz eingenommen hat. Schon heute ärgern sich manche Abgeordnete, allesamt Befürworter der Regierungszentrale Bonn, daß sie den Berlin-Werber Schäuble in der sonst hitzigen Diskussion so geschont haben.

Schäuble muß, da gibt er sich keinen Illusionen hin, die hochgesteckten Erwartungen der Fraktion erfüllen: Nach den frustrierenden Jahren unter dem alternden Vorsitzenden Dregger, dessen Ehrgeiz sich in Vollzugsmeldungen an den Kanzler über gesicherte Mehrheiten erschöpfte, wünschen die Abgeordneten eigenes Profil – auch auf Kosten von Kanzler und Koalition.

Diese Stimmung kann und will der Neue nutzen. Er plant, die Fraktion zum bundespolitischen Kraftfeld der Partei auszubauen und damit einen Teil der inhaltlich-programmatischen Kompetenz aus dem Konrad-Adenauer-Haus ins Bundeshaus zu ziehen. Schließlich seien die Abgeordneten die „wichtigsten Multiplikatoren der Regierungspolitik in die Partei hinein". Sein Ziel ist eine enge Verzahnung von Partei- und Regierungspolitik: „Die Union muß wieder begreifen, was es heißt, Regierungspartei zu sein."



Kontrahenten Lafontaine, Kohl: Plausch um Gemeinsamkeiten

Im Klartext: Schäuble will die Partei an die Leine der Fraktion legen. Keinesfalls soll es noch einmal einem Generalsekretär gelingen, den Widerstand der Partei gegen die Politik der Koalition zu artikulieren und zu mobilisieren, wie in den Jahren vor 1989. Damals hatte Heiner Geißler als geschäftsführender Parteivorsitzender das Kanzleramt und dessen Chef Schäuble wöchentlich einmal zur Weißglut gebracht.

Da Geißlers Nachfolger Volker Rühe sich stärker als Kohls Parteiverwalter denn als Antreiber und Kontrolleur der Regierung versteht, will Schäuble das entstandene Vakuum für sich und die Fraktion nützen. Als Verbündete zur Darstellung einer Bonner CDU, die mehr als die bislang übliche Einmann-Show Helmut Kohls bietet, sieht der künftige Fraktionschef Umweltminister Klaus Töpfer, Arbeitsminister Norbert Blüm und Volker Rühe, aber auch Leute aus der zweiten Reihe wie Entwicklungshilfe-Staatssekretär Hans-Peter Repnik oder den Wirtschaftsexperten Matthias Wissmann.

Überhaupt sollen Parlamentarische Staatssekretäre künftig wieder, wie unter den Kanzlern Brandt und Schmidt, eine wichtigere Rolle spielen als Kaderschmiede für das Kabinett. Kohl hat die Zahl der Parlamentarischen in seiner bald neunjährigen Amtszeit zwar von 24 auf 33 erhöht. Minister aber wurde bislang nur ein Unionsmann: Carl-Dieter Spranger von der CSU. Kohl sieht die Stellen vor allem als Lohn für Kanzlertreue wie bei Dieter Schulte (Verkehr) oder Ottfried Hennig (Verteidigung).

Schäubles Loyalität zu Kohl ist groß, jedoch nicht unbegrenzt. Das hat er schon mehrfach unter Beweis gestellt, als er sich sogar mit seinem Intimfeind Geißler einig war, daß die Person des Kanzlers Ursache für manche Schwierigkeiten der Union war.

Anders als Geißler ließ sich Schäuble jedoch nicht in Putschpläne verstricken – weil er niemals eine erfolgversprechende Alternative zu Kohl entdeckte. Ende der achtziger Jahre hatte er ein langes Gespräch mit Erwin Teufel, damals baden-württembergischer Fraktionsvorsitzender und Gegenspieler des Kohl-Gegners Lothar Späth, über mögliche Alternativen zu dem Mann aus der Pfalz. Schäuble: „Erwin, was ist die Conclusio? Was? Wer? Wie?" Teufel fiel nur ein Name ein: Richard von Weizsäcker, auch damals schon Bundespräsident.

Sogar mit seinem Widersacher und künftigen Vize Geißler ließ sich Schäuble auf solche Diskussionen ein, freilich mit gebremsten Elan: „Weißt du, wenn ich überzeugt bin, daß es mit Kohl nicht mehr weitergeht, dann sage ich es

ihm.“ Schäuble hat während der vergangenen Wochen überlegt, wie er Loyalität und Distanz zum Kanzler so miteinander verknüpfen kann, daß die Fraktion nicht argwöhnt, er sei Erfüllungsgehilfe des Kanzlers. Zugleich darf er aber auch Kohls Mißtrauen nicht allzusehr strapazieren. Auf der Suche nach einem Vorbild wurde er fündig – in der Person von Herbert Wehner, Fraktionsvorsitzender der SPD neben den Kanzlern Brandt und Schmidt. Der war nie in den Verdacht geraten, selber Kanzler werden zu wollen. Doch zu Wehners guten Zeiten hatte jedermann ihm zugetraut, bei Bedarf jeden Regierungschef abräumen zu können.

In langen Jahren an der Seite Kohls, zunächst als Parlamentarischer Geschäftsführer, später als Kanzleramtschef, hat Schäuble gelernt, daß diesen Kanzler vor allem der Reformeifer einiger Parteifreunde stört. Diese Art „Hektischkeit“ (Kohl), sagt des Kanzlers Lebenserfahrung, schaffe nur Unruhe.

Schäuble sieht das ebenso pragmatisch. Ihm graust beim Gedanken, in der CDU könnte demnächst, befeuert durch junge Eiferer oder aufsässige Ossis, eine Reformeuphorie ausbrechen wie zu Beginn der siebziger Jahre in der SPD unter Kanzler Brandt. Ihm genügt es, wenn die Union mit einem Erfolg in die Wahlen geht, einer gesetzlichen Pflegeversicherung für Alte und Gebrechliche; und er hat intern bereits Position bezogen gegen die FDP und für seinen Parteifreund Norbert Blüm: „Ich glaube, es geht nur mit einem umlagenfinanzierten Modell.“

Weitere teure Geschenke kommen nicht in Frage: „Wir haben kein Geld.“ Und damit erweist sich Schäuble als wichtiger Verbündeter von CSU-Finanzminister Theo Waigel. Der hat sich bereits der Hilfe des „versierten Steuer- und Finanzfachmanns Schäuble“ versichert, wenn er nach der Sommerpause zum Kampf gegen steigende Preise und noch höhere Staatsverschuldung rufen muß.

Zu einem Reformvorhaben, das nichts kostet, steht der künftige Fraktionschef. Er will das vereinte deutsche Volk über eine neue Verfassung abstimmen lassen. Ende dieses Jahres soll die Verfassungskommission aus Bundestag und Bundesrat einen gemeinsamen Entwurf vorlegen. Vorausgehen müßte eine Einigung mit den Sozialdemokraten über die bisherigen Streitpunkte – etwa Uno-Einsätze der Bundeswehr, Staatsziel Umweltschutz, Recht auf Arbeit und Wohnung.

Die Pflege der Beziehungen zur SPD hat sich das Duo Kohl/Schäuble ohnehin vorgenommen. Der Kanzler saß eben erst zu einem längeren Plausch mit Oskar Lafontaine beisammen. Dem finanzschwachen Saarland will Kohl weiterhin helfen, auch wenn er sich darauf einstellt, es bei der nächsten Bundestagswahl wieder mit einem Herausforderer Lafontaine zu tun zu haben.

Man ist nett zu den Sozialdemokraten, weil man sie wegen ihrer Bundesratsmehrheit bei Streitigkeiten im Vermittlungsausschuß braucht. Erwünschter Nebeneffekt: Die Freidemokraten sollen wissen, daß nicht nur sie mit den Sozis können.

Dennoch hält die neue Nummer zwei der Union, wie die Nummer eins, nicht viel von einer Großen Koalition. Schäuble ist überzeugt, seine Partei würde in einer solchen Verbindung den kürzeren ziehen, selbst wenn sie den Kanzler stellen könnte; ohnehin sieht er keinen Grund, warum die SPD dazu bereit sein sollte.

Probleme könnten an anderer Stelle auftreten. Zwar kann Kohl wegen seiner „strategischen Mehrheit“ im Bundestag nur gestürzt werden, falls sich bei einem konstruktiven Mißtrauensvotum ein Gegenkandidat von der PDS mitwählen läßt. Aber wenn die FDP einem der kommenden Haushalte die Zustimmung verweigert, wäre Kohl am Ende, wären Neuwahlen wohl unausweichlich.

Ob der Aufschwung in Ostdeutschland wirklich bald einsetzt, ob es der Union gelingt, sich mit neuen wirtschaftlichen Erfolgen wieder als Wohlstandspartei zu empfehlen und die derzeit trabende Inflationsrate unter Kontrolle zu bringen – Schäuble hat so seine Zweifel. In seinem Urlaubsdomizil am Watt, zur Ebbezeit, überkam ihn Schwermut: Dann verliere man eben die ganzen Landtagswahlen 1994 und die Bundestagswahl dazu.

Minister

Mehr Risiko

Verkehrsminister Krause hat offenbar einen mündlichen Auftrag zum Autobahnbau erteilt – gegen geltende Regeln.

Dreimal innerhalb weniger Tage ließ der Verkehrsminister die Meldung dementieren. Am 28. Juni, am 30. Juni und dann noch einmal am 6. Juli versicherte Günther Krause beharrlich, er habe der Rostokker Firma Kracon Engineering Consultation keinen Auftrag zur Planung eines Teilstücks der mecklenburg-vorpommerschen Küstenautobahn A 20 erteilt.



Verkehrsminister Krause: „Gesellschaft sofort beauftragen“

Richtig ist: Die Kracon-Ingenieure haben den Auftrag nicht bekommen. Richtig ist aber auch: An dem Aufbau-Ossi Krause hat das nicht gelegen.

Krause hat, allen Dementis zum Trotz, Kracon-Geschäftsführer Gerhard Holfelder offenbar feste Zusagen gemacht. Monatelang tat der Minister auch alles in seiner Macht Stehende, die Zusagen einzuhalten. Am Ende kam Kracon trotz höchster Fürsprache nicht zum Zuge.

Die Schwächen des einzigen Ost-Ministers von Gewicht im Kabinett Kohl waren schon in der Raststätten-Affäre deutlich geworden (SPIEGEL 25/1991). Krause ist besessen von dem Gedanken, als Baumeister der Ex-DDR Geschichte zu machen. Wer rechtliche Bedenken geltend macht, hindert ihn an der Erfüllung seiner Mission. Arroganz und Denkgewohnheiten aus den Jahren des

SED-Kommandostaates bewahren ihn vor Zweifeln und Selbstkritik.

Am 8. März besuchte Krause die Elbo Baugruppe in seiner Heimat Mecklenburg-Vorpommern, einen aus mehreren Kombinaten zusammengezimmerten Konzern, bei dem die Bremer Immobilienfirma Karina das Sagen hat – mit Hilfe Krauses. Bei dieser Gelegenheit trugen die zu der Gruppe gehörenden Kracon-Planer dem Minister ein Konzept vor, das einen bestechenden Vorteil bot: Mit dem Bau der Ortsumgehung Wismar sollte schon im September 1991 begonnen werden können.

Nach der Begegnung zwischen Kracon-Planern und dem Minister begannen die Ingenieure unverzüglich mit der Arbeit. Gegenüber Landes- und Bundesbeamten beriefen sie sich immer wieder darauf, von Krause persönlich mit der Planung beauftragt worden zu sein.

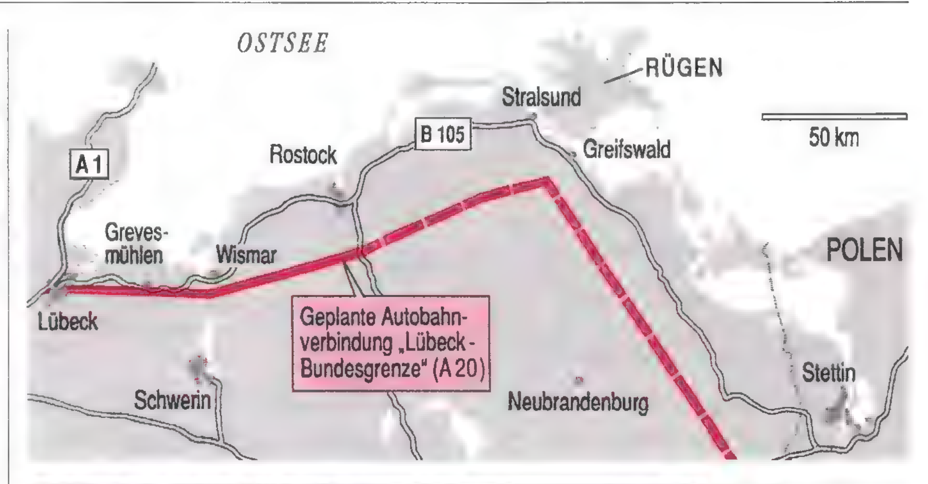
In Bonn tut der Minister die Geschäftigkeit von Kracon-Geschäftsführer Holfelder heute als Eigenmächtigkeit und Auftragsschinderei ab. Wenn die Kracon-Leute seine beiläufige Aufforderung, sich im geordneten Verfahren um den Auftrag zu bemühen, schon für den Auftrag selbst gehalten hätten, dann sei das ihre Sache.

So locker kann die Verbindung nicht gewesen sein. Kracon sorgte mit seinen Aktivitäten nicht nur in der Region und bei Landesbehörden für Verwirrung. Die Firma schickte im Frühjahr ihr Konzept auch nach Bonn, direkt an den Minister. Handschriftlich verfügte Krause: „Bitte sofort Gesellschaft mit Projekt beauftragen.“ Dann gab er den Vorgang in die Fachabteilung Straßenbau.

Das sei kein Auftrag für Kracon gewesen, windet Krause sich nachträglich. Mit seinem Vermerk habe er lediglich veranlassen wollen, daß eine zu gründende Projektierungsgesellschaft die Kracon-Pläne mit in ihre Entscheidungen einbezieht.

Diese Gesellschaft soll den neuen Ländern mit deren Einverständnis Verwaltungs- und Planungsaufgaben abnehmen, die sie nach dem Grundgesetz eigentlich in Auftragsverwaltung des Bundes selbst erfüllen müßten. Da es im Osten aber keine eingefahrene Verwaltung gibt, soll Krauses Gesellschaft vor allem jene Autobahnbauten vorantreiben, die der Minister wegen angeblich besonderer Dringlichkeit mit Hilfe von Maßnahmegesetzen im Eiltempo durchsetzen will.

Doch die Ministerialbürokratie verstand den Vermerk als Auftrag an Kracon und fühlte sich bedrängt. Denn seit dem 11. April hatten die Bonner Beamten im Einvernehmen mit ihren Kollegen in Schwerin bereits das renommierte Kölner Büro Damaschek + Smeets mit der Planung und einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Küstenautobahn beauftragt.





Arbeiten an der A 2, Krause-Projekt A 20 (o.): Baumeister der Ex-DDR

Nach einer Abteilungsleitersitzung bat Krause seinen damaligen Ministerialdirektor Walter Stoll zu einem Gespräch. Anschließend erklärte Stoll seinen Fachleuten, es müsse nach Wegen gesucht werden, Kracon und seine Arbeiten über die Ortsumgehung Wismar miteinzubeziehen. Am 17. Mai ließ sich Ministerialrat Manfred Hinz im Landesamt für Straßenbau und Verkehr in Rostock über die Arbeiten von Kracon informieren. Geschäftsführer Holfelder betonte auch bei diesem Treffen, von Krause mündlich mit der Planung der Umgehung Wismar beauftragt worden zu sein.

Sehr rasch kamen die Bonner Fachbeamten zu dem Ergebnis, Kracon sei fachlich völlig überfordert mit der Aufgabe; die Fixigkeit der Ingenieure beruhte vor allem darauf, daß wesentliche Anforderungen an ein Maßnahmegesetz überhaupt nicht berücksichtigt worden waren, eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung fehlte.

Damit war Kracon aber keineswegs aus dem Rennen. Krause fühlte sich offenbar im Wort und machte weiter Druck. Am 22. Mai wirkte er bei einer Besprechung im Verkehrsministerium in seinem Sinne auf die Beamten ein. Am 30. Mai suchte er gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten Alfred Gomolka nach einer Lösung seines Kracon-Problems.

Das Ergebnis der Krauseschen Anstrengungen legte der Beamte Hinz am 3. Juni in einem Aktenvermerk nieder. „Nach Gesprächen mit Herrn Minister“, so Hinz, sei nunmehr festzuhalten:

> 1. Abschnitt Umgehung Wismar (Grevesmühlen – südöstlich Wismar); ca. 25 km. Die Fa. Kracon Engineering Consultation (Rostock) soll die Unterlagen für das Investitionsmaßnahmegesetz der Umgehung Wismar als Bestandteil der Autobahn Lübeck–Bundesgrenze erstellen. Ein üblicher Vertrag . . . wird mit der Fa. Kracon EC unverzüglich vorbereitet.

Die Ergebnisse der Umweltarbeiten der Ingenieure von Damaschek + Smeets, fügte Hinz noch hinzu, sollten einbezogen werden. Nach den Erfahrungen mit Krause und Kracon stellte der vorsichtige Beamte zusätzlich klar: „Die Entscheidung für weitere, vergleichbare Aufträge an die Fa. Kracon EC ist hiermit nicht präjudiziert.“

Doch daraus wurde nichts. In einer öffentlichen Veranstaltung, so Krause später, hätten Gemeinde und Naturschützer die Kracon-Trasse verworfen:

KOMMENTAR

. . . und Kohl schweigt

RUDOLF AUGSTEIN

Manchmal kommt man nicht umhin, sich bei vordergründigen Ereignissen hintergründige Gedanken zu machen. Da werden demnächst, 205 Jahre nach seinem Ableben, die Gebeine von Preußens Friedrich am testamentarisch vorbestimmten Ort zur hoffentlich letzten Ruhe gebettet, und die Regierung Kohl scheint fest entschlossen, dies in eine mit nationalem Pathos aufgedonnerte Zeremonie umzufunktionieren. Sie hängt sich den Mantel des Geschichtsbewußtseins um.

Und hier nun stellen sich die hintergründigen Gedanken ein. Dieselbe Regierung Kohl nämlich läßt jegliches Bewußtsein für die Geschichte vermissen, wenn es um jenes Land geht, das nicht erst seit Friedrich dem Großen immer mal wieder Schauplatz deutscher Geschichte war. Wenn es um die Tschechoslowakei geht, dann hat der Bundeskanzler seine Hausaufgaben nicht gemacht und weicht keinem Fettnäpfchen aus. Warum behandelt er Prag schlechter als Warschau?

Die Antwort fällt nicht schwer. Die meisten der nach Hitlers Krieg vertriebenen Sudetendeutschen haben sich in Bayern angesiedelt und sind der CSU, wenn sie sich gegen die Tschechoslowakei biestig zeigt, besonders hold. Das hat in Bonn Gewicht. Ohne Rücksicht auf die psychologischen, vielleicht sogar auf die materiellen Folgen verlangt es von Prag 1,6 Milliarden Mark, und zwar absurderweise, weil ostdeutsche Betriebe nach der Währungsunion ihren tschechischen Partnern vereinbarte Lieferungen nicht mehr abnahmen. Der Geschädigte soll nach dieser Logik nun auch noch für den Schaden aufkommen.

Dies entspricht nicht den Vorstellungen Genschers, wohl aber denen des bayerischen Ministerpräsidenten Streibl, der mit seiner Landtagsfraktion vor der Sommerpause nach Prag fahren will. Und Kohl schweigt.

Er schweigt ebenso zu den Forderungen der Vertriebenen-Funktionäre nach Wiedergutmachung oder Heimkehrrecht. So wird der von beiden Seiten dringlich gewünschte Kooperationsvertrag wohl nicht bis zum Besuch des Bundespräsidenten im Herbst zustande kommen.

Die Funktionäre der Vertriebenen verlangen eine symbolische Geste, sagen aber nicht, worin diese bestehen könnte. Es genügt ihnen nicht, daß Václav Havel, der Präsident der ČSFR, die Vertreibung mehrfach als Unrecht gebrandmarkt und sich für das den Betroffenen angetane Leid entschuldigt hat. Havel kann und will naturgemäß keine Entschädigung anbieten. Allerdings könnte er den Spieß umdrehen und das große Faß aufmachen, aus dem sich alle von Hitler-Deutschland Geschädigten quer durch Europa gern bedienen würden.

Bislang tut man in Prag nichts dergleichen, vielmehr möchte man unter die gegenseitigen finanziellen Ansprüche einen dicken Strich ziehen. Das können nun wiederum die Deutschen aus Rechtsgründen nicht, weil sonst auf Bonn Schadensersatzansprüche der Sudetendeutschen in enormer Höhe zukämen.

So müßte denn der Schlußstrich ein imaginärer sein, nicht weiter anfechtbar, aber deutlich. Der einseitige „Brief zur deutschen Einheit" von 1970 hat bewiesen, daß solch eine Hilfskonstruktion möglich ist. Aber (so die *Frankfurter Rundschau*): „Alle warten auf ein klares Wort des Herrn Kohl, aber dieser große Mann in der Weltgeschichte entscheidet nichts."

Mit der Zeit entscheidet sich ja auch tatsächlich alles von selbst. Wenn die Tschechoslowakei dereinst Vollmitglied der EG sein wird, dann besteht Niederlassungsfreiheit, und keinem Nachfahren eines Sudetendeutschen kann mehr verwehrt werden, in der Heimat seiner Väter sein Glück zu suchen. Aber was sollten die Funktionäre der Sudetendeutschen, subventioniert durch Bonn und den Freistaat Bayern, bis dahin tun?

Also müssen sie jetzt auf den Putz hauen, weil jetzt und immerzu irgendwo gewählt wird. Gewählt wird aber demnächst auch in der ČSFR. Die dortigen Kommunisten sind längst auf die Rechnung von 1,6 Milliarden Mark gestoßen und beuten diese deutsche Unverschämtheit für sich aus.

Hat man in Bonn wirklich schon vergessen, wie man die Tschechen gedemütigt und was allein der Mord an dem stellvertretenden „Reichsprotektor von Böhmen und Mähren" Reinhard Heydrich im Jahre 1942 die Böhmen alles gekostet hat? Hier hilft nun kein Aufrechnen mehr. Der Schlußstrich, so oder so, muß endlich gezogen werden.

„Hierbei stellte sich auch heraus, daß die zuvor von Kracon behauptete örtliche Abstimmung ihres Trassenvorschlags tatsächlich nicht stattgefunden hat", heißt es in Krauses Dementi vom 28. Juni weiter. Krauses kühnes Fazit: Da Kracon letztlich leer ausgegangen sei, sei auch erwiesen, daß er der Firma keinen mündlichen Auftrag zugesagt, sondern lediglich eine Anregung zu einem Angebot gemacht habe.

Offiziell stützt Kracon heute die Version des in Bedrängnis geratenen Ministers; man habe „ohne formalen Auftrag" gearbeitet. Doch gegenüber Beamten des Landes und des Bundes haben Kracon-Vertreter sich immer wieder auf Krauses „persönlichen Auftrag" berufen. Und die Beamten in Bonn gingen wie selbstverständlich davon aus, daß Krause bei Kracon im Wort sei.

Das ist auch plausibel, denn Krause hält nichts von dem im Westen akzeptierten Grundsatz, alle Bitten oder Angebote im Zusammenhang mit Aufträgen des Ministeriums sofort und unkommentiert dem zuständigen Referatsleiter zu übergeben. Auch in einem zweiten Fall hat er versucht, das Regelwerk beiseite zu schieben und ein Ost-Unternehmen zu begünstigen.

Das Ausbaggern des Hafenkanals Warnemünde, versprach der mecklenburgische Minister der in Rostock ansässigen „Bagger-, Bugsier- und Bergungsreederei GmbH" (BBB), werde er diesem Unternehmen übertragen. Die Firma ist von der Treuhand an das holländische Unternehmen Swagermann verkauft worden. „Der ganze Gerätepark von BBB", urteilt ein Branchenkenner, „ist reiner Schrott."

Auch diesmal klappte Krauses Aktion nicht. Ohne auf ihren Minister zu warten, hatte die zuständige Wasser- und Schiffahrtsdirektion den Auftrag streng nach den geltenden Vorschriften der Verdingungsordnung Bau ausgeschrieben. BBB lag mit seinem Angebot weit abgeschlagen auf dem siebten Platz.

Dennoch wollte Krause zunächst weiterhin BBB den Zuschlag geben. Seine Fachleute bremsten ihn schließlich mit dem Argument, dann werde Schadensersatz für die anderen Bieter fällig. Nun suchen die Beamten nach einem Kompensationsauftrag für BBB. Der Minister aber fühlt sich wieder einmal von westlichen Wohlstandsregeln gefesselt, beim Aufbau im Osten behindert.

Hartnäckig fordert Krause seither, diese Regeln zu ändern. Die Kommunen sollen Aufträge bis zu 2 Millionen, der Bund bis zu 20 Millionen freihändig und ohne Ausschreibung vergeben dürfen. Bei höheren Ausschreibungen sollen im Osten für eine begrenzte Zeit Ost-Firmen auch dann den Zuschlag erhalten, wenn sie 20 Prozent teurer als westliche Wettbewerber sind. In seiner Ungeduld will Krause die Risiken seiner

Vorschläge nicht sehen. Seine Großzügigkeit würde Durchstechereien und Gefälligkeitsvergaben geradezu provozieren. Die Auftragssubventionierung von Ost-Unternehmen, die meist längst westliche Eigentümer haben, mindert den Druck auf die Inhaber, durch Investitionen wettbewerbsfähig zu werden. Außerdem wären solche Subventionen eine Provokation der EG-Wettbewerber.

Mit partiellem Entgegenkommen seiner Beamten ist der forsche Ossi nicht zufrieden, die ewigen Verweise auf geltendes Recht nerven ihn. In einer Abteilungsleiterversammlung sprach er offen aus, was ihm nicht paßt: „Ich möchte hier Leute haben, die zu mehr Risiko bereit sind.“

Bundeswehr

Politisch mausetot

Verteidigungsminister Stoltenberg scheint ablösungsreif. Er stolpert von Panne zu Panne.

Neben FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher ist Gerhard Stoltenberg eines der wenigen Regierungsmitglieder, die Kanzler Helmut Kohl im Kabinett mit dem vertraulichen „Du“ anredet. Doch die Männerfreundschaft bröckelt. Das Vertrauen des Kanzlers in seinen Verteidigungsminister schwindet. Kohls Helfer kritisieren,



General Schönbohm
Immer neue Zusagen



Dienstherr Stoltenberg, Offiziere: „Mieser Charakter“

der dröge Hardthöhen-Vorsteher beschränke sich aufs Verwalten, statt die Bundeswehr zu reformieren.

Intern hat Duz-Freund Kohl in den letzten Monaten immer mal wieder laut über Nachfolge-Kandidaten nachgedacht. Walter Wallmann vielleicht zum Trost für die verlorene Hessen-Wahl? CDU-Generalsekretär Volker Rühe, der schon vor gut zwei Jahren Ambitionen auf die Hardthöhe angemeldet hatte? Oder Ottfried Hennig, als Nachfolger Stoltenbergs Vorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein und neben dem Rheinländer Willy Wimmer zweiter Parlamentarischer Staatssekretär auf der Hardthöhe?

Unionsfreunde drängen den Kanzler, sich von Stoltenberg zu trennen. Auch Generalinspekteur Dieter Wellershoff lebe gut „drei Jahre hinter der Zeit“ (CDU-Wehrexperte Bernd Wilz).

Peter-Kurt Würzbach, einst Staatssekretär im Wehrressort und Aspirant auf den schleswig-holsteinischen CDU-Vorsitz, schimpft am Stammtisch, nur „Loyalität zur CDU“ hindere ihn daran, öffentlich zu sagen, das „Gespann“ an der Spitze des Verteidigungsministeriums sei „überfällig“. Für Stoltenbergs forschen FDP-Ministerkollegen Jürgen Möllemann ist schon seit der Diskussion um die Verkürzung des Wehrdienstes vor über einem Jahr eindeutig: „Der Mann hat sich überlebt.“

Stoltenberg-Vorgänger Rupert Scholz, immer noch enger Berater Kohls, hält die Amtsführung seines Nachfolgers schlicht für eine „Katastrophe“. Manfred Wörner, trotz Kießling-Affäre von Helmut Kohl zum Nato-Generalsekretär hochbeförderter Vor-Vorgänger des norddeutschen Zauderers, vertraute dem Botschafter eines Partnerlandes an, Stoltenberg sei „politisch mausetot, an dem geht alles vorbei“.

Tatsächlich sind alle wichtigen Entscheidungen seit Stoltenbergs Amtsantritt nicht vom zuständigen Minister, sondern, nach Interventionen der Wehrexperten aus Union und FDP, von Helmut Kohl getroffen worden. Ob es um die Verkürzung des Wehrdienstes ging, die Verkleinerung der Bundeswehr oder die Verringerung des Tiefflugslärms – der norddeutsche Protestant war stets in der Rolle des Bremsers.

Stoltenberg, so scheint es, steht sich selber im Wege. Mit seinem Wechsel an die Spitze der Hardthöhe zog bürokratischer Formalismus ein. Für jede noch so kleine Entscheidung müssen erst mal Papiere her.

Militärs und selbst eingefleischte Bürokraten sehnen sich nach dem quirligen Stoltenberg-Vorgänger Scholz und dem kumpelhaften Manfred Wörner zurück. Die gaben sich meist mit kurzen Lagevorträgen zufrieden, statt wie „Stolti“ immerzu eine „schriftliche Vorlage“ anzufordern.

Die Dokumente korrigiert der Minister penibel mit grünem Stift. Meist gehen die Akten zurück mit der Bitte um Überarbeitung, „Wiedervorlage“ in zwei Wochen.

Wegen der „Entscheidungsfreude“ seines Chefs, lästerte Staatssekretär Ludwig-Holger Pfahls bei CSU-Spezis am Tegernsee, könne er manchmal „die Wände hoch gehen“. Bei größeren Problemen gibt es im Stoltenbergschen Zwei-Wochen-Rhythmus erst mal ein „vorbereitendes Gespräch“ mit Spitzenbeamten und Militärs, dann ein „vertiefendes vorbereitendes Gespräch“, schließlich folgen ein „Hauptgespräch“ und – Höhepunkt der Entscheidungsfindung – ein „abschließendes Gespräch“.

Wenn die Akten dann auf die linke Seite des Schreibtischs verschoben werden, wissen die Ministermitarbeiter, daß

„Eine schöne Bescherung“

General a. D. Gerd Schmückle über Wehrgerechtigkeit und Freiwilligen-Armee

Schmückle, 73, war von 1978 bis 1980 Stellvertreter des Nato-Oberbefehlshabers Europa.

Während Menschen, vor allem in den neuen Bundesländern, am Existenzminimum dahinkrebsen und viele um ihren Arbeitsplatz bangen, will Gerhard Stoltenberg Angehörige der Bundeswehr in Divisionsstärke mit Pensionen ausmustern, für die eigentlich noch zehn und mehr Jahre Arbeit nötig wäre. 48jährige Jungpensionäre sollen den ominösen „goldenen Handschlag“ erhalten und dazu Klunker in die offene Hand. Dann dürfen sie sich auf einen langen Lebensabend freuen; eine schöne Bescherung für fast 7000 Berufssoldaten und 5000 Beamte.

Dabei handelt Stoltenberg nicht leichtfertig. Vielmehr führt er aus, was das „Wunder vom Kaukasus“ Helmut Kohl auferlegt hat: Damals gewann der Bundeskanzler die deutsche Vereinigung und verlor fast die Hälfte der gesamtdeutschen Armee. Kohl erhielt die Vereinigung, wie man heute sieht, zum Discountpreis.

Immerhin verbleibt ihm eine Bundeswehr von 370 000 Mann. Dazu müssen außer Panzern, Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen auch Menschen abgerüstet werden. Das sind heikle Prozesse. Die Frage ist, ob Stoltenberg sie richtig steuert oder ob er dabei scheitert.

In Wahrheit geht es um mehr als die psychologische Wirkung von Frühpensionierungen. Sie wirken zwar enorm provozierend, doch hat man möglicherweise auf der Hardthöhe über diesen Aspekt nicht genügend nachgedacht. Jetzt rächt sich eben, daß alle Folgen des „Wunders vom Kaukasus“ öffentlich nicht rechtzeitig zur Diskussion gestellt, sondern lieber weggedrängt wurden.

Dabei benahm sich die Hardthöhe wie ein Trappistenkloster: bloß kein Laut nach außen. Der Kontakt zur Öffentlichkeit verkam. Und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als die Bundeswehr rettungslos in den Sog ihrer Reduzierungen geriet. Anregungen von außen unterblieben, weil sie nicht gefragt waren. Folglich reagierte das Verteidigungsministerium immer nur dann, wenn die andrängenden Probleme ihm keinen anderen Ausweg mehr ließen. Dann kamen – wie aus der Pistole geschossen – Überraschungscoups. So war es jüngst, als bekanntgemacht wurde, welche Garnisonen geschleift werden würden. So jetzt wieder bei der Ausmusterung von Führungskräften.

Bisher kann man hinter den bekanntgewordenen Planungen kein operatives Konzept entdecken. Alles wirkt buchhalterisch, unpolitisch und ohne Zukunftsschau. Längst hätte der Verteidigungsminister eine öffentliche Diskussion in Gang setzen sollen über

- die Sinngebung der künftigen deutschen Streitkräfte und der Nato;
- Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten für die zu entlassenden Angehörigen der Bundeswehr;
- die Handhabung der Wehrgerechtigkeit bei schrumpfenden Mannschaftsstärken.



Stoltenberg-Kritiker Schmückle
„Alles wirkt unpolitisch“

Man kann verstehen, wenngleich nicht billigen, daß Politiker diese Themen so lange wie möglich der Öffentlichkeit vorenthalten. Doch dadurch werden sie nicht entschärft. Im Gegenteil: Ihre Mischung wird immer explosiver. Obwohl die Zahl der Wehrdienst-Verweigerer plötzlich steil nach oben schnellte, ist von einer überzeugenden Diagnose dazu aus Bonn nichts zu hören, geschweige denn von Selbstkritik oder gar einer Therapie. Dabei wäre in diesem Fall die alte Soldatenregel, so fragwürdig sie manchmal sein kann, angebracht gewesen: „Handeln ist in jedem Fall besser als Nichtstun.“

Man muß jenen Abgeordneten dankbar sein, die einer Berufsarmee das Wort redeten. Denn damit sprachen sie indirekt auch die Wehrgerechtigkeit an, die bisher – der Himmel weiß weshalb – im politischen Bonn tabu gewesen war. Von dort kam auch sofort der Widerspruch: einmal mit dem berechtigten Hinweis, die Wehrpflicht sei ein legitimes Kind der Demokratie, zum anderen mit der unberechtigten Sorge, eine Berufsarmee könne sich wieder – wie einst die Reichswehr – als „Staat im Staat“ aufspielen.

Diese Zeiten sind gottlob vorbei. Bonn ist nicht Weimar, und Berlin wird es hoffentlich nie werden. Auch Berufssoldaten würden sich als „Staatsbürger in Uniform“ fühlen und entsprechend handeln, also nicht auf die Idee kommen, Bundeskanzler zu machen oder zu stürzen. Zudem würden politische Ambitionen dieser Art schlichtweg an der Politikerklasse scheitern.

Viel Geld würde eine Berufsarmee allerdings kosten. Doch selbst darüber ließe sich reden. Nur darf man nicht vergessen, daß Wehrpflichtarmee und Zivildienstleistende siamesische Zwillinge geworden sind. Gibt man die Wehrpflicht auf, dann endet auch der Zivildienst. Dann wäre zwar die Wehrungerechtigkeit vom Tisch, doch die Situation im Gesundheitswesen und in der Altenpflege dramatisch verschlechtert.

Augenblicklich plädieren die Politiker in ihrer Mehrheit für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Doch dann darf nicht weitergewurstelt werden. Zuallererst wäre Wehrgerechtigkeit herzustellen: Dann müßte wohl eine „Allgemeine Dienstpflicht“ eingeführt werden, die über drei Säulen verfügt – Bundeswehr, Zivildienst und, drittens, „Grünhelme“ für die Sanierung von Umweltschäden und internationalen Katastrophenschutz. Als „Grünhelme“ könnten jene Führungskräfte besser eingesetzt werden, die jetzt mit überhöhten Pensionen ausgemustert werden sollen.

Stoltenberg noch mehr Zeit braucht, um sich zu einem Beschluß durchzuringen.

Widerworte erträgt der Schleswig-Holsteiner nicht, selbst bei behutsamer Kritik steigt ihm blitzartig Zornesröte ins blasse Gesicht.

Der frühere Finanzstaatssekretär Günter Obert hatte einen Amtsbruder im Wehrressort gleich bei Stoltenbergs Amtsantritt gewarnt: „Herr Kollege, Sie müssen wissen, Minister Stoltenberg legt die Betonung beim Wort ‚Staatssekretär' auf ‚Sekretär'.“ Wer nicht mit „dem Kopf in Höhe der Türklinke“ eintrete, frotzeln Stoltenberg-Gehilfen, „hat keine Chancen“.

„Führen heißt in erster Linie Beispiel geben; auch große fachliche Kompetenz allein ist wirkungslos, wenn sie nicht durch menschlich zugewandtes Führungsverhalten ergänzt wird; die beste Sache vermag nicht zu überzeugen, wenn ihr Stil nicht überzeugt“, hat Gerhard Stoltenberg im Juni jungen Offizieren vorgetragen. Doch sein Stil im Umgang mit wichtigen Mitarbeitern, so ein Unionspolitiker, „zeigt nur, daß er einen miesen Charakter hat“.

So verweigerte Stoltenberg dem von Scholz aus dem Finanzressort abgeworbenen Staatssekretär Karl-Heinz Carl, zuständig für den Haushalt, im Frühjahr die zur Pensionierung übliche „Serenade“ – ein Militärspektakel, bei dem das Stabsmusikkorps der Bundeswehr drei Märsche bläst. Stoltenberg mag Carl nicht. Im Finanzministerium hatte er dem damaligen Abteilungsleiter schon eröffnet: „Bei mir werden Sie nie Staatssekretär.“ Nun mußte Carl ein halbes Jahr vor der normalen Pensionierung gehen, um seinen Sessel für Stoltenberg-Intimus Peter Wichert zu räumen.

Wichert hatte dem Minister im U-Boot-Untersuchungsausschuß den Rükken freigehalten. Zur Belohnung ermöglichte ihm Dienstherr Stoltenberg eine Blitzkarriere. In nur vier Jahren stieg er vom Regierungsdirektor (heutiges Höchstgrundgehalt: 6400 Mark) im Finanzministerium zum Staatssekretär im Wehrressort (Grundgehalt: 15 050 Mark) auf. Die Personalräte auf der Hardthöhe beschwerten sich vergebens, daß seit den siebziger Jahren kein Beamter aus dem Hause mehr eine Top-Stelle bekommen hat.

Besonders übel spielte der zur Fürsorge verpflichtete Minister einigen Spitzenmilitärs mit. Im vorigen Sommer – die deutschen Einheit war schon auf gutem Weg – befahl er dem Drei-Sterne-General Jörg Schönbohm, für Wichert den Posten des Planungschefs zu räumen. Schönbohm sollte für ein Jahr Kommandierender General des III. Korps in Koblenz und danach als Nachfolger des Admirals Dieter Wellershoff Generalinspekteur werden. Parallel dazu sollte der Chef der Abteilung Militärpolitik, Generalmajor Klaus Dieter Naumann, das I. Korps in Münster übernehmen und am 1. Oktober als Nachfolger von Henning von Ondarza zum Inspekteur des Heeres aufsteigen.

Doch dann überlegte sich Stoltenberg alles anders. Er schickte Schönbohm im Oktober als Leiter des „Bundeswehrkommandos (Ost)“ nach Strausberg bei Berlin – immer noch mit der Perspektive, Generalinspekteur zu werden.

Zum Jahresanfang gab es eine neue Wendung. Weil Rüstungsstaatssekretär Pfahls einen lukrativen Industrie-Job anstrebe, sollte Schönbohm nach dem Himmelfahrtskommando bei der ehemaligen Nationalen Volksarmee die Uniform ausziehen und als beamteter Staatssekretär auf die Hardthöhe zurückkommen.

Doch es zeigte sich, daß Stoltenberg nicht mehr Herr der eigenen Personalplanung ist. Die CSU-Führer Theo Waigel und Max Streibl setzten durch, daß Pfahls bis auf weiteres als Statthalter der CSU und der süddeutschen Rüstungslobby auf der Hardthöhe bleibt.

Der Wellershoff-Posten ging derweil an Naumann – Helmut Kohl hatte verfügt: „Aus dem müssen wir was machen.“

Stoltenbergs Personal-Tableau geriet vollends durcheinander. Schönbohm fühlte sich verschaukelt, wollte schon „die Brocken hinwerfen“. Um dem Minister einen Eklat zu ersparen, gab er sich mit dem Job des Heeresinspekteurs zufrieden – mit der Zusage, sobald Pfahls gehe, bekomme er dessen Posten.

Aber niemand weiß, wann die CSU Pfahls gehen läßt – und ob ein Stoltenberg-Nachfolger die Zusage einhält.

Es herrscht ein munteres Durcheinander an der Spitze des Verteidigungsministeriums. Es macht bei den Parlamentarischen Staatssekretären nicht halt.

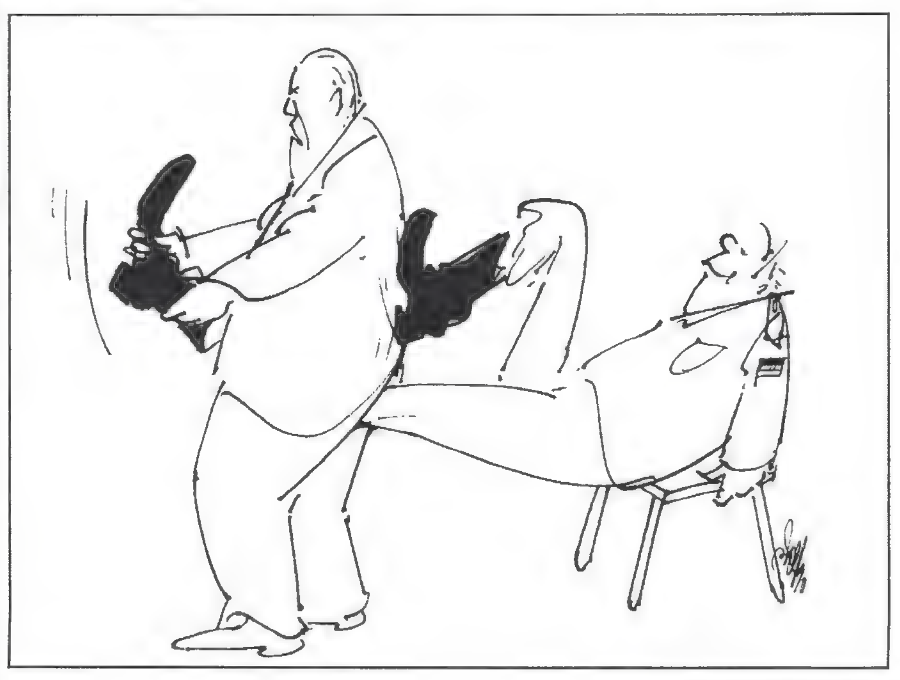
So prahlt Ottfried Hennig an norddeutschen Stammtischen, er habe eigentlich nichts zu tun. Tatsächlich läßt Hennig sich selten bei den Koalitionsexperten blicken.

Auch Hennigs Kollege Willi Wimmer macht sich rar. Um dem Minister aus dem Weg zu gehen, wuselt die rheinische Frohnatur lieber im Osten der Republik herum. Er kümmert sich im Auftrag Kohls um CDU-Freunde und pflegt im Gegensatz zum kontaktscheuen Stoltenberg die Beziehungen zur Sowjetarmee und den Leuten der vormaligen NVA.

Generalinspekteur Wellershoff indessen hat sich, so einer seiner Generalskameraden, „längst innerlich abgemeldet“. Stoltenberg hatte versprochen, wenn sich der Admiral am 1. Oktober frühpensionieren lasse, dürfe er sich als Präsident einer neuen „Bundessicherheitsakademie“ ein Zubrot verdienen.

Doch – neue Schlappe für den Bundeswehr-Verweser – die Koalitionsabgeordneten im Haushaltsausschuß verweigerten Stoltenberg das Geld. Weil Naumann schon öffentlich nominiert war, blieb dem lädierten Wellershoff nur, selber um den vorzeitigen Ruhestand einzukommen – ohne Zubrot.

Doch selbst dieser Abschied könnte noch auf Stoltenbergs Pannenkonto durchschlagen: Die Entlassung muß der Bundespräsident noch gutheißen. Und der, so ein Personalplaner auf der Hardthöhe, „macht auch nicht immer, was Stoltenberg gerade will“.



Neue Osnabrücker Zeitung



Dresdner Kommunarden, Kommune-Chef Biedenkopf (3. v. r.): „Das geht hier tiefer"

„Machtzentrum in der Küche"

SPIEGEL-Redakteur Gabor Steingart über die Wohnkommune von Sachsens Regierungschef Kurt Biedenkopf

Wir wollen miteinander zärtlich sein und Spaß haben, nicht arbeiten und uns verstehen.
KOMMUNEGRÜNDER FRITZ TEUFEL 1967

Anton ist der einzige Bewohner der Dresdner Schevenstraße 1, der das Motto des Apo-Revoluzzers Fritz Teufel konsequent beherzigt.

Der schwarzhaarige Wuschelkopf schläft lange, arbeitet nie, schmust mit jeder und jedem, benutzt die mit Tarnfarbe bemalte Gartenleuchte lustvoll als Pissoir. Selbst die zur Hausbewachung abkommandierte Polizeiwachtmeisterin kann ihn nicht hindern: Anton ist streng antiautoritär.

Der konservative Hausherr Kurt Biedenkopf, 61, läßt den Müßiggänger gewähren. Anton ist zwölf Jahre alt, blind und von Geburt an Pudel.

Für den Rest der zwölfköpfigen Wohngemeinschaft (WG), die sich mittlerweile im Dresdner Domizil des Ministerpräsidenten eingefunden hat, bleibt das Bekenntnis zum Teufelschen Lebensspaß tabu. Denn Biedenkopfs Hausgenossen sind zugleich wichtiger Teil seiner Regierungsmanschaft. Mit diesen Kommunarden will der Hausherr Wahlen gewinnen, nicht Anarchie verbreiten.

Wirtschaftsminister Kajo Schommer, 51, Finanzminister Georg Milbradt, 46, sowie fünf Staatssekretäre hausen derzeit unter dem Dach der zweigeschossigen Biedenkopf-Villa. Weil die Kabinettskollegen, aus dem Westen importiert, über Wohnungsnot in Dresden klagten, hatte Biedenkopf seine 15-Zimmer-Residenz mit Elbblick schon im vergangenen Oktober, kurz nach dem absoluten Wahlsieg der CDU, zum Mitwohnen angeboten. Die Resonanz war riesig: Eilig verließen die sieben Herren ihre Hotelzimmer, fuhren mit Koffern und Kisten in der Schevenstraße vor.

Das ehemalige Gästehaus der Stasi, von den Anwohnern als „Sicherheitsschloß" bespöttelt, beherbergt heute Deutschlands erste und einzige Wohnkommune für regierende Politiker. Die konservative Truppe teilt Kabinetts- und Frühstückstisch.

Den privaten Weinkeller ersetzt ein gemeinsam genutzter Kühlschrank. Das dafür angelegte Buch mit dem Titel „Selbstzahlerverzehr" verlangt, typisch deutsche WG-Kultur, für jede entnommene Flasche einen Strich. Die Trinkliste wird so zur Regierungsbilanz über die Geselligkeit der Kabinetts-Wessis: Wirtschaftsminister Schommer (3mal Rotwein, 5mal Bier) lag Anfang voriger Woche klar vor Finanzminister Milbradt (3mal Bier).

Das Mobiliar der Schevenstraße ist in den neun Monaten seit dem Einzug ein Sammelsurium der Stile geblieben: Das Foyer der Villa teilen sich Überbleibsel der Stasi-Gemütlichkeit, ein braungeripptes Cord-Sofa und Ikea-Gestühl mit dem antiken Sekretär der Familie Biedenkopf.

Zu Neuinvestitionen kann sich die Gruppe nicht aufraffen. „Wir sind sparsam", sagt Hausherrin Ingrid Biedenkopf. Nur die Abhörleitungen des Vormieters, Wanzen inklusive, ließ sie auf Staatskosten demontieren.

Die Frau des Ministerpräsidenten hat das Kollektivleben fest im Griff. Zwei Köche, zwei Putzfrauen, zwei Kellner und ein Gärtner hören auf ihr Kommando. Nur die Auswahl beim Einkauf im ehemaligen Militärdepot der Sowjetarmee, heute Edeka, übernimmt sie selbst. Den vollbepackten Wagen schiebt ein Karatekämpfer der regierungseigenen Sicherheitstruppe.

Ihre Speise- und Putzpläne entwickelt Frau Biedenkopf an jenem Schreibtisch, den ihr Mann während seiner Amtszeit als CDU-Generalsekretär von 1973 bis 1977 benutzte und nach seinem Abschied aus Bonn der Parteizentrale abkaufte. Wo Kurt Biedenkopf in den siebziger Jahren die „neue soziale Fra-

ge“ aufwarf, berechnet Ingrid Biedenkopf heute die Mietpreise der Wohngemeinschaft.

Vor einer Woche ist Annemarie Wiemer, 46, Stellvertreterin des Dresdner Regierungspräsidenten, in der Villa eingezogen. Für ihre Acht-Quadratmeter-Bude, vor der Wende für das niedere Stasi-Personal gebaut, zahlt sie 170 Mark monatlich. Sobald einer auszieht, darf sie in ein größeres Zimmer aufrükken, vielleicht sogar in eines der fünf Apartments. „Hier muß man sich nach oben wohnen“, spottet Kultusstaatssekretär Wolfgang Nowak, 48.

Noch übt sich das Wohnkollektiv in der Selbstfindung – für die meisten ein quälender Prozeß: Keiner der Bewohner hat zuvor in einer Wohngemeinschaft gelebt.

Politiker wie der Finanzstaatssekretär Hans Reckers, 38, standen Anfang der siebziger Jahre in Opposition zu den Lebensentwürfen der Außerparlamentarischen. Damals gründete der spätere Bürochef von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die Schüler-Union, konzipiert als Gegenmacht zu Rudi Dutschkes Sozialistischem Deutschen Studentenbund. Die Polit-WG in Dresden, behauptet der brav gescheitelte Blondschopf, kenne keinen historischen Vorgänger. Sie erinnere ihn allenfalls an die Zeit im Studentenwohnheim.

Nur Biedenkopfs Leibwächter, von der Berliner Stasi-Abteilung „Personenschutz“ übernommen, spricht aus, was mittlerweile allen dämmert: „Ein bißchen wirkt das Leben hier wie Kommune.“

Rita Ries, 83, Biedenkopfs Schwiegermutter und Eigentümerin von Pudel Anton, stimmt freudig zu. Sekunden später bangt sie um ihren guten Ruf: „Schreiben Sie auf keinen Fall, daß es mir hier gefällt“, bittet sie, „sonst denken die Leute, ich führe ein wildes Leben.“



Mitbewohnerin Ries, Leibwächterin, Pudel Anton
„Der ist immer so ernst“

Hausherrin Biedenkopf (beim Einkauf)
„Wir sind sparsam“

Schwiegersohn Kurt betrachtet sein Dresdner Wohnprojekt am liebsten „als eine Art Hotel“, gesteht dann aber, nach seinen neugewonnenen WG-Erfahrungen befragt: „Das hier geht tiefer.“

Es sind die abendlichen Plauderrunden im großzügig verglasten Speisezimmer, die den Kern des Gemeinschaftslebens bilden. Die Kerzen flackern, stumm bedient das Ost-Personal.

Bei Roastbeef und Pellkartoffeln erteilt Biedenkopf seinen Ministern Nachhilfe im Sächseln („Sie müssen den Unterkiefer weiter nach vorn schieben“), Finanzminister Milbradt schimpft über die Trägheit der Beamten („Die Gläubigkeit ans Papier ist geblieben“), und Wirtschaftsminister Schommer darf die Arbeiter-und-Bauern-Staat-Mentalität vieler Sachsen beklagen („Dienstleistung empfinden die als parasitär“). Alle nicken, lachen, stoßen an: ein Prosit der Gemeinsamkeit.

Doch was wäre ein WG-Abend ohne Spaßverderber. Irgendeiner findet sich immer, der beim schönsten Miesmuschel-Essen die Vergiftung von Nord- und Ostsee problematisiert, sich just beim Öffnen der Weinflasche an den Glykolskandal erinnert. Normalerweise lassen WG-Veteranen solche Art Nörgler fröhlich schmausend ins Leere schwatzen.

Aber am Tisch der Ministerkommune gelten andere Regeln: Gerade hat Hermann Kroll-Schlüter, 52, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, sein zweites Radeberger Pils geleert. Genußvoll leckt der Ex-Bürgermeister der Bierstadt Warstein sich den Schaum von den Lippen, findet lobende Worte für das Sachsengebräu. Da passiert es.

Quer über den Tisch will der Landesvater wissen: „Habt ihr die Sache mit der Brauerei mitbekommen?“

Alles schweigt. Der Wirtschaftsminister reagiert als erster: „Wir wissen Bescheid.“

Wirtschaftsstaatssekretär Rüdiger Thiele, 55, schiebt nach: „Wir prüfen bereits.“

Biedenkopf guckt gequält, zündet ein Zigarillo an. Daß eine Westbrauerei eine traditionsreiche Ostbrauerei übernimmt, um sie kurz darauf dichtzumachen, ärgert ihn. „Ich will“, sagt er und saugt am Zigarillo, „die Sache bei der Treuhand zur Sprache bringen.“

Schommer erwidert: „Wir bemühen uns, die Verträge rückgängig zu machen.“

Biedenkopf saugt weiter und brummelt: „Bemühen ist mir zuwenig.“

Ratz-fatz ist die WG-Tafel zum Kabinettstisch geworden. Wie zum Gute-Nacht-Gruß verteilt der Boß seine Arbeitsaufträge. Anderntags wird Schriftliches folgen, wie immer grußlos gezeichnet mit dem Kürzel „BiKo“. Wider-

spruch wagt niemand. Biedenkopf ist für die Hausbewohner der Oberguru, daheim der Denker, in der Regierung der Macher, in Bonn der Mahner. „Seine öffentlichen Auftritte", sagt Reckers, „besitzen eine fast religiöse Dimension." Nur Oma Ries findet den Amtston am Abend unpassend: „Warum ist mein Schwiegersohn immer so ernst?"

Erst wenn das Präsidentenpaar in Richtung Schlafgemach aufsteigt, hat die Politik Pause. Endlich können Minister und Staatssekretäre die wirklichen Probleme, die Probleme der Gruppe, fachgerecht analysieren. Zum Beispiel die Sache mit der Vollkost-Diät.

Seit Ingrid Biedenkopf ihre Körner in der Küche einweicht, will einer der Minister Mehlmotten entdeckt haben. Das „Igitt, igitt" der Gruppe ist dem Erzähler sicher.

Kultusstaatssekretär Nowak, einziger SPD-Genosse im Biedenkopf-Clan, kann die unheilvolle Wirkung der Körnerküche gar am eigenen Körper belegen. Er, der sich anfangs euphorisch an der Diät beteiligte, behauptet heute: „Ich wußte den ganzen Tag nicht, was in meinem Magen vorgeht."

Ohnehin geht der Altlinke Nowak („Die Küche ist das Machtzentrum") auf Distanz zur Premiersgattin. Für ihre Einkaufsphilosophie – Hauptsache ostgemacht und billig – hat der Toskana-Fan nur Spott übrig. „Ingrids Nudeln", stellt er nach acht Monaten Gemeinschaftsküche fest, „sind nicht meine Nudeln."

Weil ihm auch das Radeberger Pils nicht schmeckt, bunkert er im Bürokühlschrank seine Alternative – flaschenweise dunkles Weizenbier aus Bayern, Marke Pikantus.

Auf keinen Fall will er diese Schätze in die Schevenstraße verlagern. Der Sozialdemokrat fürchtet nichts mehr als den Gruppenzwang: „Dann müßte ich ja teilen."

Polizei

Dumpfes Murmeln

Ein neues Bonner Gesetz soll verdeckte Ermittler bremsen – doch die berufen sich auf andere Vorschriften.

Hans-Ludwig Zachert, Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), weiß, was die Bürger ihrer Polizei schuldig sind: „Einen gewissen Vertrauensvorschuß" könnten die Ermittler schon verlangen.

Da kann ihm nur recht sein, was das Bonner Kabinett am Mittwoch vergangener Woche für die Polizeiarbeit gegen das organisierte Verbrechen beschlossen hat: Geplant ist ein verblüffend vertrauenerweckendes Gesetz.

Was das „Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität" an Normen für die Polizeiarbeit enthalten soll, klingt gut, selbst für die Ohren kritischer Bürgerrechtler.

Der Entwurf, Ergebnis jahrewährender Debatten zwischen Sicherheitspolitikern der Länder und der Koalitionsfraktionen in Bonn, soll die Strafprozeßordnung erstmals um klare Regeln für den Einsatz heikler Ermittlungsmethoden ergänzen, die Fahnder bislang im rechtsfreien Raum praktizieren.

Mit der Ermächtigung für Lauschangriffe, Rasterfahndung und den Einsatz verdeckter Ermittler soll das Gesetz den Kripo-Leuten Befugnisse einräumen, die sie sich schon stets genommen hatten.



Fahnder Zachert (r.)*: Waffengleichheit für Ermittler

Doch anders als bisher wird der Einsatz solcher Geheimdienstmethoden auf die Verfolgung einer Reihe ausdrücklich genannter Delikte der organisierten Kriminalität begrenzt und an die Voraussetzung geknüpft, daß konkrete, von Gerichten überprüfbare Verdachtsmomente vorliegen.

Soviel Rechtsstaat war gar nicht vorgesehen. Die Urfassung des Gesetzpakets gegen die organisierte Kriminalität, von Bayern und Baden-Württemberg in den Bundesrat gebracht, enthielt dermaßen großzügige und vage Voraussetzungen für Eingriffe in die Privatsphäre und Wohnungen Verdächtiger wie Unverdächtiger, daß der FDP-Sicherheitspolitiker Burkhard Hirsch drohte, das Gesetz werde „nur über meine Leiche" passieren. Und im SPIEGEL (24/1990) warnte der Hamburger Strafprozeß-Experte und Anwalt Gerhard Strate vor „Wahngeburten polizeistaatlichen Denkens".

Die Empörung hat geholfen. Punkt für Punkt wurde auf Drängen des liberalen Koalitionspartners und nach kritischen Gegenentwürfen des Bremer Justizsenators Volker Kröning (SPD) erreicht, was Bundesjustizminister Klaus Kinkel (FDP) einen „fairen Kompromiß" nennt.

Wegdiskutiert wurde so die Ermächtigung für die Ermittler, Wanzen auch in Privatwohnungen zu installieren, und der Vorstoß des bayerischen Innenministers Edmund Stoiber (CSU), den verdeckten Fahndern bei ihrer Arbeit im Milieu auch Straftaten zu erlauben.

Liberale müssen geradezu Vergnügen haben, wenn sie hören, wie entsetzt Hardliner in der Union und Polizeipraktiker über die Begrenzungen sind, die das neue Gesetz dem kriminalen Eifer auferlegt.

Ausgerechnet Oberermittler Zachert, der Freund der schönen Worte, empörte sich gleich nach dem Kabinettsbeschluß vom Mittwoch über den „Flickerlteppich" im Entwurf: Das Regelwerk gewährleiste wieder keine „Waffengleichheit" zwischen Ermittlern und Kriminellen – was auch immer der Präsident sich darunter vorstellen mag.

Das Gesetz sei ein „fauler Kompromiß", tönte aus Stuttgart der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU). Es diene „dem Täterschutz", beschwerte sich Thüringens

* Im Bundeskriminalamt mit Phantombild-Mischgerät.

Justizminister Hans-Joachim Jentsch (CDU). Der sächsische Landespolizeipräsident Fritz-Ulrich Maier höhnte gar, den verdeckten Ermittlern werde von Bonn zugemutet, sich „wie Konfirmanden“ zu verhalten.

Nur einer machte nicht mit beim Protestgeschrei: Edmund Stoiber, der Mann, der zuvor alle rechtsstaatlichen Bedenken gegen seine Wanzen-Wünsche verhöhnt hatte („Mit einer Mausefalle auf Großwildjagd“), wies vergangene Woche die Proteste seiner Parteifreunde zurück und nannte die Gesetzesgeschichte eine „Erfolgsstory“.

Der Polizeiminister aus Bayern kennt sein Handwerk, darum ist er ja so gefürchtet. So weiß er wahrscheinlich besser als die meisten Parteifreunde, daß der Bonner Entwurf einen Streit nicht wert ist. Die meisten Ermittler werden auf ihn pfeifen – und das dürfen sie auch. Sie stützen sich bei allen heiklen Aktionen auf die Polizeigesetze der Länder.

Bei Stoiber zu Hause ist erst im vergangenen Jahr ein neues Polizeigesetz in Kraft getreten, das den Fahndern alles erlaubt, was ihnen nach dem Bonner Entwurf mit großem Getöse verwehrt werden soll. „Der Freistaat Bayern hat entschlossen gehandelt“, prahlte Stoiber im *Bayernkurier*, nun „in die Sphäre der Verbrecher einzudringen“.

So ist nach Bayern-Recht beispielsweise den Kripo-Leuten gestattet, Wanzen in Wohnungen zu installieren, um so vorbeugend Personen zu bespitzeln, von denen anzunehmen ist, daß sie bestimmte Straftaten erst künftig begehen wollen. Abhöranlagen und Videokameras in Wohnungen sind nach dem Landesrecht sogar bereits zulässig, wenn es um den Schutz von „Sachen“ geht, „deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten erscheint“.

Eine „Bayern-Stasi“, polemisierte schon die Landes-SPD, sei mit dem neuen Gesetz eingerichtet worden. Doch die Sozis treiben es wenig besser. Das Polizeigesetz, das am Donnerstag dieser Woche im SPD-regierten Hamburg in Kraft tritt, bleibt kaum hinter den bayerischen Regeln zurück.

Das Hamburger Gesetz erlaubt gleichfalls den Einsatz von Wanzen in Privatwohnungen. Uferlos sind zudem die Befugnisse der Ermittler, wenn es um die Bespitzelung unliebsamer Hanseaten außerhalb der eigenen vier Wände geht. Unter polizeiliche Observation darf in Hamburg praktisch jedermann gestellt werden, wenn dies „zur vorbeugenden Bekämpfung“ erheblicher Straftaten „erforderlich ist“ – nicht nur potentielle Täter aus dem St.-Pauli-Milieu, sondern auch „Kontaktpersonen“, die mit potentiellen Tätern „in einer Weise in Verbindung stehen, die die



Minister Stoiber: „Mausefalle auf Großwildjagd“



Versteckte Abhör-Wanze: „Wie Konfirmanden“

Erhebung ihrer personenbezogenen Daten . . . erfordert“.

Solche Vorschriften, klagt Strafverteidiger Strate, seien Blankovollmachten, jedermann als Risiko-Person unter Kontrolle zu nehmen. Die vagen Normen seien von Juristen geschaffen, die sich „auf die Technik“ verstehen, „durch dumpfes Murmeln von Wörtern, bei denen sie sich selbst nichts denken, den Eindruck zu erwecken, sie hätten etwas gesagt“.

Ähnlich vage und weitgehende Ermächtigungen für verdeckte Ermittler, Wanzen und Rasterfahndung räumen mittlerweile die Polizeigesetze der meisten Bundesländer ein. Die Länderbefugnis, Normen für die polizeiliche Gefahrenabwehr zu schaffen, haben die Sicherheitspolitiker dazu genutzt, die Bundeskompetenz für die Regelung von Ermittlungen zur Strafverfolgung – in der Strafprozeßordnung – auszuhöhlen und den Strafverfolgern eigenmächtig Befugnisse einzuräumen.

Formal wird das Durcheinander von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr in den Länder-Gesetzen mit dem Terminus der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ gerechtfertigt – das ist die Abwehr von Gefahren, die durch künftige Verbrechen entstehen. Unter dem Vorwand solcher Gefahrenabwehr läßt sich trefflich Strafverfolgung betreiben: Wer einem Verbrecher nachspürt, verhindert schließlich, daß der Mann künftig etwas Kriminelles tut.

Ganz unverhohlen bedient sich selbst das Bundeskriminalamt – zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung in Eigenverantwortung gesetzlich gar nicht befugt – bei den Ermächtigungsklauseln der Länder-Polizeigesetze. So klagte jüngst Zachert, ihm gehe das Polizeigesetz im rot-grün regierten Hessen nicht weit genug, es behindere die Fahndung im Rhein-Main-Gebiet.

Die Hessen-Norm sei schuld, daß die Strafverfolger bei der Suche nach RAF-Terroristen „nicht *eine* relevante Person“ im Großraum Frankfurt unter Beobachtung hätten.

Auch daß verdeckten Fahndern nun durch das Bonner Gesetz verboten wird, im Mafia-Milieu Straftaten zu begehen, kann die Ermittler nicht ernsthaft bremsen. In der Grauzone des Rechts standen den Profis schon stets Argumente zur Verfügung, beim Bösen, das sie verfolgen, mitzutun.

So gehört es schon lange zum umstrittenen Handwerk verdeckter Rauschgiftfahnder, Drogengeschäfte erst anzuleiern, um sie dann auffliegen zu lassen: Anstiftung zu einem Verbrechen. Empört stellte im vergangenen Jahr ein Bremer Staatsanwalt fest, er sei zum „Tanzbären des BKA“ geworden, weil er Drogendelikte ermittelte, die von den Wiesbadenern zuvor sorgsam eingefädelt waren.

Selbst die traditionelle Trennung von Polizei und Geheimdienst, seit den Erfahrungen mit der NS-Diktatur ein wichtiger Grundsatz rechtsstaatlicher Ermittlungen, wird im Hause Zacherts durchbrochen.

Da trifft sich neuerdings eine diskrete Runde, die sich „Koordinierungsgruppe Terrorismus“ nennt. Die Mitglieder stammen von der Polizei und vom Generalbundesanwalt – aber auch vom Verfassungsschutz. Die Ermittlerrunde, die neue Strategien gegen Terroristen ersinnen soll, hat von den Länder-Innenministern den Auftrag, Informationsaustausch zu betreiben, und zwar unter „voller Ausschöpfung des rechtlich Zulässigen“.

Nach welchem Recht auch immer. ◄

„Das alles kostet Geld"

Ärztekammerpräsident Karsten Vilmar über Kiloprämien und Kostenexplosionen im Gesundheitswesen



Vilmar beim SPIEGEL-Gespräch*: „Das war ja mehr ein Gag"

SPIEGEL: Herr Dr. Vilmar, Sie haben mit Ihrem Vorschlag, Kiloprämien und Gefahrenzuschläge für Rauchen, Drachenfliegen sowie andere Risikosportarten zu erheben, für erhebliche Aufregung gesorgt. Haben Sie außer massiver Kritik auch Zustimmung erhalten?

VILMAR: O ja, ich habe auch eine ganze Reihe zustimmender Briefe, obwohl in der öffentlichen Kritik ja vielfach übersehen wird, daß ich nicht etwa vorgeschlagen habe, Zuschläge auf den Krankenkassenbeitrag zu erheben, sondern auf bestimmte Konsumgüter. Es wäre wohl unsinnig, Krankenkassenschnüffler oder Wiegekommissionen durch die Lande zu schicken, um zu prüfen, wer sich gesundheitsgerecht verhält und wer nicht.

SPIEGEL: Es könnte ja ganz einfach sein: Kanzler Kohl monatlich auf die Waage, Ex-Kanzler Schmidt wöchentlich zu Nikotintests?

VILMAR: Bei Einzelpersonen ließe sich das wohl machen, aber um die Einzelpersonen geht es gerade nicht, sondern es geht bei der ganzen Kostenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung um das Mengenproblem. Von daher ist die Überlegung gerechtfertigt, ob nicht die Menschen, die sich nicht gesundheitsbewußt und gesundheitsgerecht verhalten – und das wissen –, zusätzlich über den Konsum zur Kasse gebeten werden können.

SPIEGEL: Kiloprämien können Sie doch nur verlangen, wenn Sie Leute wiegen. Und wiegen können Sie das Volk nicht jede Woche.

VILMAR: Wiegen könnte man die Menschen schon, beispielsweise wenn sie beim Arzt sind. Aber es war ja auch mehr ein Gag, damit die Leute mal zum Nachdenken kommen. Das ist insoweit vollkommen gelungen. Es ist erstaunlich, welch große öffentliche Resonanz es darauf gegeben hat. Die Reaktionen haben allerdings auch gezeigt, daß die Leute häufig nicht bereit sind, die nötigen Konsequenzen zu ziehen, weil sie das sofort mit Schuld und ähnlichem verbinden.

SPIEGEL: Wird der Arzt damit nicht zum Richter und Moralprediger? Verstößt das nicht alles gegen das Solidaritätsprinzip, auf dem die Krankenversicherung beruht?

VILMAR: Ich glaube, dagegen verstößt eher ein unsolidarisches Verhalten derer, die entgegen besserem Wissen ihre Gesundheit und damit die Solidargemeinschaft schädigen. Es kann doch niemand behaupten, er wisse nicht, daß Rauchen gesundheitsschädlich ist.

SPIEGEL: Aber wir wissen, daß dem Rauchen in vielen Fällen suchtähnliche Strukturen zugrunde liegen und daß es damit einer Krankheit nahekommt, die der ärztlichen Beratung bedarf.

VILMAR: Wenn man diesen Standpunkt einnimmt – und den kann man ja einnehmen –, dann muß man sagen, daß kein Mensch für sein Handeln verantwortlich ist und die Solidargemeinschaft, also die Gemeinschaft der Krankenversicherten, dann auch unabhängig von der Ursache für alle Schäden aufkommen muß. Das wäre konsequent und einsehbar. Aber es verträgt sich dann nicht mit dem politischen Postulat, die Beitragssätze stabil zu halten.

SPIEGEL: Der Ansatz für Ihren Vorschlag ist doch das Bemühen, den ausufernden Gesundheitskosten zu begegnen. Erreicht werden soll, was weder dem Gesetzgeber noch den Krankenkassen, noch den Ärzten gelungen ist – aus Gründen, die wir vor neun Jahren schon einmal mit Ihnen erörtert haben.

VILMAR: Sicher, eine Menge der Gründe, die wir damals genannt haben, sind geblieben, vor allen Dingen sind die menschlichen Verhaltensweisen weiterhin unverändert.

SPIEGEL: Auch die ärztlichen.

VILMAR: Auch die ärztlichen, auch Ärzte sind ja Menschen. Es kommen weitere Gründe hinzu: Da ist die weitere rasche Zunahme der Lebenserwartung, damit auch die Zunahme der Zahl der älteren Menschen, damit auch die Zahl der Dauerbehandlungsbedürftigen. Es ist ja vielfach der Medizin nicht

Karsten Vilmar

löste eine Lawine der Empörung aus, als er vorletzte Woche vorschlug, Dicke und andere Risikoträger mit höheren Krankenkassenbeiträgen zu bestrafen. Vilmar, 80 Kilogramm, ist seit 1979 Präsident der Bundesärztekammer und hat in dieser Funktion bereits mehrmals das „überzogene Anspruchsdenken" der Patienten kritisiert. Der Bremer Ärztefunktionär, gelernter Unfallchirurg, verstand es in gesundheitspolitischen Auseinandersetzungen, von der Rolle der Ärzte bei der Kostenexplosion im Gesundheitswesen abzulenken. Auch zu heiklen gesellschaftspolitischen Themen hat sich Vilmar geäußert. Er befürwortete Gefängnisstrafen für HIV-Infizierte, die andere durch ungeschützte sexuelle Kontakte gefährden, wandte sich in der Abtreibungsdiskussion gegen die Fristenlösung und bezeichnete den Eingriff selbst als „Tötung auf Kassenkosten".

* Mit Redakteuren Hans Halter und Rolf S. Müller.

möglich, wie das früher bei akuten Infektionen war, eine Krankheit zu heilen, sondern es wird häufig vorzeitiges Sterben verhindert – natürlich oft um den Preis der Dauerbehandlungsbedürftigkeit.

Es kommt dann auch eine ganze Reihe von neuen technischen Möglichkeiten in der Medizin hinzu. Das alles kostet natürlich Geld, auch weil wesentlich mehr menschliche Arbeitskraft benötigt wird, im Krankenhaus wie in der Praxis.

SPIEGEL: Aber es kostet überproportional mehr. Wenn man die Entwicklung in der Bundesrepublik zurückverfolgt, wurden für das Gesundheitswesen ursprünglich ungefähr fünf bis sechs Prozent des Bruttosozialprodukts ausgegeben, vor 20 Jahren waren es acht Prozent, mittlerweile sind es zehn Prozent.

VILMAR: Ich glaube, das ist gar kein Parameter. Es ist ja auch die Zahl der älteren Menschen erheblich angestiegen.

SPIEGEL: Aber nicht im gleichen Maße.

VILMAR: Wenn Sie sich nur mal die Prozentsätze vergegenwärtigen, dann ist in rund 30 Jahren eine Zunahme bei den 60- bis 69jährigen um 30 Prozent zu verzeichnen, bei den 70- bis 79jährigen eine Zunahme um 100 Prozent, bei den 80- bis 90jährigen sogar um 150 Prozent. Das sind gewaltige Zahlen.

SPIEGEL: Es gibt nur wenige 100jährige, insgesamt etwa tausend. Mit denen können Sie wohl kaum argumentieren, um zu begründen, daß die Ausgaben fürs Gesundheitswesen innerhalb von 25 Jahren von 30 Milliarden auf jetzt 250 Milliarden gestiegen sind, die neuen Bundesländer noch gar nicht eingerechnet.

VILMAR: Das sind ja nicht nur die tausend 100jährigen, aber unterhalb 100 gibt es viele Ältere, die vielleicht noch mal 100 werden. Auch die Möglichkeit für Eingriffe hat zugenommen. Als ich in der Chirurgie anfing, war es geradezu tollkühn, über 70jährige zu operieren, weil die oft schon die Narkose nicht überstanden. Heute können wir doch problemlos 80-, 90- oder 100jährige operieren.

SPIEGEL: Es gibt auch aus den eigenen Reihen massive Kritik an der Verschwendung, die in der deutschen Medizin getrieben wird. Zum Beispiel in einem Beitrag, den Professor Dißmann und Dr. de Ridder, zwei Kliniker aus Berlin, jüngst in der *Süddeutschen* veröffentlichten haben. Darin wird von einer „gigantischen" Verschwendung gesprochen, etwa durch die heute übliche Schrotschuß-Diagnostik, durch die mangelnde Qualität der deutschen Medizin, während gleichzeitig die Fähigkeit zur Selbstkritik bei den Ärzten auf einem Tiefpunkt angelangt sei. Derweil „narkotisiert" das *Deutsche Ärzteblatt* durch übertreibende Schönfärberei auch noch den letzten Zweifler, wie die beiden Mediziner in der *Süddeutschen* schreiben.

VILMAR: Es wird ja viel geschrieben, nicht nur im *Deutschen Ärzteblatt*, sondern auch im SPIEGEL und in anderen Medien.

SPIEGEL: Die Kritik der beiden Ärzte war gut begründet.

VILMAR: Manches ist fundiert, manches nicht. Es wird dann mehr wegen der kontroversen Darstellung so geschrieben. Ich glaube nicht, daß die deutsche Medizin an einem Tiefpunkt angelangt ist.



Demonstrierendes Pflegepersonal in Ost-Berlin: „Psychologische Torheit"

SPIEGEL: Auch nicht, was ihre Fähigkeit zur Selbstkritik anlangt?

VILMAR: Auch das stimmt einfach so nicht. Man muß da auch die anderen Einflußfaktoren mitberücksichtigen. Das Anspruchsverhalten der Menschen ist erheblich gewachsen . . .

SPIEGEL: . . . aber auch das Anspruchsverhalten der Ärzte . . .

VILMAR: . . . sicherlich zu Recht gewachsen, weil wir ja nun wirklich eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme der Welt haben. Das bewirkt natürlich, daß auch die Menschen selbst – mit Recht, meine ich – Ansprüche stellen, daß ihnen so gut wie irgend möglich geholfen wird. Sie lesen und hören ja dank der Medien jeden Tag von den Fortschritten und Möglichkeiten.

SPIEGEL: Dürfen wir noch mal zurückkommen auf Ihren Begriff „Anspruchsverhalten"? Er besagt doch eigentlich nur, daß der Patient die Rechte wahrnimmt, für die er eine Menge Geld bezahlt.

VILMAR: Richtig.

SPIEGEL: Und vom Anspruchsverhalten leben ja die deutschen Ärzte, und zwar, wie man weiß, nicht schlecht. Sie sind im statistischen Durchschnitt die bestbezahlten in Europa.

VILMAR: Ich habe nicht gesagt, daß Ärzte schlecht leben.

SPIEGEL: Aber Sie und Ihre Standeskollegen sprechen das Wort Anspruchsverhalten immer etwas abfällig aus, als wenn es sich dabei um eine negative Verhaltensweise der Kranken handele.

VILMAR: Nein, das ist Ihre Interpretation. Es ist völlig wertfrei gesagt. Wenn die Leute gut informiert sind über die rechtlichen Regelungen bei uns, dann nehmen sie auch derartige Angebote wahr, mindestens – und das muß man wieder sehr einschränkend sagen – dann, wenn sie glauben, daß sie Hilfe benötigen. Sie tun es leider nicht in dem Bereich, wo eine Gesundheitsförderung geschehen soll. Die Gesundheitsuntersuchungen, die das Gesundheitsreform-Gesetz ermöglicht, werden ja nur von etwa 20 Prozent der Berechtigten wahrgenommen.

SPIEGEL: Sie meinen die Krebsvorsorgeuntersuchung?

VILMAR: Die Krebsvorsorgeuntersuchung ebenso wie die jetzt neu eingeführten Untersuchungen für die über 35jährigen auf Herz- und Kreislaufkrankheiten, auf Nierenkrankheiten und ähnliches mehr.

SPIEGEL: Zu den Krebsvorsorgeuntersuchungen muß man sagen: Es gibt kei-

ne Berufsgruppe, deren Beteiligung so gering ist wie die der Ärzte.

VILMAR: Das ist sicher ein Problem, aber dem ließe sich erwidern mit dem sicher nicht sehr schlagenden Argument: Der Wegweiser geht auch nicht mit.

SPIEGEL: Wieso sollen die auf den Weg Gewiesenen Vertrauen in eine Methode haben, welche die Ärzte nicht mal für sich selber für akzeptabel oder wünschenswert halten?

VILMAR: Es gibt eine ganze Menge Dinge, die die Betreffenden selbst für sich nicht so wahrnehmen, wie sie es tun sollten. Insoweit unterscheiden sich auch Ärzte – ich sage es immer wieder – nicht von der übrigen Population.

SPIEGEL: Welchen Beweis gibt es denn dafür, daß wir die beste Medizin haben, wenn selbst die Kassenärztliche Bundesvereinigung jüngst zugeben mußte, daß in der Qualitätssicherung in Deutschland noch einiges im argen liegt. Die Bundesrepublik, so heißt es in demselben Bericht, habe im Vergleich zum europäischen Ausland, erst recht zu den USA, „noch Nachholbedarf". In der Bundesrepublik gibt es im Bereich der niedergelassenen Ärzte keine Qualitätskontrollen, sie sagen einfach: Wir sind top, wir sind prima.

VILMAR: Sie zitieren da einen Bericht, aber nicht wörtlich, sondern aus dem Zusammenhang gerissen. Wir haben schon gute Qualität. Was man weiter ausbauen kann und woran wir seit vielen Jahren arbeiten, das ist gerade die Qualitätssicherung. Da ist zum einen zur Sicherung der technischen Qualität eine ganze Menge geschehen . . .

SPIEGEL: . . . bei der Überprüfung von Labors vielleicht . . .

VILMAR: . . . und bei der Sicherung der Geräte nach der Röntgenverordnung, aber auch bei der Sicherung der technischen Qualität von Röntgenaufnahmen. Woran es vielleicht noch mangelt, ist die Sicherung der Qualität der ärztlichen Berufsausübung, der Arbeit. Das ist aber leichter gefordert als getan. Dazu sind Pilotprojekte zum Beispiel in der Chirurgie gemacht worden.

SPIEGEL: Und in der Allgemeinmedizin?

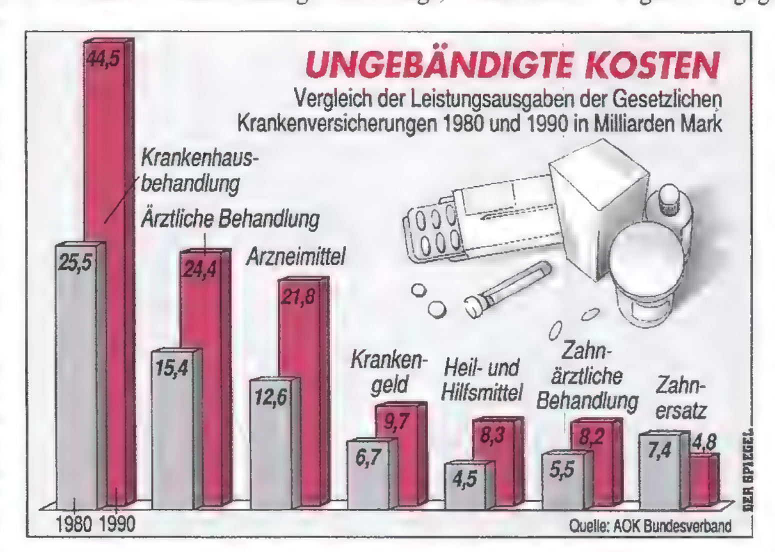
VILMAR: Dort fehlt es oft noch an geeigneten Kriterien und Methoden. Wie läßt sich beispielsweise die Qualität der Beratung oder des ärztlichen Gesprächs an harten, nachmeßbaren Parametern prüfen und belegen?

SPIEGEL: Was tun Sie denn, wenn Sie hören, daß einer der niedergelassenen Ärzte mit so dubiosen Verfahren arbeitet wie etwa der Irisdiagnostik, die doch in den Bereich des Schamanentums gehört, oder sich auf Elektroakupunktur-Diagnosen und ähnlich zweifelhafte Methoden verläßt?

VILMAR: Wir halten diese Dinge nicht für berechtigt, weil nicht medizinisch-wissenschaftlich bewiesen. Deswegen dürfen es die Krankenkassen auch nicht bezahlen.

SPIEGEL: Es geht dabei nicht ums Bezahlen.

VILMAR: Daß die Medizin nicht nur aus medizinisch exakter Naturwissenschaft besteht, ist auch klar. Es gehört in vielen Bereichen Glaube dazu, vom Arzt wie vom Patienten. Mancher Patient erhofft sich gerade von derartigen Dingen Linderung seiner Leiden. Und nicht bewiesene Dinge sind manchmal auch dann gerechtfertigt, wenn eine beweisbare Therapie nicht mehr helfen kann.



SPIEGEL: Nun schildern die erwähnten Berliner Kliniker einen authentischen Fall, bei dem eine Frau wegen immer wiederkehrender Entzündung der Harnwege mit homöopathischen Mitteln behandelt wurde und schließlich an einer beidseitigen eitrigen Nierenbeckenentzündung starb, weil sie zu spät in die Klinik kam . . .

VILMAR: . . . das ist zweifellos kriminell. Das läßt sich nicht vertreten. In solchen Fällen muß die öffentliche Gerichtsbarkeit bemüht werden. Wir schalten dann auch die Berufsgerichte ein; denn das verstößt einfach gegen Grundlagen ärztlichen Handelns.

SPIEGEL: Das Blümsche Reformvorhaben ist gescheitert, der Anstieg der Kosten in diesem Jahr liegt wieder höher als der der Beitragseinnahmen. Alle haben wieder hingelangt: die Ärzte, die Zahnärzte, die Krankenhäuser. Die Beitragserhöhungen fürs nächste Jahr sind wahrscheinlich damit schon festgeschrieben. Wie soll es weitergehen?

VILMAR: Man muß das differenzieren. Bezogen auf den Grundlohn, ist die ärztliche Behandlung in all den Jahren seit 1970 nicht teurer geworden, die Kosten für die ambulante ärztliche Versorgung liegen nach wie vor bei 1,6 Prozent der Grundlohnsumme.

Steigerungen sind vor allem bei den Ausgaben für die Krankenversicherung der Rentner zu verzeichnen. Das hängt mit der zunehmenden Zahl älterer Menschen zusammen. Steigerungen hat es aber auch bei den Krankenhäusern gegeben, wenn auch im Moment nicht mehr. Dort werden die Kostensteigerungen zweifellos weitergehen, zum Beispiel weil auch die Öffentlichkeit zu Recht fordert, daß die Pflegekräfte besser bezahlt werden, um dem Pflegemangel zu begegnen.

SPIEGEL: Proteste des Pflegepersonals gegen schlechte Bezahlung und Überlastung gibt es jetzt vor allem in den ostdeutschen Bundesländern. Krankenschwestern und Pfleger gingen auf die Straße, die ÖTV und das Bonner Gesundheitsministerium beriefen Eilkonferenzen ein . . .

VILMAR: Die ostdeutschen Tarifverträge müssen nachgebessert werden. Vor allem die bisherige Regelung, erfahrenen Pflegekräften nicht ihre Berufsjahre anzurechnen, muß revidiert werden – das war doch, angesichts der Abwanderungswelle von Pflegekräften, eine psychologische Torheit, diese Leute, auch wenn sie schon ein halbes Berufsleben hinter sich haben, wie Anfänger einzustufen.

SPIEGEL: Bleiben wir beim Stichwort Krankenhaus. Als Sie 1957 als Chirurg anfingen, gab es in Deutschland – bei gleicher Bettenzahl – 20 000 Krankenhausärzte, heute haben wir allein in den alten Bundesländern 85 000.

VILMAR: Als ich damals anfing, hatten wir keine geregelte Arbeitszeit im Krankenhaus.

SPIEGEL: Aber auch Sie konnten nicht mehr als 24 Stunden arbeiten.

VILMAR: Nein, wir haben aber zwischen 80 und 120 Wochenstunden gearbeitet und bekamen dafür ein festes Gehalt, keine einzige Überstunde wurde bezahlt. Und nicht einmal alle, die im Krankenhaus tätig waren, bekamen ein ganzes Gehalt; es gab Halb- und Drittelassistenten, es gab unbezahlte Volontärassistenten, die aber alle für die Bewältigung der Arbeit benötigt wurden. Man

kann sich diese Zustände nicht zurückwünschen. Das war bei den Krankenpflegekräften ähnlich.

SPIEGEL: Gut, aber heute haben wir viermal so viele Ärzte.

VILMAR: Erst Mitte der siebziger Jahre ist dann für das Krankenhaus tarifvertraglich die gleiche Arbeitszeit vereinbart worden, die im übrigen Öffentlichen Dienst galt. Wir haben immer noch die Anhaltszahlen für das Krankenhauspersonal von 1969, die hochgerechnet sind um die seitdem eingetretenen Arbeitszeitverkürzungen. Von daher besteht heute im Krankenhaus, wenn man wirklich alle Überstunden abbauen wollte, sogar noch ein Mehrbedarf von rund 20 000 Ärzten.

SPIEGEL: Dann wäre bei ungefähr 100 000 Ärzten im Krankenhaus das Optimum erreicht? Wollen sie sich darauf festlegen lassen?

VILMAR: Nein, darauf kann ich mich nicht festlegen lassen.

SPIEGEL: Bleibt Steigerung Ihr Lieblingswort?

VILMAR: Nein, das bleibt nicht mein Lieblingswort, sondern es ist einfach so, daß man über fünf oder zehn Jahre hinaus in die Zukunft den Bedarf kaum vernünftig planen kann. Wo man das versucht hat, wie in England beispielsweise, hat man heute einen Mangel. In Irland ist das ähnlich. Da gehen ja deutsche Medizinstudenten, die fertig werden und hier nichts finden, hin und finden Arbeit.

SPIEGEL: Insgesamt, die Niedergelassenen eingerechnet, gibt es in Deutschland etwa 250 000 Ärzte. 100 000 Studenten studieren Medizin, die kommen alle noch hinzu. Wann ist die Obergrenze erreicht?

VILMAR: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich hoffe nicht, daß wir dahin kommen, daß auf jeden Deutschen ein Leibarzt entfällt. Rein theoretisch ist die Steigerung spätestens dann zu Ende, wenn jeder Deutsche Arzt ist.

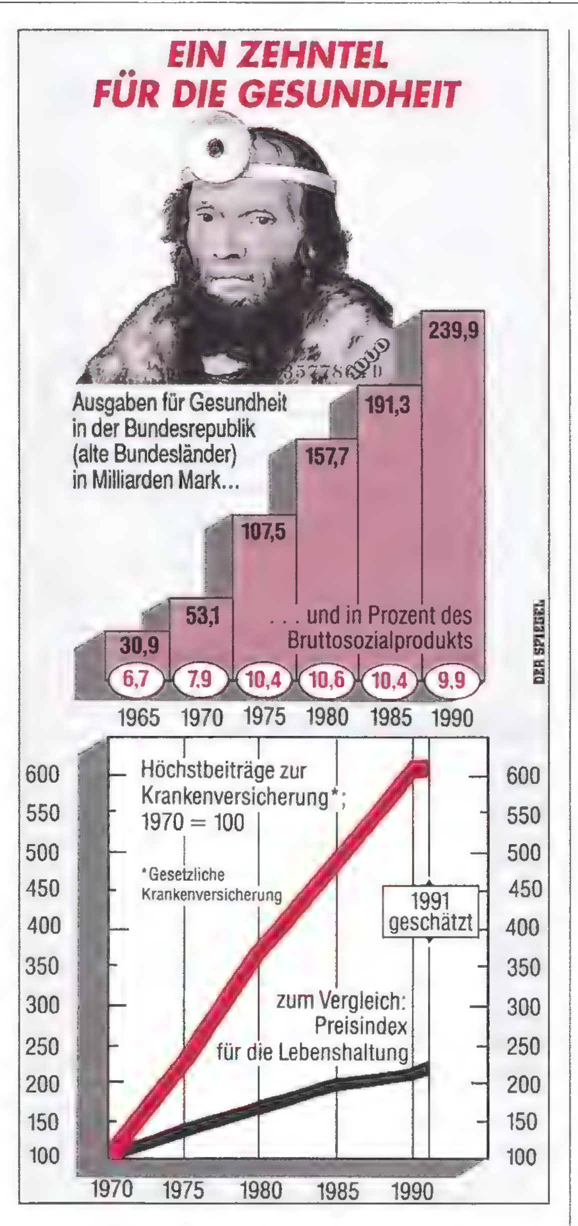
SPIEGEL: Wir gehören schon jetzt zu den Ländern mit der höchsten Ärztedichte in der Welt.

VILMAR: Ich meine auch, daß der Bedarf derzeit durchaus gedeckt ist und sogar über den Bedarf hinaus Ärzte weiter herangebildet werden. Darauf ist von der Ärzteschaft aber auch seit sicher zehn Jahren immer wieder hingewiesen worden.

SPIEGEL: Das alles hat doch vorhersehbar einen Kostendruck zur Folge. Je mehr Ärzte da sind, von denen jeder versuchen muß, seine Existenz zu sichern, desto höher die Gesundheitskosten. Je mehr Ärzte es gibt, um so mehr medizinische Leistungen werden erbracht.

VILMAR: Das ist vielleicht auch ein Faktor, aber nur ein Teilfaktor. In allererster Linie versuchen doch die Menschen, die Patienten, mit Hilfe der Medizin ihre Existenz zu sichern. Und die dank besserer medizinischer Möglichkeiten zunehmende Zahl der Älteren zeigt das ja. Man darf das nicht in einen Topf werfen mit sicher möglichen Rand- und Grauzonen, wo vielleicht das Arsenal der Medizin eingesetzt wird, obwohl man es besser ließe.

SPIEGEL: Aber es gibt auch technische Entwicklungen, die zur Verbilligung der Medizin beitragen. Zum Beispiel gibt es in der Chirurgie neuerdings eine Menge Methoden, die billiger sind, kostensparender, die zudem ermöglichen, daß Patienten früher entlassen werden können. Es gibt Medikamente, die wirksamer sind als früher. Früher haben Menschen mit einer Lungenentzündung länger gelegen als heute. Das heißt, der medizinische Fortschritt führt nicht nur zu Kostensteigerungen, wie es von den Ärzten gern dargestellt wird.



VILMAR: Im Einzelfall stimmt das, aber dann kommt wieder die Mengenkomponente. Das Bedauerliche ist, daß wir nicht genügend Daten über die sogenannte Leistungsdynamik der Medizin besitzen, über das veränderte Leistungsspektrum, also über Art und Menge der Leistungen in Beziehung zur wachsenden Zahl der älter werdenden Menschen und deren Krankheiten.

SPIEGEL: Der Verband der privaten Krankenversicherer, der ja nicht im Verdacht steht, er wäre linkslastig, hat die jüngste Kostenlawine vor allem auf drei Punkte zurückgeführt. Er sagt, erstens gibt es die Möglichkeit, daß der Patient relativ häufig zum Arzt bestellt wird, zweitens die Möglichkeit, daß der Arzt eine große Menge an Einzelleistungen abrechnet, drittens wird auch noch mehr an technischen Leistungen erbracht, als eigentlich notwendig wäre. Jeder Laie kann diese drei Kritik-Ansätze nachvollziehen, und so erleben es auch viele Kranke in ihrem Alltag.

VILMAR: Das könnte so sein. Ich habe den Präsidenten des Verbandes der privaten Krankenversicherungen aufgefordert, diese Punkte zu belegen. Die private Krankenversicherung kommt jedes Jahr im Vorfeld ihrer üblichen Prämienanpassung mit derartigem Feldgeschrei an die Öffentlichkeit. Wir wären als Ärzteschaft auch bereit, den Dingen nachzugehen und Ärzte zur Rechenschaft zu ziehen, die sich derart unsinnig verhalten, wie es die PKV behauptet. Aber die PKV bleibt jeden Beweis schuldig.

SPIEGEL: Kommen wir mal auf eine Behauptung, die von Ihnen nicht in Frage gestellt werden kann, weil sie aus dem *Deutschen Ärzteblatt* stammt, und das geben Sie ja mit heraus.

VILMAR: Auch dann kann man manches in Frage stellen. Der Herausgeber ist ja nicht für jeden Beitrag verantwortlich.

SPIEGEL: Das sagt unser Herausgeber auch. Hier haben Sie in einer Grafik nachgewiesen, daß die Zahl der Überweisungen von Arzt zu Arzt im letzten Jahr um 6,7 Prozent zugenommen hat. Wenn man das nur einmal für dieses

Jahrzehnt hochrechnen würde, hieße es, daß sich die Überweisungen innerhalb eines Jahrzehnts verdoppeln werden, wenn es so weitergeht.

VILMAR: Überweisungen von wem zu wem? Da muß man auch untergliedern.

SPIEGEL: Zwischen den Kassenärzten.

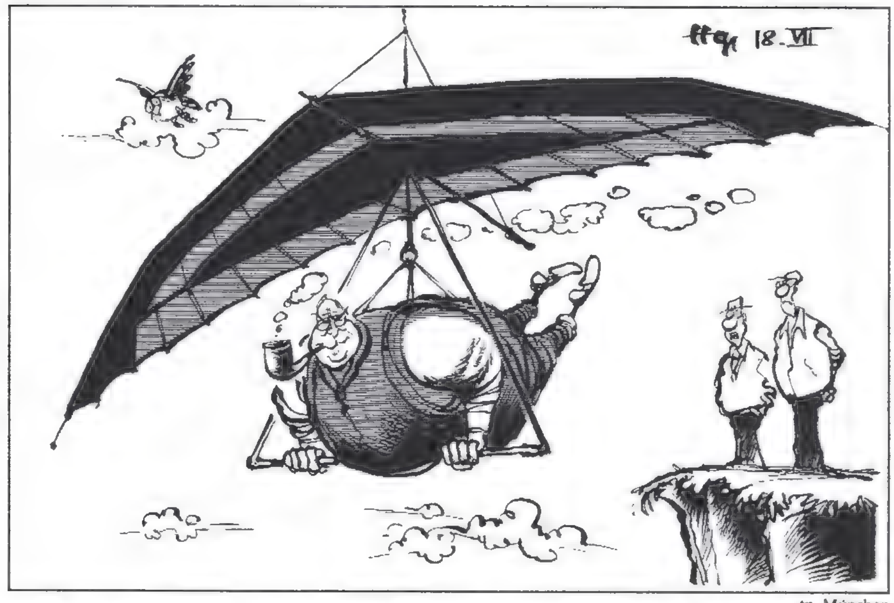
VILMAR: Das ist unter anderem eine Folge der Differenzierung und Spezialisierung in der Medizin und des Bemühens der Ärzte, tatsächlich jedem Patienten die Behandlung zukommen zu lassen, die medizinisch-wissenschaftlich die beste ist. Das Gesamtwissen kann ein einzelner Arzt nicht mehr beherrschen, alle notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten auch nicht.

SPIEGEL: Im vor uns liegenden Jahrzehnt wird also der Patient weiter damit rechnen müssen, zwischen vielen Ärzten hin- und hergeschickt zu werden?

VILMAR: Derartige Überlegungen sind immer mal wieder angestellt worden. Ich glaube jedoch nicht, daß das realistisch ist, die ärztliche Versorgung in Grundversorgung und Luxusversorgung zu untergliedern.

SPIEGEL: Das wäre eine echte Zweiklassenmedizin.

VILMAR: Was man überlegen könnte, wäre sicher, daß Patienten bestimmte geringfügige Ausgaben selbst übernehmen, zum Beispiel in den Fällen, in denen die ganze Bürokratie, die dadurch in Gang gesetzt wird, mehr Kosten verursacht, als die Sache wert ist. Die ärztliche Konsultation wird dabei meines Erachtens immer ausgeklammert bleiben. Solche Überlegungen können sich nur auf Arzneimittel oder Heil- und Hilfsmittel richten, wie es jetzt mit der Blümschen Reform schon angefangen worden ist.



tz, München

„Das gibt 'nen gesalzenen Risikozuschlag, wenn den der Vilmar erwischt"

VILMAR: Ich würde nicht sagen, zwischen vielen hin- und hergeschickt, sondern zu den für seine Krankheit jeweils benötigten Spezialisten, die erst einmal das Krankheitsbild abklären können. Darauf hat doch jeder Patient einen Anspruch.

SPIEGEL: Eine lange Odyssee.

VILMAR: Das ist sicher häufig eine lange Odyssee, das ist aber in Kliniken nicht anders, wo ja oft mehrere Ärzte mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten sich um einen Patienten bemühen.

SPIEGEL: Noch eine letzte Frage zur Versicherung. Gibt es in der Ärzteschaft – ähnlich wie in der Zahnärzteschaft – Bestrebungen, aus dem bisherigen Krankenversicherungssystem auszuscheren und nur noch eine Grundversicherung durch die Krankenkassen anzustreben, während alles Übrige dann privat liquidiert wird?

SPIEGEL: Vor neun Jahren waren Sie noch dagegen, solche Selbstbeteiligungen auf die Krankenkassenbeiträge draufzupacken. Sie sagten, dann müßten wenigstens die Beiträge sinken.

VILMAR: Sie müßten eigentlich sinken, denn es soll ja den Versicherten nicht zusätzliches Geld aus der Tasche gezogen werden. Ob sie langfristig sinken, wage ich zu bezweifeln. Aber es wäre zumindest den Versuch wert zu prüfen, ob sie dann nicht weiter steigen.

Am Ende muß die Gesellschaft selbst entscheiden, was ihr die Gesundheit in Geld wert ist und ob sie die Verteilung des gesamten Volkseinkommens so richtig findet. Da wird man Prioritäten setzen müssen – das ist eine politische Entscheidung.

SPIEGEL: Herr Dr. Vilmar, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

FDP

Zugnummer im Osten

Streit in der FDP um ihr neues Mitglied Manfred Gerlach: Den Honecker-Nachfolger holt seine Vergangenheit ein.

Der herrschenden Partei hat Manfred Gerlach stets die Treue gehalten. Als der SED-Chef Erich Honecker kurz vor der Wende noch einmal mit alten Kämpfern die untergehende DDR feierte, war der Freund und Chef der Blockpartei LDPD selbstverständlich dabei. In der ersten Reihe stehend, schmetterte der vorgebliche Liberale mit den Genossen fest und trotzig die „Internationale".

Vom Banner der Arbeiterklasse unter die blaugelbe Parteifahne der FDP gewechselt, will Gerlach, 63, es weiter so mit der Treue halten. Wohlmeinende Ratschläge von Parteifreunden, die FDP durch einen unspektakulären Austritt von einer DDR-Altlast zu befreien, lehnt er strikt ab. Auch ein Ausschlußverfahren, das mehrere Parteifreunde wegen seiner Rolle im SED-Regime gegen ihn anschieben wollen, will er durchstehen. „Wahrscheinlich soll", so hat er ausgemacht, „wieder ein Stück DDR-Identität beseitigt werden."

Die Halsstarrigkeit des alten Herrn bringt die FDP in ernste Schwierigkeiten. Der Bonner Spitze ist es immer noch nicht gelungen, die beiden fremden Teile aus Ost und West zu einer Partei zusammenzuschweißen. Unter den rund 100 000 Mitgliedern aus alten LDPD-Beständen im Osten macht sich Unzufriedenheit breit – immer mehr ziehen sich ins Private zurück. So möchte mancher im Vorfeld des Bundesparteitages Anfang November im thüringischen Suhl um jeden Preis einen quälenden Streit um die Frage vermeiden: Wie halten wir es eigentlich mit unserer eigenen, weil mit der LDPD geerbten, DDR-Vergangenheit?

Das wird Parteichef Otto Graf Lambsdorff und den Seinen wohl nicht gelingen. Den Berliner Landesverband, dessen Mitglied Gerlach ist, hat der Streit um die „Blockflöte" tief gespalten. Verkehrte Welt: Parteilinke wie der langjährige Landesgeschäftsführer Heinz Kaschke oder der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Lüder fordern ein Parteiausschlußverfahren. Hilfe für Gerlach kommt dagegen nicht nur von Ossis. Stramm rechte Liberale wie Hermann Oxfort, der sein ganzes Parteileben lang vermeintliche Sozialisten und deren Freunde in den eigenen Reihen verfolgte, schlagen sich für den Honek-



Block-Partner Gerlach, Honecker (1987)*: Gemeinsamer Gesang

ker-Vize und -Nachfolger im Staatsrat, der noch nach der Wende einen Sozialismus forderte, „der Spaß macht".

Und der Berliner FDP-Rechtsaußen Wolfgang Mleczkowski, selbst früher LDPD-Funktionär, hält seinen gewendeten Ex-Parteichef nicht nur für eine „Zugnummer im Osten", sondern auch für eine ehrliche Haut. „Unsere westlichen Wendehälse", so der Abgeordnete, „finde ich etwas übler" – Parteichef Lambsdorff etwa, der manche Wende hingelegt habe.

Der Streit hat die Grenzen der Hauptstadt überschritten. Wird Gerlach nicht geschaßt, wollen zahlreiche altgediente Liberale aus dem ganzen Bundesgebiet der FDP den Rücken kehren (Kaschke:„Der hat immer auf dem richtigen Bein hurra geschrien, mit dem will ich nicht in einer Partei sein"). Muß Gerlach gehen, wollen ganze Kreisverbände etwa in Mecklenburg-Vorpommern ihren Austritt erklären.

Der Zwickmühle will die FDP-Spitze nach Kanzler-Art entgehen: aussitzen und vertagen. Der Antrag an den Berliner Landesvorstand, ein Ausschlußverfahren einzuleiten, liegt seit April auf Eis. Die Gerlach-Freunde um Oxfort haben durchgesetzt, daß vor dem Schiedsgericht der Vorstand eigene „Vorermittlungen" führt – das bringt Zeitgewinn.

Außerdem wollen die Berliner beim Bundessatzungsausschuß nachfragen, ob die Klausel in der Satzung überhaupt Rechtens ist, nach der Gerlach ausgeschlossen werden soll. Beim Vereinigungsparteitag mit den DDR-Liberalen hatte die FDP im August 1990 auf Ost-Wunsch einstimmig eine „Stasi-Klausel" eingefügt. Danach kann aus der FDP ausgeschlossen werden, wer „vor oder während seiner Mitgliedschaft in der Partei Mitbürger als Gegner eines totalitären Regimes denunziert oder seine gesellschaftliche Stellung dazu mißbraucht hat, andere zu verfolgen".

Das paßt so genau auf den Fall Gerlach, daß bis heute die Berliner Anfrage beim Satzungsausschuß nicht angekommen ist. Soll sie auch nicht. Bis zum Suhler Parteitag, so beschlossen die Bonner, bleibt das Papier einfach im Eingangskorb liegen. So herrscht bis Ende des Jahres Ruhe an der Gerlach-Front.

Dabei gibt es vieles aufzuarbeiten, vor allem aus den Anfangsjahren der LDPD, als sowjetischer Geheimdienst, SED-Regime und treu ergebene LDPD-Kader wie Gerlach die Liberalen mit Säuberungswellen gleichschalteten und die letzten bürgerlich-liberalen Widerstandsnester ausräucherten.

Mehrere Opfer von damals wollen auf ihren Eid nehmen, daß es Gerlach war, der sie ans Messer lieferte. Helmut Stelling, der 1948 als Mitglied einer liberalen Jugendgruppe in Leipzig von den Sowjets verhaftet und 1950 von einem Militärtribunal zu Dreimal 25 Jahren Arbeitslager wegen „antisowjetischer Propaganda, illegaler Gruppenbildung und Spionage" verurteilt wurde, versichert, „daß der NKWD offensichtlich durch Gerlach bis ins einzelne über jeden unserer Schritte informiert war".

Auf Fragen der Verhafteten, wo denn der angeblich mitangeklagte Gerlach sei, so Stelling, habe der Untersuchungsrichter geantwortet: „Manfred Gerlach hat sich durch die Flucht nach Westdeutschland der Verantwortung entzogen. Er wird in einem späteren Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden."

* Bei der Gratulation zu Honeckers 75. Geburtstag.

Nichts davon. Noch im selben Jahr war der angebliche Übeltäter Stellvertreter des Leipziger Oberbürgermeisters, eine steile Karriere von SED- und Sowjets Gnaden begann. 1953, inzwischen Parteivize, zeigte sich Gerlach erkenntlich. Nach Verhaftung und Parteiausschluß des liberalen Handels- und Versorgungsministers Karl Hamann denunzierte er den Entmachteten im LDPD-Organ *Der Morgen* in bestem Stalinisten-Deutsch. Hamann „stellte sich schützend vor Agenten und Saboteure", sei auch „ein Feind jeder Selbstkritik". Am Ende eines stalinistischen Schauprozesses bekam der so Geschmähte zehn Jahre Zuchthaus.

Trotz solch deutlicher Spuren versichert Gerlach noch immer, niemanden „denunziert oder verraten" zu haben. Und er geht zum Gegenangriff über. Ende September werden seine Memoiren erscheinen, die sein DDR-Handeln rechtfertigen sollen. Seine neuen Freunde vom rechten Rand der Berliner FDP planen bereits Parteiveranstaltungen, auf denen ein treuer Manfred Gerlach aus seinem Buch vorliest.

Entwicklungshilfe

Leeres Getöse

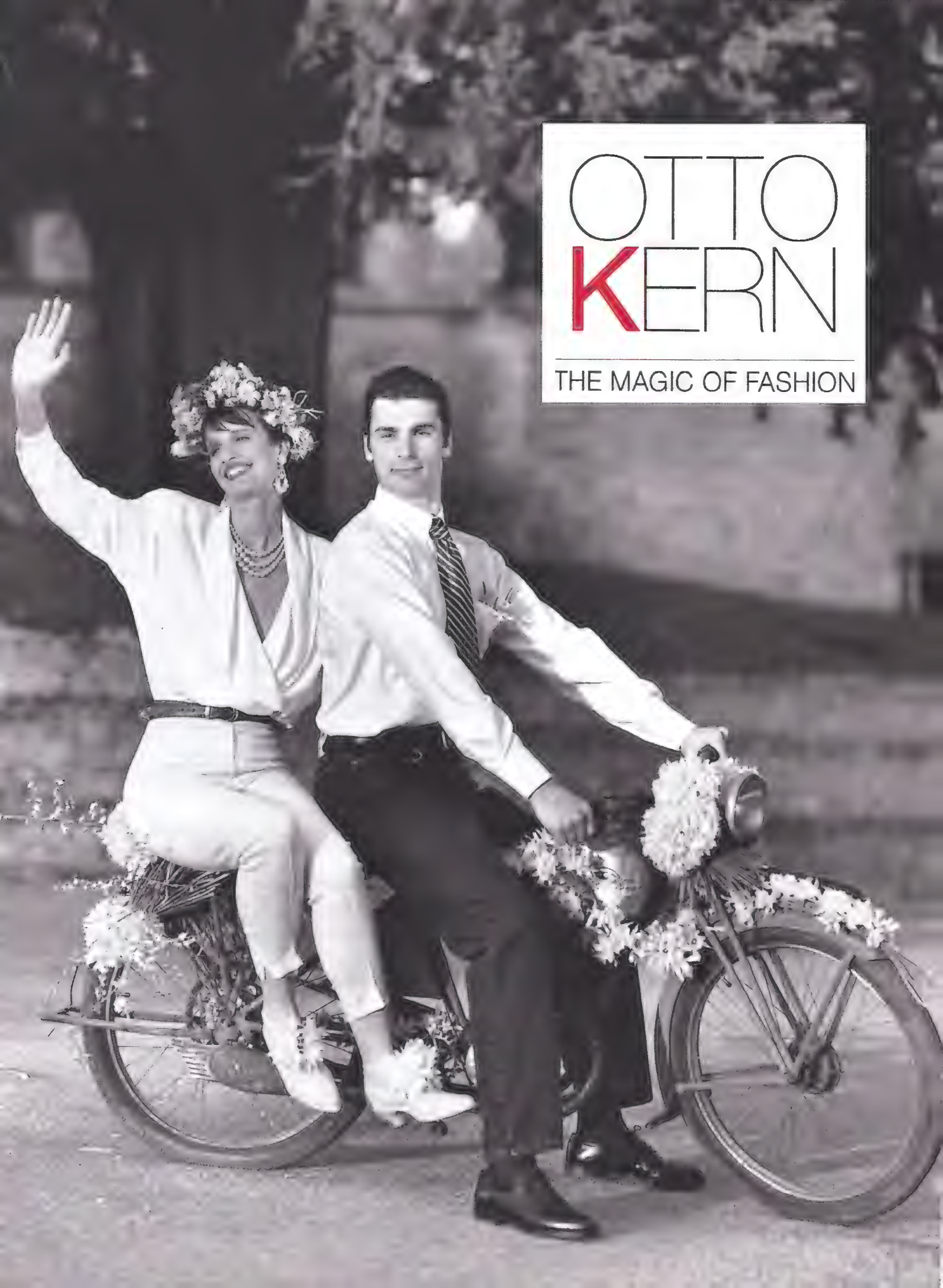
Mit vielen Millionen hilft Bonn Ländern der Dritten Welt. Die kaufen dafür Waffen.

Carl-Dieter Spranger, christsozialer Entwicklungshilfeminister in Bonn, profilierte sich jenseits des Atlantiks mit einer populären Forderung: Die Entwicklungsländer sollten ihre übermäßigen Rüstungsausgaben senken, empfahl er vorletzte Woche auf einem USA-Trip, oder die Hilfe des Westens gehe ihnen verloren. Geld für Waffenkäufe, so Spranger unter Applaus, wolle er nicht mehr verteilen.

Auch vor heimischem Publikum geriert sich der stramme Rechte Spranger seit Monaten als Friedensfreund. „Leider müssen wir jetzt feststellen", enthüllte der Dritte-Welt-Minister in Bonn, „daß eine Reihe von Ländern Asiens und des Nahen Ostens auf den Golfkrieg mit einer neuen Aufrüstungswelle reagieren." Namentlich nannte er „Syrien, Pakistan, Indien und China" und drohte mit Konsequenzen: „Wir prüfen bereits."

Doch mit den Aktivitäten seines Ressorts haben die forschen Sprüche des CSU-Protestanten wenig zu tun. Die Bonner Geldverteilung geht wie eh und je weiter, Hochrüstungs-Länder bekommen viele Bonner Millionen. In Jordanien und Syrien überbrachte AA-Chef Hans-Dietrich Genscher persön-


AUGUSTASTRASSE 1 D-6750 KAISERSLAUTERN 06 31-84 00 20 FAX 8 40 02 31


OTTO
KERN
THE MAGIC OF FASHION



Entwicklungsminister Spranger
„Neue Aufrüstungswelle"

lich Devisen-Schecks. Seitdem verhandeln beide Staaten über neue Rüstungskäufe. Der größte Waffenkunde aus der Dritten Welt, Indien, bleibt der bedeutendste Adressat deutscher Hilfe.

Als „pure Heuchelei" wertet der SPD-Drittweltexperte Hans Wallow Sprangers Reden. „Zwischen Handeln und Schwätzen" liege eine „unüberbrückbare Kluft".

Dafür spricht einiges. Zwar will die Bonner Regierung „den Zusammenhang zwischen Rüstung und Entwicklung" stoppen. Doch wie die Praxis aussieht, geht beispielhaft aus einem Protokoll der Regierungsverhandlungen in der ugandischen Hauptstadt Kampala am 1. und 2. Juli hervor.

In „offener und herzlicher Atmosphäre" bilanziert der ugandische Delegationsleiter, Staatssekretär Tumusiime-Mutebile, den Verfall seines Landes: Das Außenhandelsdefizit wachse so schnell wie die Inflationsrate, und die werde vom Währungsverfall überflügelt. Kurzum, man brauche Hilfe.

Dann spult der deutsche Delegationschef, Sprangers Abteilungsleiter für Ost-Afrika, Eberhard Killinger, brav die politischen Vorgaben ab: Betroffenheit über Menschenrechtsverletzungen der Armee, Klage darüber, daß die Hälfte der Staatsausgaben des bettelarmen Uganda für Rüstung draufgeht.

Locker bewilligt der deutsche Emissär nach dem verbalen Pflichtprogramm 40 Millionen Mark Entwicklungshilfe, dieselbe Summe wie im Vorjahr. Damit kann Uganda seine Rüstungsausgaben eine Weile finanzieren.

Schätzungsweise 200 Milliarden US-Dollar geben die Entwicklungsländer jährlich für ihre Armeen aus – mehr als für Schulen und Krankenhäuser, Straßen oder Eisenbahnen zusammen. 40 bis 50 Milliarden fließen ihnen als Entwicklungshilfe zu. „Indirekt", so Wallow, „werden damit in vielen Ländern auch Waffenkäufe finanziert."

Wie das bisweilen abläuft, zeigt das Beispiel Jordanien.

Seit 1988 wünscht sich der Haschemiten-Herrscher König Hussein sehnlichst neue, schnelle Düsenjäger. Damals wollte er ein Dutzend Tornados kaufen. Alles war vorbereitet, die Bayerische Landesbank stand mit Krediten bereit. Aber dann mußte das Geschäft storniert werden: Jordanien war praktisch pleite.

Inzwischen haben die klammen Jordanier frisches Geld aus Deutschland bekommen. Die Bonner hatten den USA versprochen, statt Soldaten wenigstens Schecks in die Golf-Region zu senden und damit die Nachbarn des Irak-Diktators Saddam freundlich zu stimmen. Für Jordanien fielen 371 Millionen Mark ab – aus dem Entwicklungshilfeetat.

Nun verhandelt Hussein mit Frankreich über den Kauf von 20 Mirage-2000-Kampfflugzeugen.



„Mirage 2000"-Waffensystem: Mit deutschem Geld nach Jordanien?

Jordanien, aber auch andere Hoch-Rüster wie Ägypten oder Angola gaben nach Recherchen des Internationalen Währungsfonds über viele Jahre mehr als 15 Prozent ihres Bruttosozialprodukts fürs Militär aus, dreimal soviel wie der Durchschnitt der Entwicklungsländer.

Statt in die Entwicklung gehen die knappen Ressourcen auch in Syrien vor allem in die Rüstung. 160 Millionen Mark überwies Spranger in diesem Jahr außer der Reihe an die syrische Regierung. Die wurde umgehend bei der tschechischen Panzerfabrik in Dubnica vorstellig.

Im nächsten Jahr, so Spranger-Vertraute, würden allerdings Zeichen gesetzt. Indien und Pakistan, zum Beispiel, müßten mit Abstrichen bei der Hilfe rechnen, wenn sie ihre Rüstungskäufe nicht begrenzen. Dafür wurde noch im Frühjahr ein besonders üppiges Waffengeschäft Indiens von der Bonner Regierung ausdrücklich gebilligt: 15 000 deutsche MBB-Panzerabwehrraketen vom Typ Milan sollen via Frankreich geliefert werden.

Wohlwollend begleitet Bonn die Aufrüstung in Drittweltländern mit der sogenannten Ausstattungshilfe. Funkgeräte für die Armee des zairischen Diktators Mobutu, Kühlwagen und Feldküchen für die marokkanischen Wüstenkrieger, Daimler-Lkw für Burundis Streitkräfte – für 176 Millionen Mark gab es in den letzten drei Jahren Kriegsmaterial für die Dritte Welt.

In elf Ländern sind zudem Beraterteams der Bundeswehr aktiv, von Burkina Faso bis Zaire. Das soll, trotz Sprangers Getöse, auch so bleiben.

„Eindringlich" warnt die Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion in einem Appell an den Verteidigungsminister davor, „dieses Instrument zu beschädigen oder zu reduzieren", und fordert, es „ungeschmälert beizubehalten".

Dem mag sich auch Abrüstungsprediger Spranger nicht widersetzen. Am 8. Juli ließ er die Beschlußfassung der Verteidigungsexperten der Fraktion in seinem Amt verteilen. Und sein Abteilungsleiter Bernhard Schweiger schrieb die Weisung dazu: „Grundsätzlich sollten wir die Tätigkeit von Beratergruppen der Bundeswehr in Ländern der Dritten Welt begrüßen." ◀

KLASSIKER IN NEUER INSZENIERUNG: MS-DOS 5 ALS UPDATE.

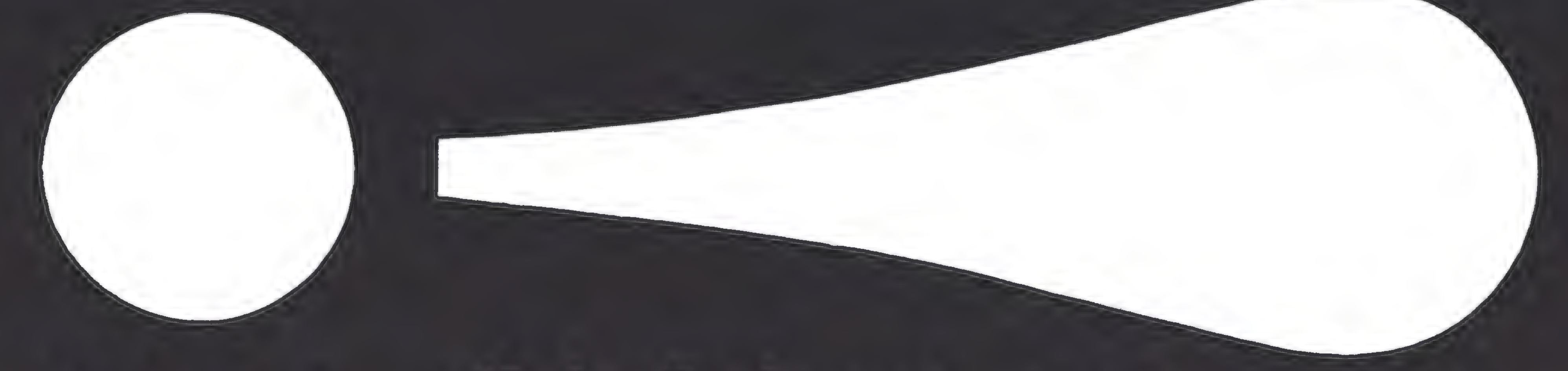
10jähriges Jubiläum mit einer glänzenden Premiere für die Neuinszenierung: MS-DOS Version 5 ist da. Ab sofort ist der Standard für PC-Betriebssysteme neu definiert. Mit dem MS-DOS 5 Update-Paket können Sie auch ältere Rechner, die bisher unter DOS 2.11 oder höher liefen, ganz einfach auf den aktuellsten Stand der Software-Technologie bringen. Für Sie bedeutet MS-DOS 5 erheblich höhere Produktivität sowie sicherere und einfachere Handhabung durch die neuen Dienstprogramme. Die optimierte Speicherverwaltung nutzt alle Ressourcen Ihres PCs und ermöglicht das Arbeiten mit speicherintensiven Programmen.



MS-DOS 5 ist so ausführlich getestet worden wie nie ein Betriebssystem zuvor, damit Ihre Investition langfristig gesichert ist. Jetzt haben Sie die Möglichkeit, alle DOS-Rechner in Ihrem Hause auf einheitliches Topniveau zu bringen. Das MS-DOS 5 Update kann sogar über Netzwerke installiert werden. Wollen Sie dabeisein? Bestellen Sie direkt bei unserem speziellen MS-DOS 5 Update-Service, oder wenden Sie sich an Ihren Fachhändler. Noch Fragen? Rufen Sie uns an: 0130/5099.



S O F T W A R E F Ü R I H R E Z U K U N F T.



Zehn Jahre bis zum Wohlstand?

SPIEGEL-Umfrage über die Einstellung der Ost- und Westdeutschen zueinander (II)

Ein grüner Pfeil verhieß in der DDR dort freie Fahrt, wo sie in der Bundesrepublik strikt verboten ist: An Kreuzungen durfte nach rechts auch dann abgebogen werden, wenn die Ampel auf Rot geschaltet war.

Viele Pfeile sind abmontiert, einige wieder angenagelt worden. Vorerst bis zum 31. Dezember dürfen sie bleiben. Wie so vieles im Osten ist auch die Zukunft dieses Verkehrszeichens ungewiß.

Der Bayer Friedrich Zimmermann, bis zur Jahreswende 1990/91 Verkehrsminister in Bonn, wollte die Pfeile abschaffen. Sein Nachfolger, der Mecklenburger Günther Krause, will sie sogar in Westdeutschland einführen, fand aber bislang wenig Beifall.

Der grüne Pfeil werde wohl das einzige sein, was von der DDR übrigbleibe – diesen womöglich voreiligen, oft bitter gemeinten Scherz hat ziemlich jeder Ostdeutsche schon mal gehört.

Ginge es nach der großen Mehrheit der neuen Bundesbürger, so würde eine weit wichtigere Verkehrsregel der DDR auf die ganze Bundesrepublik ausgedehnt werden: das strikte Alkoholverbot für Autofahrer.

75 Prozent der Befragten äußerten sich bei der SPIEGEL-Umfrage, die im Juni/Juli lief, in diesem Sinne. Beim Rest sind 0,5 Promille populärer als 0,8.

Demgegenüber findet sich unter den Westdeutschen je ein Drittel für jede dieser drei Möglichkeiten. Sie werden derzeit in Bonn diskutiert – mit starker Tendenz, es wie bisher bei 0,8 Promille zu belassen, die der durchschnittsdeutsche Mann mit drei Glas Bier erreicht (diese Angabe ohne Gewähr). Verkehrsminister Krause will auf 0,5, nur einzelne wollen auf 0,0 herunter.

Die Ostmehrheit für null Promille mag manchen überraschen, gab es doch zwischen Elbe und Oder nach der Wende den stärksten Westtrend bei allem, was mit dem Auto zusammenhing.

Der Umstieg vom Trabi oder Wartburg auf einen Westwagen war für viele der erste große, eilige Schritt ins neue Leben, auch wenn sie ihr Sparkonto leerfegen oder sich sogar in Schulden stürzen mußten.

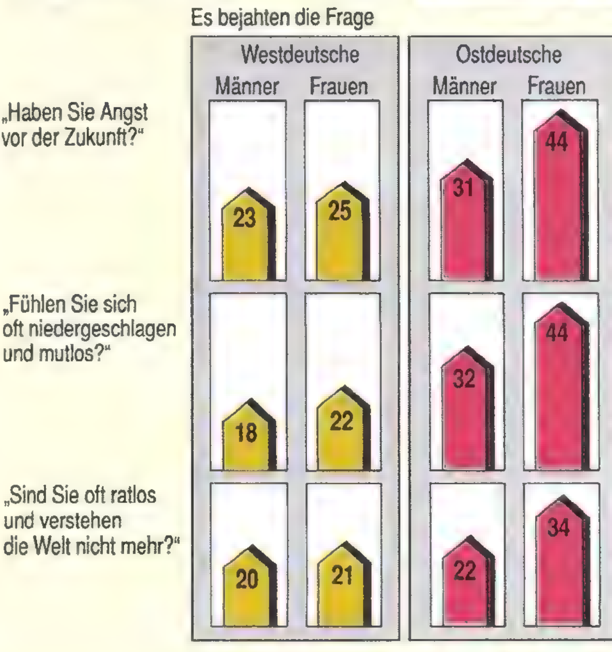
Mit den ungewohnt vielen PS stieg auch die Zahl der Unfälle. Und die Freude an der jahrzehntelang verwehrten Fahrt über die Grenzen führte viele gleich weit in den Westen, bis in die Alpen oder nach Paris.

Warum bei soviel Westorientierung nicht auch eine Mehrheit für soviel Promille-Freiheit wie im Westen?



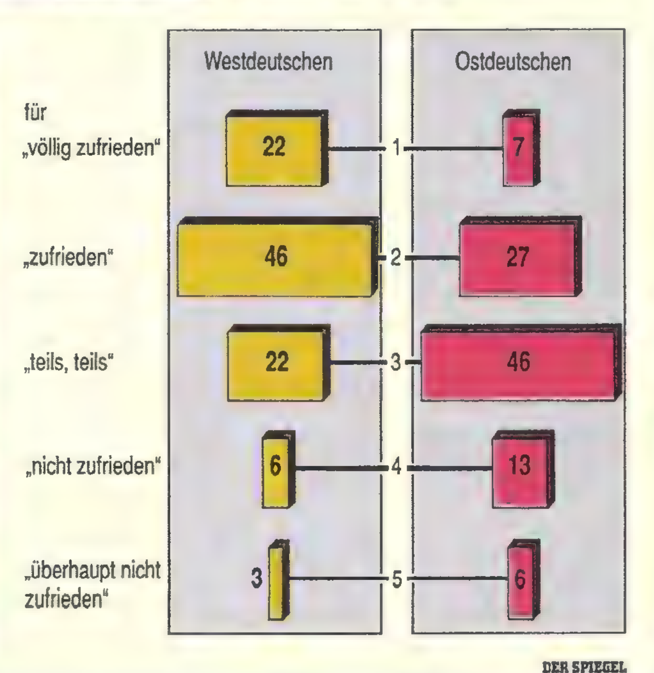
FRAUEN IM OSTEN: MEHR ANGST VOR DER ZUKUNFT

Anders als im Westen haben im Osten weit mehr Frauen als Männer „Angst vor der Zukunft", und sie sind auch deutlich mutloser und ratloser. Die Ergebnisse (in Prozent):



„WIE ZUFRIEDEN ALLES IN ALLEM?"

Emnid fragte: „Wie zufrieden sind Sie zur Zeit, wenn Sie alles in allem nehmen, mit Ihren Lebensumständen (Wohnung, Beruf, Freizeit)?" Die Befragten konnten anhand einer Skala mit fünf Werten antworten. Das Ergebnis: Es erklärten sich von je 100





Würden Sie diesen Männern

▶ Viele Autobesitzer würden nie einen anderen Fahrer ans Steuer ihres Wagens lassen. Wir sehen das gelassener. Wir vertrauen diesen jungen Männern einen unserer teuersten Rennwagen an, den Silberpfeil. Das ist zwar ungewöhnlich, aber nicht unüberlegt. Denn erstens handelt es sich hier um die derzeit wohl hoffnungsvollsten Nachwuchsrennfahrer: Michael Schumacher (22), Karl Wendlinger (22) und Fritz Kreutzpointner (23). Und zweitens glauben wir bei Mercedes-Benz, daß man dem Nachwuchs eine Chance geben muß. Und wo wären die Voraussetzungen besser als in einem Rennstall, der soviel Erfahrung und Erfolg vorweisen kann?

▶ Natürlich schicken wir unsere jungen Fahrer nicht einfach so auf die Piste, sondern im Rahmen eines Förderungskonzepts, das nichts anderes ist als eine Meisterschule. Unter-

Ihren Mercedes anvertrauen?

richtet wurden die „Schüler" im bislang wohl schnellsten Klassenzimmer der Welt, dem C11 mit 720 PS. Ihr Lehrer: Jochen Mass, der erfolgreichste Sportwagenfahrer der Welt.

▶ Und nachdem unsere Meisterschüler mit Bravour die Sportwagen-WM 90 als Teampartner von Jochen Mass bestanden hatten, wurden sie in diesem Jahr versetzt: in das Cockpit des neuen C 291 Silberpfeil mit der Startnummer 2. Damit wird die Weltmeisterschaft 91 zum doppelten Härtetest: für unseren jüngsten Silberpfeil und für unsere drei Nachwuchsfahrer. So werden Sie sich gegenseitig auf Herz und Nieren prüfen. Wir drücken allen die Daumen.



Mercedes-Benz

Ihr guter Stern auf allen Straßen.



GLEICHES LEBEN FÜR OSTDEUTSCHE: AUFGABE NR. 16

Über 2 von 18 Aufgaben denkt die Mehrheit der Westdeutschen anders als die Mehrheit der Ostdeutschen. Für „besonders wichtig" erklärten von je 100

	Westdeutschen	Ostdeutschen
„Die Gleichheit der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland herstellen"	41	72
„Die Staatsschulden begrenzen"	51	29

Die Reihenfolge der 18 Aufgaben, je nach der Häufigkeit, mit der sie als „besonders wichtig" bezeichnet wurden:

Westdeutsche		Ostdeutsche
Wirksamer Umweltschutz	1	Arbeitslosigkeit bekämpfen
Arbeitslosigkeit bekämpfen	2	Ost-Wirtschaft in Schwung bringen
Jugend vor Drogen schützen	3	Jugend vor Drogen schützen
Wohnungssituation verbessern	4	Bürger vor Verbrechen schützen
Ost-Wirtschaft in Schwung bringen	5	Gleiche Chancen für die Jugend im Osten
Renten sichern	6	Renten sichern
Demokratie vor Radikalen schützen	7	Gleichheit der Lebensverhältnisse
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	8	Wirksamer Umweltschutz
Bürger vor Verbrechen schützen	9	Für soziale Gerechtigkeit sorgen
Alte SED-Funktionäre entmachten	10	Demokratie vor Radikalen schützen
Gleiche Chancen für die Jugend im Osten	11	Für Ruhe und Ordnung sorgen
Die Staatsschulden begrenzen	12	Alte SED-Funktionäre entmachten
Den Preisanstieg bekämpfen	13	Den Preisanstieg bekämpfen
Ausländerproblem lösen	14	Wohnungssituation verbessern
Für Ruhe und Ordnung sorgen	15	Gleichberechtigung der Frau
Gleichheit der Lebensverhältnisse	16	Mißtrauen nach 40 SED-Jahren abbauen
Mißtrauen nach 40 SED-Jahren abbauen	17	Ausländerproblem lösen
Gleichberechtigung der Frau	18	Die Staatsschulden begrenzen

DER SPIEGEL

Mit der Unfallstatistik, die ohnehin nur Experten kennen, läßt sich die Pro-Null-Mehrheit nicht erklären. Der Anteil der Alkoholunfälle war 1990 in den alten und neuen Bundesländern etwa gleich groß, hängt also nicht davon ab, ob Promille erlaubt oder untersagt sind.

Sicher hat man sich im Osten daran gewöhnt, mit dem Alkoholverbot zu leben, es zu umgehen oder sich daran zu halten. Man ist gut damit gefahren.

Auch sind nicht wenige Ostdeutsche dagegen, daß zu all den neuen Gefahren – dem Verkehrschaos, den Überfällen, der Gewalt von Radikalen, dem Drogenhandel – noch weitere Risiken hinzukommen.

Womöglich hätte sich vor einigen Monaten noch eine Mehrheit dafür ausgesprochen, es im Osten auch mit dem Alkohol am Steuer so zu halten wie im Westen. Doch mittlerweile hat es einen Wandel in der Einstellung der Ostdeutschen gegeben.

Sie denken kritischer über den Westen und positiver über die Vergangenheit in der DDR, die eben nicht nur aus Mauer und Mangel, SED und Stasi bestand.

Der Wandel wird deutlich beim Vergleich der beiden SPIEGEL-Umfragen des Bielefelder Emnid-Instituts, mit denen im Herbst 1990 und Mitte 1991 die deutsch-deutsche Situation und die Einstellung der Ost- und Westdeutschen zueinander erforscht wurden.

Beispiel für die kritischere Einstellung zum Westen:

Daß es in der Bundesrepublik „im großen und ganzen gerecht zugeht", meinte im vorigen Herbst fast jeder zweite Ostdeutsche, nun nur noch jeder fünfte. Von 45 auf 63 Prozent ist die Mehrheit gewachsen, die „viele benachteiligte Menschen" für ein Kennzeichen der Bundesrepublik hält.

Beispiel für den positiveren Rückblick auf die DDR:

Vor neun Monaten erklärten die meisten ostdeutschen Befragten die einstige DDR nur in drei, nunmehr in fünf von acht Emnid-Punkten für den besseren Staat: hinsichtlich der sozialen Sicherheit, der Gleichberechtigung der Frau, des Schutzes gegen Verbrechen, der Berufsausbildung und der Schulbildung.

Bei jedem der fünf Bereiche gaben diesmal mehr Befragte als im vorigen Herbst der DDR den Vorzug. Lediglich im Lebensstandard, im Gesundheitswesen und im Wohnungsbau war die DDR nach vorherrschender Meinung ihrer einstigen Bürger hinter der BRD zurückgeblieben.

Die Westdeutschen haben ein ganz anderes Bild von den beiden deutschen Staaten. Absolute Mehrheiten waren im vorigen Herbst und sind nun wieder in sechs der acht Punkte von der Überlegenheit der Bundesrepublik überzeugt;

SO SPART MAN ENERGIE: GLEITEN UND ABSCHALTEN.



nur hinsichtlich der Frauen-Rechte und des Kampfes gegen die Kriminalität sehen sie keinen großen Unterschied.

Am weitesten gehen die Ansichten der alten und der neuen Bundesbürger auseinander, wenn sie den Staat nennen sollen, der mehr soziale Sicherheit bot. Für 83 Prozent der Ostdeutschen ist es die DDR, für 65 Prozent der Westdeutschen die Bundesrepublik.

Da denken die Deutschen noch so verschieden, wie es den Systemen entspricht, in denen sie 40 Jahre lang getrennt voneinander lebten.

Die DDR bot soziale Sicherheit auf dem niedrigsten Level: für jeden einen Arbeitsplatz (wie mies er auch sein mochte), lohnenden Aufstieg für kaum jemanden, Wohlstand nur für relativ wenige Privilegierte. Das bundesdeutsche soziale Netz hingegen mindert die Risiken der Leistungsgesellschaft lediglich und schützt nicht vor sozialem Abstieg und Arbeitslosigkeit.

Die Grundeinstellung, die sie zum Leben und seinen Problemen haben, unterscheidet die Deutschen in Ost und West, wie auch andere Ergebnisse zeigen.

Noch immer wirkt sich aus, daß die Ostdeutschen ganz anders leben mußten als die Westdeutschen – unter dem Zwang, zu tun, was sie nicht wollten, und zu unterlassen, was ihnen wichtig war; zu verschweigen, was sie dachten, und zu sagen, was sie nicht glaubten. Sie wurden oft kommandiert, statt selber entscheiden zu können.

Den Ostdeutschen mangelt es deshalb gerade an jenen Eigenschaften, die den Bürger vom Untertan unterscheiden. Darüber sind sie sich selbst im klaren. Sie halten sich laut Emnid für viel zuwenig selbstbewußt, selbständig, weltoffen, flexibel und entschlußkräftig.

Zwar haben sie heute eine bessere Meinung von sich selbst als vor neun Monaten, aber noch immer sehen sie hier ein Defizit.

Als Emnid nach der psychischen Verfassung fragte, zeigte sich, daß weit



BLEIBEN ODER GEHEN?

Vier Antworten standen zur Wahl, als die Ostdeutschen gefragt wurden, ob sie „weiterhin auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wohnen bleiben werden". Die Antworten (in Prozent):

mehr neue als alte Bundesbürger Mühe haben, ihre Situation zu bewältigen.

20 Prozent der Westdeutschen, aber beinahe doppelt so viele Ostdeutsche sind „oft niedergeschlagen und mutlos". Und Angst vor der Zukunft haben 24 Prozent der alten, hingegen 37 Prozent der neuen Bundesbürger. Im vorigen Herbst klafften die Zahlen noch nicht so weit auseinander.

Es gibt einen Zusammenhang mit der eigenen Situation: Angst vor der Zukunft haben im Osten vor allem die, denen es schlechtgeht (63 Prozent), weniger die, denen es „weder gut- noch schlechtgeht", und noch weniger die, denen es gutgeht (16 Prozent).

Anders als in der Alt-BRD haben in der Ex-DDR weit mehr Frauen als Männer Angst vor der Zukunft, und sie sind auch in größerer Zahl „oft niedergeschlagen und mutlos".

Ostdeutsche Frauen können – meist der Kinder wegen – auf die neuen Probleme nicht so flexibel reagieren wie Männer. Viele Schwierigkeiten treffen sie härter, etwa wenn Plätze in den Kinderkrippen und -gärten gestrichen oder zu teuer werden. Folge: Bei den Männern überwiegt die „Freude, daß die Teilung überwunden ist", bei den Frauen „die Sorge über die Probleme, die damit verbunden sind".

Ostdeutsche trennen im Rückblick auf die DDR zwischen dem kommunistischen Regime und ihrem eigenen Leben, das die meisten so nichtkommunistisch wie nur möglich zu führen versuchten. Viele Westdeutsche machen diesen Unterschied nicht, deshalb bleiben ihnen die anderen Deutschen von vornherein beinahe so fremd wie das System, in dem sie lebten.

Und die Deutschen werden sich zusehends noch fremder, weil die Vereinigung die einen unvorstellbar viel Geld kostet und die anderen in ein wirtschaftliches und soziales Tief stürzt.

Die Entfremdung ist auch an den Antworten auf die Frage nach dem „negativsten Eindruck" von den Deutschen im jeweils anderen Teil des Landes zu erkennen. Die meisten Befragten brachten ihre Meinung in Stichworten oder kurzen Sätzen zu Papier.

Zwar überwogen zumeist die Meinungen, die anderen seien überheblich (Ostdeutsche über Westdeutsche) oder faul (Westdeutsche über Ostdeutsche), wie im SPIEGEL der vorigen Woche mit Zitaten berichtet wurde. Aber darüber hinaus gab es eine Fülle freundlich-kritischer bis feindseliger, relativ optimistischer und völlig resignierender Äußerungen. Eine Ost-Frau, 43: „Sie wollen uns nicht mehr" (siehe Kästen Seiten 48 und 49).

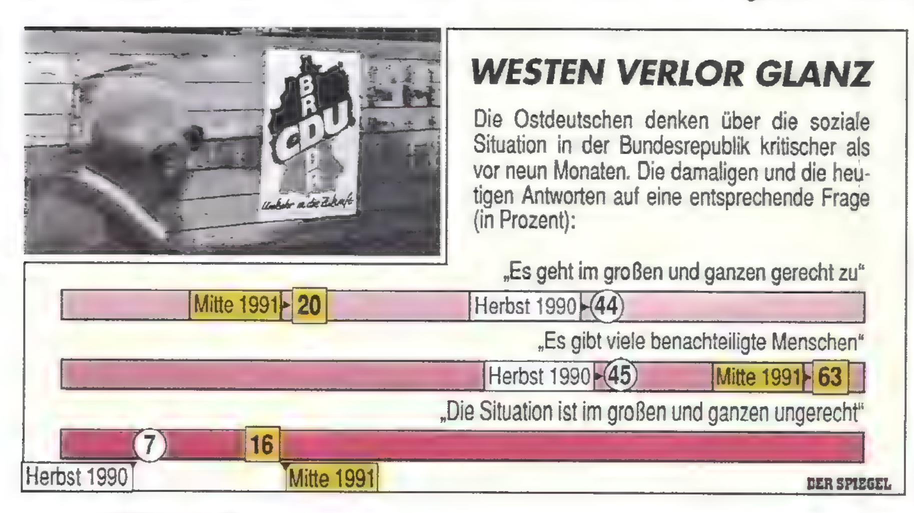
Trotz aller Kontraste und Konflikte stimmen die meisten Deutschen in wichtigen politischen Kernfragen überein.

In ganz Deutschland überwiegt, was die Abtreibung betrifft, die Meinung, daß die vorerst in Ostdeutschland weitergeltende DDR-Regelung besser sei als der Paragraph 218 der Bundesrepublik. Sie läßt den Abbruch einer Schwangerschaft in den ersten drei Monaten straffrei.

Auch über Atomkraft denken die Ostdeutschen wie die Westdeutschen. Hier wie dort sprechen sich die meisten Befragten dafür aus, keine neuen Werke zu bauen und die bestehenden stillzulegen, im Laufe der Zeit oder sofort.

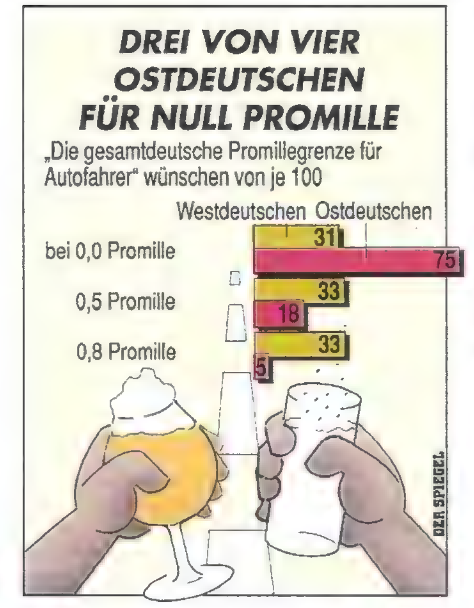
Gleich viele Berufstätige sind mit ihrer Arbeit zufrieden, glauben sich ihren Fähigkeiten entsprechend beschäftigt und würden denselben Beruf wieder wählen. Der einzige Unterschied hat einen aktuellen Grund: Nur 33 Prozent der ostdeutschen Berufstätigen (gegenüber 73 Prozent der westdeutschen) meinen, daß sie für ihre Arbeit „angemessen bezahlt" werden.

In Ost und West gleich groß ist die Aversion gegen den Zustrom von Aus-



WESTEN VERLOR GLANZ

Die Ostdeutschen denken über die soziale Situation in der Bundesrepublik kritischer als vor neun Monaten. Die damaligen und die heutigen Antworten auf eine entsprechende Frage (in Prozent):



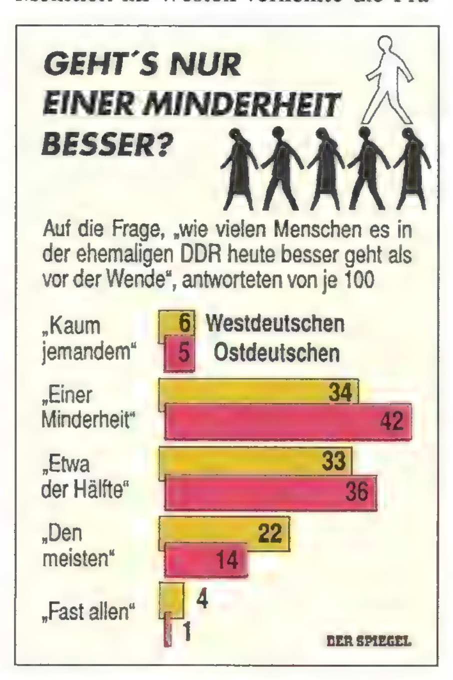
siedlern und Ausländern. Aber sogar hier wirkt sich die deutsch-deutsche Entfremdung aus. In der Ex-DDR hat sich die Bereitschaft vermindert, anteilig so viele aufzunehmen wie im Westen. Dafür sprachen sich im Herbst 1990 zwei Drittel, Mitte 1991 nur noch die Hälfte der Ostdeutschen aus. Beinahe gleich viele sind nunmehr dafür, die Fremden allesamt im Westen unterzubringen. Über das Honecker-Regime urteilen die alten Bundesbürger so wie die neuen. Mehrheiten der einen wie der anderen sind davon überzeugt, „daß der Zusammenbruch eines großen Teils der DDR-Wirtschaft nach der jahrzehntelangen Mißwirtschaft der SED nicht zu vermeiden war“.

Verschieden sind nur die Ansichten über westliche Mitschuld. Eine große Mehrheit im Osten bejahte, eine knappe Mehrheit im Westen verneinte die Frage, ob viele Betriebe zusammenbrechen, „weil Bonn die Situation im Osten nicht richtig eingeschätzt und falsche Entscheidungen getroffen hat“.

Die meisten Ostdeutschen sind entschieden dafür, sich eine Zukunft ohne jedweden SED-Ballast aufzubauen. Was in dieser Hinsicht zur Zeit geschieht, ist viel weniger, als es den Wünschen der Mehrheit entspricht.

Zwischen 70 und 81 Prozent der Befragten wollten „möglichst viele“ frühere Kader aus ihren Stellungen entfernen, Richter ebenso wie Offiziere der einstigen Volkspolizei, Schuldirektoren wie höhere Angestellte im Handel und in den Kommunen.

Die stärkste Aversion richtet sich gegen die alten Chefs in den Betrieben, die einst parteitreue Planer waren und nun wendehalsige Manager sind. Zu ihnen haben nur 3 Prozent „volles Vertrauen“, 53 Prozent „mäßiges Vertrauen“, 41 Prozent „kein Vertrauen“. So



„Gut leben, ohne viel zu tun“

Westdeutsche über Ostdeutsche

Antworten von Westdeutschen auf die Frage des Emnid-Instituts nach ihrem „negativsten Eindruck“ von Ostdeutschen:

Sie verlangen einfach zuviel – Sind mit Kohl in eine Sackgasse gelaufen – Sie sind ängstlich – Obrigkeitshörigkeit.

Die versuchen alles zu reparieren, auch dann, wenn das neue Teil billiger wäre.

Haben zu sehr umgeschwenkt, vom phlegmatischen Verhalten zu überkritischen und ungeduldigen Erwartungen.

Etwas ratlos, lassen sich manchmal übers Ohr hauen, könnten etwas sauberer sein.

Sie meinen, ein Recht darauf zu haben, so gut leben zu können wie wir, ohne viel dafür zu tun. Denn sie meinen, wir müßten eine Schuld abtragen, sie machen uns dafür verantwortlich, daß sie 40 Jahre schlimme Verhältnisse ertragen mußten.

Viele glauben, daß im Westen alles Gold ist, was glänzt – Die häßliche Sprache (Dialekt der Sachsen) – Viele sind so passiv.

Die Menschen sind in jeder Beziehung unberechenbar, wissen nicht mehr, wo es langgeht, und versuchen, uns das Geld aus der Tasche zu ziehen. Deshalb: Die Mauer sollte wieder gebaut werden!

Maßlose Forderungen im Sozialbereich – Sie werden mit ihrer neuen Situation nicht fertig – Sozialistisch arbeiten, kapitalistisch leben – Unsicher und dadurch ungeduldig – Die materiellen Forderungen werden immer größer.

Altmodisch – Dicke Bäuche – Schlechte Kleidung – Schlechte Autofahrer (rücksichtslos, rasant) – Ostbürger sind oft zu gutgläubig.

Viele meinen, was bei uns in 40 Jahren geschafft wurde, müßte bei ihnen in einem Jahr geschehen – Nur Ansprüche – Die Menschen sollten mehr Eigeninitiative entwickeln, zum Beispiel bei der Instandhaltung von Häusern und Gärten.

Zwar sind sie ungeduldig, doch das ist menschlich verständlich – Die verdrückte Art finde ich nicht gut, die meinen nicht, was sie sagen – Es herrscht fürchterliche Unselbständigkeit.

Es sind noch zu viele SED-Bonzen im Geheimen da und haben noch allerhand Macht. Das macht mir angst. Außerdem sehe ich auch irgendwie nicht ein, daß wir alle Erhöhungen in Kauf nehmen sollen, dabei ist noch genug SED-Vermögen da. Da müßte man erst mal aufräumen. Ich traue denen da drüben nicht.

Es sind arme Teufel – Die Menschen sind verschüchtert, man bringt ihnen zuwenig Verständnis entgegen – Nur noch die D-Mark ist wichtig, von der wiedererreichten Freiheit redet fast keiner mehr – Die wollen alles sofort von uns, als wären wir dazu verpflichtet – Entwickeln keinen Ehrgeiz.

Das sind scheiß Leute – Sehr zurückhaltend bei eigenen Entscheidungen – Sie wollen bedauert werden – Das Negative an ihnen ist, daß das Wort „Danke“ nicht über ihre Lippen kommt – Kaum imstande, etwas allein zu unternehmen.

Wohlstand soll über Nacht kommen, keine eigene Initiative, Staat soll es machen.

Viele sind resigniert und ratlos – Viele nörgeln zu Unrecht – Könnten etwas bescheidener sein – Noch ausländerfeindlicher als die Westdeutschen.

Klappt etwas nicht, dann schreien sie: „Ihr habt das so gewollt, jetzt helft uns auch.“ Nur nicht aus eigener Kraft. Wenn die sich früher aufgelehnt hätten, wäre die Misere früher vorbei gewesen. Opfer müssen auch die „drüben“ bringen, nicht nur wir!

groß ist das Mißtrauen gegenüber keiner der anderen einstigen Kadergruppen, nach denen Emnid fragte.

Das Problem, das unter dem Stichwort „Seilschaften“ abgehandelt wird, birgt mehr Konfliktstoff, als weithin vermutet wird. 56 Prozent der Ostdeutschen meinen: „Wer in der Ex-DDR von früher her Verbindung zu alten Funktionären hat, hat es leichter, in der jetzigen schwierigen Zeit zurechtzukommen.“

Obwohl seit der Öffnung der Mauer schon Hunderttausende aus Ostdeutschland in die alte Bundesrepublik übergesiedelt sind, hat sich die Zahl der Ostdeutschen nicht vermindert, die „wahrscheinlich“ oder „auf jeden Fall“ in den Westen gehen wollen. Sie liegt Mitte 1991, wie bei früheren Umfragen, bei 6 Prozent gleich 700 000 erwachsenen neuen Bundesbürgern. Von den Ostdeutschen unter 30 Jahren erwägen oder planen sogar 14 Prozent einen Wechsel.

„Sie wollen uns nicht mehr“

Ostdeutsche über Westdeutsche

Antworten von Ostdeutschen auf die Frage des Emnid-Instituts nach ihrem „negativsten Eindruck“ von Westdeutschen:

Jetzt gehen alle auf Distanz – Können uns nicht nachfühlen, wie wir gelebt haben – Bis zur Wende waren wir Schwestern und Brüder, nach der Wende sind das Fremdworte.

Sehen selten, daß sie auch von uns auf einigen Gebieten etwas lernen können – Sie wenden sich wegen ihres Wohlstandes von uns ab – Der Gemeinschaftsgeist ist unterentwikkelt – Rücksichtslose Kraftfahrer, parken überall, wo man es nicht soll.

Ihre Kenntnisse über die ehemalige DDR sind sehr gering und zum Teil verzerrt, dadurch entsteht viel Überheblichkeit.

Sie denken, ihnen gehört die Welt, die ehemaligen DDR-Bürger werden fast wie Ausländer behandelt. Aber ich kann doch nichts dafür, daß ich in der DDR geboren wurde.

Sie können nicht verstehen, daß wir einfachen Arbeiter auch unter primitivsten Bedingungen fleißig gearbeitet haben und daß bei uns trotzdem alles liederlich ist.

Große Sorgen machen uns auch die, welche damals freiwillig weg sind, die alles im Stich ließen, heute den großen Maxen spielen und auch noch Entschädigung verlangen. Nur Flüchtlinge, die wegmußten, sollten entschädigt werden.

Die Bürokratie ist noch schlimmer als bei uns – Schwatzen einem alles auf – Pauschale Urteile – Viele kennen keine Verwandtschaft mehr.

Großkotziges Auftreten im Rudel – Reden viel und können nicht zuhören – Leichtlebig – Die Bezeichnung Ossi und Wessi – Die Straßenhändler – Das Geld wird uns ganz schön aus der Tasche gezogen.

Zu raffig – Sie wollen uns nicht mehr – Hohes Selbstbewußtsein täuscht mehr Bildung vor, als bei den meisten vorhanden ist – Ziehen unsere Geschichte total ins Negative, obwohl sie viel zuwenig über unser Alltagsleben wissen.

Der Neid, daß wir mit zur BRD gehören sollen – Versicherungen versuchen, uns über den Tisch zu ziehen – Überheblich, kochen aber auch nur mit Wasser – Arroganz im Arbeitsbereich – Manche geben ganz schön an.

Schnelles Fahren auf den Straßen – Fühlen sich wertvoller – Legen wenig Wert auf schöne menschliche Beziehungen – Hektisch im Beruf, bürokratisch, egoistisch.

Sind voreingenommen und wissen nichts von der SED und den Konflikten der einfachen Genossen, kennen unsere Arbeitsbedingungen nicht und machen uns alle für die Mißwirtschaft verantwortlich. Das ist verletzend.

Das Auseinanderklaffen von Sein und Schein, manchmal eklatant – Sie versuchen, aus der Unwissenheit vieler Bürger Kapital für sich herauszuschinden – Daß ein Mann gesagt hat, die Mauer müßte noch viel höher gebaut werden – Pfennigfuchserei – Skrupellos – Ich habe sehr viele Jugendliche auf Bahnhöfen und Straßen rumgammeln gesehen – Händler sind zu aufdringlich und verkaufen zu Überpreisen – Müßten sensibler sein – Zu sehr beschäftigt.

Die ewige Besserwisserei – Vorwiegend Materialisten – Jeder lebt zuerst für sich – Wenn's ums Geld geht, hört die Mitmenschlichkeit auf – Zu sehr mit der Karriere beschäftigt – Ein Teil hat unwahrscheinliche Arroganz – Geldorientierte Denk- und Handlungsweisen – Geschäftemacher sind skrupellos.

Reißen alles an sich, machen alles kaputt – Sehr viele sind ständig bemüht, sich darzustellen – Besonders Jugendliche treten oft anmaßend auf – Haben nichts übrig für uns.

SCHULD KLÄREN ODER SCHLUSS-STRICH ZIEHEN?

Zwei Antworten stellte Emnid zur Wahl, als es um die Einstellung zur DDR-Vergangenheit ging. Das Ergebnis in Ostdeutschland (in Prozent):

„Nach dem Ende der DDR sollte man einen Schlußstrich unter die 40 Jahre ziehen“

	Herbst 1990	Mitte 1991
„Nach dem Ende der DDR sollte man einen Schlußstrich unter die 40 Jahre ziehen“	23	38
„Man muß erst klären, wie es dazu kommen konnte und wer sich schuldig gemacht hat“	73	60

DER SPIEGEL

Die potentiellen Abwanderer haben weniger Angst vor der Zukunft als die anderen Ostdeutschen, es geht ihnen besser, und sie sind nach eigener Einschätzung selbstbewußter und leistungsstärker. Sie kommen im Osten besser zurecht als andere, aber eben deshalb wollen sie ihre noch größere Chance im Westen nicht auslassen.

Sie wollen nicht warten, bis aus der einstigen DDR die vom Bundeskanzler angekündigten „blühenden Landschaften“ geworden sind.

Kohl sprach von vier Jahren, nach östlicher Volksmeinung wird es acht Jahre dauern, nimmt man den Durchschnitt der breitgestreuten Erwartungen.

Wer in den Westen abwandern will, rechnet im Schnitt sogar mit zehn Jahren.

So lange wird niemand brauchen, der im Westen Fuß faßt.



Stasi

Raubzug auf die Rente

Ehemalige DDR-Soldaten und Stasi-Mitarbeiter organisieren sich – zum „Schutz ihrer sozialen Rechte".

Im Ost-Berliner „Klub der Bürger" lamentierte eine Gruppe von Gästen über die soziale Misere im deutschen Osten. Dann verfertigten die Diskutanten ein Flugblatt, das vor „Versuchen" warnt, „Menschenwürde und Achtung der Persönlichkeit aus politischem Eifer und teilweise unverkennbarer Rachlust mit Füßen zu treten".

Oppositionell gesinnt und für Menschenrechte engagiert sind die vorwiegend älteren Herren erst seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Im „Klub der Bürger" in der Berlin-Lichtenberger Albert-Hößler-Straße tagt alle 14 Tage der Vorstand einer „Initiativgemeinschaft zum Schutze der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR" (Isor).

In dem Verband, der sich in seiner Satzung zur „Wahrung der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung" bekennt, sammeln sich entwaffnete Weltanschauungsritter des Marxismus-Leninismus: ehemalige Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA), Volkspolizisten und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Etwa 1300 Mitglieder hat der Verein, der am 6. Juni gegründet wurde und laut Satzung in „territoriale Initiativgruppen" gegliedert ist, allein im Berliner Osten. „Wachsenden Zulauf aus allen neuen Bundesländern" meldet die Isor-Vorsitzende Astrid Karger, 34.

Die Vereinschefin ist mit den bewaffneten Organen familiär verbunden. Ihr Vater war „mit Leib und Seele Offizier" der NVA, und ihr Ehemann diente bis zum bitteren Ende als Offizier in der MfS-Hauptabteilung Kader und Schulung, die für Erziehung und Bespitzelung der eigenen Leute sorgte.

Politisch arbeitet Astrid Karger, Abgeordnete in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg, für die PDS. Doch von vielen Genossen ist sie enttäuscht. „Verschiedene Strömungen in der PDS", klagt die langjährige SED-Genossin, „versuchen, ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit zu verurteilen und als Verbrecher abzustempeln."

PDS-Chef Gregor Gysi hatte auf dem Berliner Parteitag im Juni den ehemaligen Stasi-Mitarbeitern zu verstehen gegeben, seine Partei sei „nicht eine Gewerkschaft für sie und auch nicht ein Therapieverein". Viele frühere Kämpfer fühlen sich seither im Stich gelassen und rufen zur Selbstorganisation auf.

Einst SED-treue Staatsdiener „vom Wachtmeister bis zum General", so der Isor-Vizevorsitzende und Volkspolizei-Oberst a. D. Erhard Pachaly, 57, schließen sich dem Verband an. Mobilisiert werden sie durch einen Bundestagsbeschluß vom Juni, die Renten der Stasi-Mitarbeiter auf 800 Mark monatlich zu begrenzen.

Die Isor sieht in der Regelung, die nach Ansicht von Kritikern gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt, einen „Raubzug auf die erworbenen Krankenversicherungs- und Rentenansprüche". Dafür hätten die Staatsschützer schließlich „ein Leben lang hohe Beiträge gezahlt". Die alten Kameraden wollen nun eine Verfassungsbeschwerde einreichen und hoffen „auf die bisherige Gerechtigkeit des Bundesverfassungsgerichtes".

Vereinsvorsitzende Karger, Pachaly
„Unverkennbare Rachlust"

Daß ihm trotz der Bekenntnisse zur freiheitlichen Demokratie der ostdeutsche Obrigkeitsstaat doch mehr zugesagt hat, daran läßt Pachaly keinen Zweifel. Der Volkspolizist, so der Ex-Oberst, sei „doch nicht angetreten, ein Volk zu unterdrücken", sondern habe „unserem Volk dienen" wollen.

Die Isor, versichert Pachaly, sei jedoch „kein Traditionsverband" und trachte auch nicht nach Rabatz oder Rache. Pachaly: „Wir verfolgen ein systemstabilisierendes Anliegen."

Da ist was dran. Räsonierende Rentenanwärter in einem Verein sind, meinen Sicherheitsexperten, trotz ihrer penetranten Parolen leichter zu verkraften als kampfentschlossene Konspirateure. Zwar könne sich dort, wo viele einstige Waffenträger beisammenhocken, möglicherweise nicht nur sozialer Sprengstoff anhäufen. Doch Gewaltaktionen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter wären, warnt ein Ex-Stasi-Oberst in Halle, „ziemlich selbstmörderisch".

Die Mehrheit der alten Offiziere ist ohnehin eher zerknirscht als kampfbereit. In den Organisationsversuchen früherer Stasi-Mitarbeiter sei daher, analysiert Eckart Werthebach, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, „gegenwärtig noch kein Zusammenschluß gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu sehen.

Schon einmal gelang der Bundesrepublik, damals mit Unterstützung konservativer Regierungen in Bonn, die Integration geschlagener Weltanschauungskämpfer, die sich zu einem Interessenverband zusammengeschlossen hatten. Ehemalige Angehörige der Waffen-SS gründeten 1951 „Hilfsgemeinschaften auf Gegenseitigkeit" (Hiag) als „rein kameradschaftliche, soziale und Recht suchende Maßnahmen" (Waffen-SS-General Hausser).

Zwar dokumentierten die Mitglieder durch rechtsextreme Umtriebe und alte Parolen („Meine Ehre heißt Treue") oft den Geist der Ewiggestrigen.

Doch aus Sorge um Rente und Renommee legten sie bald ein „Bekenntnis zu unserem Staat" ab, so Hiag-Bundessprecher Kurt Meyer („Panzer-Meyer") 1959.

Das Wohlverhalten wurde belohnt. Bonn erkannte die Rentenansprüche einstiger SS-Männer generell an. Und durch ein Spezialgesetz wurden vormalige Angehörige der Nazi-Administration und Wehrmacht sogar bevorzugt in den Öffentlichen Dienst eingestellt. So gelangten Hiag-Angehörige Ende der sechziger Jahre zu einem Fazit, das Stasi-Kämpfer dereinst kaum werden ziehen können: „Die berufliche Eingliederung" der Mitglieder, so Waffen-SS-General a. D. Otto Kumm 1969 im Hiag-Organ *Der Freiwillige*, sei „gelungen, bei vielen außerordentlich gut".

Die Isor-Kameraden hingegen verfügen derzeit noch nicht einmal über ein Verbandsorgan. Ein Titel dafür böte sich, so ein Spötter aus der Berliner PDS, schon an: „Der Unfreiwillige". ◄

Verbände

Zielgerichtete Aktion

Den Zentralrat der Juden plagen neue Personal- und Finanzquerelen.

Früh am Morgen des 11. Juni rückte die Prüfkommission in der Friedrichstraße 9 in Heidelberg an. Die Berliner Rechtsanwältin Simona Reppenhagen und der Münchner Kaufmann Abi Pitum hatten einen heiklen Auftrag: Sie sollten das Finanzgebaren der Hochschule für Jüdische Studien kontrollieren, an der Religionslehrer und Rabbiner ausgebildet werden.

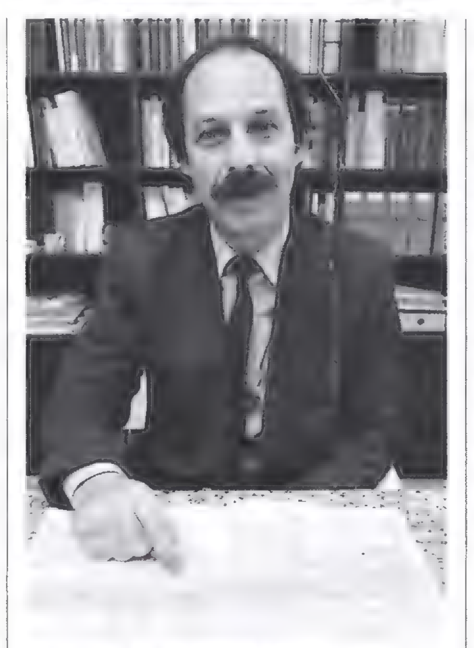
Schon zwei Tage später legten sie ihrem Auftraggeber, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, ihren Bericht vor. Das Papier liest sich wie das Sündenregister eines unehrenhaften Buchhalters.



Zentralratsvorsitzender Galinski
Solide Männerfeindschaft

Belege für Benzinkosten waren „nicht zuordnenbar“, „Steuern und Sozialabgaben“ für Aushilfskräfte „nicht entrichtet“ worden. Mitarbeiter hatten „Geschenke zu privaten Anlässen in nicht unbeträchtlichem Ausmaß“ bekommen, und Stipendien für Studenten waren nach undurchsichtigen Kriterien vergeben worden. Zudem hatte, gegen alle Regeln, der Verwaltungschef des Institutes einen Zuschuß von 36 000 Mark für die Anschaffung eines Privatwagens erhalten.

Ein Posten fiel den Prüfern besonders auf. Erst auf „eindringliches Befragen“ (Prüfbericht) nach nicht verbrauchten Zuschüssen des Zentralrates rückte Verwaltungsleiter Hartmut-Heinz Großmann Unterlagen heraus. Es waren Belege für ein Konto mit mehr als einer halben Million Mark, von dem der Zentralrat bis dahin nichts gewußt hatte.



Galinski-Konkurrent Fürst
„Falsch und böswillig“

Bei den Prüfern schrillten die Alarmglocken. Wohl konnten „Fehlbeträge im Prüfungszeitraum nicht festgestellt“ werden. Daß aber ein Konto ohne Kenntnis des Zentralrates geführt wurde, weckte schlimme Erinnerungen an die Machenschaften Werner Nachmanns, des seinerzeitigen Vorsitzenden des Zentralrats.

Nachmann hatte, wie nach seinem Tod 1988 herauskam, mindestens 30 Millionen Mark aus den Zinserträgen von 400 Millionen Mark Bonner Wiedergutmachungsgeldern abgezweigt (SPIEGEL 21/1988). Die kriminelle Tour des obersten Repräsentanten hatte den Ruf des Zentralrates schwer beschädigt, in dem die 73 jüdischen Gemeinden Deutschlands mit insgesamt über 33 000 Mitgliedern zusammengeschlossen sind.

Nachmann-Nachfolger Heinz Galinski, 78, achtet seitdem auf genaue Buchführung. Nach der Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten an der Hochschule, die teilweise vom Zentralrat finanziert wird, schrieb er einen zornigen Brief ohne die übliche Grußformel.

Adressat war der hannoversche Rechtsanwalt Michael Fürst, 44, Chef des jüdischen Landesverbandes in Niedersachsen und Vorsitzender des Kuratoriums der jüdischen Hochschule in Heidelberg. Der Prüfbericht weist Fürst „eindeutig“ die Verantwortung für das „Fehlverhalten“ zu und mahnt „Konsequenzen“ an.

Damit hat der Streit neben der finanziellen auch eine personalpolitische Dimension: Fürst, Mitglied im Direktorium des Zentralrates, gilt als Galinskis schärfster Konkurrent – der Vorsitzende scheidet 1992 aus dem Amt.

Schon mehrfach waren Fürst und Galinski, durch eine solide Männerfeindschaft verbunden, aneinandergerasselt – stets hatte Galinski, der mit dem Berliner Sprengel die größte jüdische Gemeinde (über 7000 Miglieder) leitet, die Oberhand behalten.

Beim Gerangel um die Nachmann-Nachfolge hatte Fürst seinem Widersacher vorgeworfen, er sei „nicht integrationsfähig“ und rücke die „Problematik des Antisemitismus zu sehr in den Vordergrund“. Fürst wiederum war vor allem Nachsicht gegenüber nationaler deutscher Politik vorgehalten worden. So fand er entschuldigende Worte für Philipp Jenninger (CDU), der sich 1988 mit einer zweideutigen Rede über das „Faszinosum“ des Nationalsozialismus um sein Amt als Bundestagspräsident gebracht hatte. Die Sympathie für Jenninger kostete Fürst den stellvertretenden Vorsitz im Zentralratsdirektorium.

„In aller Schärfe“ verurteilte der Zentralrat eine Äußerung Fürsts im SPIEGEL, von der dieser sich mittlerweile distanziert. Fürst hatte ursprünglich Verständnis dafür gezeigt, daß die Bundesregierung nicht alle jüdischen Einwanderer aus der Sowjetunion auf einmal ins Land lassen will.

Die neue Auseinandersetzung bedeutet für Fürst wohl das Ende seiner Ambitionen auf die Galinski-Nachfolge. Direktoriumsmitglieder wollen Fürst auf einer Sitzung Ende August zunächst den Vorsitz im Kuratorium der jüdischen Hochschule nehmen. Die Frage, ob Fürst juristisch wegen möglicher Pflichtverletzungen zu belangen ist, soll jedenfalls bis dahin geklärt sein.

Fürst allerdings sieht sich als Opfer einer „zielgerichteten Aktion“. Es sei „unsachlich, falsch und böswillig“, wenn dem Heidelberger Institut unterstellt werde, es habe sich vom Zentralrat eine halbe Million Mark erschlichen und auf ein Sonderkonto geschafft. Er lasse sich, schrieb Fürst an Galinski, „nicht in einer Form diskreditieren, die weder Ihnen noch anderen zusteht“.

In aller Ruhe betrachtet aus Frankfurt der Bauunternehmer Ignatz Bubis, 63, den Streit im jüdischen Dachverband. Bubis, ortsbekannt als erfolgreicher Bauherr und Aufkäufer von Grundstükken, gilt nun als der ausgemachte Galinski-Nachfolger.

Daß er mit Geld nicht umgehen kann, hat ihm bisher niemand vorgeworfen. Auch gegen die Bezeichnung Spekulant hat Bubis im Prinzip nichts einzuwenden. Es gefalle ihm nur nicht, sagt er, daß die Leute dieses Wort „stets nur beleidigend“ gebrauchten. ◄

Diese Woche von IBM:
Ein System, wie es im Buche steht.


IBM


Die vielen guten
Seiten des
IBM Personal System/2.

Der Siegeszug der Saupreißn

München ist out, Hamburg in: Mit dem Umzug der Regierung nach Berlin verschieben sich die Gewichte im Westen Deutschlands. Im Dauerduell der beiden Millionenstädte sehen sich die Hamburger plötzlich im Vorteil. Die „heimliche Hauptstadt" München dagegen hat selbst nach dem Urteil von CSU-Politikern „ausgespielt".

Noch vor ein paar Jahren reagierten richtige Münchner zumindest gereizt, wenn nicht gar saugrob, sobald einer aus dem Norden die Einzigartigkeit und die Vorzüglichkeit ihrer Stadt in Zweifel zog.

„Schleich di, du Saupreiß, sonst gibt's an Kriag gegen die Preißn", wetterten anonyme Anrufer, nachdem ein in München lebender Hanseat 1988 in der Hamburger Stadtzeitschrift *Szene* den Isar-Bayern vorgeworfen hatte, sie umwabere ein „Hautgout" aus „Anmaßung, Selbstgerechtigkeit, Protzerei und Zuhälterei".

Der Autor Hans-Joachim Seißler hatte sich beklagt über das „fortwährende Schmuddelduddel" des wetterwendischen Oberlandklimas, das unablässige „Humtata, holladarididi, oans, zwoa, gsuffa" des Bayerischen Rundfunks und natürlich über das „grölende, bierleichige, stinkende, gewalttätige Oktoberfest", wo die weißen Würste schmeckten wie „Styropor mit süßem Senf".

„Ein Schmarrn", wiesen Bayerns Freidemokraten harsch die Kritik zurück. Oktoberfest-Wirt Richard Süßmeier versprach, er werde dem München-Schänder Seißler „eine Fahrkarte zurück nach Hamburg" stiften. CSU-Politiker rieten voller Hochmut und Heimatstolz, auf die Kritik des „Fischkopfes" aus Hamburg einfach mit „Stillschweigen und Mitleid" zu reagieren.

Das alles scheint lange zurückzuliegen. Mittlerweile hat die stete Zuversicht der Münchner, in Deutschlands „heimlicher Hauptstadt" zu leben, sich weitgehend verflüchtigt. Der Stolz auf die „Weltstadt mit Herz" (München-Slogan) ist tiefem Selbstzweifel gewichen: „Das Münchner Kindl", konstatierte jüngst die lokale *Abendzeitung*, „ängstigt sich sehr."

Auf einmal bangen die Bayern um ihre Vorrangstellung im jahrzehntelangen Dauerduell der beiden einzigen Millionenstädte im deutschen Westen. Denn zwischen Hamburg (1 626 600 Einwohner) und München (1 207 000 Einwohner) haben sich die regionalpolitischen Gewichte dramatisch verschoben, seit die DDR der Bundesrepublik beigetreten ist und Bonn den Umzug in die nordostdeutsche 3,4-Millionen-Metropole Berlin beschlossen hat.

Der „wiedererstarkte Berliner Bär", unkt die *Abendzeitung*, werde Böses bewirken: Der Norden, schreibt das Blatt



Münchner Oktoberfest-Wirtin: Styropor mit süßem Senf

über den befürchteten Siegeszug der Saupreißn, „läuft der ‚heimlichen Hauptstadt' im Süden bald den Rang ab, auch an Attraktivität und Wirtschaftskraft".

In beiden Disziplinen hatte München lange Zeit vorn gelegen. Nun aber, auf einmal, boomt Hamburg, das nicht länger von seinem mecklenburgischen Hinterland abgeschnitten ist. Der Wachstumstrend werde noch massiv zunehmen, wenn erst die Bundesregierung nach Berlin gezogen sei, hoffen hanseatische Politiker. Schon prüfen Planer im Bonner Auftrag das Fünf-Milliarden-Projekt einer Magnetschwebebahn, die im Jahr 2000 die Strecke Hamburg–Berlin in nur 62 Minuten bewältigen soll.

Politiker im Süden wie im Norden sind sich einig in dem Befund, daß die historischen Umwälzungen im Osten die Nordlichter über alle Maßen begünstigen. Sogar die Union werde, wie die Bundesrepublik insgesamt, „nördlicher, östlicher, protestantischer", hatte bereits im letzten Sommer CDU-Generalsekretär Volker Rühe prophezeit. „In Deutschland verschieben sich derzeit die urbanen Koordinatensysteme", bestätigt Peter Gauweiler, Bayerns Umweltminister und Münchens CSU-Vorsitzender.

Traurige Folge laut Gauweiler: „Die Rolle der heimlichen Hauptstadt ist ausgespielt." Und zu Ende ist wohl auch die Sonderrolle der CSU innerhalb der Christenunion: Deutschland sei größer geworden, freuen sich bereits Bonner CSU-Widersacher, Bayern dagegen viel kleiner als früher.

Der Freistaat – einst eines von 11, heute nur noch eines von 16 Bundesländern – hat in der Tat spätestens nach dem Tode von Franz Josef Strauß, dem überlebensgroßen CSU-Vorsitzenden, begonnen, auf deutsches Normalmaß zusammenzuschnurren. Seit auch noch der Versuch der Strauß-Nachfolger mißlungen ist, mit Hilfe des CSU-Ablegers DSU außerhalb Bayerns mitzumischen, ist der Bundeseinfluß der Christsozialen vollends dahin, München nur noch eine Landeshauptstadt unter vielen.

Auch wirtschaftlich und kulturell droht es mit dem Süden steil abwärts zu



Münchner Werbefoto: „Etwas Behäbiges, Verschlafenes, nichts wirklich Großstädtisches"



Münchner High-Tech-Forschung*: „Wachstum kann auch woanders stattfinden"

gehen, seit sich der Bundestag – entgegen den polemischen Warnungen des christsozialen bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl – für die „Hauptstadt Kreuzberg" entschieden hat. Größer denn je ist nun das Risiko, daß die Isarmetropole auf das Niveau eines gutbürgerlichen Millionendorfs zurückfällt. Indizien dafür gibt es schon.

„München läuft Gefahr, in die Provinzialität abzurutschen", warnt BMW-Chef Eberhard von Kuenheim, ein Münchner. Die Stadt müsse sich, meint auch Arnulf Röhrich, Sprecher der regionalen Industrie- und Handelskammer, „schon gewaltig anstrengen", wenn sie künftig „Berlin Paroli bieten" wolle.

Kaum vorstellbar, aber nicht ausgeschlossen: Womöglich kehrt eines Tages gar die Zentrale des Siemens-Konzerns an ihren Stammplatz zurück, in die Berliner Siemensstadt. Dafür gebe es zwar, beteuert ein Vorstandssprecher, „momentan" noch „keine Pläne"; doch, fügt er hinzu, „wir prüfen die Situation ständig". Das Münchner Ifo-Institut orakelt bereits: „Siemens und Berlin, das ist doch Tradition."

Der Weltkonzern beschäftigt in Berlin 23 500 Mitarbeiter, in München 46 000. Daß Siemens seine High-Tech-Hochburg München komplett schleift, ist zwar kaum anzunehmen. Doch schon eine Sitz-Verlagerung könnte katastrophale Folgen für München haben: Wie einst der Nachkriegsumzug von der Spree an die Isar den Bayern im Sog von Siemens die Ansiedlung moderner Zulieferbetriebe bescherte, so würden nun im Kielwasser des Konzerns etliche Unternehmen auch wieder abwandern.

Selbst alteingesessene Traditionsfirmen wie die Knorr-Bremse AG, ein Unternehmen von Weltruf mit 2300 Beschäftigten in München und 650 Millionen Mark Umsatz, liebäugeln schon mit einem Standortwechsel nach Berlin. Seit langem feilscht das Unternehmen, das ein neues Bremsenwerk errichten will, mit der Münchner Stadtverwaltung um eine attraktive Baurechtsausweisung.

Anfang des Monats drohte Knorr-Chef Heinz Hermann Thiele unverblümt, ein Werksbau in Berlin komme mindestens 150 Millionen Mark billiger. „Wachstum", so Thiele, könne auch „woanders stattfinden".

Das finden auch die Nürnberger, die traditionellen Konkurrenten der Münchner. Schon sehen die Nordbayern, nicht ohne Schadenfreude, den Stern der Landeshauptstadt sinken.

Jahrzehntelang waren die Franken durch die wirtschaftliche und politische

* Solarzellen-Produktion bei Siemens.



Hamburg-Skyline am Hafen: „Die Schöne ist aus ihrem Schlaf erwacht"

Übermacht der Landeshauptstadt gedemütigt worden. Seit der Öffnung der Grenzen und der Hauptstadt-Entscheidung für Berlin erübrige sich weiterer Protest gegen die Münchner Dominanz, meint Nürnbergs Stadtbaumeister Walter Anderle: „Durch seine geographische Lage hat Nürnberg jetzt Chancen wie keine andere bayerische Stadt" – München inklusive.

Eifrig stricken die Nürnberger an einem „Entwicklungskonzept 2000", um die Bedeutung der Halbmillionenstadt an der Pegnitz „neu zu definieren": Der alte Handelsplatz soll, statt München, bald „europäische Drehscheibe" für den Warenverkehr werden, vor allem zwischen Süddeutschland und den Ländern des Ostens.

Auch die Kulturmetropole München bröckelt schon da und dort. In der „neuen politischen Situation" könne die Stadt, das räumt selbst ihr Kulturreferent Siegfried Hummel ein, nicht mehr „darauf vertrauen, daß ihr aus allen Regionen Deutschlands und Mitteleuropas kulturpolitische Ressourcen zufließen". In der Kunstentwicklung hinke München schon seit den siebziger Jahren hinter vergleichbaren Großstädten her.

Nach der Berlin-Entscheidung werde es zwar, sagt August Everding, Generalintendant der Bayerischen Staatstheater, „weiter viele Kulturhauptstädte geben" – aber München werde nur dazugehören, „wenn es die Zukunft nicht verschläft". Als große Filmmetropole hat München die Zukunft schon verpennt: Die Zeiten eines Rainer Werner Faßbinder sind passé, die Bavaria-Ateliers produzieren fast nur mehr TV-Krimskrams.

Die cineastische Zukunft liegt nach Einschätzung des Regisseurs Reinhard Hauff eh in Berlin, der „viel aufregenderen Stadt zum Arbeiten". Hauff: „Ich habe 15 Jahre lang in München und Umgebung gedreht, da fallen einem dann auch nicht mehr so viele neue Sachen ein." Aus München seien bereits „viele Filmemacher weggegangen, weil diese Stadt etwas Behäbiges, Verschlafenes, also nicht wirklich Großstädtisches hat".

Ganz neue Töne sind aus der Schickeria-Szene zu vernehmen. Bisweilen klingt es so, als sei die einstige Glamour-Adresse tatsächlich schon out, die „echte Katastrophe" schon passiert, wie der Klatschkolumnist Michael Graeter befindet.

„Hamburg hat in Sachen Schickimicki ein weit größeres Kontingent aufzubieten, als es München unterstellt wird", urteilte jüngst, offenbar baß erstaunt, ein Reporter der in München produzierten Illustrierten *Bunte* nach dem Opening des Friseursalons „Le Coup" im „Atlantic Hotel" an der Alster. Auch Kolumnist Graeter schaut sich mehr und mehr im Norden um: „Wenn ich nur über die Münchner Gesellschaft schreiben müßte, würde ich mich sofort erschießen. Da gibt es nämlich nichts mehr."



Hamburg-Bürgermeister Voscherau
„Ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten"

Der allmähliche Niedergang Münchens wie auch der überraschende Aufstieg Hamburgs haben sich – Wiedervereinigung hin, Berlin her – schon vor einigen Jahren an-


Franziskaner Weissbier
Der bayrische Hochgenuß.
schäumend
spritzig
frisch
Franziskaner
Weissbier
Der bayrische
Hochgenuß.
Franziskaner
Hefe-Weissbier
Offizieller Sponsor
der
Olympiamannschaft
der Bundesrepublik
Deutschland
Albertville und
Barcelona 1992

gebahnt. Bereits Anfang 1989 stellten Forscher des Dortmunder Forsa-Instituts fest, daß der Ruf Münchens besser, der Hamburgs aber schlechter ist als die jeweilige urbane Wirklichkeit.

Auf einer Skala von 1 bis 10 plazierten die befragten Münchner die örtlichen „Lebensbedingungen (Wirtschaft, City, Umwelt, Behörden)“ nur bei 5, die befragten Hamburger gaben ihrer Stadt schon damals einen Punkt mehr.

Paradox: Das Ansehen, das die jeweilige Stadt bei ihren Bürgern genoß, verhielt sich zur Realität reziprok. Im Fall München maß Forsa eine Spitzen-„Identifikation mit der Stadt“ von 88 Prozent, in Hamburg dagegen 2 Prozent weniger.

Eine ähnliche „Imagelücke“ – ob nun verursacht durch hanseatisches Understatement oder durch süddeutschen Überschwang – machten die Sozialforscher auch in zwei anderen Städten aus: in Bremen und Stuttgart. Damals schon sah die *Wirtschaftswoche*, Auftraggeberin der Forsa-Studie, die Nordlichter stark im Kommen: Daß Bremen und Hamburg „in der Attraktivität für die eigenen Bürger“ Stuttgart und München überrundet haben, signalisiere eine regionalpolitische Wende: „Der Wind springt um“, notierte das Blatt: „Kommt es in den neunziger Jahren zum Ausgleich des Süd-Nord-Gefälles?“

Die Vorzeichen trogen nicht. Mittlerweile ist absehbar, in welchem Maße der Norden von der Erweiterung der Bundesrepublik gen Osten profitiert. „Man trägt wieder Hamburg“, jubelt Hans Fahning, Chef der Landesbank, „Hamburg ist wieder Mode geworden.“ Auch Bürgermeister Henning Voscherau frohlockt: „Das Verschwinden des Eisernen Vorhangs rückt unsere Stadt in die Zentralität Gesamteuropas.“

„Ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten“ sieht Voscherau – dessen Sozialdemokraten, begünstigt durch den Boom, bei der Bürgerschaftswahl am 2. Juni die absolute Mehrheit zurückeroberten – nun für seine Hansestadt. Aus Sicht der städtischen Planer ist das Hamburg der Zukunft zugleich die südlichste Metropole Skandinaviens und das „Eurogate“, das europäische Eingangstor, für Amerikaner und Asiaten (siehe auch Seite 66).

„Sie schläft, meine Schöne“, hatte noch 1986 der einstige Kanzler Helmut Schmidt über seine Heimatstadt geurteilt, die aufgrund ihrer Randlage lange Zeit wirtschaftlich darbte. Nun aber meldet, nicht ohne Neid, die *Süddeutsche Zeitung*, Erscheinungsort München: „Die Schöne ist aus ihrem Schlaf erwacht“ – „keine andere westdeutsche Stadt außer West-Berlin zieht so großen Vorteil aus der deutschen Einheit“.

An keiner anderen Stadt wiederum, außer Bonn, wird die Sogwirkung Ber-

EIDIGER IN BESTFORM.

Mazda 626



„Da oben ballt sich alles“

Wie Hamburg, Westdeutschlands größte Stadt, von der EG-Erweiterung und der deutschen Einheit profitiert

Zwischen zwei Beratungsgesprächen lehnt sich Urda Martens-Jeebe, 41, gern in ihrem Bürostuhl in der 18. Etage zurück, schaut aus dem Fenster und zählt die Baukräne an Hamburgs Skyline.

Mit dem Finger zeigt die Geschäftsführerin der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung stolz auf ihre „Lieblingskinder“: den Neubau der Hanse-Merkur Versicherung (sechs Baukräne), den fast fertigen Bürokomplex Alster-City (vier Kräne), die Baustellen der CitiBank und des Steigenberger-Hotels (acht Kräne) und, gleich nebenan, den Erweiterungsbau des Springer-Verlags (drei Kräne).

„Sie müssen nur da runtergucken, um es zu sehen – Hamburg boomt“, sagt die Wirtschaftsexpertin: „340 000 Quadratmeter Bürofläche entstehen allein in diesem Jahr.“ Die Zufriedenheit der Marketing-Strategin entspricht der derzeitigen Grundstimmung der Hanseaten.

Der Aufschwung hat in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre begonnen. Bis dahin hatte das „Hoch im Norden“ (Stadt-Slogan) noch flach am Boden gelegen: Während sich München, Frankfurt und Stuttgart im Wirtschaftsboom aalten, mußte Hamburg mehr Sozialhilfe und Arbeitslosengeld pro Einwohner als jede andere Großstadt zahlen.

Damals, 1986, entschloß sich der Senat unter Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) zu einer strikten Einsparungspolitik, bei der selbst der größte Teil der öffentlichen Toiletten in Hamburg geschlossen wurde. Ziel des Sparkurses: Hamburg sollte durch attraktive Gewerbeflächen und Steuergeschenke zum bevorzugten Wirtschaftsstandort entwickelt werden, um mit der Konkurrenz im Süden mithalten zu können.

Mehr noch als diese – von SPD-Linken heftig befehdete – „Standortpolitik“ (Dohnanyi) förderte die deutsche Einheit den hanseatischen Aufstieg. Schwerin, die Hauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns, gilt mittlerweile vielen Hanseaten als größter Vorort Hamburgs. Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) meint, nachdem jahrzehntelang die „Rheinschiene“ bevorzugt gewesen sei, gehöre nun der Nordregion die Zukunft – „von Prag bis Hamburg, vom Baltikum bis Hamburg“.

Speziell die Ex-DDR bietet nicht nur neue Absatzmärkte, sie liefert preiswerte Arbeitskräfte gleich mit. So chauffiert der Otto-Versand täglich 500 Angestellte von und nach Mecklenburg, um mit dem Bestell-Boom fertigzuwerden, den ihm die neuen Länder verschafft haben: 1,1 Milliarden Mark Umsatzplus hat der Katalog-Riese bis Februar 1991 in Ostdeutschland erwirtschaftet.

Wie Hamburg an der Einheit verdient, läßt sich am deutlichsten im Hafen nachrechnen: 1988 schlug die Hafen- und Lagerhaus AG 346 000 Tonnen Bananen um, 1990 waren es 436 000 Tonnen, im nächsten Jahr sollen es 600 000 werden.

So prächtige Zahlen melden fast alle Wirtschaftszweige in Hamburg: Der Einzelhandel wuchs 1990 um 12 Prozent, die Industrie um 11 Prozent, das Ausbau-Handwerk legte im Frühjahr dieses Jahres gar um 32 Prozent zu.

Mit einem Gesamtwachstum von mehr als 5 Prozent lag Hamburg letztes Jahr in der Spitze der Bundesländer; von 1989 bis heute sank die Arbeitslosigkeit bei weitem schneller als in der gesamten Republik – um 25 Prozent.

An soviel Boom wollen auch ausländische Investoren beteiligt sein: Von weltweit 11 000 befragten Unternehmen sehen die meisten in Hamburg den Wirtschaftsstandort, von dem aus sich am besten in die neuen Bundesländer und nach Osteuropa starten läßt. „Die Einheit hat uns einen riesigen Nachfrageschub gebracht“, sagt Beraterin Martens-Jeebe: Allein seit Öffnung der Mauer haben sich 155 Firmen in Hamburg angesiedelt, 269 Unternehmen haben expandiert – Investitionssumme: 2,3 Milliarden Mark.

Nicht zuletzt der Freizeitwert der grünen Stadt an Elbe und Alster lockt die Investoren: Die Nordsee und die – nun praktisch grenzenlose – Ostsee sind nicht weit, die riesigen mecklenburgischen Seen schnell erreichbar. „Dagegen“, spottet ein Senatsplaner, „ist der Starnberger See nur eine Pfütze.“

Zu den besten Fängen der Hamburger Wirtschaftsförderer zählen

▷ die Elektronik-Konzerne Panasonic, Hitachi, Olympus und Sharp,

▷ die größte Bank der Welt, der Zusammenschluß der japanischen Mitsui- und der Taiyo-Kobe-Bank,

▷ die gesamte Musik-Produktion der Sony Classical und

▷ die Euro-Zentralen der größten Reederei der Welt, der chinesischen Cosco, und des taiwanesischen Schiff-Multis Evergreen.

Die Asiaten haben das „Tor zum Osten“ (Voscherau) als Ausgangsbasis



Bauboom in Hamburg*: „München – was war das noch?“

* Neubau des Steigenberger Hotels auf der Fleetinsel.

für den Kampf um Europas Kunden entdeckt. „Für die expandierenden Konzerne im Fernen Osten ist Hamburg idealer Standort“, sagt Claus Müller von der Hamburger Wirtschaftsförderung: „Bei uns können sie per Schiff bis tief nach Europa anreisen und sind fast vor Osteuropas Haustür.“

Außerdem gelte keine andere deutsche Großstadt als so weltoffen wie das „Eurogate“ Hamburg: 84 Länder der Erde sind dort mit eigenen Konsulaten vertreten – mehr hat, weltweit, nur New York.

Auf Hamburg als „europäisches Headquarter“ internationaler Konzerne setzt auch Hellmut Körner von der Wirtschaftsbehörde: „Immer mehr ausländische Investoren entdecken Hamburg als Zentrale, um von hier den EG-Binnenmarkt zu organisieren.“

Zu einem „europäischen Kraftzentrum“ könne vor allem die „Achse Hamburg–Skandinavien“ heranwachsen, so Eckart van Hooven, Nordeuropa-Experte der Deutschen Bank: „In den Staaten des Mittelmeerraums werden kaum 8 Prozent des Welthandels produziert“, kalkuliert van Hooven, die sieben Anlieger der Ostsee kämen dagegen auf 20 Prozent. Vorscherau schwärmt: „Da wird die alte Region der Hanse wieder sichtbar.“

Hamburg als Handelsdrehscheibe für Europa – diese Vision teilt auch Christoph von Rothkirch, Wirtschaftsexperte am Baseler Prognos-Institut: „Hamburg liegt praktisch am Eingang Europas, an der Schwelle zwischen Nord und Süd und zwischen Ost und West. Und hinter München? Da kommt bloß noch Italien.“

In der Schwellenlage Hamburgs sehen auch die Öl-Multis Shell, BP, Dea, Esso und Veba ihre Chance: Sie wollen von Hamburg aus den gesamten Osten Deutschlands betanken und beheizen – mit Hilfe einer Pipeline, die von Hamburg bis Dresden führen soll. Veranschlagte Kosten der Öl-Röhre: 700 Millionen Mark.

Der „Hamboom“, wie hanseatische Planer ihn nennen, könnte München auf einigen Gebieten ins Hintertreffen geraten lassen. „München, was war das noch?“ witzelt Urda Martens-Jeebe: „Bei denen ist doch alles voll und viel zu teuer. Gewerbeflächen für 450 Mark pro Quadratmeter – wer kann sich das noch leisten? Bei uns zahlen Sie zwischen 90 und 170 Mark.“

Mit der Wiedervereinigung hat sich zumindest der Dauerstreit zwischen Hamburg und München um die Vormacht auf dem bundesdeutschen Medienmarkt entschieden: Die Münchner fabrizieren vor allem teure Hochglanz-Hefte *(Playboy, Elle, Cosmopolitan, Vogue)*, die bei den Ossis kaum eine Chance haben. Die Marktführer der Branche werden dagegen in Hamburg produziert: *Bild, Stern, Hör zu, Brigitte* und SPIEGEL.

Die Hamburger Wirtschaftspolitiker setzen darauf, daß keiner der Großverlage in die neue Hauptstadt Berlin abwandert. Heiner Bremer, Vorstandssprecher bei Springer, versichert: „Wir bauen gerade unseren Hauptsitz in Hamburg aus, daran wird auch die Hauptstadt-Entscheidung nichts ändern.“ Auch der Verlag Gruner + Jahr will in Hamburg bleiben – der Konzern hat gerade ein 300 Millionen Mark teures Bürohaus am Hafen bezogen. Und der SPIEGEL erwägt derzeit, in zentraler Lage einen Neubau für Redaktion und Verlag zu errichten.

Münchens Politiker blicken mit Unbehagen auf das mächtige Medienzentrum im Norden. „Das ballt sich alles da oben in Hamburg“, murrte CSU-Medienplaner Edmund Stoiber: „Die Deutsche Presseagentur, der SPIEGEL und ARD-Aktuell“ – alles weitab von Bayern.

Wenn erst die Verkehrsverbindungen ausgebaut seien, werde die Hansestadt, so Hamburgs Wirtschaftssenator Hans-Jürgen Krupp, noch stärker als bislang „von der Entwicklung Berlins profitieren“. Gemeinsam würden Hamburg und Berlin ohne weiteres „gegen die angeschlagene Konkurrenz im Süden bestehen“ können.

Im Tourismus zeichnet sich eine Umkehrung des klassischen Süd-Nord-Gefälles bereits ab. Hamburgs Hotels und Gaststätten registrieren seit zwei Jahren Umsatzrekorde mit Zuwachsraten von über 75 Prozent. „Die Touristen aus dem Ausland wollten früher nur den Schwarzwald, München und Salzburg sehen“, sagt Körner: „Heute geht's über Hamburg nach Berlin.“

Die Goldgräberstimmung hat die Hanseaten inzwischen animiert, über einen neuen Werbeslogan für ihre Stadt nachzudenken. Das alte „Hoch im Norden“ hat ausgedient – „das klingt zu sehr nach Ende der Welt“, sagt ein PR-Manager.

Neun Agenturen läßt der Senat darüber grübeln, wie sich für die Boomtown an der Elbe werben läßt. Aussichtsreichster Kandidat ist die Hamburger Agentur Springer & Jacoby, deren Chef Reinhard Springer allein schon des Wetters wegen die Hansestadt bevorzugt: „Hamburg ist einfach schöner – hier gibt's nicht diesen dödeligen Föhn.“

Daß in Hamburg der Himmel öfter mal bedeckt ist, sei überhaupt kein Nachteil, schrieb letztes Jahr das Frankfurter Magazin *Pflasterstrand* in einem Städtevergleich: Schließlich unterwerfe das Hamburger Schmuddelwetter die Hanseaten „nur 110 Stunden pro Monat dem Hautkrebs-Risiko“.



Bayer Strauß (1983)*
Auf Normalmaß geschnurrt

lins so zehren wie gerade an München. Ob als Industriezentrale oder Messestandort, Touristenmagnet oder Yuppie-Hochburg, Medienparadies oder Spekulantenpflaster – in jedem Fall gilt: Deutschland hat jetzt eine richtige Hauptstadt, es braucht keine heimliche mehr.

Das alles, so scheint es, war einmal: das vielgerühmte Isar-Athen, die Ersatzmetropole im schönen Bayern, von der ganzen Welt als attraktivster Zielort in West Germany betrachtet. Ähnlich einem Prinzregenten repräsentierte München jahrzehntelang den im Grunde hauptstadtlosen deutschen Teilstaat (SPIEGEL-Titel 39/1964).

Das Erfolgsgeheimnis Münchens lag in der – professionell vermarkteten – Summe aus Siemens und Oktoberfest, MBB und Modewoche, Bavaria-Ateliers und FC Bayern München, Euro-Patentamt und Viktualienmarkt, Olympiaruhm und Wittelsbacher-Tradition, Nobelpreisträgerschmiede und Edelschickeria.

Das Bild, das geschickte Fotografen bei Föhnwetter von München produzieren, geriet weltweit zum Markenzeichen für Lebensqualität – ein Trugbild: Gleich hinter dem Liebfrauendom erheben sich, dank Tele-Objektiv, die Zugspitze und Schloß Neuschwanstein, und unmittelbar ans Klinikum Großhadern, wo erstmals in Deutschland Herzen verpflanzt wurden, grenzt der idyllische Tegernsee.

Dieses wundersame Ensemble aus Barock und High-Tech mit seinem gigantischen Freizeitwert schien München magische und magnetische Kräfte zu verleihen. München entwickelte sich zur größ-

* Beim Salvator-Bieranstich.

FÜR KÖRPER UND GEIST.



Heilwasser-Heilanzeige: Fördert die Funktion von Nieren, Blase, Magen und Darm. Harntreibend.

HIRSCHQUELLE. SCHMECKT GUT UND TUT GUT.

Mineralbrunnen AG, Bad Teinach/Schwarzwald.

ten Industriestadt der Republik, zum Elektronik- und Computerzentrum, zum Versicherungsplatz Nummer eins und, immerhin, zum Bankenstandort Nummer zwei (hinter Frankfurt), außerdem zur alles überragenden Kongreß-, Bildungs- und Forschungsmetropole. Fabelhafte Steigerungen des Beschäftigtenanteils bei Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung schienen dem Münchner Raum rosige Perspektiven zu verheißen.

Noch ist in München beinahe ganzjährig Messe. Noch brechen die Universitäten fast jedes Jahr die Zulassungsrekorde. Noch brodelt winters wie sommers der Fremdenverkehr (3,6 Millionen Besucher pro Jahr).

Und gar so schnell wird der Rummel in und um München wohl auch nicht abklingen. „Hamburg steigt zwar auf, aber München wird kaum absteigen", glaubt Hans-Gottfried von Rohr, Diplom-Geograph und Planungsexperte in der Hamburger Senatskanzlei. Von dem Pusch aus dem Osten allerdings werde München weniger profitieren als Hamburg.

Als das Münchner Ifo-Institut letztes Jahr im Auftrag des *manager magazins* europaweit nach den Regionen mit den „größten Chancen im europäischen Standortwettbewerb" fahndete, war das Resultat eindeutig: Hamburg samt Umland wurde zum „Aufsteiger Nummer eins in Europa" gekürt.

Sollte München wegen seiner „gewissen Auslaugungserscheinungen" (von Rohr) tatsächlich Firmen an den Norden verlieren, sollten Messen und Kongresse abwandern und sollte die Investitionsquote der Kommune, was Umweltminister Gauweiler beklagt, weiterhin sinken – die möglichen Auswirkungen eines solchen Aderlasses werden nicht nur befürchtet, sondern von manch einem in München auch begrüßt.

Denn die Stadt gilt vielen Kritikern als Lehrbuchbeispiel eines Lebensraumes, der infolge ökonomischer Überdüngung umkippt wie ein modriger Tümpel. Höchst fraglich ist, ob der Stadt, die schon jetzt an den Folgen übermäßiger Ballung, an „negativen Agglomerationseffekten" (von Rohr), leidet, mit weiterem Wachstum geholfen werden kann.

Wachstumsfetischisten, vornehmlich aus den Reihen der CSU, behaupten, München brauche einen anhaltenden Boom, um als europäische Metropole mithalten zu können. Die Christsozialen schimpfen denn auch auf die „rot-grünen Bremser" im Rathaus und werfen der Stadtregierung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Georg Kronawitter „unternehmerfeindliche Politik" vor – etwa „kleinkariertes Zurückhalten" von neuen Gewerbeflächen.

Kronawitters „Verweigerungshaltung", behauptet der CSU-Vorsitzende im bayerischen Landtag, Alois Glück, habe schon jetzt dazu geführt, daß Spitzenkräfte der Wissenschaft kaum noch nach München zu bewegen seien. Kronawitter und sein möglicher Nachfolger, Kultur-Bürgermeister Christian Ude, der Hoffnungsträger der Münchner SPD, halten dagegen.



Staatsoberhaupt, Staatsbesuch in Berlin*: Die Koordinatensysteme verschieben sich

Ihr Argument: Vom „Dampfkessel München" (Kronawitter) könne getrost etwas Druck genommen werden; die Stadt benötige eine Entspannungsphase, damit sie langfristig von ihren horrenden Miet- und Bodenpreisen und ihren hohen Lebenshaltungskosten herunterkomme und wieder mehr Lebensqualität für Normalverdiener gewinne.

Tatsächlich sind in München längst die Kehrseiten pausenlosen Wachstums sichtbar geworden – eine Entwicklung, die ihren Teil zum Niedergang der heimlichen Hauptstadt beigetragen hat. In vielen Negativbilanzen ist München mittlerweile Spitze – nicht ohne eigenes Verschulden.

Hinter den Wohlstandsfassaden und den Luxus-Buffets macht sich neue Armut breit. Die sogenannte Sockelarbeitslosigkeit steigt in München unaufhörlich, fast 100 000 Bürger leben am Rande des Existenzminimums. In München ist beinahe alles teurer als anderswo. Selbst die Weißwurst kostet beispielsweise in Hamburg 40 Pfennig weniger als in Süddeutschland.

München ist die Stadt der Einzelhaushalte, der Singles und Yuppies, ein Eldorado des Konsums – eine „Supermall", wie die Amerikaner solche Konsum-Burgen nennen. Die Kaufkraft der besseren Hälfte Münchens hat zur totalen „Verboutiquisierung" (Planer-Jargon) der gesamten Innenstadt geführt.

Diese Entwicklung ist freilich auch die Folge städtebaulicher Fehler: Nahezu alle Bemühungen, München eine „polyzentrische Stadtstruktur" mit Stadtteilzentren, Bürgerhäusern und Wochenmärkten zu verleihen, sind gescheitert. „Außerhalb des Mittleren Rings", erkennt der städtische Pressereferent Florian Sattler, „ist kein München mehr."

Die bauliche Verdichtung der Altstadt sprengt längst alle Maßstäbe. Weite Teile der Stadt stehen, sagt der Münchner Architekt Stephan Braunfels, „in ihrer Gestaltqualität weit hinter Berlin oder Hamburg, ja sogar hinter Köln, Frankfurt und Düsseldorf zurück".

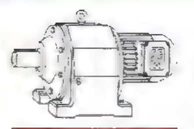
Einstmals, zu Zeiten des Oberbürgermeisters (und späteren SPD-Chefs) Hans-Jochen Vogel, hatten die Münchner Fußgängerzone und die Olympiabauten noch Maßstäbe gesetzt. Doch

* Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Marianne von Weizsäcker, Prinz Claus und Königin Beatrix aus den Niederlanden, Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, Monika Diepgen im April am Brandenburger Tor.

Manchmal schweben wir sogar ein Stückchen



über dem Wasser.

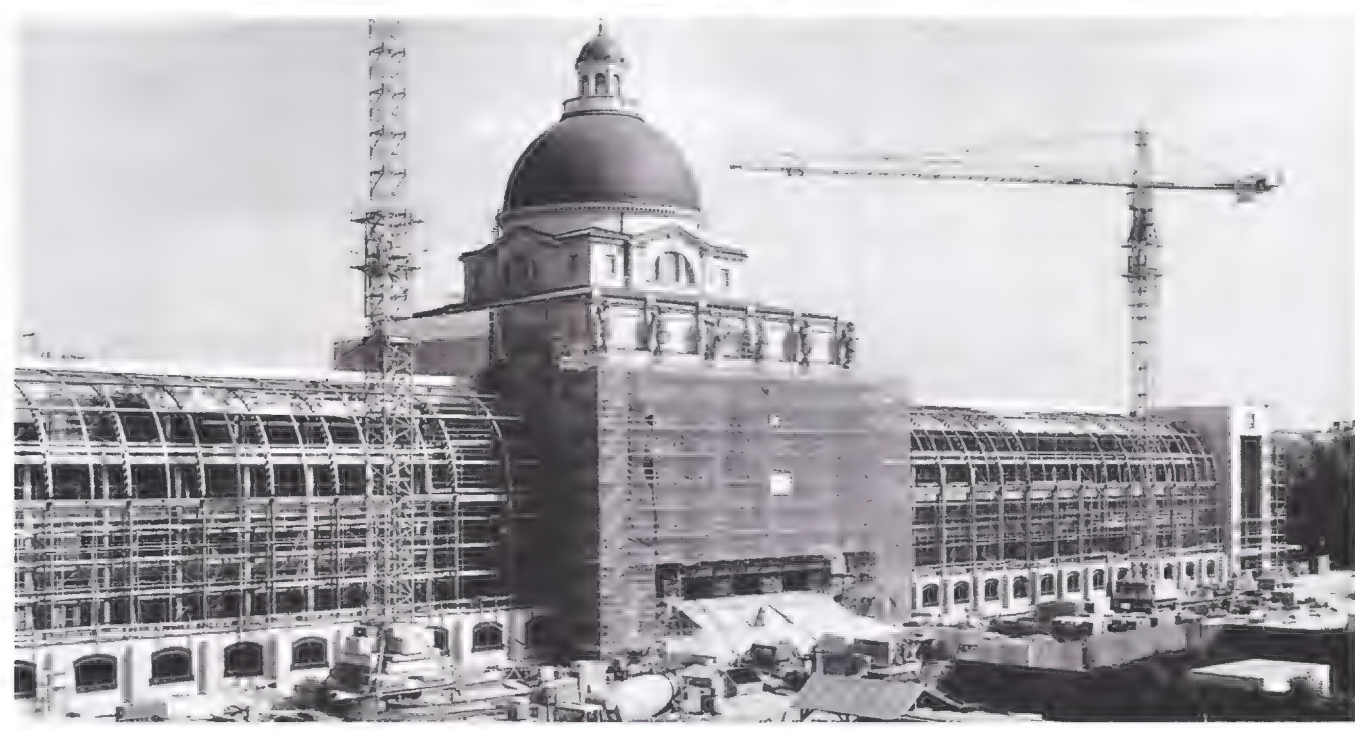


Wenn Sie das nächste Mal über den Dingen schweben wollen, versuchen Sie es doch mit einer Schwebefähre. Von allen Möglichkeiten, trockenen Fußes das andere Ufer zu erreichen, ist dies sicher die originellste: An starken Stahlseilen aufgehängt, die auf Rollen über eine Schienenbrücke laufen, überquert diese Fähre in mehreren Metern Höhe eine vielbefahrene Wasserstraße. Zuverlässige Getriebemotoren treiben die Fähre an und sorgen dafür, daß der Fährtakt minutiös eingehalten wird.

So wie in diesem Beispiel erschließt kompetente Antriebstechnik täglich zahllose Möglichkeiten, Menschen und Dinge bequem und effizient ans Ziel zu bringen. Antriebstechnik von SEW. Manchmal lassen wir Sie einfach schweben.

SEW-EURODRIVE GmbH & Co
Postfach 2340, D-7520 Bruchsal





Münchner Staatskanzlei-Neubau: „Da kann man den Glauben verlieren"

seit Jahren wird München bei bedeutsamen Kulturbauten von fast allen anderen Großstädten der Rang abgelaufen.

Die Stuttgarter Staatsgalerie und das Kölner Wallraf-Richartz-Museum/Museum Ludwig wie auch die neue Berliner Philharmonie fanden weltweit Beachtung. Münchens einziges kulturelles Großprojekt der letzten 20 Jahre, das Gasteig-Zentrum, erntet nur Spott – „ein ungeschlachtes Beton- und Ziegelgebirge" (Braunfels).

Auch im Wohnungsbau bescheinigen Kritiker den Münchnern „halbherziges Mittelmaß" und „biedere Beliebigkeit". Geschäftsneubauten wie der Elisenhof in der Nähe des Hauptbahnhofs erhalten Prädikate wie „aufgedunsene Brutalität". Die Gestaltung des Altstadtrings – immer mehr Boutiquen, immer mehr Büroräume – gleiche passagenweise einer „chaotisch zusammengeschusterten Bebauung".

Für die neue Staatskanzlei am Hofgarten ist die Stadt allerdings nur bedingt verantwortlich: Dort entsteht ein 200 Meter langer Behörden-Klotz, wie ihn sich Franz Josef Strauß selig gewünscht und den Nachfolger Max Streibl nur geringfügig modifiziert hat.

Freilich hätte der Widerstand der Stadt München gegen das monströse Projekt massiver ausfallen können – baurechtliche Möglichkeiten lagen offen. Doch Kronawitter begnügte sich mit einem kosmetischen Kompromiß.

Damit ist nach Auffassung von Kritikern eine „Jahrhundertchance zunichte" gemacht worden: die Möglichkeit, zwischen der prächtigen Maximilianstraße und dem Englischen Garten eine „Museumslandschaft" aufzubauen. Braunfels: „Nach Gasteig und Staatskanzlei könnte man den Glauben an die Chance großer Architektur und weitsichtiger Stadtplanung in München verlieren."

Schlimmere Folgen als architektonische Fehler zeitigen heute die strukturpolitischen Sünden der Vergangenheit. Im Bestreben, München zum Dienstleistungs- und High-Tech-Zentrum der Republik zu machen, haben die Stadtregierungen, ob CSU oder SPD, jahrzehntelang hochqualifizierte Arbeitnehmer angelockt.

Folge: Die gutsituierten Neubürger verdrängen allenthalben angestammte Arbeitnehmer aus ihren Wohnungen und bringen der Kommune die höchsten Boden- und Mietpreise der Republik, die höchste Verdichtung der Innenstadt, die übelste Immobilienspekulation und den wildesten Straßenverkehr.

Der hemmungslose High-Tech-Kult könnte sich bald bitter rächen. Durch einseitige Ausrichtung auf Computer-, Auto- und Rüstungsindustrie ist München mittlerweile anfällig geworden. Während die Hafenstadt Hamburg ihre Strukturkrise, den Niedergang der Werftindustrie, schon hinter sich hat, steht München eine ähnliche Belastungsprobe erst noch bevor.

Nach dem starken Preisverfall im PC- und Chip-Geschäft müssen immer mehr



Münchner Obdachlose: „Eine einzige Katastrophe"

Computerfirmen Personal einsparen. So denkt der Elektronikriese Digital Equipment, Zweitgrößter der Branche, über die Streichung von 6000 Arbeitsplätzen nach – wie viele davon auf die Deutschland-Tochter in München entfallen, steht noch nicht fest.

Noch brenzliger ist die Lage der Rüstungsindustrie, die jahrzehntelang von der CSU des einstigen Verteidigungsministers Strauß mit aller Kraft gefördert wurde. Im Großraum München hängt mittlerweile die Existenz von rund 20 000 Arbeitnehmern von Wehraufträgen ab; indirekt sind weitere 16 000 Beschäftigte darauf angewiesen.

Firmen wie Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) oder Krauss-Maffei heimsten, etwa mit der Produktion des Jagdbombers Tornado oder des Kampfpanzers Leopard 2, fette Gewinne ein. Doch damit ist es jetzt vorbei.



Münchner Gesellschaft*: „Da würde ich mich sofort erschießen"

Bereits im letzten Jahr buchte MBB einen Verlust von 337 Millionen Mark. Wird aber, was nach den Rüstungseinsparungen der Bundesregierung zu erwarten ist, das Flugzeugprojekt „Jäger 90" gestrichen, dann stehen bei MBB und zahlreichen Zulieferern Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel.

Abhilfe ist vorerst kaum in Sicht. Die Vorstände der verwöhnten Rüstungsschmieden, ausgenommen Krauss-Maffei, haben es versäumt, rechtzeitig neue zivile Märkte zu erschließen. Mögliche Folgen für München: Das aktuelle Stichwort Konversion könnte für die Stadt zum Menetekel werden.

Mit einem anderen Problem steht München schon jetzt einsam an der Spitze des Elends: mit der Wohnraummisere. Vermieter verlangen häufig keine Festpreise mehr, sondern lassen sich aus der Menge der vorgeladenen Mietinteressenten Angebote zurufen – Versteigerung im Treppenhaus.

Was noch in den Zeitungen angeboten wird, liest sich so: „München-Laim, ausgebaute Dachgeschoßwohnung, zwei Zimmer, DM 1700 + Nebenkosten + Kaution". Eine „schön renovierte" Altbauwohnung in Haidhausen kostet netto 4000 Mark Mietzins, wird aber „nur an Paare ohne Kinder" vergeben. „In München", weiß Bürgermeister Ude, „kann man sich bald entweder nur Kinder oder eine Wohnung leisten."

Weil es keine erschwinglichen Mietwohnungen mehr gibt, will kaum jemand mehr Polizist oder Postbote in München werden, vom Krankenpfleger ganz zu schweigen. Allein bei der Stadtverwaltung sind derzeit 1300 Stellen unbesetzt, darunter 200 für Krankenschwestern. Ein Ende der Misere ist nicht abzusehen. „In der ganzen Republik sagt man", so Personalreferent Hans-Joachim Frieling, „in München ist das doch eine einzige Katastrophe."

So gerät gerade der gute Ruf der Stadt zum Fluch: Die traditionelle Attraktivität hat den Wohnraummangel verschärft, die Wohnungsnot wiederum, sagt Bürgermeister Ude, „und die finanziellen, sozialen und auch psychischen Auswirkungen dieses Mangels sind nun das zentrale Problem der Stadt".

Obwohl Münchens horrend hohes Mietpreisniveau wirtschaftlich schwache Gruppen eigentlich abschrecken müßte, übt die Stadt gerade auf sie eine fatale

* Im Mathäser-Keller.

Anziehungskraft aus: Langfristig Arbeitslose suchen im Asphaltdschungel ihre letzte Chance, Behinderte wandern wegen der besseren Rehabilitationsangebote zu. Die Stadt ist verpflichtet, auch all diese Personen unterzubringen, irgendwo und irgendwie.

In erster Linie allerdings ist die Misere Münchens auf den unablässigen Zustrom gutbetuchter Neubürger zurückzuführen – angelockt durch nach wie vor attraktive Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten. Die Stadt, die sich nicht rundweg gegen jedwedes Wachstum wehren mag, fordert nun, neu ansiedelnde oder expandierende Betriebe müßten die Wohnungsprobleme ihrer künftigen Mitarbeiter durch eigenen Wohnungsbau lösen.

Alle Mahner und Wirtschaftslobbyisten, die München schon „ökonomisch abgehängt“ und in die „finsterste Provinz“ verbannt sehen, erinnert Ude daran, „daß die Lunten für die nächsten Wachstumsbomben schon angezündet sind“.

Gemeint ist damit vor allem der neue Flughafen München II. In dessen Umfeld im Nordosten der Stadt entsteht ein neues Industrie- und Wirtschaftszentrum, das 60 000 Arbeitsplätze schaffen soll. Der Airport, an dem die Stadt München auch finanziell schwer mitträgt, wird dazu beitragen, daß der Großraum München in den nächsten 20 Jahren um etwa eine halbe Million Neubürger zunehmen wird.

Die Bonanza der Spekulanten und Immobilienhaie hat längst begonnen. Bereits jetzt explodieren die Grundstückspreise und die Mietzinsen im Norden Münchens, selbst in Landshut und Ingolstadt, wie sonst nur in begehrtesten City-Lagen. Bürgermeister Ude, ein langjähriger und erfahrener Mieteranwalt, stellt sich schon „mit aller Schärfe“ die Frage, „ob weiteres wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis angestrebt werden“ sollte.

Diese Frage werden sich früher oder später auch die Hamburger stellen müssen. Daß München „voll drinsteckt“ in jenen „Engpässen“, die infolge ungebremsten Wachstums entstehen, das dürfe, sagt der hanseatische Planungsexperte von Rohr, kein Anlaß zur Schadenfreude sein: „Hamburg steuert bereits heute auf dieselben Engpässe zu.“

Auf dem Hamburger Wohnungsmarkt ist laut von Rohr schon jetzt „der Punkt erreicht, an dem, wie in München, die Agglomerationsnachteile durchschlagen“. Was andere negative Entwicklungstendenzen betreffe, liege das boomende Hamburg, so der Planer, „höchstens fünf Jahre hinter München“.

Ob in Hamburg die Warnungen vor den Begleiterscheinungen des Booms rechtzeitig ernst genommen werden, bezweifelt der Experte: „Im Goldrausch hört man nicht auf mahnende Worte.“

Affären

Konto für Imagepflege

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den baden-württembergischen CDU-Vorsitzenden Lothar Späth wegen des Verdachts der Bestechlichkeit.

Die Weisung aus der Staatskanzlei des baden-württembergischen Ministerpräsidenten an das Wirtschaftsministerium war eindeutig. Unbedingt müsse, so ließ Lothar Späth anordnen, eine Kooperation des deutsch-französischen Elektronikkonzerns SEL mit der ungarischen Fernsehgerätefirma Skala Coop staatlich gefördert werden – egal wie.

Doch die einschlägigen Bestimmungen griffen nicht. Weder handelte es sich bei dem Stuttgart-Budapester Joint-venture, das sich den Namen Selectronic gab, um ein förderungswürdiges Entwicklungsprojekt, noch war der Partner ein zuschußbedürftiges mittelständisches Unternehmen.

Guter Rat war im Wirtschaftsministerium bald beschafft: Die Experten erfanden, um den Herzenswunsch des Christdemokraten Späth zu erfüllen, ein „Konzept einer überbetrieblichen Förderungsmaßnahme".

Zum Träger des staatlich geförderten Programms wurde die Carl-Duisberg-Gesellschaft bestimmt, eine Stiftung für Berufsausbildung in Partnerländern der Bundesrepublik. Hintergrund der ungewöhnlichen Aktion: Bei einer Reise nach Ungarn 1986 hatte Späth seinem damaligen Freund, dem SEL-Chef Helmut Lohr, versprochen, das deutsch-ungarische Joint-venture des Konzerns zu unterstützen.

Ein Mann, ein Wort. Unter dem Haushaltstitel 68 585 („Zuschüsse für Maßnahmen der Außenwirtschaft") überwies das Land exakt 273 007,78 Mark an die Carl-Duisberg-Gesellschaft – Verwendungszweck: „Sprachhilfe für Donauschwaben". Die Stiftung leitete die Steuergelder dann weiter.

Über den anrüchigen Handel, seit Januar Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen, besitzen die Stuttgarter Fahnder nun präzisere Erkenntnisse. Sie haben gegen Späth, der wegen seiner Filz-Beziehungen zu Wirtschaftsunternehmen als Ministerpräsident zurücktreten mußte und seine Partei in Turbulenzen stürzte (siehe auch Seite 76), ein Verfahren wegen des Verdachts der Anstiftung zur Untreue eingeleitet (Aktenzeichen 5 Js 66/91).

Gegen Verantwortliche des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums, der Carl-Duisberg-Gesellschaft und gegen Lohr, der in anderer Sache, etwa wegen Steuerhinterziehung, zu drei Jahren Haft verurteilt worden ist, ermitteln die Behörden wegen Untreue.

Bereits Anfang März wurden Beamte bei einer Durchsuchung der Geschäftsräume der Carl-Duisberg-Gesellschaft in der Stuttgarter Königstraße und bei der SEL-Hauptverwaltung fündig. Nur im Wirtschaftsministerium war die wichtige Akte 72/44 zu dem zweifelhaften Vorgang nicht auffindbar. In einem Zwischenbericht notierte der zuständige Staatsanwalt Karl-Heinz Engstler, nach Auswertung der sichergestellten Unterlagen habe sich der Sachverhalt „insoweit bestätigt", als sich das Land an Ausbildungskosten für ungarische Arbeitnehmer „beteiligt hat".

Nun erscheine, resümiert der Leitende Oberstaatsanwalt Dieter Jung, auch eine gemeinsame Ägäis-Reise von Späth und Lohr im Mai 1986 „in einem anderen Licht". Deren Kosten von rund 88 000 Mark hatte der SEL-Konzern übernommen. Sollte sich ergeben, daß SEL auf Späths Veranlassung von 1986 an rechtswidrig Finanzhilfen des Landes erhalten habe, sei ein Anfangsverdacht der Bestechlichkeit begründet.

Selbst wenn die Gelder rechtmäßig geflossen sind, ist der Ex-Regierungschef nicht aus dem Schneider. Dann müsse geprüft werden, so die Staatsanwaltschaft, ob sich Späth der Vorteilsannahme schuldig gemacht habe. Dieses Vergehen, eine dezente Form der Bestechlichkeit, ist nach Strafgesetzbuch-Paragraph 331 mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bedroht.

Jung hält es inzwischen für geboten, Späth „als Beschuldigten" zu vernehmen. Die Aussagegenehmigung hat die Landesregierung bereits erteilt.

Der Ex-Ministerpräsident muß sich unangenehme Fragen nicht nur zum Haushaltstitel 68 585 gefallen lassen. Die Staatsanwälte wollen auch wissen, weshalb sich Späth bei einer privaten Ägypten-Reise mit Verve für das Tourismus-Unternehmen Hetzel-Reisen (Jahresumsatz: 350 Millionen Mark) bei der Regierung des arabischen Landes eingesetzt hat.

Auch wegen dieses Vorgangs laufen gegen den Chef der Südwest-CDU, der



Deutsch-ungarische Firmengründung*: „Sprachhilfe für Donauschwaben"

* Mit SEL-Chef Helmut Lohr (links hinten) und Ministerpräsident Lothar Späth (3. v. l.), 1986 in Budapest.



Ägyptisches Späth-Domizil „Ghazala“: Gespräch über Sickergruben



Ankläger Jung*
„In einem anderen Licht“



Zeuge Späth*
„Oberflächlicher Aktionismus“

im Herbst sein Amt aufgeben will, Ermittlungen wegen des Verdachts der Vorteilsannahme und Bestechlichkeit.

Zusammen mit seiner Familie tourte der Schwabe im Juni vorigen Jahres durch Ägypten. Drei Tage lang logierten die Späths auch im Hotel „Ghazala“ auf der Sinai-Halbinsel, an dem Hetzel mit 25 Prozent beteiligt ist.

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „steht fest“, daß Späth „offensichtlich auf Veranlassung der Firma Hetzel“ Gespräche mit Ägyptens Staatschef Husni Mubarak und dem Tourismus-Minister Fuad Sultan geführt habe. Dabei sei es auch um die Lösung von Umweltproblemen gegangen, die durch Sickergruben des Hotels verursacht wurden.

Die deutsche Botschaft in Kairo zeigte sich damals „irritiert“. Es strapaziere ihre Vorstellungskraft, kabelten die Diplomaten an das Bonner Außenministerium, daß ein Reiseunternehmen ohne Einschaltung des Auswärtigen Amtes einen Termin bei Mubarak vermittelt haben solle.

Zu ihrem Ärger hatten die Diplomaten von Späths Gespräch mit dem ägyptischen Staatschef erst durch Anrufe verschiedener Zeitungen erfahren. „Der wollte“, spekuliert ein Ermittler über Späths Geheimniskrämerei, „offenbar keine Zeugen dabei haben.“



* Vor dem Untersuchungsausschuß im baden-württembergischen Landtag.

Merkwürdig erscheint der Stuttgarter Staatsanwaltschaft vor allem die Art und Weise, wie der Ägypten-Trip abgerechnet wurde. Der damalige Hetzel-Manager Helmut Schweimler sorgte persönlich dafür, daß die Egyptair den Späths nur den Economy-Tarif berechnete, obwohl sie ein sogenanntes Upgrade für die erste Klasse hatten.

Die Restkosten für den nahöstlichen Ausflug, immerhin 24 904,91 Mark, verbuchte Hetzel im Herbst vorigen Jahres auf das interne Konto Nummer 4480, Bezeichnung: „Imagepflege“. Die verantwortliche Bilanzbuchhalterin Sylvia Jurjanz teilte den Ermittlern in ihrer Vernehmung mit, für sie sei „zum Zeitpunkt der Buchung“ klar gewesen, daß der Gesamtaufwand für die Reise „von der Firma Hetzel getragen werden sollte“. Wenn jemals beabsichtigt gewesen sei, Späth die Kosten zu berechnen, wäre die Buchung „auf jeden Fall auf ein Durchlaufkonto und nicht auf ein Kostenkonto erfolgt“.

Am 7. Januar berichtete der SPIEGEL zum erstenmal über Späths Reisen. Noch am selben Montag veranlaßte Schweimler zur Verwunderung der Hetzel-Mitarbeiter, daß ihm persönlich die Kosten für den Ägypten-Trip des Ministerpräsidenten in Rechnung gestellt wurden.

Drei Tage später beglich der geschäftsführende Hetzel-Gesellschafter, gegen den ebenfalls ermittelt wird, die Rechnung. Bei Späth, der am 13. Januar zurücktrat, machte Schweimler dann nur noch 9374,72 Mark als „Endabrechnung der Ägyptenreise“ geltend. Dabei sei „von Belang“, notierten die Staatsanwälte, daß Späth die Kosten für den Hotel-Aufenthalt „nicht in Rechnung gestellt“ worden seien.

Wegen der hartnäckigen Ermittlungen läßt der Ex-Ministerpräsident inzwischen Keile gegen die Justiz des Landes austeilen. Es handele sich wohl, giftete Späth-Verteidiger Andreas Zodrow, um ein „Alibiverfahren“ gegen seinen Mandanten. Damit versuche die Staatsanwaltschaft offenbar, die in den Medien oft gerügte „juristische Schläfrigkeit“ der baden-württembergischen Strafverfolger durch „oberflächlichen Aktionismus“ zu kompensieren.

Behördenchef Jung weist solche Vorwürfe zurück. „Auch einem Beschuldigten wie einem ehemaligen Ministerpräsidenten“ sei es zwar, sagt Jung verständnisvoll, „nicht verwehrt, die Dinge subjektiv befangen zu sehen“. Aber, so gibt Jung zu bedenken: „Es kann sein, daß der sich sehr täuscht.“

CDU

Außerirdische Züge

Filz, Affären und Ärger mit den eigenen Ministern – der Stuttgarter CDU-Ministerpräsident Erwin Teufel muß um die absolute Mehrheit bangen.

Die Sonne strahlt über dem Schwarzwald, die Wiesen leuchten in sattem Grün. Vor dem Stall hat Bauer Adolf Isele, 60, seine Trachtenkapelle postiert, in rotem Wams und mit Kniebundhosen.

Der gepanzerte Mercedes rollt langsam aus, die Musikanten heben an zu einer schwermütigen Heimatweise: „Es steht eine Mühle im Schwarzwälder

Tal." Bauer Isele, CDU-Ortsvorsteher und Dirigent dazu, begrüßt den Ministerpräsidenten Erwin Teufel, 51, mit einem sorgenvollen Lagebericht: Für einen Doppelzentner Weizen bekommt er heute 12 Mark weniger als 1974, für einen Entmistungsrost hingegen muß er 148 Mark mehr zahlen als damals.

Viel Zeit hat Christdemokrat Teufel nicht auf dem Isele-Hof in Ühlingen-Birkendorf nahe der Schweizer Grenze: Nachher muß er noch mit Zivildienstleistenden reden; später steigt er, mit Schutzhelm und gelbem Ölzeug, zum Gespräch mit Bauarbeitern in einen Autobahnstollen. Und zwischendurch wünscht er einer scheidenden Schuldirektorin „Gottes Segen für viele gute und gesunde Jahre im Ruhestand".

Nächstes Frühjahr ist Wahl im Land. Teufel, seit Januar im Amt als Nachfolger des gestürzten Ministerpräsidenten Lothar Späth, 53, startet früh zum Stimmenfang: Die absolute Mehrheit im affärengeschüttelten CDU-Land Baden-Württemberg droht zu schwinden.

Schon unter Späth war der Unionsvorsprung stetig geschrumpft: Vom Bestwert des Ex-Marinerichters Hans Filbinger 1976 (56,7 Prozent) war Späth stetig abgesackt, bis auf 49 Prozent 1988. Im Landtag reichte das noch für die absolute Mehrheit der Sitze.

Doch auch um die muß Teufel nun fürchten: Neueste Umfragen signalisieren weiteren Gunstverlust. Gerade noch 46 Prozent für die CDU (SPD: 34 Prozent) ermittelten Demoskopen im Auftrag der Regierung; eine SPD-Studie kam gar auf nur 43 Prozent für die CDU (SPD: 39 Prozent).

Filz, Affären und Skandale hinterlassen tiefe Kratzer am Image der Partei, die seit fast 20 Jahren absolut regiert: Späths inniges Verhältnis zu industrialen Mäzenen, dazu Justiz-Skandale, dubiose Landeshilfen für einen Zocker-König (SPIEGEL 28/1991) und dessen Verbindungen zu Wirtschaftsminister Hermann Schaufler.

Nach der SPD-Studie des Dortmunder Forsa-Instituts vertreten 51 Prozent der 1001 Befragten und sogar 29 Prozent der Unionsanhänger die Ansicht, die CDU im Lande sei „durch Affären und personellen Filz verbraucht".

Überrascht stellte SPD-Oppositionschef Dieter Spöri, 48, fest, daß neuerdings „nicht mehr schallend gelacht wird, wenn man in Stuttgart von Regierungswechsel redet". Er will im September schon mal vorsorglich eine Regierungsmannschaft vorstellen.

Offen ist indessen, mit wem Spöri regieren könnte: Nur mit FDP und Grünen zusammen (Regierungsumfrage: sieben beziehungsweise acht Prozent) wäre die Mehrheit zu haben. Wahrscheinlicher ist, daß Teufel nächstes Jahr auf die Liberalen um den Studienrat Walter Döring, 37, zurückgreifen muß. Noch ist auch möglich, daß Teufel aufholt. Er gilt als affärenfreier Saubermann und könnte durch persönliche Integrität seine Filz-Partei überstrahlen.

Seine Politik schätzen laut SPD-Umfrage immerhin 40 Prozent der Wähler gleich gut oder besser als die seines Vorgängers Späth ein, 38 Prozent mochten sich dazu noch kein Urteil erlauben.

Sympathien weckt Teufel jedenfalls mit volksnahen Umgangsformen. Plötzlich werden in der neobarocken Villa Reitzenstein, dem Amtssitz des Ministerpräsidenten, die Pförtner wieder gegrüßt. Der eilige Späth, so ein Torwächter, ist „einfach an uns vorbeigerauscht".

Dabei kommt Teufel eher farblos daher. Im abgewetzten Anzug, mit blaßblau-verblichenem Hemd und biederer Frisur wirkt er wie der Anti-Held der medialen Neuzeit. In der Lebenswelt des Wählers nimmt er sich bisweilen wie ein Fremdling aus.

Den Stuttgarter Erfolgsautor Felix Huby beispielsweise kennt er nicht, dessen Filme („Grüß Gott, Herr Pfarrer") sind an ihm vorbeigeflimmert. Und gewisse Unkenntnis neuzeitlicher Gebräuche offenbarte Teufel auch in einer Küchen-Talkshow des Regionalfernsehens. Die Zucchini, die er zu schälen hatte, hielt er für Gurken.

Der Grünen-Abgeordnete Rezzo Schlauch spottet schon über die außerirdischen Züge des Regierungschefs, den er „E.T." nennt – nach der extraterrestrischen Science-fiction-Figur des US-Regisseurs Steven Spielberg.

Doch der Katholik aus dem frommen Spaichingen, der seit 29 Jahren verheiratet ist und als Fraktionschef bei CDU-Ausflügen unverheiratete Partner nicht ins Doppelzimmer ließ, nimmt neuerdings andere Lebensformen zur Kenntnis. Im Fernsehen talkte er mit Feministinnen und der grünen Landtagsabgeordneten und bekennenden Lesbierin Birgitt Bender über das Thema „Ehe – lebenslänglich?"

Der „Landespater" *(Bild)* mit dem stockkonservativen Image überrascht auch seine Kritiker durch theoretischen Tiefgang. So plädiert er etwa dafür, „Aufklärung und Moderne wieder in den Horizont des Gottesgedächtnisses" einzurücken, weil „ohne Gott auch der Mensch aus dem Blick gerät". Das resultiert nicht aus bornierter Frömmelei, sondern aus der Auseinandersetzung mit Autoren wie dem Philosophen Michel Foucault, dem New-Age-Propheten Fritjof Capra oder dem Aufklärungskritiker Max Horkheimer.



Parteifreunde Isele, Teufel: „Viele Blumen müssen blühen"

Teufel verkündet tolerant, daß „viele Blumen blühen müssen"; er will, wie ein postmoderner Skeptiker, „statt von Fortschritt im Singular von Fortschritten im Plural" sprechen und sorgfältig „abklopfen", „ob etwas, das als Fortschritt gepriesen wird, wirklich einer ist".

Solchen wertkonservativen Wendungen zollt selbst der Grüne Schlauch Respekt: „Es wäre spannend, sich damit auseinanderzusetzen." Allerdings fehle es Teufel an Konsequenz im politischen Alltag: „Da ist er nicht in der Lage, auch nur eine Duftmarke zu setzen. Er schwankt hilflos zwischen den Sachzwängen hin und her."

In der Asylpolitik etwa, die er ehedem („In Not sind sie alle") im Geist christlicher Nächstenliebe betrieben hatte, läßt er nun seinen betonköpfigen Innenminister Dietmar Schlee mit rabiaten Abschiebungen wüten. Und sein Kabinett hat er („Ich brauche Leute in meiner Um-



CLAUS A FROH

gebung, die mir widersprechen") häufig nicht unter Kontrolle.

Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder mäkelte öffentlich an einer geplanten Nahverkehrsabgabe herum, mit der Pendler zum Umsteigen auf Bus oder Bahn animiert werden sollten – das Teufel-Projekt kam zu Fall. Sozial-Staatssekretär Hermann Mühlbeyer eckt nicht nur durch Streitereien mit seiner Chefin Barbara Schäfer am Kabinettstisch an, sondern auch mit öffentlichen Protesten gegen Teufels Bundesratsinitiative zu einer allgemeinen Pflegeversicherung.

Und Teufels Wirtschaftsminister Schaufler gerät durch neue Vorwürfe immer mehr ins Zwielicht. Zuerst mußte der Christdemokrat peu à peu seine früheren Geschäftsbeziehungen zu dem Kasino-König Mihail Sainidis offenbaren. Jetzt wird er auch noch verdächtigt, er habe sich auf Steuerzahlers Kosten einen Doktorhut verschafft: Schauflers Ministerium bemühte sich um einen Staatszuschuß von 300 000 Mark für die Deutschland-Filiale der City University of Seattle, die ihn im Juni ehrenhalber promovierte. In der CDU hat deshalb die Suche nach einem Nachfolger schon begonnen, doch Teufel zaudert noch, den belasteten Minister zu kippen.

Die harte Tour fährt Teufel nur mit seinen Vorschlägen zum Abtreibungsparagraphen 218. Er will, CSU-konform, die soziale Indikation abschaffen, was prompt bei der Jungen Union auf Kritik stieß; die fordert für Schwangerschaftsabbrüche in den ersten drei Monaten Straffreiheit.

Auch der Zickzack-Kurs des Chefs in der Landespolitik stößt in der nervös gewordenen Regierungspartei auf Kritik. Ein Vorstandsmitglied kritisierte, Teufel lasse diverse Minister ungehindert Destruktion betreiben. Und der Junge-Union-Chef Andreas Renner, 32, konstatierte eine „gewisse Konturlosigkeit", gab Teufel die Amts-Zensur „3 bis 4" und empfahl dem richtlinienschwachen Chef eine „klare, straffe Führung".

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Oettinger bemängelte, dem Regierungschef, der zeitweilig bis zu 50 Unterschriftenmappen auf seinem Schreibtisch stapele und nicht delegieren könne, fehle es an Arbeitsökonomie. Oettinger: „Wie will er im Wahlkampf noch Gas geben, wenn er jetzt schon Vollgas fährt."

Der bundespolitische Nobody hat es immerhin beim sozialdemokratischen Düsseldorfer Kollegen Johannes Rau zu etwas gebracht: Der sparsame Schwabe Teufel wurde in dessen Witzesammlung aufgenommen.

Teufel kommt, erzählt Rau gelegentlich, in eine Buchhandlung und erkundigt sich nach Mörikes Gesammelten Werken. Fragt die Verkäuferin: „Welche Ausgabe?" Da verläßt Teufel schnell den Laden: „Da haben Sie auch wieder recht." ◀

Rehabilitierung

Warten aufs Phantom

180 000 Opfer der DDR-Justiz hoffen auf Entschädigung. Minister Kinkels Handlungsspielraum wird von den maroden Staatsfinanzen eingeengt.

Der Bonner Justizminister konnte sich auch diesmal ein kräftiges Eigenlob nicht verkneifen. Beim Gesetzentwurf für die Rehabilitierung von Opfern der SED-Justiz habe sich die Bundesregierung „sehr viel Mühe gegeben", so Klaus Kinkel (FDP) am Mittwoch voriger Woche. Die finanzielle Entschädigung für ehemalige politische Häftlinge der DDR falle großzügig aus, dies sei „keine schäbige Lösung".

Eines der Opfer, der Schriftsteller Erich Loest, hatte dies schon vorher bezweifelt. Nicht das Leiden der Häftlinge, sondern staatliche Finanznot bestimme in Bonn die Höhe der Entschädigungen, kritisierte der ehemalige Gefangene im Stasi-Knast Bautzen. Kinkel stelle nur soviel Geld bereit, wie seine Beamten „gerade noch aus dem Finanztopf herauskratzen konnten".

Der Dichter kam der Wahrheit näher als der Minister. Bis kurz vor der Kabinettssitzung am vorigen Mittwoch, als die „Eckwerte" für das geplante Rehabilitierungsgesetz gebilligt wurden, hatten Finanzminister Theo Waigel (CSU) und sein Justizkollege Kinkel miteinander gerungen. Am Ende versprachen sie den Opfern der ostdeutschen Willkür-Justiz rund 1,5 Milliarden Mark: viel Geld für den maroden Staatshaushalt, zuwenig für eine überzeugende politische Geste.

Etwa 180 000 ehemalige DDR-Bürger, die – von willfährigen SED-Richtern zu Unrecht verurteilt – in Gefängnisse oder psychiatrische Anstalten gesteckt wurden, warten auf politische und finanzielle Rehabilitierung (SPIEGEL 23/1991). Kinkels „Erstes Unrechtsbereinigungsgesetz", das voraussichtlich im Herbst vom Bundestag verabschiedet wird, soll die juristische Aufarbeitung beschleunigen und den Opfern „eine angemessene Entschädigung" (Kinkel) anbieten. Für jeden Monat Knast, so die Regierung, soll ein Ostdeutscher im Regelfall 450 Mark erhalten – als sozial Bedürftiger etwas mehr.

Damit blieb Kinkel nicht nur weit hinter den Forderungen der Betroffenen, sondern auch hinter westdeutschen Maßstäben zurück: Wer in den alten Bundesländern zu Unrecht im Knast landet, bekommt nach geltendem Recht 600 Mark pro Haftmonat.

Zudem baute der Justizminister eine weitere Klausel ein, die Mißgunst erzeugen muß. Justizopfer, die bis zum Fall der Mauer die DDR bereits gen Westen verlassen hatten, sollen statt 450 nur 300 Mark monatliche Entschädigung erhalten. Begründung aus Bonn: Diese Häftlinge seien bereits staatlich unterstützt worden, ihre Startchancen in ein neues Leben also weit besser als im Osten gewesen.

Dieter Rieke, stellvertretender Vorsitzender einer SPD-Arbeitsgemeinschaft politischer Häftlinge, prophezeit dem Entwurf der Regierung ein „politisches Debakel": Der Gesetzentwurf sei „fast unmoralisch, jedenfalls unakzeptabel". Die Häftlingsverbände, so Rieke, „werden dagegen Sturm laufen".

Aber Kinkels Mehrheit im Parlament steht. Selbst die SPD-Opposition will ihn unterstützen, sollte er die – mehrheitlich von Sozialdemokraten regierten – Bundesländer von einer finanziellen Beteiligung freistellen. Bisher ist geplant, den 1,5-Milliarden-Topf für Entschädigungen zu gleichen Teilen von Bund und Ländern füllen zu lassen.

Um sich die Zustimmung der Sozialdemokraten zu sichern, besserte der Justizminister seine ersten Entwürfe für das Rehabilitierungsgesetz kräftig nach. So strich er unter anderem eine „Stichtagsregelung", die all jene politischen Häftlinge von Entschädigungen ausschloß, die vor dem 1. Juli 1990 in den Westen gekommen waren. Zudem sollen jetzt auch solche Justizopfer vollen Anspruch auf Entschädigung erhalten, die gewaltsam Widerstand gegen das SED-Regime geleistet haben oder in der Nachkriegszeit von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt oder ohne Prozeß interniert wurden.

Rehabilitiert werden nicht nur politisch Verfolgte im engeren Sinne. Die DDR-Urteile sollen schon dann aufgehoben werden, wenn „sie mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar" waren – eine Gummi-Formulierung, die den bundesdeutschen Gerichten eine klare Abgrenzung zugunsten der eindeutig politischen Justizopfer erschweren wird. Die DDR-Justiz war parteiliche Justiz im Sinne des Regimes – auch bei der Verurteilung gewöhnlicher Krimineller.

Insgesamt wird das Gesetz jedoch helfen, die Antragsstapel bei den Gerichten schnel-



Stasi-Gefangene in Bautzen beim Hofgang: Justiz im Sinne des Regimes

ler als bisher abzubauen. Die Verfahrensregeln sollen vereinfacht, die Prozesse beschleunigt werden. In vielen Fällen kann dann auf zeitraubende Detailprüfungen, mündliche Anhörungen und ausführliche Urteilsbegründungen verzichtet werden.

Trotz allem bleibt ein entscheidender Konstruktionsfehler des Gesetzentwurfes bestehen. Bislang erstreckt er sich ausschließlich auf Opfer der DDR-Justiz, nicht aber auf SED-Geschädigte, die in Behörden und Betrieben unter Willkürakten der Partei zu leiden hatten.

Von einer Arbeitsgruppe läßt Kinkel derzeit prüfen, wie viele Geschädigte es gibt und mit welchen Mitteln sie schikaniert wurden. Doch ein Berater des Ministers warnt vor falschen Hoffnungen: Nicht jeder, „der wegen kritischer Äußerungen geschaßt wurde", dürfe mit Rückkehr in seinen alten Job rechnen.

Die Ängste der Ministerialbeamten, der Staat könnte von den Kosten einer umfassenden Rehabilitierung erdrückt werden, verstärkte vorige Woche ein Berliner Arbeitsrichter. Im Rechtsstreit der Lehrerin Astrid Finsterbusch, die 1987 wegen eines Ausreiseantrags von ihrer Schule in Ost-Berlin gefeuert worden war, entschied der resolute Richter gegen das Land Berlin: Die Lehrerin muß wiedereingestellt und mit 12 000 Mark für entgangenen Verdienst entschädigt werden.

Der Richter hatte den Einwand der Berliner Schulverwaltung, man möge vor einem solchen Urteil auf ein Gesetz des Bundes warten, schroff zurückgewiesen. Seine Begründung: „Dann warten wir auf ein Phantom."

„Das ist wie eine Krankheit"

SPIEGEL-Interview mit Sachsens Justizminister Steffen Heitmann über Stasi, Richter und Vergangenheitsbewältigung

SPIEGEL: Sachsen hat diesen Monat als erstes Bundesland die Überprüfung der alten Richter und Staatsanwälte abgeschlossen. Ist Sachsens Justiz nun sauber?

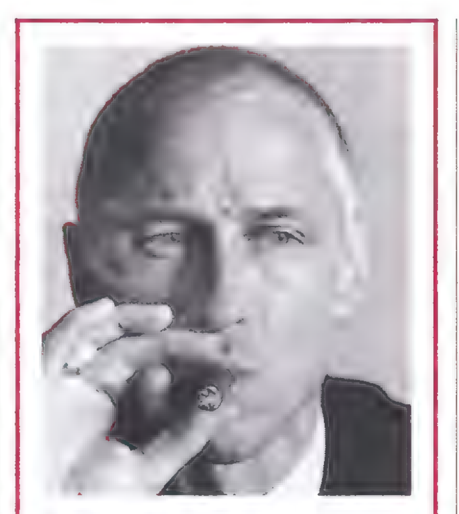
HEITMANN: Was ist schon sauber? Unser Personal mußte sich durch die Überprüfung legitimieren; wir haben also ein deutliches Zeichen des Neuanfangs gesetzt. Das schließt Fehlentscheidungen nicht aus.

SPIEGEL: Von den 664 Richtern und Staatsanwälten, die bereits unter dem SED-Regime ihren Dienst versehen haben, werden mehr als die Hälfte übernommen. Diese Juristen waren eine Stütze des DDR-Unrechtsstaates, warum dürfen sie weiter Recht sprechen?

HEITMANN: In aller Regel sind die Leute, die über längere Zeit politisches Strafrecht gemacht haben, in den Prüfungsausschüssen von vornherein abgelehnt worden. Wir haben uns gefragt: Wird der Bewerber von den Bürgern nach seinen früheren Urteilen noch als glaubwürdiger Repräsentant einer rechtsstaatlichen Justiz akzeptiert? Bei 340 Bewerbern konnten wir diese Frage bejahen. Natürlich waren Richter und Staatsanwälte in der DDR in besonderer Weise mit dem System verwoben. So gesehen, hätte man alle auf die Straße setzen müssen. Aber ich denke, der Neuaufbau der Justiz im Osten darf nicht völlig den Westjuristen, einer fremden Schicht, überlassen werden.

SPIEGEL: Ein Angeklagter wird das anders sehen, wenn er einem Richter gegenübersteht, den er aus einem früheren Verfahren in böser Erinnerung hat.

HEITMANN: Wir werden die Übernommenen in einer Probezeit beobachten und sehen, ob sie fachlich und persönlich den Anforderungen in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat gewachsen sind. Wenn das nicht der Fall ist, wird es eben noch mal Trennungen geben.



Steffen Heitmann

ist der einzige Ossi unter den deutschen Justizministern. Das Amt verdankt Heitmann, 46, vor allem seiner Glaubwürdigkeit als Mann der Wende. Obwohl der Theologe und Jurist bis heute keiner Partei angehört, holte ihn der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf im November letzten Jahres ins christdemokratische Regierungskabinett – Heitmann war zuvor Mitglied des Dresdner Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit. Schon in den siebziger Jahren hatte er Wehrdienstverweigerer, Ausreisewillige und andere Oppositionelle juristisch beraten, zunächst als evangelischer Pfarrer in Dresden, dann als Oberkirchenrat. Im Frühjahr 1990 wurde Heitmann zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Verfassung" gewählt, die den Verfassungsentwurf des Freistaates Sachsen ausgearbeitet hat.

SPIEGEL: Die ersten Überprüfungsausschüsse sind in Sachsen bereits im Oktober letzten Jahres eingesetzt worden. Warum liegen die Ergebnisse erst jetzt vor?

HEITMANN: Wir konnten die Auskünfte der Sonderbehörde Gauck, die in Berlin die Stasi-Unterlagen verwaltet, nicht rechtzeitig bekommen. Es hat unzähliger persönlicher Gespräche und Telefonanrufe bedurft, um die jeweils angeforderten Unterlagen zu erhalten. Die Ausschüsse haben oft gebangt, ob die anberaumten Sitzungen überhaupt stattfinden können. Es hat dann letztlich immer noch geklappt, aber es war ein unwürdiges Verfahren und ein unzumutbarer Zustand.

SPIEGEL: Was steckt hinter diesen Schwierigkeiten, die Sie mit dem Stasi-Sonderbeauftragten Joachim Gauck hatten: Unvermögen oder Unwillen?

HEITMANN: Keinesfalls Unwillen. Die Berliner hatten die Priorität der Juristen-Überprüfungen anerkannt. Es ist Unvermögen. Gauck hat einfach zuwenig Mitarbeiter: Von 1000 Stellen sind bislang erst gut die Hälfte besetzt. Und intern heißt es, er bräuchte eigentlich rund 2000 Helfer.

SPIEGEL: Wer hält denn Gauck personell so knapp?

HEITMANN: Ich glaube, man hat Angst, daß unzuverlässige Leute eingestellt werden – da gab es bisher schon einige undichte Stellen. Und das Bundesinnenministerium denkt vornehmlich an Archiv-Fachleute und hat zu sehr das bundesdeutsche Beamtenrecht im Blick, mit seinen Besoldungsstufen und Laufbahnen.

SPIEGEL: Vielleicht kommt es einigen Politikern auch gelegen, daß die Gauck-Behörde noch nicht richtig funktioniert.

HEITMANN: Das vermute ich schon lange. Ich denke, die Bundesregierung hat die Bedeutung der Stasi-Wirklichkeit für die Menschen im Osten nicht wirklich er-

kannt. Dort herrscht oft die Meinung vor, wir in der ehemaligen DDR sollten dankbar sein über die gewonnene Freiheit – was wir ja wirklich sind – und nun frohgemut nach vorn sehen und den ganzen Stasi-Kram endlich hinter uns lassen. Das geht aber nicht.

Wir müssen mit dieser Vergangenheit leben. Das ist wie eine Krankheit, die in einem steckt und die langsam auseitern muß. Die Stasi stellt zudem ein großes Sicherheitsrisiko dar für die Befindlichkeit der Menschen im Osten. Wenn an dieser Stelle geblockt wird, wird es im Osten keine Ruhe geben.



DDR-Gerichtsverhandlung*: „Mit dem System verwoben"

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

HEITMANN: Wir haben doch unsere Erfahrungen nach 1945 gemacht, als in beiden Teilen Deutschlands die Vergangenheit massiv verdrängt wurde. Im Osten hat man sich unterderhand auf die Seite derer geschlagen, die schon immer dagegen waren. Im Westen hat die Intensität der Vergangenheitsbewältigung nach anfänglichem Bemühen schnell nachgelassen. Die Revolten von 1968 waren die Folge, es kam alles wieder hoch.

Etwas, was nicht wirklich aufgearbeitet und weggekehrt wird, kommt wieder. Ich befürchte hier genau das gleiche, wenn wir jetzt nicht anders umgehen mit dem Stasi-Erbe.

SPIEGEL: Sie haben Anfang des Monats im Bundesrat einen Änderungsantrag eingebracht, der bei der Neuordnung der Gauck-Behörde eine stärkere Beteiligung der fünf neuen Bundesländer vorsieht. Nach dem Bonner Stasi-Akten-Gesetz, das derzeit beraten wird, soll in Berlin eine Bundesbehörde unter der Dienstaufsicht des Bundesinnenministers entstehen. Was haben Sie daran auszusetzen?

HEITMANN: Die Stasi-Wirklichkeit darf nicht vom Westen aus verwaltet werden. Die Leute, die es betrifft, müssen einen unmittelbaren Einfluß auf Arbeitsweise und Personalpolitik der Behörde haben. Ein Bundesamt, wie es jetzt geplant ist, birgt die Gefahr, daß es weitergeht wie bisher: eng halten, Dekkel drauf. Deshalb schlagen wir vor, einen Verwaltungsrat zu bilden, in den die östlichen Länder sechs Vertreter entsenden, sechs weitere stellt die Bundesregierung.

SPIEGEL: Das Stasi-Akten-Gesetz sieht einen Beirat vor, in dem die fünf neuen Bundesländer einen Sitz haben.

HEITMANN: Das ist doch nur ein Feigenblatt, der Beirat hat keinen wirklichen Einfluß.

SPIEGEL: Auch bei der Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern der SED-Justiz ist Vergangenheitsbewältigung bislang eher halbherzig betrieben worden. Am Mittwoch vergangener Woche hat das Bundeskabinett einen Entwurf gebilligt, der die Rehabilitierung von gerichtlich verfolgten DDR-Bürgern neu regelt. Wer zu Unrecht in einem DDR-Gefängnis saß, soll danach im Normalfall 450 Mark pro Haftmonat erhalten, deutlich weniger also, als die Opfer-Verbände fordern.

HEITMANN: Ich halte die jetzige Regelung für einen großen Fortschritt. Die Summen, die bislang angeboten wurden . . .

SPIEGEL: . . . 80 Mark pro Haftmonat . . .

HEITMANN: . . . waren eher eine Beleidigung der Opfer als eine Hilfe. 450 Mark ist immerhin ein Betrag, der sich sehen lassen kann. Ich bin sehr froh darüber, daß sich die Gewichte bei den Entschädigungen verschoben haben. Man hatte ja zunächst tatsächlich den Eindruck, die Leute sind Bonn am wichtigsten, denen in der DDR ihr Eigentum abhanden gekommen ist, und nicht diejenigen, die in den Gefängnissen Schaden an Leib und Leben genommen haben. Das war eine völlig falsche politische Akzentsetzung.

SPIEGEL: Für viele Opfer ist Entschädigung nicht genug. Sie fordern, daß Richter und Staatsanwälte zur Rechenschaft gezogen werden.

HEITMANN: Ich halte das auch für wünschenswert. Wiedergutmachung muß aus zweierlei bestehen: aus der Rehabilitierung der Opfer und der Bestrafung der Täter. Wir haben eine Anweisung an die Staatsanwaltschaften gegeben, jeden Rehabilitierungsfall auf seinen strafrechtlichen Gehalt zu prüfen.

SPIEGEL: Mit welchem Erfolg?

HEITMANN: Wir ermitteln in rund 60 Fällen gegen ehemalige Richter und Staatsanwälte wegen Rechtsbeugung, Verfolgung Unschuldiger oder Freiheitsberaubung. Aber bislang ist es zu keiner Anklage gekommen. Ich bin auch nicht sehr hoffnungsvoll, daß es uns gelingen wird, einen Durchbruch zu erzielen. Die DDR-Juristen berufen sich auf damals geltendes Recht.

SPIEGEL: Haben Sie sich mal alte Urteile wegen sogenannter Republikflucht oder Boykotthetze besorgt und mit den verantwortlichen Richtern gesprochen?

HEITMANN: Ja. Das Erschütternde ist, daß die beteiligten Juristen meist keine Schuldeinsicht zeigen. Die meisten stellen sich auf den Standpunkt: Wir mußten doch, wir hatten keine andere Wahl. Ich halte dem immer entgegen: Niemand mußte Richter oder Staatsanwalt werden.

SPIEGEL: Um so weniger mögen die Opfer einsehen, warum ihre Peiniger ungestraft davonkommen sollen.

HEITMANN: Ich verstehe das vollauf. Aber wir können nur mit den Mitteln des Rechtsstaats vorgehen. Und das Strafrecht ist leider nicht geeignet, eine Revolution zu Ende zu führen. ◀

* Im März 1990 am Berliner Bezirksgericht Prenzlauer Berg.

„Beweise für massiven Betrug“

Drogenhändler, Waffenschieber und Terroristen gehörten zu den Kunden, Milliarden verschwanden in dunklen Kanälen: Neue Einzelheiten machen die Affäre um die Bank of Credit & Commerce International zum Finanzskandal des Jahrhunderts. Die britische Notenbank war seit langem über BCCI-Machenschaften informiert.

Der Besucher gab sich alle Mühe, die Zukunft seines Unternehmens rosig zu malen. Seine Bank werde neues Kapital, eine neue Führung und eine neue Organisationsstruktur erhalten, versicherte ein hochrangiger Repräsentant der Bank of Credit & Commerce International (BCCI). Für BCCI beginne eine völlig neue Ära.

Pierre Jaans, Chef der luxemburgischen Bankenaufsicht, schien dem Abgesandten der im Großherzogtum registrierten BCCI aufmerksam zuzuhören. Doch plötzlich, nach einem Blick auf die Uhr, bat Jaans einen Begleiter des BCCI-Manns, den Raum zu verlassen.

Dann eröffnete er dem verdutzten Banker, daß es mit den Plänen für eine von Grund auf erneuerte BCCI nichts werde. Bank-Kontrolleure in Luxemburg und in anderen Ländern seien gerade dabei, die Niederlassungen und Filialen der BCCI zu schließen.

Der aufsehenerregende Schlag gegen die BCCI vom 5. Juli markiert den Beginn einer Bankaffäre, die inzwischen als „Finanzskandal des Jahrhunderts“ (Londons *The Sunday Times*) gilt. Nie zuvor, so ist in den drei Wochen seit Schließung der Bank bekanntgeworden, hat ein Finanzinstitut mit so dreisten Betrugsmanövern über so viele Jahre hinweg soviel Geld verschoben wie die BCCI. Nie zuvor hat eine Bank mit so vielen dubiosen oder gar kriminellen Kunden zusammengearbeitet wie das ehedem in 69 Ländern der Welt aktive Geldhaus.

Zu den Inhabern von BCCI-Konten zählten Rauschgifthändler, Waffenschieber und Terroristen wie der Palästinenser Abu Nidal. Prominente BCCI-Geschäftspartner waren Diktatoren wie Ferdinand Marcos (Philippinen), Manuel Noriega (Panama) und Saddam Hussein (Irak).

Selbst der Nationale Sicherheitsrat der US-Regierung und der amerikanische Geheimdienst CIA sollen die Dienste der obskuren Bank in Anspruch genommen haben. Der Nationale Sicherheitsrat leitete angeblich Gelder für den berüchtigten Deal mit dem Iran und für die nicaraguanischen Contras über die BCCI weiter. Die US-Geheimdienstler unterhielten BCCI-Konten, über die sie beispielsweise verdeckte Operationen in Afghanistan finanziert haben sollen.

„Die Kultur der Bank ist kriminell“, erklärte Londons Notenbank-Chef Robin Leigh-Pemberton vergangene Woche vor dem Finanzausschuß des Unterhauses.

Der Gouverneur der Bank von England hatte vor den Parlamentariern erscheinen müssen, weil sich der Bankskandal in Großbritannien mittlerweile zu einer Politaffäre ausgeweitet hat. Zentralbankier Leigh-Pemberton und Regierungschef John Major wird vorgeworfen, schon seit langem über betrügerische Machenschaften von BCCI-Managern informiert zu sein.

Die BCCI ist zwar eine internationale Bankengruppe, ihre wichtigsten Unternehmen sind formal in Luxemburg und den karibischen Cayman Islands beheimatet. Tatsächlich aber war der Finanzkonzern, den der pakistanische Bankier Agha Hasan Abedi mit Hilfe reicher arabischer Freunde 1972 gegründet hatte, von London aus gesteuert worden. Und in keinem anderen Industrieland hatte die sonst vor allem in Lateinamerika, Afrika und Asien operierende BCCI so viele Filialen wie im Vereinigten Königreich.

Stärker als alle anderen Bankaufsichtsbehörden, die an der Gemeinschaftsaktion von Anfang Juli beteiligt waren, ist daher jetzt die Bank von England unter Beschuß geraten. Notenbank-Chef Leigh-Pemberton und seine Helfer seien viel zu spät gegen das dubiose Institut vorgegangen, klagen britische Oppositionspolitiker, Kenner der Bankenszene und viele geschädigte Geldanleger.

Auf Betreiben der Bank von England hatten europäische und amerikanische Bankenkontrolleure gemeinsam zugeschlagen, nachdem die internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse Ende Juni die Ergebnisse einer Sonderprüfung vorgelegt hatte (SPIEGEL 29/1991). Erst durch diesen Bericht habe er von so schlimmen Verfehlungen des BCCI-Managements erfahren, behauptet Leigh-Pemberton seit Schließung der Bank beharrlich, daß er habe handeln müssen.

In dem BCCI-Report hatte Price Waterhouse die Usancen des Unternehmens als „eine der wohl komplexesten Betrügereien in der Bank-Geschichte“



Protestdemo von BCCI-Angestellten in London:

beschrieben. Mit seinen Manipulationen habe das BCCI-Management „totale Verluste von mehren Milliarden Dollar“ verschleiert.

Mittlerweile wurde deutlich, daß die Bank von England schon sehr viel früher über dubiose Vorgänge in der BCCI unterrichtet war, als sie zunächst eingestehen mochte. So haben die Bankenaufseher in der Londoner City schon im Frühjahr 1988 Hinweise auf Geschäftsbeziehungen zwischen der BCCI und Terroristen in Nahost erhalten.

Die Notenbank leitete die Informationen an die britischen Geheimdienste weiter. Und die verfolgten fortan interessiert die Geldbewegungen auf Konten der palästinensischen Top-Terroristen Abu Nidal oder der auf Entführungen spezialisierten Hisbollah-Truppe im Libanon.

Von Price Waterhouse, den Wirtschaftsprüfern bei BCCI, wurde die Bank von England bereits im April 1990 über äußerst dubiose Geldverleih-Praktiken unterrichtet. In ihrem Bericht vom Frühjahr vergangenen Jahres legten die Prüfer dar, wie BCCI-Gründer Abedi und dessen engster Mitarbeiter Swaleh Naqvi arabischen und pakistanischen Freunden riesige Kredite zugeschoben hatten, die völlig unzureichend oder überhaupt nicht abgesichert waren. So stand etwa Scheich Kamal Adham, ein früherer saudischer Geheimdienst-Chef, Ende 1989 mit Schulden von 313 Millionen Dollar in den Büchern der BCCI. Als Sicherheiten waren nur ganz allgemein „Besitztümer in Saudi-Arabien“ aufgeführt.

Einem mysteriösen Darlehenskunden namens A. R. Khalil hatte die Bank über 150 Millionen Dollar geliehen. Laut Price Waterhouse war in den BCCI-Papieren jedoch „kein unterzeichneter Darlehensvertrag, keinerlei Schriftverkehr mit dem Kunden, keine Angabe über dessen Vermögensstatus oder über geleisteten Schuldendienst“ zu finden.

Kredite von 405 Millionen Dollar erhielt der größte Schuldner der BCCI, die Golf Group, zugeschanzt. Diese Firmengruppe, die vor allem in der internationalen Tramp-Schiffahrt tätig ist, wird von den Brüdern Mustafa, Abbas und Murtaza Gokal kontrolliert, die wie BCCI-Gründer Abedi aus Pakistan stammen. Die Luxemburger Holding-Gesellschaft der Gokals wurde unmittelbar vor Schließung der BCCI unter Zwangsverwaltung gestellt.

Neben so faulen Kunden wie den Gokals oder dem nicht identifizierbaren A. R. Khalil, die zum Teil schon seit Jahren keine Schuldzinsen mehr zahlten, führte der Price-Waterhouse-Bericht auch Großschuldner auf, die durchaus gut bei Kasse sind – etwa den schwerreichen Scheich Mohammed Bin Raschid el-Maktum aus der Herrscher-Sippe des Ölemirats Dubai oder die betuchte saudische Ibrahim-Sippe.

Der Dubai-Scheich und der Saudi-Clan bestreiten allerdings heftig, BCCI-Kredite von jeweils über 100 Millionen Dollar erhalten zu haben. Anzunehmen ist daher, daß die Darlehensunterlagen gefälscht wurden, um den tatsächlichen Verbleib der Gelder zu tarnen.

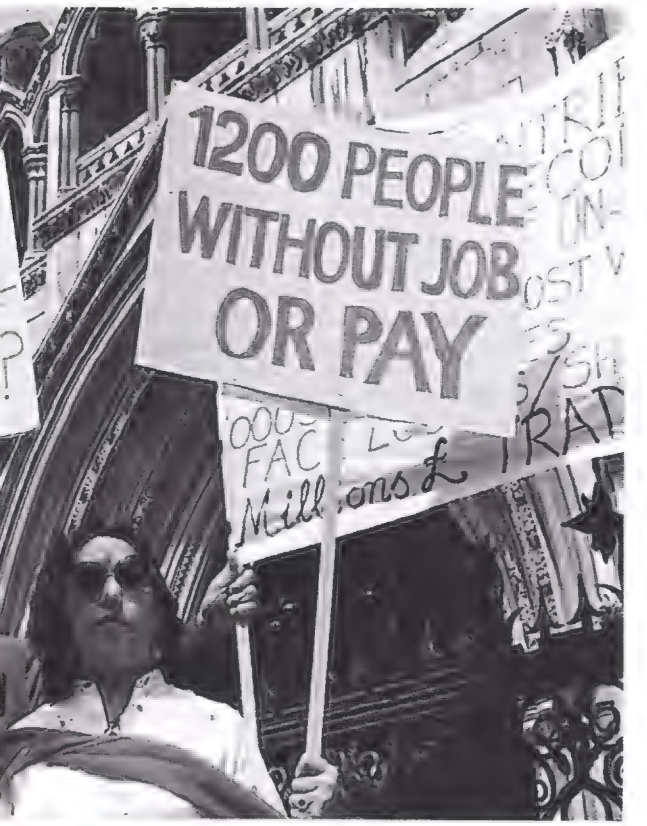
„Gewisse Buchungen waren entweder falsch oder betrügerisch“, merkte denn auch Price Waterhouse im April 1990 an.

Doch die Bank von England sah darin noch keinen hinreichenden Grund, die BCCI zu schließen. Sie war beruhigt, als wenig später Scheich Sajid Bin Sultan el-Nahajan, der Emir von Abu Dhabi, die Mehrheit der BCCI-Aktien übernahm.

Der mit Abedi befreundete Öl-Potentat vom Golf hatte schon bei Gründung der Bank einen Minderheitsanteil übernommen. Nach Aufstockung des BCCI-

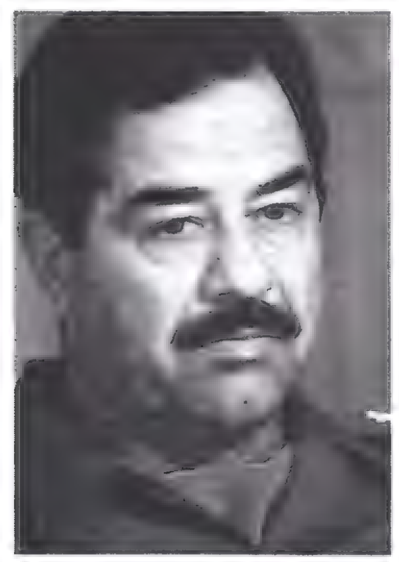


Geschlossene Bank in Karatschi: Milliardenverluste verschleiert



Warnungen wurden nicht beachtet


Notenbank-Chef Leigh-Pemberton
„Die Kultur der Bank ist kriminell“





BCCI-Kunden Saddam, Noriega: Geheimdienste zeigten Interesse

Pakets auf 77 Prozent Mitte 1990 versprachen die Finanzberater des milliardenschweren Emirs den Bankenaufsehern in Europa, zusätzliches Kapital in die Firma einzuschießen, ein neues Management zu bestellen und den Konzern völlig neu zu ordnen.

Tatsächlich stellte der neue Mehrheitsaktionär zunächst einmal über eine Milliarde Dollar zur Sanierung der BCCI bereit. Später nahm er der maroden Bank sogar dubiose Forderungen in Höhe von 4,1 Milliarden Dollar ab.



BCCI-Aktionär Sajid
Eine Milliarde Dollar nachgeschossen

So reagierte die Bank von England denn auch nicht, als ein BCCI-Angestellter aus der Revisionsabteilung in einem Brief an das Notenbank-Institut auf Betrug und Korruption in seiner Firma hinwies. Ein zweites Schreiben sandte der Revisor an das Finanzministerium, das damals vom jetzigen Premier John Major geführt wurde.

Majors Behörde leitete den Brief an das Arbeitsministerium weiter, weil der Absender warnte, durch die Manipulationen in der Bank seien letztlich auch die Jobs der BCCI-Mitarbeiter gefährdet. Vom Arbeitsministerium gelangte der Brief an eine weitere Behörde, wo er schließlich verlorenging.

In einem Bericht vom Oktober vergangenen Jahres wies Price Waterhouse abermals auf dunkle Machenschaften hin. Das Management habe „sich wohl heimlich mit großen Kunden zusammengetan", schrieben die Wirtschaftsprüfer, „um den tatsächlichen Zweck bedeutender Transaktionen zu verschleiern".

Einen Tag nach Übergabe des Reports an die Bank von England traten Abedi und dessen Kumpan Naqvi von ihren Ämtern als Chairman und Präsident der BCCI zurück. Aber sonst änderte sich nichts in der Bank. Abedi und Naqvi erhielten Beraterverträge.

Alle früheren Hinweise auf Verfehlungen innerhalb der BCCI, so verteidigen sich nun Notenbank-Chef Leigh-Pemberton und Premierminister Major, hätten nicht ausgereicht, um eine so drastische Maßnahme wie die Schließung zu rechtfertigen. Erst der Bericht vom vergangenen Monat habe, so Leigh-Pemberton, „Beweise für massiven und weitverbreiteten Betrug" geliefert.

Um die Verluste von mindestens fünf Milliarden Dollar zu kaschieren, die seit Gründung der Bank durch Gefälligkeits-Darlehen und Fehlspekulationen aufgelaufen waren, schreckten die BCCI-Manager vor keinem kriminellen Trick zurück: Sie führten fiktive Forderungen in den Büchern, um Vermögenswerte vorzutäuschen, die es nicht gab.

Andererseits verbuchten sie Kundeneinlagen in Höhe von mindestens 600 Millionen Dollar nicht auf den offiziellen Konten; mit den heimlich vereinnahmten Geldern wurden Löcher gestopft, die beim Abzug anderer Kundeneinlagen entstanden. So spürten die Prüfer eine Geheimkartei des früheren BCCI-Chefs Naqvi mit rund 6000 Kundenakten auf. Naqvi hatte das Geld dieser „Bank in der Bank" (Leigh-Pemberton) immer in jene Teile des Finanzkonzerns geschoben, in denen Verlustgeschäfte zu tarnen waren.

In den USA kontrollierte die BCCI heimlich die First American, die größte Bank-Holding in Washington. Zahlreiche US-Politiker sollen von der BCCI geschmiert worden sein. Das US-Magazin *Time* will sogar herausgefunden haben, daß die BCCI nicht nur Schreibtischtäter beschäftigte. Laut *Time* gab es ein „schwarzes Netzwerk" innerhalb der Bank, das vornehmlich von Büros in Karatschi aus „wie eine weltweite Geheimdienstorganisation und eine mafiaähnliche Vollstrecker-Truppe" operierte.

Die 1500 Beschäftigten des „schwarzen Netzwerks" sollen mit Waffen, Drogen und Gold gehandelt haben. Wer ihnen in die Quere kam, wurde angeblich erpreßt, entführt oder sogar ermordet. Nach britischen Zeitungsberichten soll die BCCI auch bei der Beschaffung nuklearen Materials für Argentinien, Libyen und Pakistan geholfen haben.

Dennoch ist Scheich Sajid, der Emir von Abu Dhabi, empört, daß seine Bank geschlossen wurde. Anfang vergangener Woche ließ der Großaktionär der BCCI Anzeigen in angelsächsische Zeitungen setzen, in denen er der Bank von England, der Luxemburger Bankenaufsicht und den anderen Bankenkontrolleuren vorwarf, durch die „ungerechtfertigte Aktion" vom 5. Juli einen unmittelbar zuvor fertiggestellten Sanierungsplan für die Bank torpediert zu haben.

Von der angeblichen Bereitschaft des Emirs, weitere Milliarden in die ausgeplünderte Bank zu stecken, war vergangene Woche ein Londoner Richter so angetan, daß er den Antrag der Bank von England auf umgehende Liquidierung der BCCI zunächst einmal ablehnte. Der Richter will erst prüfen, wie hoch die in Aussicht gestellte Kapitalspritze zur Rettung der Bank tatsächlich sein wird.

Ohne Verluste werden die meisten Kunden der BCCI-Filialen in Frankfurt und Hamburg davonkommen. Die Einlagen (insgesamt 150 Millionen Mark) sind bis zu einer Höhe von rund sechs Millionen Mark je Kunde durch den Feuerwehrfonds des deutschen Bankenverbandes gesichert. Der Fonds wird rund 130 Millionen Mark zahlen müssen, wenn nicht der Emir einspringt.

Notenbank-Chef Leigh-Pemberton kann sich nicht vorstellen, daß die Schalter der BCCI wieder geöffnet werden. In den Finanzskandal seien nämlich nicht nur frühere Manger der BCCI wie Abedi und Naqvi verwickelt. Auch „Repräsentanten des Hauptaktionärs", so enthüllte Leigh-Pemberton vergangene Woche, hätten bei den Betrügereien mitgemacht.

Allianz: Schieren will anderen Nachfolger

Mit einem ungewöhnlichen Schritt hat Wolfgang Schieren, 64, Vorstandsvorsitzender der Allianz, Mitarbeiter und Aktionäre des Versicherungskonzerns überrascht: Seine Nachfolge, so teilte er in der Aufsichtsratssitzung am Mittwoch vergangener Woche mit, werde anders gelöst als beschlossen. Finanzvorstand Friedrich Schiefer, 52, der den Posten Anfang Oktober antreten sollte, stehe „aus persönlichen Gründen, über die man nichts Näheres mitteilen" könne, „leider nicht mehr zur Verfügung". Schiefer wird Chef der US-Firmen von Bosch. Für den überraschenden Abgang gibt es mehrere Gründe. Zum einen wollte Schiefer, der als kompetent und durchsetzungsfähig gilt, schon vor seinem offiziellen Amtsantritt bei wichtigen Fragen über die künftige Geschäftspolitik mitreden und mitentscheiden. Das hat dem überaus machtbewußten Schieren (ein Aufsichtsrat: „Der regiert wie Ludwig XIV.") offenbar gar nicht gefallen. Außerdem hat Schiefer derzeit persönliche Probleme. Seine Ehefrau ist schwer krank. Der nun vorgesehene Allianz-Chef Henning Schulte-Nölle gilt als Ziehsohn Schierens, als leicht beeinflußbar und nicht übermäßig selbständig. Wenn Schulte-Nölle den Vorstandsvorsitz übernimmt, wird Schieren Aufsichtsratschef und kann von diesem Posten aus die Geschicke des Konzerns auch weiterhin nach Wunsch lenken.



Schieren



Schiefer

Höhere Abfindung wird eingeklagt

Für Sozialpläne und Abfindungen muß die Treuhandanstalt mehr Geld ausgeben als erwartet. Im März hatte sich die Treuhand mit den Gewerkschaften darauf geeinigt, den von ostdeutschen Betrieben entlassenen Arbeitnehmern eine Abfindung von maximal 5000 Mark zu zahlen. Doch dieses Abkommen ist nach Ansicht westdeutscher Arbeitsrechtler nicht rechtsverbindlich, es gelte das Betriebsverfassungsgesetz. Das schreibt aber vor, die Sozialpläne nach der Leistungsfähigkeit der Betriebe zu gestalten. Bisher konnten die Gewerkschaften ihre Leute dazu bringen, die 5000-Mark-Vereinbarung vom März zu respektieren. Doch nun revoltiert die Basis. In Erfurt klagen 250 entlassene Arbeitnehmer, die sich nach langjähriger Betriebszugehörigkeit nicht mit 5000 Mark begnügen wollen, gegen ihr Unternehmen und gegen die Treuhand. Ihre Chancen stehen gut. Folgen andere dem Erfurter Beispiel – was zu erwarten ist –, dann ist die Finanzplanung der Treuhand wieder einmal hinfällig.

Charterflüge mit Sonderklasse

Die Unterschiede zwischen Charter- und Linienflügen werden immer geringer. Die Düsseldorfer LTU, die schon seit langem nach einem festen Flugplan fliegt, bietet seit dem vergangenen Jahr auch Linienflüge nach New York, Miami und Bangkok an. Die Lufthansa-Tochter Condor beseitigt vom November an eines der letzten Merkmale der Charterflieger: die Einheitsklasse. Der Branchenzweite führt an Bord seiner Boeing-Langstreckenjets eine sogenannte Comfort Class ein, die etwa der Business Class der Linienflieger entspricht. Für den zusätzlichen Komfort müssen die Passagiere, unabhängig vom Ziel, einen Aufpreis von 850 Mark bezahlen. Hapag Lloyd will seine Langstrecken-Airbusse ebenfalls in zwei Klassen aufteilen.



Business Class der Lufthansa

Der neue BMW – ein Elektroauto

Auf der Internationalen Automobil-Ausstellung im September stellt BMW sein neuestes Modell vor: ein Elektroauto. Im Gegensatz zu früheren Versuchen handelt es sich nicht um einen Wagen der Dreier-Reihe, dem ein Batteriesatz eingebaut wird, sondern um ein völlig neu entwickeltes Fahrzeug. Das E-Auto ist leichter als die herkömmlichen Fahrzeuge, um Reichweite und Beschleunigung zu erhöhen, soll aber so sicher sein wie die wesentlich schwereren Benzin-Fahrzeuge. Angetrieben wird der Wagen mit einem neuartigen Batteriesystem (Natrium-Schwefel-Akkus) von Asea Brown Boveri. Hauptgrund für die Münchner Neuentwicklung: In Kalifornien sollen Elektroautos bis zum Jahr 2003 einen Anteil von zehn Prozent am gesamten Pkw-Bestand haben. Autohersteller müssen damit rechnen, daß diese Regelung auf die gesamten USA ausgedehnt wird.

Irak repariert seine Ölanlagen

In der Hoffnung, bald wieder Erdöl exportieren zu dürfen, hat der Irak die im Golfkrieg beschädigten Anlagen zum Teil wieder instandgesetzt. Wie der Branchen-Dienst *Petroleum Intelligence Weekly* berichtet, schätzen westliche Irak-Experten die Förder-Kapazität des Landes auf über 2,5 Millionen Barrel pro Tag. Das sind nur 700 000 Barrel weniger als vor dem Krieg. Allerdings könnte der Irak derzeit wohl nur etwas mehr als eine Million Barrel exportieren, weil Pumpstationen von Pipelines nicht wieder aufgebaut sind. Wegen des anhaltenden Uno-Embargos nimmt gegenwärtig nur Jordanien dem Irak täglich 55 000 Barrel ab.

Börse

Totalverlust möglich

Der Finanzplatz Deutschland ist in Verruf geraten, viele Anleger fühlen sich gelinkt.

Friedhelm Busch moderiert die Sat-1-Sendung „Telebörse" mit unvergleichlichem Optimismus. Gelegentlich aber, das bringt die Lage am Aktienmarkt so mit sich, muß er auch schlechte Nachrichten verbreiten.

Mehrmals trat Busch Mitte April vor die Kamera und empfahl seinen Zuschauern dringend, den Siemens-Optionsschein von 1986 zu verkaufen. Der Kurs des Scheins, damals bei 130 Mark, sackte nach diesem Rat rapide ab, vier Wochen später lag er bei 77,50 Mark.

Doch dann begann der phänomenale Aufstieg des Siemens-Scheines. Am 19. Juni konnte Busch einen Kurs von 126,30 Mark verkünden, der Schein war um 63 Prozent gestiegen. Eher beiläufig bemerkte Busch: „Ich hab' ihn auch übrigens."

Busch zur Seite stand an diesem Tag Manfred Mertens, damals Chef-Optionsscheinhändler der Deutschen Bank (siehe Grafik). Beiden wird inzwischen vorgeworfen, sie hätten Kurse manipuliert, um sich selbst zu bereichern.

Ein anonymer Briefschreiber hatte Busch und Mertens beschuldigt, ein unsauberes Spiel betrieben zu haben. Seine detailreichen Ausführungen haben eine Insider-Affäre ausgelöst, die an deutschen Börsen ohne Beispiel ist.

Gegen 25 Händler und Makler sind bereits Ermittlungen eingeleitet. Mertens mußte seinen Arbeitsplatz bei der Deutschen Bank räumen, Busch bestreitet die Vorwürfe entschieden.

Es ist ein risikoreiches Geschäft, das Mertens und Kollegen betreiben. Optionsscheine geben dem Inhaber das Recht, eine bestimmte Zahl von Aktien des betreffenden Unternehmens während einer bestimmten Laufzeit zu einem festgesetzten Kurs zu kaufen.

Optionsscheine sind wesentlich billiger als Aktien, bei steigenden Aktienkursen steigen die Scheine wesentlich schneller. Hebelwirkung nennen die Börsen-Spezialisten diesen Zusammenhang.

Viel Geld läßt sich mit Optionsscheinen verdienen und viel verlieren. Denn der Hebel wirkt natürlich auch nach unten. Optionsschein-Inhaber müssen gute Nerven haben – und gute Berater.

Durch die jüngsten Enthüllungen sind viele Anleger mißtrauisch geworden. Manch einer sieht jetzt die Empfehlungen seiner Bank in einem ganz neuen Licht.

Silva Kundrotas, 37, und Georg Potzies, 44, zum Beispiel: Die beiden Berliner besaßen ebenfalls den Siemens-Optionsschein von 1986, dessen steiler Aufstieg „Telebörse"-Moderator Busch so sehr beglückte. Nur freuen konnten sich die beiden nicht, sie hatten den Schein zum Tiefstkurs verkauft.

Jeweils 100 Optionsscheine hatten die beiden privaten Anleger im Frühjahr vergangenen Jahres erworben, das Stück für etwa 270 Mark. Die Anlage war ihnen von ihrem Kundenberater bei der Berliner Commerzbank empfohlen worden.

Als der Kurs im Mai abstürzte, wollten die beiden den Schein halten, um ein Verlustgeschäft zu vermeiden. Doch ihr Berater empfahl dringend, die Papiere abzustoßen.

Der Berater hatte eine Nachricht aus der Zentralen Anlageberatung des Hauses bekommen. Allen Kunden, die das Siemens-Papier im Depot hätten, so die Botschaft, solle der sofortige Verkauf nahegelegt werden. Der Optionsschein sei kaum noch etwas wert, ein „Totalverlust möglich".

Beide verkauften, arg bedrängt, mit einem Verlust von jeweils rund 20 000 Mark. Einen Tag später schon begann der phänomenale Kursanstieg des Siemens-Scheines.

Potzies hegt nun den Verdacht, daß „möglicherweise die Anleger durch Panikmache zum Verkauf zu Niedrigstkursen angehalten werden, damit dann die Commerzbank die Papiere billig kaufen kann". Das schrieb er in einem Brief an den Vorstand.

Der Vorwurf klingt ungeheuerlich. Hätte Potzies recht, hätte die Commerzbank ganz klar gegen die Beraterregeln verstoßen. Kreditinstitute, so heißt eine der Regeln, dürften „keine Wertpapiergeschäfte aus nicht im Interesse des Kunden liegenden Gründen empfehlen".

Der Vorstand der Commerzbank wies Potzies' Vorwürfe, natürlich, ganz energisch zurück. Die Banker gestanden jedoch, die Verkaufsempfehlung sei „vom Timing her sicherlich nicht der günstigste Zeitpunkt gewesen".

Empfehlungen an der Börse sind immer eine heikle Sache. Um so wichtiger ist es, daß die Anleger Vertrauen zu ihren Beratern haben.

Der Finanzplatz Deutschland ist nun nachhaltig in Verruf geraten. Händler und Anleger sind verunsichert, die Kurse dümpeln ziellos vor sich hin.

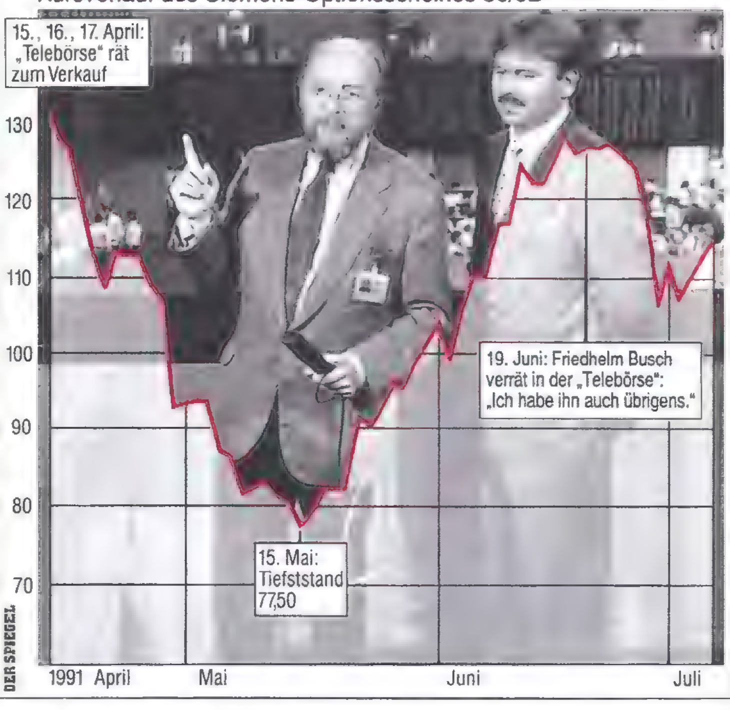
Aufgeschreckt durch das öffentliche Echo, auch im Ausland, will Bonn ganz schnell ein neues Gesetz erarbeiten. Insider-Geschäfte sollen unter Strafe gestellt werden.

Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Händler auch wegen Untreue gegenüber ihren Arbeitgebern – und die ist jetzt schon strafbar.

Hilmar Kopper, der Chef der Deutschen Bank, weiß, daß er „schon jetzt etwas tun" muß. Die Richtlinien seines Hauses für Wertpapierberater und Börsenhändler sollen verschärft werden. Vor allem gelte es, die Möglichkeit einzuschränken, Geschäfte auf eigene Rechnung abschließen zu können.

Ein derartiges Vorpreschen des Branchenprimus hätte Signalwirkung für andere Banken. Das Vertrauen enttäuschter Kunden könnte wiedergewonnen werden.

Für Potzies allerdings sind derartige Mühen wohl vergeblich. „Ich werde", sagt der Berliner, „in meinem Leben bestimmt keinen Optionsschein mehr anfassen."



Geldanlage

Alles ganz normal

Auch in Gelddingen sollen Frauen nun besser behandelt werden – ein neuer Fonds wirbt speziell um weibliche Kunden.

Die Tinte, mit der sie ihre Briefe unterschreibt, sei kein Lila, korrigiert Marion Weichert, sondern „ein kräftiges Pink“. Seit streitbare Feministinnen Lila zu ihrer Farbe gemacht haben, ist die Geschäftsfrau etwas allergisch auf die Farbe geworden. Ihre lila lackierte Harley-Davidson hat sie im vergangenen Jahr verkauft.

Jetzt fährt sie eine schwarze Maschine. „Ich bin nicht der Typ lila Latzhose“, versichert die Hamburger Finanz- und Versicherungsmaklerin, die vor allem für Frauen arbeitet und davon lebt. Nun hat sie sich für ihre Kundschaft etwas Neues ausgedacht: Deutschlands ersten Investmentfonds, der sich ausdrücklich an Frauen wendet.

„Fonds Pour Femmes“, FPF, nennt sich die Novität, die es von Donnerstag dieser Woche an zu kaufen gibt. „Frau und Finanzen hat Tradition“, schreibt Marion Weichert im Prospekt. Schon immer hätten Frauen Vermögenswerte aller Größenordnungen verwaltet.

Ein Investmentfonds für Frauen? Nur Machos, die sich mit modernem Marketing nicht auskennen, werden spöttisch lächeln. Längst haben gute Verkäufer in allen Branchen entdeckt, daß weibliche Kunden eine lohnende Zielgruppe sind. Es gibt Hotels für Frauen („Nur für Gästinnen“), Frauenkneipen, Frauenbuchläden, Frauenreisen oder eine Berliner Genossenschaft namens „WeiberWirtschaft“.

Ganz Sensible, denen „männliche Arroganz“, so die Frankfurter Fahrschullehrerin Ingrid Försch, zuwider ist, gehen in die Frauenfahrschule. Für Raucherinnen, denen keine der über 220 angebotenen Zigarettenmarken gefällt, hat der Tabakkonzern BAT schon vor Jahren die Marke Kim geschaffen, mit dem Slogan „Für Männerhände viel zu chic“.

Bei genau 392 Investmentfonds können deutsche Frauen ihr Geld anlegen – demnächst, mit dem „FPF-Universal-Rentenfonds“, bei einem weiteren. Der Frauenfonds – natürlich dürfen auch Männer dort ihr Geld anlegen – unterscheidet sich nicht von der Mehrzahl der Konkurrenzprodukte.

Einen kleinen Unterschied soll es geben. Der „Fonds Pour Femmes“ legt überwiegend in festverzinslichen Wertpapieren an, bis zu 25 Prozent auch in Aktien, Optionsscheinen und ähnlichen Papieren – bevorzugt allerdings werden „börsennotierte Aktien von Firmen, die durch Inhaberinnen geleitet werden“.

Leider kennt Marion Weichert außer der Jil Sander AG kein Unternehmen, das dieses Kriterium erfüllt. Ernst gemeint ist dieser Werbegag wohl auch nicht: „Vorrangig sind Rendite und Sicherheit“, sagt die Initiatorin.

Im Grunde ihres Herzens ist Marion Weichert gegen „Extrawürste für Frauen“. Ihr Job – sie ist im „Arbeitskreis Versicherungs- und Finanzexpertinnen für Frauen“ – wäre auch überflüssig, wenn Frauen nicht immer wieder herablassender als Männer behandelt würden oder sich schlechtere Konditionen aufdrücken ließen.

Helma Sick, frau & geld“ in München etwa oder die „SieFinanz GmbH, Zukunftssicherung für die Frau“ in Bonn.

„Viele Frauen“, erklärt die Münchner Frauenzeitschrift *Cosmopolitan* den Zulauf, „sind es leid, von Banken und Versicherungsvertretern von oben herab behandelt zu werden.“ Manche Banken und Versicherungen kümmern sich nun etwas aufmerksamer um die Damen unter ihren Kunden.

Zu diesen Instituten zählt auch die Hamburger Privatbank Joh. Berenberg, Gossler & Co., mit der Marion Weichert seit längerem zusammenarbeitet. Hin und wieder hat Frau Weichert wohlhabende Kundinnen zu Berenberg geschickt – zumeist Frauen, die zuvor bei der Finanzexpertin Rat in Scheidungs- oder Erbschaftsfällen gesucht hatten.



Fonds-Verkäuferin Weichert: „Wir machen den Frauen nichts vor“

Es ist kein Zufall, daß die meisten Sparbücher im Besitz von Frauen sind – ein Sparbuch bringt die schlechtesten Zinsen, aber der Bank die besten Profite. Bei Festgeldanlagen, so hat Anlageberaterin Weichert beobachtet, bekommen Männer oft ein halbes Prozent mehr – schon auf die Bemerkung hin, sie würden sich erst einmal bei der Konkurrenz umsehen. Frauen treten meist weniger selbstbewußt auf.

Seit 1975 die erste Bank von Frauen für Frauen entstand – die First Women's Bank in New York –, ist das Kreditgewerbe auf die neue Gruppe aufmerksam geworden. 1985 legte sich die Stadtsparkasse Düsseldorf für die Beratung von Kundinnen eine „Frauenbeauftragte“ zu; die Deutsche Bank Berlin und die Kölner Bank von 1867 haben einen ähnlichen Service eingerichtet. Frauenagenturen sind inzwischen entstanden, die „Finanzberatung

Berenberg wird nun als Depotbank den Fonds verwalten, den Marion Weichert vertreibt. Zusammen mit 13 anderen Banken betreibt Berenberg die Universal-Investment GmbH in Frankfurt, eine Gesellschaft, die bereits zahlreiche Fonds mit einem Gesamtvolumen von knapp neun Milliarden Mark verwaltet. Da schien den Bankiers die Idee nicht abwegig, noch einen Investmentfonds aufzulegen – speziell für die zunehmend zahlungskräftiger werdende weibliche Kundschaft.

Warum eigentlich Frauen den „Fonds Pour Femmes“ kaufen sollen, kann auch die Initiatorin nicht so recht erklären. „Wir machen den Frauen nichts vor“, sagt sie, „das ist ein ganz normaler Fonds.“

Und der wird auch, ganz normal, in Frankfurt von Männern gemanagt. ◄



Treuhand-Chefin Breuel (M.)*: Die Skepsis gegenüber dem alten Apparat sitzt tief

„Gegen den Rest der Welt“

Die erste Bilanz der neuen Treuhand-Chefin Birgit Breuel ist gar nicht so schlecht: Die Zahl der Privatisierungen steigt. Doch zufriedene Kunden sind aber immer noch recht selten. Grabenkämpfe und politische Querelen erschweren die Arbeit der Mammutbehörde, der Zickzackkurs der Präsidentin verunsichert die Mitarbeiter.

Die Mitarbeiter der Berliner Treuhand-Zentrale sind bei vielen Ostdeutschen gefürchtet. Sie gelten als brutale Jobkiller, die mit einer Daumenbewegung über Zehntausende von Arbeitsplätzen und das Schicksal ganzer Regionen entscheiden.

Doch nun zittern die Treuhand-Beschäftigten selbst um ihren Job. Personalvorstand Alexander Koch wies alle 54 Direktoren an, ihm jene Mitarbeiter zu nennen, die unterqualifiziert oder sichtbar überfordert sind.

Zu viele und zu schlechte Leute stiegen in den zurückliegenden drei Monaten bei der Treuhand ein. Die neue Präsidentin Birgit Breuel wollte schnelle Erfolge produzieren. Doch das Geschäft läuft zäh. Immer neue Einzelfragen tauchten auf, immer mehr Referenten wurden gebraucht.

Jetzt erschreckt auch die Treuhand-Spitze vor dem „bürokratischen Moloch“ (Unternehmerverband Berlin-Brandenburg), der unter ihr aufquoll. Mehr als 3300 Leute beschäftigt die Berliner Umbau-Agentur mittlerweile. Schrittweise soll der Stamm von Mitarbeitern auf 2000 verringert werden.

Das wird für die Betroffenen hart. Denn Gehälter, wie die Treuhand sie zahlt, sind in der freien Wirtschaft selten. Hochschulabsolventen ohne Prädikatsexamen steigen, frisch von der Uni, mit einem Jahresgehalt von 100 000 Mark ein. Auch die Abteilungsleiter der Treuhand haben mit 180 000 bis 230 000 Mark plus Mercedes 230 als Dienstwagen, die Direktoren mit rund 300 000 Mark und Mercedes 260 überdurchschnittlich gut dotierte Posten.

Die Gefahr, durch Massenentlassungen den Rückhalt im eigenen Haus zu verlieren, trifft Birgit Breuel zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Ungeschicktes Taktieren beim Streit um die Beschäftigungsgesellschaften hat die Chefin des Hauses in eine bedenkliche Isolation manövriert.

Zunächst lehnte Birgit Breuel jede Form von Beteiligung an den Beschäftigungsgesellschaften ab. Diese radikale Haltung trieb sogar Arbeitgeber und Bonner Regierungspolitiker auf Distanz zu der spröden Norddeutschen.

Schließlich mußte sich die Treuhand-Chefin doch auf einen Kompromiß einlassen. Nun beteiligt sich die Anstalt mit 10 Prozent an Trägergesellschaften. Unter deren Dach bilden sich dann die Beschäftigungsfirmen.

Der Breuel-Stil, erst Härte zu zeigen, dann einzulenken, ist fast schon ein Markenzeichen der Präsidentin. Die Bezeichnung „Eiserne Lady“ versteht sie als Kompliment. Sie fürchtet, die anderen könnten noch mehr verlangen, wenn sie zu früh Nachgiebigkeit zeigt.

Die Treuhand müsse eben eine Zeitlang „den Watschenmann der Nation“ spielen, hatte Breuels Vorgänger Detlev Rohwedder gesagt. Doch die meisten Mitarbeiter wollen endlich in Ruhe arbeiten. „Immer gegen den Rest der Welt zu kämpfen“, mahnt ein Vorstandsmitglied, „das halten wir nicht mehr lange aus.“

Aber „Madame“, wie viele ihrer Kollegen sie nennen, kann wahrscheinlich gar nicht anders. Zu erfolgreich funktionierte in ihrer bisherigen Karriere als Bürgerschaftsabgeordnete in Hamburg und als Wirtschafts- und Finanzministerin in Hannover die Methode, sich in schwierigen und unübersichtlichen Situationen in die festen Prinzipien ihres klaren Weltbildes zu retten. Dort gibt es Sicherheit.

Ihre Positionen sind stets eindeutig. Gegen den „Staatsinterventionismus“ und „für das freie Wirken der Marktkräfte“ kämpfte sie früher. „Strukturpolitik ist nicht Aufgabe der Treuhand“ heißt die aktuelle Parole.

Das mag ihr helfen. Ihre Umwelt läßt die Flucht ins Prinzipielle häufig ratlos. Die drängenden konkreten Fragen von Geschäftsführern und Betriebsräten streift die Politikerin, im industriellen Management unerfahren, am liebsten nur am Rande. Dem Treuhand-Apparat

* Mit Berlins Bürgermeisterin Christine Bergmann und Treuhand-Vorstand Alexander Koch.

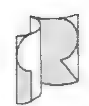


MÜNCHEN EXKLUSIV

Unternehmen einer Stadt



Eine Veröffentlichung der **PR GRUPPE FRANKFURT** Giel u. Partner GmbH · Telefon (0 69) 4 05 86–0. Telefax (0 69) 4 05 86–111. Telex 4 12 532 PRFFM D



Chemische Herstellung und Vertrieb – CHIMPORT sorgt für höhere Effektivität durch größere Kundennähe



Ein Teil des aktiven Teams der Münchner Zentrale

Gewachsene Großstrukturen von Unternehmen in ihren administrativen Auffächerungen stellen eines der zentralen Probleme moderner Unternehmensführung dar. Anonymität steht oft im Gegensatz zur Praxisforderung nach individueller Kundenbetreuung und der Auftragsabwicklung wie aus einer Hand. Größtmögliche Transparenz in den Abläufen, der persönliche, langfristige Kundenkontakt sind gerade in einer Branche wie der Herstellung und des Vertriebs chemischer Produkte in besonderem Maße gefordert. Entwicklungen in diesem, gemessen an traditionellen Industrien, noch jungen wirtschaftlichen Kernbereich verlangen ein sensibles Management von sicheren Fundamenten.

Als eines der ersten Unternehmen auf diesem Sektor hat die CHIMPORT GmbH die Probleme des Marktes erkannt und ein verantwortungsbewußtes und flexibles Konzept in die Praxis umgesetzt.

Erfolgsbilanz durch zielbewußte Unternehmenspolitik

„Organisation beginnt schon bei einer Anzahl von drei Mitarbeitern zur entscheidenden Frage für die Effizienz eines Unternehmens zu werden", erläutert Unternehmensgründer und Kopf der internationalen Unternehmensgruppe, D. Michel Maghazehi. Der Erfolg gibt dem Industriellensohn und „Vollblutkaufmann", der als intimer Branchenkenner vor 15 Jahren CHIMPORT ins Leben rief, recht. Teheran, Paris, München sind nur einige der markanten Stationen zur Realisation eines international bewährten Konzepts mit Zentrum Westeuropa.

Zum Firmenprinzip „Organisation" gehört auch, daß im Falle der Abwesenheit eines Mitarbeiters stets ein mit den Vorgängen bestens vertrauter Vertreter dem Kunden zur Verfügung steht. Kompetenz ist jederzeit abrufbereit – Verweisungen am Telefon gibt es bei CHIMPORT nicht.

Weitreichende Spezialisierung hat CHIMPORT zu einem zuverlässigen und flexiblen Partner für Zulieferer von Automobil-, Möbel-, Verpakkungs- und Bauindustrie gemacht. Polyurethane, Thermo-, Duroplaste, synthetischer Latex sowie synthetischer Kautschuk in ihren jeweiligen Diversifikationen bestimmen das Lieferprogramm. Vertretungen in vielen wichtigen Ländern der Welt sind auf die spezifischen Anforderungen der Abnehmer und Anwender „vor Ort" eingerichtet.



Zielstrebigkeit und das Engagement für große Projekte – Geschäftsführer D. Michel Maghazehi

„Man kann auf einem Markt nicht tätig sein ohne einheimische Vertretungen", führt dazu Firmenchef und Initiator dieses sich auf das Potential an Stammkunden stützenden Netzes, Maghazehi, aus. Genehmigungspflichtige Produkte sind hierbei ebenso tabu wie die Bearbeitung anonymer Anfragen ohne Wissen um den Einsatzort.

Zur effektiven Auftragsabwicklung verfügt das Unternehmen über das notwendige logistische Know-how. Full-Service steht hier für: von den wirtschaftlichen Frachtraten, über Beförderungsmittel, einschließlich geeigneter Umschlagplätze, bis hin zur Dokumentation – kurzum das gesamte Dienstleistungspaket. Entsprechende Terminals für sämtliche Rohstoffe sowie die Genehmigung für alle Gefahrengutklassen gehören zu den unternehmerischen Voraussetzungen. Eigene Fachleute garantieren weitere, nachbereitende technische Unterstützung und Beratung sowie hausinterne Regulierungen bei auftretenden Problemstellungen.

Die 90er Jahre im Zeichen der Expansion

Bindeglied zwischen Produzent und Anwender – das traditionelle CHIMPORT-Selbstverständnis behält auch seine Gültigkeit für die 90er Jahre. Qualitative Erweiterungen sind dabei logische Konsequenz eines erfolgreichen Konzepts. Modifizierte Rohstoffproduktion nach Kundenwünschen gehört bei CHIMPORT, dem kostengünstigen Lagerhalter und Distributer für chemische Fabrikate, zum Programm seit Unternehmensgründung. Mit eigenen Investitionen in diesem Unternehmensbereich sichert sich das Unternehmen jetzt auch ein noch optimaleres Preis-Leistungs-Verhältnis im Interesse des Kunden.

Investitionen werden bald in den neuen Bundesländern erfolgen. Eine weitere Stufe werden unternehmerische Aktivitäten auf diesem Feld für den nahen Osten sein. CHIMPORT wird dadurch in die Lage versetzt, bestimmte Materialien, wie vor allem Polyurethan-Systeme oder Vorprodukte für die Lack- und Klebstoffindustrie, zu produzieren.

Zum Erfolg bedarf es eines breiten Fundaments. Für den gemeinsamen europäischen Markt ist CHIMPORT bestens gerüstet. Auf die Herausforderungen der 90er Jahre reagiert das innovationsbewußte Unternehmen auch mit Veränderungen in der Unternehmensstruktur. Die geplante Umwandlung in eine Aktiengesellschaft ermöglicht den Mitarbeitern die direkte Erfolgsbeteiligung.

CHIMPORT GmbH
Arabellastraße 4
W-8000 München 81
Tel.: 0 89-9 22 05-0
Fax: 0 89-9 22 05-1 50
Telex 5 215 636 chim d



Treuhand-Vize Brahms
„Überraschend politische Veranstaltung"

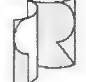
blieben diese Schwächen nicht verborgen. Als Birgit Breuel nach Rohwedders Tod dessen persönlichen Referenten und seine beiden Sekretärinnen übernehmen wollte, winkten alle drei ab. „Madame" machte den Wirtschaftsjuristen Wolfgang Müller-Stöfen, den Mann ihrer Cousine, zu ihrem Generalbevollmächtigten.

Verständlich ist, daß die neue Präsidentin in ihrer Nähe einen braucht, dem sie ohne Vorbehalt vertrauen kann. Wie zwingend es allerdings war, die New Yorker Repräsentanz der Treuhand an die Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell zu übergeben, in der Müller-Stöfen früher tätig war, ist umstritten. Und ob die Firma Bruckhaus Westrick Stegemann, in der Müller-Stöfen bis April dieses Jahres als Partner agierte, überdurchschnittlich viele Treuhand-Aufträge bekommt, wie gemunkelt wird, bleibt wegen mangelnder Transparenz der Anstalt im ungewissen.

Ein Mann wie Müller-Stöfen ist für Breuel besonders wichtig. Zu tief sitzt ihre Skepsis gegenüber dem Apparat Treuhand, dessen Grundstein der sozialistische Premier Hans Modrow legte und dessen personellen Grundstock die Apparatschiks der SED stellten.

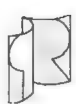
Arbeit und Ergebnisse preßt die Präsidentin der Bürokratie im alten Haus der Ministerien gleichwohl ab. Sie läßt sich gut zuarbeiten, fordert klare Vorlagen ein, erscheint gut vorbereitet zu Sitzungen, stellt präzise Fragen.

Ihr Führungsstil sei behördenhafter, mäkeln einige, die den größeren Freiheiten unter Rohwedder nachtrauern. Birgit Breuels bisherige Bilanz ist allerdings, auf den ersten Blick, so schlecht nicht. Die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Privatisierungen steigt langsam, aber beständig; gleiches gilt für Liquidationen und Sanierungsfälle. Zufriedene Kunden sind jedoch immer noch in der Minder-



MÜNCHEN EXKLUSIV

Unternehmen einer Stadt



Eine Veröffentlichung der **PR GRUPPE FRANKFURT** Giel u. Partner GmbH
Telefon (0 69) 4 05 86–0. Telefax (0 69) 4 05 86–111. Telex 4 12 532 PRFFM D

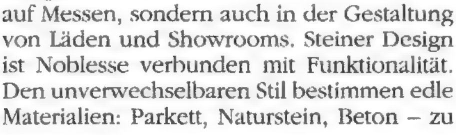
Designiert für Messedesign

Daß sich Unternehmen auf Messepräsentationen oft hinter dem ewigen Einerlei der quadratischen Standformen verstecken, ist Herbert Steiner unbegreiflich. Vor 25 Jahren ergriff der junge Designer die Initiative und konzipierte kreative Standkonzeptionen.

Heute steht der Name Steiner Design für zeitgemäße Ausstellungsarchitektur, von der sich so angesehene Firmen wie Boss, Campari, Blacky Dress, Daniel Hechter, Adidas oder Mercedes präsentieren lassen – übrigens nicht nur



Stand mit Stil: Steiner Design in eigener Sache auf der EuroShop 90



auf Messen, sondern auch in der Gestaltung von Läden und Showrooms. Steiner Design ist Noblesse verbunden mit Funktionalität. Den unverwechselbaren Stil bestimmen edle Materialien: Parkett, Naturstein, Beton – zu vertretbaren Preisen. Mit seinem jungen Team aus Designern, Technikern und Architekten setzt Steiner Design immer wieder Trends mit neuen Techniken; experimentell ist auch die Einbeziehung moderner Kunst am Stand. Messestände von Steiner Design können gekauft, gemietet oder geleast werden. Das Haus übernimmt die gesamte Organisation für den Messeaufbau.

Kurz: Steiner Design setzt den Maßstab für den Messestand.

H. Steiner Design GmbH
Hirschbergstraße 3
W-8137 Berg – Starnberger See
Servicebüro: Euckenstraße 17-19
W-8000 München 70
Tel.: 0 89-7 60 00 98 · Fax: 0 89-7 69 42 03

Alles unter Dach und Fach

„Immobilienangelegenheiten bedürfen einer seriösen und kompetenten Abwicklung", so Vera Schütz, Geschäftsführerin der Vera Schütz Immobilien GmbH. Das Ottobrunner Immobilienbüro im Südosten Münchens hat sich auf Vermietung, Verkauf und Verwaltung von Wohnraum spezialisiert und bietet neuerdings ein komplettes Servicepaket, in Form einer Sondereigentumsverwaltung, für auswärtige Eigentümer von Münchner Wohnungen an (keine Rechtsberatung): Neuvermietung, Abnahme, Übernahmeprotokolle, Jahresabrechnung – die gesamte Organisation, um die sich der Eigentümer nicht selbst kümmern kann, oder will. Vera Schütz, Mitglied im RDM, hat sich vor 15 Jahren selbständig gemacht und ihren Betrieb zu einem angesehenen Unternehmen entwickelt. Sie betreut die gesamte Breite im Verkaufs- und Vermietungssektor von Wohnraum, vom 1-Zimmer-Appartement bis zum Millionenobjekt. Heute gilt sie in guten Kreisen als Tip, die Bilanz von 80% Empfehlungskunden bestätigt dies. Denn Vera Schütz gewährleistet persönliches Engagement, reelle, gewissenhafte Betreuung und fachliche Kompetenz. Eine Praktikerin, auf die Verlaß ist.

Vera Schütz Immobilien GmbH
Rosenheimer Landstraße 124
W-8012 Ottobrunn
Tel.: 0 89-6 09 50 40 · Fax: 0 89-6 09 85 04

Branche mit Zukunft



Geschäftsführer Thomas M. Gsell

Thomas M. Gsell hat die Marktlücke erkannt, als er die GSELL CONSULT Ingenieurgesellschaft, mit zwischenzeitlich 16 Mitarbeitern, gründete.

Mit dem Schwerpunkt Umwelt- und Entsorgungstechnik ist das junge Münchner Unternehmen außergewöhnlich schnell zu einer der führenden Planungsgesellschaften für Industrie- und Kommunalbau gewachsen. Der Erfolg beruht auf dem breit gefächerten Know-how des Teams, zu dem neben Bauingenieuren und Architekten auch Geologen, Chemiker und Bioingenieure gehören. Spezialisten, die sich in ihren Erfahrungen optimal ergänzen und damit kompetente Partner für Probleme wie kontaminierte Böden, schadstoffbelastete Gebäude oder auch gutachtliche Leistungen sind. Neben dem Hauptsitz der Firma in München bestehen Zweigstellen in Erlangen und Wien.

Gsell Consult
Ingenieurgesellschaft mbH
Bodenseestraße 29
W-8000 München 60
Tel.: 0 89-82 91 47-0 · Fax: 0 89-82 91 47-99

heit. Westdeutsche Geschäftsleute beschweren sich, daß sie von der Treuhand keine Antworten auf ihre Investitionsvorschläge bekommen; dem japanischen Großinvestor Hajemi Tomita wurden immer noch keine Grundstücke zugewiesen, die er kaufen kann.

Am „organisatorischen Treuhand-Dschungel" *(Handelsblatt)* hat sich offensichtlich soviel nicht geändert. Früher wußte in der Treuhand niemand, wo es langging, weil der Apparat noch im Aufbau war. Jetzt ist die Behörde komplett – und jetzt hakt es, weil die Belegschaft des Großunternehmens in viele Teilgruppen zerfällt. Ossis kämpfen gegen Wessis, Ex-Beamte gegen Ex-Manager und, wie ein Mitarbeiter spottet, „Yuppies gegen die Rentnerband".

Vor allem lähmen politische Querelen den Apparat. Die Illusion neuer Mitarbeiter, bei der Treuhand ginge es lediglich um Sachfragen, hält meist nur wenige Tage. „Das ist ja schlimmer als in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt", urteilt ein Neuzugang nach seiner ersten Lektion in Cliquen-Gerangel.

Der Verwaltungsrat sei „eine überraschend politische Veranstaltung", entfuhr es Hero Brahms, seit Juni neuer Vizepräsident der Treuhand. Mehr will der ehemalige Finanzchef von Hoesch und Rohwedder-Weggefährte zu diesem heißen Thema nicht sagen.

Brahms gehört, mit den Worten der nord- und süddeutschen Konservativen in der Treuhand-Spitze, zur „auf der SPD-Schiene reingerauschten NRW-Mafia". Zwischen beiden Lagern gibt es, allen Breuelschen Beschwörungen von Schulterschluß zum Trotz, heftige Auseinandersetzungen.

Der „Düsseldorfer Sozi-Klüngel", wie die Schwarzen lästern, versteht den Privatisierungs- und Sanierungsauftrag ganz anders als die strengen Marktwirtschaftler aus dem CDU-Lager.

Die Zeit der großen Privatisierungen und Liquidationen gehe in den nächsten Jahren wohl zu Ende, verkündet Hero Brahms. „Auf die Dauer", so der Vize, „muß die Treuhand fähig werden, Industrieunternehmen professionell und konstruktiv zu begleiten."

Brahms bekennt sich offen zum Sanierungsauftrag der Treuhand. „Bei unrentablen Firmen können wir doch nicht einfach ‚Klappe zu' machen", meint er. „Wir müssen natürlich fragen: Was würde es kosten, einen oder tausend Arbeitsplätze zu gesunden?"

Die Praxis der Treuhänder ist dieser Linie schon jetzt sehr viel näher, als die Breuelsche Rhetorik vermuten läßt. Die Berliner Zentrale finanziert, über Kreditbürgschaften, marode Unternehmen, damit dort die Produktionsanlagen modernisiert und wettbewerbsfähige Produkte hergestellt werden können. Zum

Aufbau einer modernen Spinnerei in Sachsen wurden beispielsweise 40 Millionen Mark bereitgestellt. 550 Millionen Mark fließen in die Standorte Buna und Leuna, um die Chemie-Industrie zu retten. Für die Qualitäts- und Edelstahl AG in Brandenburg gab es Geld zur „Modernisierung bewährter Erzeugnislinien".

Das Geld aus Berlin weckt neue Begehrlichkeiten. „Wir fordern eine ebensolche Unterstützung, wie sie die Treuhand in Milliardenhöhe den Standorten Jena, Eisenach und Sondershausen gewährt hat", schrieb der Betriebsrat des Robotron Büromaschinenwerks in Sömmerda Anfang Juli an die Treuhand-Chefin. Doch der Hinweis auf andere Beispiele nutzt nichts. In der strittigen Sanierungsfrage gibt es keinen klaren Kurs der Treuhand.

Ein typisches Beispiel lieferte die Vorstandssitzung Mitte Juni: Es ging darum, „dauerhaft sanierungsfähige Unternehmen der chemischen Industrie sowie der Glas- und Keramikindustrie" (Beschlußvorlage) um Cottbus und Suhl zu stützen.

Das Problem der Lausitzer und Thüringer Firmen: Weil sie mit teurem Stadtgas statt mit Erdgas arbeiten, sind ihre Preise trotz der vorhandenen modernen Technik nicht wettbewerbsfähig.

Im Treuhand-Vorstand sprachen sich einige Mitglieder dafür aus, 137 Millionen Mark bereitzustellen, um die Differenz der Gaspreise auszugleichen. Da in zwei Jahren die Erdgasleitungen in diese Regionen stehen, meinten sie, sei es sinnvoll, die an sich gut arbeitende Industrie bis dahin zu stützen.

Birgit Breuel sah das anders. Bei ihr war nur „Subventionierung der Energiepreise" angekommen. Das verstößt, dozierte sie, gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft. Die Mehrheit der Vorständler folgte ihr. Und schon gab es einige tausend Arbeitslose mehr.

Nicht minder kontrovers war der nächste Punkt der Tagesordnung: Sollen die Treuhand-Vorständler erster oder zweiter Klasse fliegen? „Der Stolpe fliegt immer nur zweiter Klasse nach Bonn", berichtete eine der sieben Treuhand-Spitzen. Es sei ihm richtig peinlich, vorn zu sitzen, wenn der brandenburgische Ministerpräsident nach hinten gehe.

Auch in dieser Frage focht die Präsidentin für ein Grundsatzurteil ohne Rücksicht auf persönliche Empfindsamkeiten. Der Treuhand-Vorstand, glaubt sie, gehört in die erste Klasse.

Konjunktur

Vollends abgewürgt

Die Preise steigen, die Wirtschaft wächst langsamer. Was macht die Bundesbank?

Elf Jahre lang, von 1980 an, war Karl Otto Pöhl Präsident der Deutschen Bundesbank. Die Stabilität der Währung ging ihm über alles, er galt als eiserner Hüter der harten Mark.

Nun geht Pöhl, und er geht nach Ansicht seiner Freunde gerade noch rechtzeitig. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt dieselben unerfreulichen Tendenzen, die der Bundesbankpräsident bei seinem Amtsantritt vorfand.

Wieder steigen, wie zu Beginn der achtziger Jahre, die Preise. Wieder geht das Wachstum der Wirtschaft zurück, die Konjunkturexperten prophezeien eine Stagnation. Und wieder steht die Bundesbank vor dem alten Dilemma: Soll sie, mit allen Mitteln, die Inflation stoppen – und notfalls eine Rezession in Kauf nehmen?

Die Preise steigen in beängstigendem Tempo. Im März lagen sie um 2,5 Prozent über denen des Vorjahres, im Juni waren es schon 3,5 Prozent, im Juli werden es voraussichtlich 4,5 Prozent sein. Eine solche Teuerungsrate hat es seit 1982 nicht mehr gegeben.

Die Entwicklung begann langsam, fast unmerklich. Zuerst wurde Obst und Gemüse teurer. Das leuchtete jedermann ein, der Frost hatte einen großen Teil der Ernte vernichtet. Doch inzwischen haben auch die Preise für Lebensmittel angezogen, denen die Witterung nichts anhaben kann.

Einen wesentlichen Anteil im Warenkorb, nach dem sich die Teuerungsrate berechnet, nehmen die Mieten ein. Und die klettern scheinbar unaufhaltsam. Für Energie muß der Bürger ebenfalls wesentlich mehr aufwenden als im Vorjahr. Die Mark ist schwach, der Dollar hart – das verteuert die Einfuhr von Heizöl.

Die Witterung, das Wohnungsangebot, der Dollar: Es gibt viele Gründe, warum so vieles teurer wird. Doch die Ursachen der neuen Inflation liegen tiefer: Es ist zuviel Geld im Umlauf.

Um 20 Prozent wurde die Geldmenge im vergangenen Jahr ausgeweitet, als die Währungsunion der beiden Teile Deutschlands Wirklichkeit wurde. Mit der Realität der ostdeutschen Wirtschaft hatte das nichts zu tun, dem neuen Geld stand keine entsprechende Produktion gegenüber.

Geld also gibt es reichlich, zu reichlich. Das erlaubt der Wirtschaft, Kostensteigerungen über die Preise an den Verbraucher weiterzugeben. Und die Kosten sind gewaltig gestiegen.

Die Gewerkschaften haben in diesem Jahr kräftige Lohnerhöhungen ausgehandelt. „Unverantwortlich" nennt sie Hilmar Kopper, der Chef der Deutschen Bank. Er macht vor allem die Löhne für den Preisschub verantwortlich.

Natürlich haben die Gewerkschaften bei ihrer Forderung auch bedacht, daß die Teuerungsrate Mitte dieses Jahres besonders kräftig in die Höhe schießen wird. Denn der starke Anstieg von Juni auf Juli um rund einen Prozentpunkt war zu erwarten, er ist allein auf die Steuererhöhungen zurückzuführen.

„Eine Teuerung von vier Prozent", so sagte erst vor wenigen Tagen Klaus Murmann, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), „ist der Punkt, der nicht überschritten werden darf." Nun ist die Inflation schon einen Schritt weiter.

Es könnte noch schlimmer kommen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rechnet damit, daß die deutsche Inflationsrate im zweiten Halbjahr auf über fünf Prozent steigt.

Das Ausland hat das Vertrauen in die Mark längst verloren. Zu unsicher er-





Bundesbanker Schlesinger, Pöhl: Der Warnschuß blieb aus

scheint die Finanzierung der deutschen Einheit. Die Schulden der öffentlichen Haushalte betragen 1600 Milliarden Mark. Bundesfinanzminister Theo Waigel muß 66 Milliarden Mark aufnehmen, um den Bundeshaushalt zu finanzieren – und viele Risiken sind da noch gar nicht mitgerechnet.

Wird die Mark weich, werden die Einfuhren teurer. Jahrelang hatte die Bundesrepublik über ihre harte Währung Stabilität importiert – jetzt führt sie Inflation ein.

Nun droht die Situation, die Pöhl bei seinem Amtsantritt vorgefunden hatte: Stagflation – eine stagnierende Wirtschaft mit steigenden Preisen. Das Wort „werden wir zu Beginn des nächsten Jahres noch oft hören", meint Ernst-Moritz Lipp, der Konjunkturexperte der Dresdner Bank.

Lipp erwartet im kommenden Jahr ein Wirtschaftswachstum von nur noch 1,5 Prozent. Daß die Konjunktur im Ausland anzieht und sich die Lage in Ostdeutschland stabilisiert, ist in diesem recht dürftigen Ergebnis schon einkalkuliert.

Das nachlassende Wachstum macht die Situation für die Währungshüter so problematisch: Erhöhen sie die Zinsen, um die Preise zu zügeln, könnte die Konjunktur vollends abgewürgt werden – und die Stagnation in eine Rezession übergehen.

Viele halten eine harte Haltung der Bundesbank dennoch für unausweichlich. „Zinsen", meint der Experte Lipp, „können wie Stockhiebe sein." Sie signalisierten: Bis hierher und nicht weiter.

Daß die Bundesbank „gegensteuern muß", meint auch Kopper von der Deutschen Bank. Er hält steigende Zinsen für ebenso unausweichlich wie BDA-Präsident Murmann. Der Arbeitgeber-Vertreter: „Da müssen wir halt durch."

Ein „massiver Stabilitätskonflikt" (Lipp) bahnt sich an – ganz so, wie Pöhl ihn aus seinen ersten Jahren bei der Bundesbank kennt.

Pöhl verabschiedet sich Ende des Monats. Am 11. Juli nahm er zum letzten Mal an einer Sitzung des Zentralbankrates teil, sie verstrich ohne dramatisches Ergebnis. Pöhls Warnschuß an die Bundesregierung, den viele erwartet hatten, blieb aus. Eine Erhöhung der Zinsen wurde nicht beschlossen.

Das kann schon bald nachgeholt werden. Am 15. August tagt das Spitzengremium der Währungshüter abermals, zum ersten Mal unter Vorsitz des Pöhl-Nachfolgers Helmut Schlesinger. Und der gilt als besonders eifriger Verfechter eines kompromißlosen Stabilitätskurses.

Gegendarstellung

Im SPIEGEL Nummer 6 / 45. Jahrgang vom 4. Februar 1991 ist auf Seite 119 ein Beitrag unter der Überschrift „Häufig daneben" enthalten, der unrichtige und mißverständliche Behauptungen enthält, die ich wie folgt richtigstelle:

1. Sie behaupten: „Die Jacken, Blusen oder Hosen ... locken zumeist nur Kundinnen jenseits der 50; jüngere Frauen machen um die braven Bogner-Boutiquen einen großen Bogen."

Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist, daß die Mehrheit der Kundinnen zwischen 25 und 45 Jahren alt ist.

2. Sie behaupten: „Statt auf die heute wieder begehrten Klassiker aus den fünfziger Jahren zu setzen, überladen die Münchner ihre Skianzüge mit Gold, Glitter und aufwendigen Applikationen."

Hierzu stelle ich fest, daß seit dem Jahre 1987 jede Winterkollektion auch Klassiker aus den fünfziger Jahren aufweist.

3. Sie behaupten: „Die auffälligen Overalls kosten in der Regel zwischen zwei- und dreieinhalbtausend Mark."

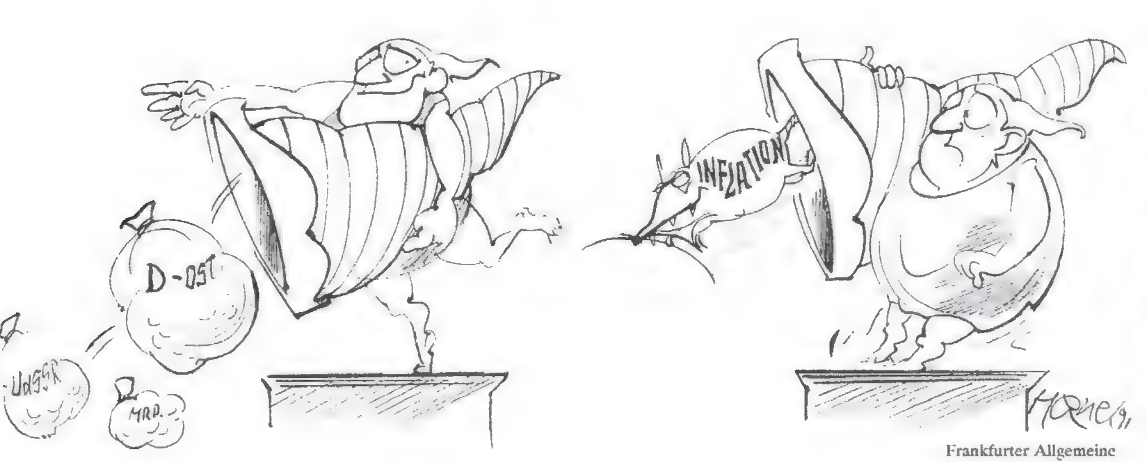
Diese Behauptung ist unwahr. Dreiviertel der Overalls meiner Kollektion kosten weniger als DM 2000.

4. Sie schreiben, ich hätte erfahren, daß Kooperationen noch keine Garantie für einen unternehmerischen Erfolg seien; statt der geplanten 15 000 Spezial-Golf mit Bogner-Innenausstattung seien nur 8000 Stück vom Band gelaufen.

Hierzu stelle ich fest, daß der VW-Konzern die Produktionszahl wegen eines Produktionsengpasses auf 8000 Stück reduziert hat, die sämtlichst verkauft worden sind.

München, den 22. April 1991

Willy Bogner



Frankfurter Allgemeine

„Der Jäger 90 wird gebaut“

Dasa-Chef Jürgen Schrempp über die Probleme der Daimler-Firma und die Zukunft der Luftfahrtindustrie

SPIEGEL: Herr Schrempp, Sie sind vor zwei Jahren angetreten, um die Firmen MTU, Telefunken, Dornier und MBB zu einem schlagkräftigen Luft- und Raumfahrtkonzern zusammenzufassen. Sehr weit sind Sie offenbar noch nicht gekommen.

SCHREMPP: Da müssen Sie eine ganze Menge übersehen haben, jedenfalls irren Sie sich gewaltig. Der Dasa-Konzern ist jetzt etwa 800 Tage alt. Wenn Sie sich einmal anschauen, was wir in dieser Zeit alles angeschoben und umgesetzt haben, dann wird auch der SPIEGEL zugeben müssen, daß wir enorm weit gekommen sind. Das zeigte sich übrigens auch sehr deutlich auf der Luftfahrtmesse in Le Bourget bei Paris.



Dasa-Manager Schrempp: „Es gab sehr viel interne Kritik“

SPIEGEL: Dort fiel die Dasa vor allem durch große Ausstellungsfläche und ein protziges Gäste-Chalet auf.

SCHREMPP: Ich kann nicht nachvollziehen, wie Sie zu dieser Feststellung kommen. Wir haben in Le Bourget gezeigt, daß wir in relativ kurzer Zeit die Dasa in die vier Kerngeschäftsbereiche Luft- und Raumfahrt, Antriebe, Verteidigungstechnik und zivile Systeme umstrukturiert haben, daß diese Struktur lebt und daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sie unter dem Dach der Deutschen Aerospace mittragen.

SPIEGEL: Auch bei Daimler-Benz schien vielen der Einstieg in die Luft- und Raumfahrtindustrie nicht ganz geheuer. Müssen sich diese Kritiker nicht inzwischen bestätigt fühlen?

SCHREMPP: Es gab in der Tat sehr viel interne Kritik. Und das halte ich für völlig normal. Wenn einer, der Autos verkauft, plötzlich von den Kunden auf so heikle Themen wie Rüstung und Rüstungsexport angesprochen wird, dann hält sich seine Begeisterung in Grenzen. Aber das hat sich inzwischen deutlich geändert. Im Daimler-Benz-Konzern wächst schon seit einiger Zeit das Verständnis für das, was wir tun. Das liegt sicher auch daran, daß wir intern sehr viel Überzeugungsarbeit geleistet haben.

SPIEGEL: Kann das Firmenkonglomerat, das Daimler-Benz sich zugelegt hat, auf absehbare Zeit Gewinn bringen?

SCHREMPP: Es ist in dieser Branche nun einmal so, daß Entscheidungen, die am Montag getroffen werden, nicht schon am Dienstag Gewinn abwerfen. Wir sind nicht mit der Erwartung in die Luft- und Raumfahrt eingestiegen, sofort hohe Renditen zu erwirtschaften. Wir sind vielmehr eingestiegen, um in einigen Jahren ein zusätzliches Standbein für den Daimler-Konzern aufzubauen und um unseren technologischen und finanziellen Beitrag für die Zukunftssicherung des Konzerns zu leisten.

SPIEGEL: Als Daimler sich für die Luft- und Raumfahrtindustrie entschied, schien das Geschäft mit Rüstung und Militärgerät zukunftsreich. Heute werden überall die Verteidigungsetats beschnitten, die Militäraufträge bleiben aus. Haben Sie in die falsche Branche investiert?

SCHREMPP: Es gibt in der Welt kein bedeutendes Luft- und Raumfahrtunternehmen ohne Verteidigungstechnik. Die Aktivitäten werden auch bei der Deutschen Aerospace weiterhin eine große Bedeutung haben. Die Frage ist nur, welchen Stellenwert die Verteidigungstechnik im Unternehmen einnimmt.

SPIEGEL: Was halten Sie denn für angemessen?

SCHREMPP: Für die Deutsche Aerospace ist der jetzige Anteil von annähernd 50 Prozent des Umsatzes zu hoch. Unsere Strategie ist, die Abhängigkeit auf eine Größenordnung von 25 bis 30 Prozent zu reduzieren, vor allem durch den Ausbau unserer zivilen Kerngeschäftsfelder. Aber einzelne Bereiche, wie etwa Verifikation und Aufklärung, also der gesamte Elektronikbereich, werden wachsen. Auch die Technolo-

---

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Stephan Burgdorff und Wolfgang Kaden.

Jürgen Schrempp

ist seit 1989 Vorstandsvorsitzender der Daimler-Holding Deutsche Aerospace (Dasa). Der Ingenieur, 46, ein gelernter Kraftfahrzeugmechaniker, fing 1967 in der Stuttgarter Zentrale der Daimler-Benz AG an. Er war Präsident der US-Tochter Euclid in Cleveland/Ohio, Chef von Mercedes-Benz in Südafrika und stellvertretendes Vorstandsmitglied für Daimlers Lkw-Sparte. Als Chef der Deutschen Aerospace ist der gebürtige Freiburger verantwortlich für die Daimler-Beteiligungen in der Luft- und Raumfahrtindustrie. Seine Hauptaufgabe liegt darin, die früheren Einzelfirmen MBB, Dornier, MTU und Telefunken Systemtechnik zu einem einheitlichen Konzern zusammenzufassen. Die Dasa ist mit mehr als 60 000 Beschäftigten weltweit das zehntgrößte Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie und mit 37,9 Prozent am europäischen Airbus-Konsortium beteiligt.

gien, die eine wachsende Mobilität der Armeen sicherstellen, gewinnen an Bedeutung. Da haben wir die richtige Antwort.

SPIEGEL: Was werden Sie vorschlagen, wenn Ihr größtes Rüstungsprojekt, der Jäger 90, nicht gebaut wird?

SCHREMPP: Der wird doch gebaut.

SPIEGEL: Was macht Sie so sicher?

SCHREMPP: Die Logik. Erstens: Das Flugzeug wird zur Zeit entwickelt. Es wird zwei Prototypen geben, die 1992 fliegen. Das ist in einem Vier-Nationen-Programm beschlossen worden. Zweitens: Es steht bei allen Fachleuten außer Zweifel, daß wir auch künftig ein bemanntes Flugzeug zur Luftverteidigung brauchen. Und drittens: Es gibt kein anderes Flugzeug, das besser und billiger wäre.

SPIEGEL: Sie übertreiben.

SCHREMPP: Wenn man bedenkt, was der Jäger 90 in der Produktion kostet, dann zeigt sich schnell, daß er nicht teurer wird als eine der anderen Möglichkeiten, zum Beispiel der Kauf eines Flugzeuges im Ausland. Die Entwicklungskosten sind ja schon bezahlt.

SPIEGEL: Das heißt, die Entscheidung über die Produktion ist bereits mit der Entscheidung über die Entwicklung gefallen?

SCHREMPP: Natürlich nicht, aber praktisch muß man sehen. daß diese Frage bei der Entscheidung eine Rolle spielen wird. Und schließlich geht es hier abermals um die Frage, wie verläßlich der deutsche Partner ist. Ich denke, es wird immer klarer, daß Deutschland definitiv ein Teil Europas ist und deshalb auch europäische Verantwortung in europäischen Programmen übernehmen muß.

SPIEGEL: Im zivilen Flugzeugbau plant Ihr Unternehmen einen kleinen Regionaljet. Wird das nicht, wie schon beim Airbus, ein neues Milliardengrab?

SCHREMPP: Während Sie hier Probleme sehen, gehen wir davon aus, daß wir mit dem Flugzeug, das wir zusammen mit den französisch-italienischen Partnern bauen wollen, hervorragende Marktchancen haben – auch wenn die Briten und die Holländer ebenfalls auf diesen Markt drängen. Und was die angeblichen Milliardengräber angeht: Das klingt dramatisch, entspricht aber nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

SPIEGEL: Zu viele Europäer, so haben Sie selbst gesagt, bauen Regionalflugzeuge, keiner verdient Geld damit. Gilt das nicht mehr?

SCHREMPP: Doch, natürlich. Deshalb ist es ja ein ganz gewaltiger Schritt, drei Nationen und drei Hersteller zusammenzubringen. Damit haben wir gegenüber den anderen doch den entscheidenden Wettbewerbsvorteil, mit dem wir uns besser im Markt positionieren und vernünftige Renditen erwirtschaften können.

SPIEGEL: Mit dem geplanten 130-Sitzer machen sich die beiden Hauptgesellschafter des Airbus, nämlich die deutsche Dasa und die französische Aérospatiale, womöglich Konkurrenz; Airbus Industrie überlegt, ein ähnliches Flugzeug zu bauen.

SCHREMPP: Da machen Sie sich mal keine Sorgen. Airbus Industrie erwägt, das kleinste Flugzeug des Konsortiums, die A 320, zu verkürzen und als A 319 auf den Markt zu bringen. Die von Airbus geplante A 319 wird keinen Gewinn machen. Die Airbus-Manager sagen nur, daß sie mit einem Einstiegsmodell A 319 sehr viel mehr A 320 und A 321 verkaufen können – und dadurch Geld verdienen. Wenn dies in der Tat so ist und belegt werden kann, dann müssen wir uns bei Airbus tatsächlich darüber Gedanken machen, ob wir die A 319 bauen. Das Dasa-Programm würde dann jedoch nur unwesentlich tangiert werden.

SPIEGEL: Der Airbus ist für die Dasa ein Milliardenrisiko. Kann dieses Programm jemals ein wirtschaftlicher Erfolg werden?

SCHREMPP: Wollen Sie wirklich von einem Milliardenrisiko sprechen, wo wir bereits im Jahre 1991 schwarze Zahlen schreiben werden?

SPIEGEL: Das haben Sie auch für 1990 angekündigt.

SCHREMPP: 1991 wird es aber so kommen, nachdem uns 1990 der Dollarkurs einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Wir haben den Dollarkurs inzwischen abgesichert. Die Währungsparität ist das einzige Risiko, das wir mit dem Airbus haben. Ansonsten gibt es überhaupt keine Probleme. Die Firma ist im Kern gesund, das Flugzeug akzeptiert und technische Weltspitze.

SPIEGEL: Die Milliarden-Subventionen, die Bonn für den Airbus bewilligt, wollen Sie nicht zurückzahlen?

SCHREMPP: Natürlich zahlen wir zurück. Es gibt zwei Arten der Rückzahlung, die eine hängt von den Stückzahlen ab, die andere vom Ergebnis. Das heißt ganz klar, wir zahlen jetzt schon zurück und werden von diesem Jahr an noch mehr zurückzahlen.



Aerospace-Stand in Le Bourget: „Wir sind enorm weit gekommen"

SPIEGEL: Vorausgesetzt, der Dollarkurs . . .

SCHREMPP: . . . den Dollarkurs federn wir auch dadurch ab, daß wir immer mehr Arbeitspakete in den Dollarraum verlagern. Es gibt Fälle, da steckt im Airbus bereits ein höherer US-Arbeitsanteil als in einem Flugzeug von Boeing oder McDonnell Douglas. Aber wir müssen natürlich auch unsere Produktivität steigern. Ein gutes Stück sind wir schon vorangekommen. Früher machten wir erst bei einem Dollarkurs von 2,30 Mark Gewinn. Heute liegt diese Schwelle bereits bei 1,70 Mark. Sie sollten unser Management bei der Deutschen Airbus zu dieser großartigen Leistung beglückwünschen.

SPIEGEL: Jetzt tun Sie wieder so, als erhielten Sie überhaupt keine Staatshilfe.

SCHREMPP: Sie wissen vielleicht, daß die EG gerade untersuchen läßt, wie die europäische Flugzeugindustrie im Vergleich mit der amerikanischen und der japanischen gefördert wird. Die große Unbekannte in diesem Spiel ist doch die indirekte Unterstützung. Wenn zum Beispiel eine US-Firma einen großen Auftrag von der Raumfahrtbehörde Nasa erhält, profitiert davon auch der zivile Flugzeugbau der Firma. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsvorteil.

SPIEGEL: Der Bau von Verkehrsmaschinen ist also ohne staatliche Hilfe gar nicht möglich?

SCHREMPP: Wenn die Industrie in der ganzen Welt privatwirtschaftlich organisiert wäre und weder direkte noch indirekte Hilfen der öffentlichen Hand bekäme, dann bräuchten wir keine Unterstützung. Aber da dies nicht so ist, müssen eigentlich nur die Spielregeln klargelegt werden. Es müssen gleiche Bedingungen für alle herrschen. Und zwar auf der ganzen Welt.

SPIEGEL: Der Weltmarktführer im Flugzeugbau, die US-Firma Boeing, verdient vor allem an seinem Großraumflugzeug Boeing 747. Wann werden die Europäer dieses Monopol angreifen?

SCHREMPP: Das ist eine wichtige Frage. Boeing macht beim Verkauf der 747 erheblichen Gewinn. Mit einem Teil davon subventioniert Boeing dann den Verkauf seiner anderen Modelle.

SPIEGEL: Dagegen ist doch nichts zu sagen.

SCHREMPP: Nein, natürlich nicht, aber wir müssen etwas dagegen tun, um unsere Wettbewerbsposition zu verbessern. Das ist strategisch ungeheuer wichtig.

SPIEGEL: Warum ist Airbus Industrie nicht früher auf diese Idee gekommen?

SCHREMPP: Es ging nicht schneller. Die Airbus-Familie mußte erst einmal von unten her aufgebaut werden. Außerdem haben wir gar nicht das Geld, um alles gleichzeitig zu machen.

SPIEGEL: Wollen Sie einen großen Airbus bauen, der etwa der Boeing 747 entspricht, oder planen Sie ein noch größeres Flugzeug?

SCHREMPP: Das untersuchen wir zur Zeit. Wir überlegen, ein Flugzeug mit 700 bis 800 Sitzen zu bauen, vielleicht sogar mit bis zu 1000 Sitzen. Wir müssen uns dann allerdings fragen: Können die Flughäfen mit so einem Riesenvogel umgehen? Wie bringt man die Menschen ins Flugzeug rein und wieder raus? Wie lange dauert es, bis das Gepäck entladen ist? Vor allem muß aber die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden. Und hier stellt sich die Frage, ob eine Kooperation mit den Amerikanern Sinn machen würde.

SPIEGEL: Wann könnte denn der Super-Jumbo fliegen?

SCHREMPP: Da gibt es unterschiedliche Meinungen. Airbus Industrie glaubt, schon im Jahr 2000, ich gehe davon aus, daß er erst nach dem Jahre 2000 fliegen wird. Aber die Vorentscheidung könnte schon im nächsten Jahr fallen.

SPIEGEL: Haben Sie eigentlich noch vor, das locker organisierte Airbus-Konsortium in ein straff geführtes Unternehmen umzuorganisieren?

SCHREMPP: Wir arbeiten hart daran. Das ist aber nicht in einem Jahr zu schaffen. Ich gehe davon aus, daß wir mittelfristig eine Lösung haben. Es wäre zum Beispiel eine schöne Sache, wenn Airbus Industrie die erste Gesellschaft europäischen Rechts würde, dies ist allerdings keine Voraussetzung. Übrigens haben wir das nicht nur vor, das ist ein klarer Auftrag der zuständigen Minister an alle Airbus-Partner, der auch von allen akzeptiert wurde.

SPIEGEL: Und diese Gesellschaft hätte dann ihren Sitz in Toulouse?

SCHREMPP: In Toulouse, in Paris oder sonstwo, das ist für uns nicht relevant. Wichtig ist, daß das Management nicht nur verantwortlich ist für Umsatz, Marktanteile und Stückzahlen, sondern auch für die Kostenseite und damit für das Ergebnis.

SPIEGEL: Haben Sie erwartet, daß Ihr Job bei der Deutschen Aerospace so schwer würde?

SCHREMPP: Ich muß zugeben, daß ich vor zwei Jahren relativ wenig über Luft- und Raumfahrt gewußt habe. Und es gab sicher ein paar Erfahrungen, die anders waren, als ich sie mir selbst vorgestellt hatte. Aber ich muß auch sagen: Es macht unglaublich viel Spaß, gerade weil die Herausforderungen so groß sind.

SPIEGEL: Herr Schrempp, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Jäger 90 (Modell): „Kein Flugzeug ist besser und billiger"

Konzerne

Nicht als Eroberer

Der Daimler-Konzern braucht einen Partner für seine Service-Tochter Debis. Die Verbindung ist teuer und riskant.

Sie hatten keine Mühe gescheut, um das Projekt unter dem Decknamen „Charles" erfolgreich abzuschließen. Seit gut einem Jahr flogen Experten des Daimler-Konzerns immer wieder nach Paris, um über „Charles" zu verhandeln. Als schließlich alles perfekt war, zeigten sich die Daimler-Leute von erstaunlicher Bescheidenheit.

Nicht Konzernchef Edzard Reuter und nicht sein Vorstandskollege Manfred Gentz standen im Mittelpunkt, als sie in der vergangenen Woche im Pariser Hotel Ritz ihren Erfolg präsentierten: den Einstieg bei der französischen Software-Firma Cap Gemini Sogeti. Der Held des Tages war Serge Kampf, Chef und bisher Haupteigentümer der Cap Gemini.

Geradezu überschwenglich pries Reuter seinen neuen Geschäftspartner als einen „großartigen Unternehmer, den

Weitsicht und Entschlossenheit auszeichnen". Reuters Kollege Gentz war ebenfalls des Lobes voll: „Wir sind froh, einen Partner gefunden zu haben, der uns an seinen langen Erfahrungen und seinem methodischen Know-how partizipieren läßt."

Cap Gemini macht mit 20 000 Beschäftigten rund drei Milliarden Mark Umsatz. Die Software-Firma, Europas größte, bietet Hilfe in allen Fragen an, bei denen Unternehmen im Bereich Computer überfordert sind. Sie schreibt Programme, schult Leute oder übernimmt den Betrieb der vertrackten Geräte.

Zum stolzen Preis von rund einer Milliarde Mark hat der Daimler-Konzern 34 Prozent an der Muttergesellschaft des größten europäischen Software-Anbieters erworben. Mitte der neunziger Jahre könnten die Stuttgarter, wenn alles gutgeht, für eine weitere Milliarde Mark die Mehrheit an der Dachgesellschaft übernehmen.

Daß die Daimler-Manager ihren französischen Freund mit lobenden Worten und viel Geld umwerben, ist verständlich. Reuter und sein Konzern sind auf die Hilfe des High-Tech-Experten angewiesen. Die Deutschen kämen nicht als Eroberer, sagte Reuter in Paris; sie suchten eine Partnerschaft und würden „in mancher Hinsicht Lernende sein".



Partner Reuter, Kampf: Im Zweifel den Notausgang

Der Daimler-Benz-Chef wollte mit seinem Konzern nicht länger nur vom Autogeschäft abhängig sein. Bereits in den vergangenen Jahren kaufte Daimler in schneller Folge den Turbinenhersteller MTU, die Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen Dornier und MBB und den Elektrokonzern AEG.

Auch im einträglichen Finanz- und Informationsverarbeitungsgewerbe wollen die Daimler-Manager nun dabeisein. Das Geschäft soll die neue Dienstleistungstochter Debis (Daimler-Benz Interservices AG) besorgen, der Partner für die Franzosen. Chef der Debis ist Daimler-Vorstand Gentz.

Der erst vor einem Jahr gegründete Firmenableger umfaßt alle Rechenzentren und Serviceabteilungen des Konzerns. Hauseigene und fremde Kunden können bei der Debis Autos und Flugzeuge leasen, Versicherungen kaufen oder maßgeschneiderte EDV-Programme bestellen.

Noch in diesem Jahr will die Dienstleistungstochter ihre Gesamtleistung um 35 Prozent auf 6,2 Milliarden Mark steigern. Besonders stark soll das Geschäft mit Software-Programmen wachsen.

Doch der Neuling hat gegenüber etablierten Konkurrenten wie der General-Motors-Tochter EDS oder IBM einen schweren Stand. Die Daimler-Strategen sind nach Ansicht von Branchenkennern viel zu spät ins Software-Geschäft eingestiegen, es fehlt die Erfahrung.

Kunden und Kenntnisse will sich die Daimler-Tochter deshalb auf dem einfachsten Weg beschaffen: Die reichen Nachzügler kaufen systematisch größere und kleine Konkurrenten auf.

Vor knapp einem Jahr übernahmen die Stuttgarter das Hamburger Software-Haus Curadata. Der EDV-Spezialist beliefert Steuerberater und Wirtschaftsprüfer mit maßgeschneiderten Computerprogrammen.

Kurz darauf erwarben die Schwaben den Münsteraner Logistikexperten Orga-Soft. Auch den europäischen Zweig des US-Beratungsunternehmens Diebold wollen sich die Schwaben demnächst einverleiben.

Gefahrlos ist diese Einkaufsstrategie nicht. Je mehr Unternehmen sich die Debis angliedert, desto schwieriger ist das unübersichtliche Firmenkonglomerat zu führen. Viele Mitarbeiter murren schon jetzt.

Mancher Angestellte aus den früheren AEG- und MBB-Rechenzentren wäre lieber bei seiner angestammten Firma geblieben. Viele von ihnen betrachten die Kollegen der Schwesterunternehmen im Konzern noch immer als Konkurrenten.

Andere Arbeitnehmer klagen, die Dienste der hauseigenen Servicetochter wären zu teuer. Da ist durchaus was dran. Den Debis-Spezialisten fehlen oft Detailkenntnisse über bestimmte Bereiche des Konzerns. Aufgaben, die in den Abteilungen früher quasi nebenher erledigt wurden, müssen sie deshalb oft gegen Honorar an externe Berater vergeben.

Trotzdem dürfen AEG- oder MBB-Mitarbeiter die Debis – zumindest vorerst – nicht übergehen. Auf diese Weise will der Vorstand die neue Tochter aufpäppeln.

Firmen, mit denen die Debis gern ins Geschäft kommen würde, winken dagegen oft ab. Zulieferer und Konkurrenten haben Angst, die Daimler-Manager könnten über die Debis allzu tiefe Einblicke in Firmeninterna gewinnen.

Durch den Einstieg bei Cap Gemini handeln sich Reuter und Debis-Chef Gentz nun neue Probleme ein. Viele Spezialisten des französischen Software-Hauses fürchten, die Schwaben könnten in ihrem Unternehmen allzu mächtig werden und die angestammte Kundschaft verprellen. Wandert aber ein Teil der hochqualifizierten Techniker und Computerexperten ab, sinkt der Wert der Daimler-Neuerwerbung rapide.

Den Debis-Chef scheinen solche und andere Risiken wenig zu stören. Der ehemalige Personalvorstand der Daimler-Benz AG will sich und seinen Vorstandskollegen beweisen, daß er die Debis zu einem schlagkräftigen Unternehmen ausbauen kann. „Uns Personalleuten", klagt Gentz, „trauen viele Kollegen so etwas ja nicht zu."

Ob seine Pläne mit Hilfe der Franzosen aufgehen, ist nicht sicher. Ist Kampf mit der Zusammenarbeit nicht zufrieden, kann er den Partnern die Mehrheit an seiner Muttergesellschaft verweigern. Mit einer Minderheitsbeteiligung aber haben die Stuttgarter auf Dauer zuwenig Einfluß auf die Geschäftspolitik.

Der neue Partner will offenbar keine Möglichkeit ausschließen. Die Zusammenarbeit mit Daimler-Benz, meinte Kampf vergangene Woche in Paris zur Verblüffung der Daimler-Leute, sei doch wie ein gemeinsamer Kinobesuch: „Wenn der Film schlecht ist oder ein Feuer ausbricht, kann man immer noch den Notausgang benutzen." ◄



Wer bei uns spielen sollte, und wer es lieber lassen sollte . . .

Wer sein Geld sicher anlegen will, der ist bei einer Bank ganz bestimmt am besten aufgehoben. Wen in erster Linie die Sicherheiten interessieren, der braucht von hier ab gar nicht weiterzulesen.

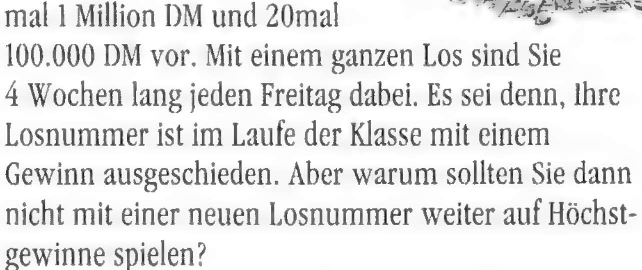
▶ Wer mehr will, setzt sein Geld anders ein, z. B. in einem Gewinnspiel. Wer mehr will, riskiert natürlich auch mehr. Der Einsatz kann verloren gehen.

NEU! Jetzt jeden Freitag 2mal 1 Million. Und 20mal 100.000 DM.

▶ Aber wir bieten Ihrem Glück gute Bedingungen. *Unsere Auflage ist auf 1.400.000 Losnummern begrenzt, die Gewinne sind laut Gewinnplan der Höhe nach fest, und die Chancen auf diese Gewinne sind von vornherein bestimmt.*

▶ Und wenn der niedrigste Gewinn mindestens so hoch wie der Lospreis ist, stehen die Chancen gut, den Einsatz mindestens wieder einzuspielen.

▶ 140 DM je Klasse für ein ganzes Los sind das Spielkapital, mit dem Sie bei der Nordwestdeutschen Klassenlotterie gute Aussichten auf stattliche Hauptgewinne haben. Dieser Einsatz gilt für jeweils 4 Ziehungen, wenn Sie von Anfang an mitspielen.



▶ Vom 1. Spieltag an sieht der Gewinnplan zweimal 1 Million DM und 20mal 100.000 DM vor. Mit einem ganzen Los sind Sie 4 Wochen lang jeden Freitag dabei. Es sei denn, Ihre Losnummer ist im Laufe der Klasse mit einem Gewinn ausgeschieden. Aber warum sollten Sie dann nicht mit einer neuen Losnummer weiter auf Höchstgewinne spielen?

▶ Sie haben ja doch weitergelesen. Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit! Und wie ist Ihre Meinung? Finden Sie jetzt nicht auch, daß bei uns jeder mitspielen kann?

Am 27. September geht's los! Sie können es miterleben: Die Million-Ziehung jeden Freitagabend bei **RTL plus!**

▶ Sie möchten noch mehr über uns wissen? Dann schreiben Sie uns:

Nordwestdeutsche Klassenlotterie
Lotterie-Direktion
Überseering 4 · 2000 Hamburg 60

▶ Sie fühlen sich bestens informiert? Dann nehmen Sie Ihr Glück gleich in die Hand:

Die Losbestellung zum Nulltarif!
Rufen Sie einfach an:

0130 - 82 80 81

Damit nutzen Sie alle Chancen von Anfang an.

▶ Ihre Spielmöglichkeiten:

Ein ganzes (1/1) Los	DM 140	Ein Viertellos (1/4)	DM 35
Ein halbes (1/2) Los	DM 70	Ein Achtellos (1/8)	DM 17,50

Die Preise gelten – bei Teilnahme von der 1. Klasse an – je Klasse jeweils zuzüglich 1,90 DM für die Amtliche Gewinnliste einschließlich Porto.



„Das war der Tod persönlich"

SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben über den größten Chemie-Versuch an Menschen und seine Folgen (I)

Zu erzählen ist eine häßliche, verschlungene, lange Geschichte. Sie beginnt im Jahr 1956. Wann sie enden wird, weiß niemand.

Sie verbindet auf unangenehme Weise drei Menschen: Co Thi Ren, Lehrerin in der vietnamesischen Provinz Song Be, vor kurzem an Krebs erkrankt; Michael Landesman aus New York, früher Lieutenant der U. S. Army, jetzt an Krebs leidend; und Harri Garbrecht, Hamburg, ehemals Arbeiter in der T-Säure-Produktion von C. H. Boehringer Sohn, seit längerem besorgt über starke Halsschmerzen.

Drei US-Präsidenten sind in die Geschichte ebenso verwickelt wie 35 000 amerikanische Kriegsveteranen und 1500 deutsche Arbeiter; vor allem aber sieben Chemie-Firmen aus zwei Ländern.

Die lange Geschichte streift die Karriere von Richard von Weizsäcker, in den sechziger Jahren Geschäftsführer des Chemie-Unternehmens C. H. Boehringer Sohn, seit 1984 Bundespräsident.

Zu erzählen ist die seltsame Karriere der giftigsten Chemikalie, die Menschen je geschaffen haben.

Manchmal, wenn Harri Garbrecht ruhig vor dem Fernseher sitzt, merkt er, daß irgendwo am Körper etwas wächst. Mal am Oberschenkel, mal am Gesäß, mal am Rücken. „Gleich wird's dick", sagt sich der 54jährige dann, tastet vorsichtig die Stelle ab. Dick.

Eine pflaumengroße Geschwulst wird daraus, das weiß Garbrecht inzwischen. Siebenmal hat er sich solche Tumore schon wegschneiden lassen.

Sein Hautleiden ist hartnäckiger; trotz chemotherapeutischer Behandlung wird langsam aber sicher Hautkrebs daraus.

Die dicken schwarzen Pickel hat er noch länger, schon seit über 20 Jahren. „Da kommen ja Würmer raus", sagen seine Enkelkinder, wenn er sie auf den Arm nehmen will, „zu dir wollen wir nicht."

Seit wann er den Tumor in der Nebenniere hat, weiß Garbrecht nicht genau. Er macht ihn aber verantwortlich für die Anfälle von Todesangst, die ihn drei- bis viermal im Monat packen. Das sind Adrenalinschübe der geschädigten Nebenniere, hat man ihm erklärt. Garbrecht muß dann raus auf die Straße, oder seine Frau holt den Notarzt.

Wegen Garbrechts starker Herzrhythmusstörungen zögern die Ärzte, den Tumor herauszuschneiden.

Gleichgewichtsstörungen hat Garbrecht regelmäßig, gelegentlich sieht er alles doppelt.

Er trinkt nicht, er raucht nicht. Er hat die Figur eines kanadischen Holzfällers und das Phlegma einer deutschen Eiche. Die meiste Zeit sitzt Garbrecht still auf der Couch und wartet darauf, „welcher Teil meines Körpers als nächster dran glauben muß".

Wehleidig kann man ihn schlecht nennen: Wenn der Arzt ihm hin und wieder an der Haut herumschneidet, will Garbrecht keine Spritze. Der Schmerz gehöre zum Leben, der störe ihn nicht, sagt er, die Ungewißheit sei viel schlimmer.

Er komme sich vor wie einer aus dem Monsterfilm, sagt Garbrecht grinsend, „wie so ein gutmütiges Ungeheuer, in das schlimme Mächte eingedrungen sind".

Seit neuestem sieht er den Hals attackiert. Starke Schmerzen trieben ihn zum Arzt. „Leukoplakie", hieß es, mögliches Vorstadium für Kehlkopfkrebs. „Bald lauf' ich so rum wie der Voß."

Joachim Voß ist ein früherer Arbeitskollege von Harri Garbrecht. Wo bei anderen der Adamsapfel rauf und runter hüpft, hat Voß ein Loch, so groß wie ein Fünfmarkstück.

Wenn die Ex-Kollegen beieinander stehen, kommen sie sich vor wie Exponate eines Krebs-Kolloquiums: Noch einer hat Kehlkopfkrebs; ein anderer kann gleich drei verschiedene Tumore vorzeigen. Des weiteren: ein Mundbodenkarzinom, ein Prostatakarzinom, ein Non-Hodgkin-Lymphom, zwei Harnblasenkarzinome, ein Dickdarm- und ein Rektumkarzinom, zweimal Hautkrebs, ein Hirntumor. Fünf Kolleginnen haben Mammakarzinome. Das sind die Kollegen, die noch leben.

115 sind an Krebs gestorben. Alle waren wie Harri Garbrecht bei C. H. Boehringer Sohn in Hamburg beschäftigt.

23 Kollegen haben Selbstmord begangen.

Ein Mann aus seiner Abteilung, sagt Garbrecht, sei verrückt geworden. „Ich weiß nicht, ob der noch lebt." Dem habe man in der Klinik Geschwulste auf dem Rücken aufgeschnitten. „Wie Puffmais sprangen die auf, als würden da so kleine Monster rauskommen."



Dioxin-Kranker Garbrecht: „Da kommen ja Würmer raus,

Dioxin-Kranke Co Thi Ren: „Flugzeuge, die Wolken sprühten"



zu dir wollen wir nicht"



Dioxin-Opfer in Vietnam: 91 Millionen Kilogramm Gift

Dieser Arbeiter hatte jahrelang die weiße, grießförmige T-Säure in Säcke abgefüllt. Er stand ganz am Ende des langen Produktionsprozesses bei Boehringer. „Der war ewig voller Staub", sagt Garbrecht, „voll mit weißem Staub."

Harri Garbrecht arbeitete in den ersten drei Jahren seiner Boehringer-Zeit ganz vorn im Produktionsprozeß, in der „Lindan"-Abteilung. „Lindan" ist der harmlose Name für einen Insektenkiller, eine Chemikalie, die dadurch entstand, daß Garbrecht und seine Kollegen Chlor und Benzol zusammenmixten und starkem UV-Licht aussetzten.

Weil dabei 86 Prozent als Abfall anfielen, wurden die Reste im „Zersetzer"

auf 250 bis 280 Grad erhitzt, zur Weiterverwendung. Hier arbeitete Joachim Voß. „Eichmann-Haus nannten wir die Abteilung“, sagt er mit metallischer Computerstimme. Er muß ein Mikrofon an den Hals drücken, wenn er sprechen will. „Die Gase nahmen einem die Luft.“ Voß mußte regelmäßig in die Öfen kriechen, um die Rückstände von den Wänden zu schlagen. Trotz Schutzmaske hielt das keiner länger als 15 Minuten aus. Nach vier Monaten bekam er dicke schwarze Pickel unter den Augen. „Guck uns doch an“, beruhigten ihn seine Kollegen, „die hat doch jeder hier.“

Die honigartige Delta-Paste, ein Abfallprodukt, landete in Fässern. „Wenn du da nur die Haut drüberhieltest, verätzte die schon“, knarrt Voß, wie ein kaputter Teddybär. „Das war der Tod persönlich.“

Andere Abfälle wurden in der T-Säure-Station weiterverarbeitet, dort, wohin Harri Garbrecht nach drei Jahren versetzt wurde. Zusammen mit fünf Kollegen kippte er in Kessel, die so groß waren wie sein halbes Wohnzimmer, Monochloressigsäure und Natronlauge zu der aus Voß' Abteilung herübergepumpten Phenolatlauge. Das Gemisch wurde auf 157 Grad erhitzt und kochte einige Stunden. Gegen die ständigen Kopfschmerzen konnten die Arbeiter sich beim Pförtner Tabletten holen, zwei pro Schicht.

Die Arbeiter trugen nur normale Arbeitskleidung, sie hatten keine Schutzanzüge. „Wenn kleine Spritzer aus dem Kessel auf die Haut kamen, brannte das förmlich durch“, sagt Garbrecht. Er bekam nicht nur die Pickel, er magerte auch ab und fand kaum noch Schlaf.

„An der Niere oder der Leber hatte immer einer von uns was, da hatte man sich dran gewöhnt.“ Wer beim Werksarzt klagte, bekam zu hören, da liege wohl ein Alkoholproblem vor. Wenn die dikken Eiterbeulen aufgeschnitten wurden, verbreitete sich im Zimmer ein stechender Geruch.

Der Betriebsrat versuchte hin und wieder, bei der Hamburger Werksleitung eine Verbesserung der frühindustriellen Arbeitsbedingungen zu erreichen. Doch die verwies an die Konzernleitung von C. H. Boehringer Sohn in Ingelheim, die dortige Personalstelle sei auch für Hamburg zuständig. „Wir waren mit den Dingen bei uns im Werk nicht zufrieden“, gab ein Betriebsratsmitglied später zu Protokoll. „Wir wollten, daß ein Sicherheitsingenieur aus Ingelheim sich die Verhältnisse in Hamburg anguckt.“

In der Geschäftsleitung der Ingelheimer Konzernzentrale war für Personal und Soziales seit 1962 ein nicht mehr ganz junger Mann verantwortlich, von dem man heutzutage gemeinhin glaubt, er sei weißhaarig im Schloß Bellevue zur Welt gekommen. Einen Monat nach Harri Garbrecht hatte der Jurist und Bankier Richard von Weizsäcker seine Arbeit bei Boehringer aufgenommen.

Beide waren über persönliche Kontakte zum Chemie-Unternehmen gekommen. Der arbeitslose Former Garbrecht hatte von einem Kollegen gehört, daß das Hamburger Werk dringend Arbeiter suche, gut bezahle, ein billiges Mittagessen biete, das Arbeitszeug stelle und Weihnachten sogar Pakete an die Kinder seiner Beschäftigten verteile.



Boehringer-Zentrale in Ingelheim/Rhein:



Ehemaliges Boehringer-Werk in Hamburg: „Bewußtes Täuschen der Behörden“

Den Bankier Weizsäcker gewann der Firmenchef Ernst Boehringer persönlich für das Unternehmen. Über das Gehalt und die Sozialleistungen ist nichts bekannt, wohl aber, daß der neue Mann fortan als Mitinhaber im Handelsregister geführt wurde. Weniger die beruflichen Erfolge des Bankiers – ihm gelang es, erstmalig in der Geschichte der kleinen Essener Privatbank Waldthausen einen Schalterbetrieb zu eröffnen –, sondern mehr die traditionell guten Beziehungen zwischen den beiden Familien hatten den Chemieboß auf Richard von Weizsäcker gebracht.

Ernst Boehringer herrschte in dem 4000-Mann-Betrieb wie ein Patriarch und suchte in Richard von Weizsäcker ein intellektuelles Pendant. Das Herz-Kreislauf-Mittel Catapresan, den Wehenhemmer Partusisten und andere Medikamente, aber auch Backpulver und Unkrautvertilger produzierte der Betrieb.

„Goldgerändertes Familienunternehmen“ nannte das *Handelsblatt* seinerzeit den Konzern, und wie in jeder ordentlichen Familie achtete man im Hause Boehringer auf Disziplin und Sauberkeit: In den fünfziger Jahren stand der Seniorchef noch persönlich am Tor, um Verspätete nach Hause zu schicken; in den unruhigen Sechzigern flogen aufbegehrende Jugendvertreter raus, und bei Einstellun-



„Oettel/BASF beeinflussen, um ihn von einer Veröffentlichung abzuhalten"

gen war immer die Abstammung wichtig: „Als wohl einziger Großbetrieb in der Bundesrepublik beschäftigt Boehringer keine ausländischen Arbeitskräfte", schrieb 1970 die *Frankfurter Allgemeine.*

Personalvorstand Richard von Weizsäcker wurde schnell der engste Vertraute Ernst Boehringers, zu seiner Freude, zum Verdruß allerdings von dessen ehrgeizigen Nachkommen. Denen traute der Patriarch nicht zu, sein Werk fortzusetzen.

Boehringer, ein Industrieller alter Schule, so ehrgeizig wie phantasievoll, wenn es darum ging, den Umsatz zu mehren und Schaden vom Unternehmen zu halten, hatte in den Nachkriegsjahren Auslandsmärkte für die Arzneimittel der Firma erschlossen, aber auch die Entwicklung neuer Pflanzenschutzpräparate vorangetrieben.

Am 29. Oktober 1956 diktiert Ernst Boehringer seiner Sekretärin einen folgenschweren Brief. Er ist an die Mediziner seines Hauses gerichtet, Durchschlag an die Vorstandsmitglieder.

Richard von Weizsäcker sitzt zu dieser Zeit noch in der Rechtsabteilung der Mannesmann AG. Harri Garbrecht arbeitet als Former in einer Eisengießerei, bei bester Gesundheit, ohne Pickel und Depressionen. Michael Landesman ist ein fleißiger amerikanischer Schuljunge von 13 Jahren. Die zweijährige Co Thi Ren verbringt den Tag auf dem Arm ihres älteren Bruders, wenn der nicht gerade den Eltern im Reisfeld helfen muß.

Boehringer diktiert: „Wie schon zum Ausdruck gebracht, bitte ich, von einer Publikation der in der Arbeit Kimmig, Schulz und Sorge niedergelegten Erkenntnisse abzusehen." Kimmig und Schulz sind Ärzte an der Hautklinik des Hamburger Universitätskrankenhauses, Sorge ist Abteilungsleiter im Hamburger Boehringer-Werk. „Darüber hinaus halte ich es für erforderlich", fährt Boehringer fort, „daß der Bericht auch im eigenen Kreis vertraulich behandelt wird und nicht benötigte Exemplare der Arbeit zurückgezogen werden."

Der Bericht, dem Boehringers Sorge gilt, enthält eine wissenschaftliche Sensation. Die drei Wissenschaftler haben eine neue chemische Verbindung entdeckt, genauer gesagt, die tödliche Giftigkeit einer Verbindung, noch genauer: Sie haben die giftigste Chemikalie entdeckt, die Menschen je in die Welt gesetzt haben.

Die Geschichte dieser Entdeckung ist ebenso spannend wie abstrus.

Bereits seit der Aufnahme der Lindan-Produktion in den Boehringer-Werken Ingelheim (1946) und Hamburg (1951) klagen die Arbeiter über Pickel und Geschwüre, Potenzstörungen und Schlaflosigkeit. 1954 landet ein Erkrankter in der Hautklinik der Universität Hamburg. Der Assistenzarzt Karl-Heinz Schulz diagnostiziert eine schwere Chlorakne, eine seit der Jahrhundertwende bekannte Hautkrankheit unbekannter Herkunft.

Schulz setzt sich in die Straßenbahn und fährt mit dem Patienten an seinen Arbeitsplatz, die T-Säure-Abteilung des Boehringer-Werkes. Der Arzt trifft in der düsteren Halle auf eine Schar schwer pickelgesichtiger Männer, die schuppiges Trichlorphenol aus Fässern in einen Kessel schaufeln.

Schulz nimmt Proben aus allen möglichen Stufen des Produktionsprozesses mit und streicht diese Stoffe Dutzenden von Kaninchen auf deren sensible Ohren. Er will wissen, ob die Tiere Chlorakne bekommen und wo im Produktionsprozeß das Gift entsteht.

76 verschiedene Substanzen aus Ingelheim und Hamburg hat Schulz schließlich seinen Tieren aufgetragen, über die Hälfte erweist sich als giftig, ohne daß klar wird, welche chemische Verbindung in den verschiedenen Proben die Krankheit verursacht.

Wie giftig die geheimnisvolle Substanz ist, wird klar, als bei einem Treffen von Werksärzten ein Mediziner der BASF die Ergebnisse seiner Kaninchenversuche vorträgt. 1953 hatte es in der T-Säure-Produktion dieser Firma ein Unglück gegeben, das bei 42 Arbeitern schwere Hauterkrankungen verursachte.

Die eitrigen Furunkel seien aber nur die Anfangssymptome, berichtet der Werksarzt, die Kaninchen seien später an Lebernekrose verendet, selbst solche, „die nur im Käfig neben den Untersuchungstieren gesessen hatten".



Boehringer-Vorstand Weizsäcker (1964)
„Sind alle Lumpen?"

Auch bei 3 seiner 31 Boehringer-Patienten entdeckt Schulz inzwischen Leberschädigungen. 15 Monate nach der ersten Untersuchung sind die Arbeiter mit entzündeten Furunkeln übersät. Sie klagen über Appetitlosigkeit und Schwächegefühle.

Ein Zufall hilft Schulz schließlich weiter. Der Laborant des Reinbeker Instituts für Holzchemie erscheint mit schwerer Chlorakne in der Hautklinik. Auf der Suche nach einem neuen Holzschutzmittel hatte der Leiter des Instituts reines Tetrachlordibenzodioxin hergestellt, ohne zu ahnen, welches Ultragift er produzierte. Beim Öffnen des Trockenschrankes war dem Laboranten der weiße Staub ins Gesicht geweht.

Zusammen mit dem Boehringer-Chemiker Georg Sorge prüft Schulz die Stufen der Säureproduktion durch und entdeckt, daß bei der Verwandlung von 1,2,4,5-Tetrachlorbenzol zu 2,4,5-Trichlorphenol das hochgif-

tige 2,3,7,8-Tetrachlordibenzodioxin (TCDD) als Verunreinigung entsteht.

Eine Dosis von 0,00000005 Gramm reicht, um die Tiere in kurzer Zeit zu töten. Wenn Schulz ihnen das Dioxin stark verdünnt auf das Ohr streicht, bildet sich innerhalb von vier Tagen eitrige Chlorakne.

Um zu erfahren, ob es für den Menschen genauso giftig ist, pinseln sich Schulz und Sorge im Selbstversuch eine noch schwächere Lösung auf die Haut. Beide bekommen Chlorakne.

Besonders Sorge, Abteilungsleiter der T-Säure-Produktion bei Boehringer, ist in großer Aufregung. Er ahnt, mit welch tödlicher Substanz seine Arbeiter seit Jahren hantieren. „Ich leg' mein Labor ins Freie“, sagt er zu Schulz, als er neue Versuche ankündigt, „ich mach' das abends, wenn keiner da ist. Ich will hier keinen zur Hilfe haben, ich mach' das alleine mit dem Zeug.“ Sorge wird später Selbstmord begehen.

Firmenchef Ernst Boehringer hat ihm untersagt, seine Erkenntnisse über die Gefährlichkeit von Dioxin zu veröffentlichen. Am 17. Oktober 1956 läßt er dies dem Vorgesetzten von Schulz, dem Hautklinikleiter Professor Joseph Kimmig, mitteilen. Am 7. November schickt Boehringer dem Mediziner sogar zwei seiner Leute ins Haus, um Schulz ebenfalls zum Schweigen zu bringen.

Boehringer fordert obendrein den Leiter seiner medizinischen Abteilung auf, „in geeigneter Weise auch auf Herrn Professor Oettel/BASF Einfluß zu nehmen, um ihn von der Beschäftigung mit diesem Thema mit dem Ziele einer Veröffentlichung abzuhalten“.

Selbst an den erkrankten Laboranten aus dem Institut für Holzchemie denkt Boehringer. Er nutzt seine guten Beziehungen zur CDU, um den Dienstherrn des Bundesinstituts in das große Schweigen einzuspannen. Heinrich Lübke, damals noch Landwirtschaftsminister, untersagt dem Institut, öffentlich vor dem Dioxin zu warnen und die Substanz näher zu erforschen.

Chemiefirmen und Aufsichtsbehörden halten so dicht, daß die Öffentlichkeit erst im Juli 1976 durch das Unglück in Seveso von der bedrohlichen Substanz erfährt – 20 Jahre nach deren Entdekkung. Bis dahin sind allein im Hamburger Boehringer-Werk nach Berechnungen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses 100 Kilogramm von dem Gift in die Welt gesetzt worden, das schon in minimaler Dosis lebensgefährlich ist.

Bei Boehringer in Ingelheim wird die Trichlorphenol-Produktion wegen der Krankheiten eingestellt, in Hamburg läuft sie nach einer Unterbrechung weiter. Der Markt der fünfziger Jahre schreit nach den Produkten, die am Ende der gefährlichen chemischen Prozesse stehen. Neben dem Unkrautvertilger sind das auch Grundstoffe für Pharma- und Kosmetikmittel.

Durch die Senkung der Reaktionstemperatur versucht Boehringer, die Menge des dabei als Verunreinigung anfallenden Dioxins zu verringern. Die inzwischen behördlich vorgeschriebenen 150 Grad werden dennoch ständig überschritten, um bis zu 10 Grad, obwohl bekannt ist, daß sich der Dioxingehalt in der Phenolatlauge zwischen 145 und 155 Grad verzehnfacht.

Ein von der Geschäftsführung nach Hamburg entsandter Mediziner glaubt im Juni 1955 noch, daß durch „die Stellung werkseigener Unterwäsche . . . die Gefahr der Infektion wesentlich geringer“ sein würde.

Ein Jahr später warnt derselbe Mann ausdrücklich vor der Fortsetzung der T-Säure-Produktion. In einem Brief an den Vorstand verweist er auf „die Leberschädigungen, die bei fast allen Erkrankten nach den Hauterkrankungen aufgetreten sind“. Vor allem beunruhigen ihn „die Fälle, bei denen ernste Gesundheitsschäden aufgetreten sind, obwohl die Betreffenden mit der Fabrikation selbst gar nichts zu tun hatten“.

Das sind Arbeiter, die in der Abteilung nur stundenweise zu tun hatten. Die Krankenliste, die dem Vorstand vorliegt, ist ein Katalog des Elends: Gelenkschwellungen, Gelbsucht, Gehörstörungen, Leberschwellungen, Nervenstörungen, Extremitäten-Akne, totaler Haarausfall, Entzündungen der Lunge. Der Werksarzt schreibt, „daß es noch einige Jahre dauern wird, bis alle Erkrankten wieder voll einsatzfähig sind“.

Dennoch läuft die Produktion in Hamburg auf vollen Touren. Der Vorstand beruhigt sich damit, daß die Chlorakne bei den Arbeitern nach der Temperatursenkung zurückgeht.

Auch der regelmäßige Kaninchenohren-Test schafft den Verantwortlichen Erleichterung: Wenn die Tiere keine Chlorakne bekommen, kann es für Menschen auch nicht schädlich sein. Daß die Chlorakne nur ein Symptom der Dioxinvergiftung ist, wird dabei ebenso übersehen wie die Gewißheit, daß die Kaninchenohren resistenter sind als die menschliche Haut. Der Hamburger Werksleiter wird später einräumen: „Die Analytik jener Zeit war außerordentlich unvollkommen, wir sind durch Berge von Fehlaussagen durchgegangen.“

Auch als im Jahre 1961 der Hautarzt Schulz und zwei Kollegen in einer Untersuchung über die Boehringer-Arbeiter „psychopathologische und neurologische Spät- und Dauerschäden nach der Einwirkung von TCDD“ feststellen und unterstreichen, daß die Haut nur eine von vielen An-



Dioxin-Entdecker Kimmig, Schulz: Im

Dioxin-Kranker Hartung: „Mein Gehirn schrumpft langsam“

griffsflächen des Dioxins sei, führt das nicht zu einem Ende der T-Säure-Produktion.

Das Wort „Dioxin“ hört Harri Garbrecht seit Beginn seiner Arbeit bei Boehringer immer mal wieder. Auch von Dioxinmessungen bekommt er etwas mit. Von Chlorakne erzählen die pickligen Kollegen, aber die könne es nicht mehr geben, die Produktion laufe ja bei niedrigen Temperaturen. Der Werksarzt, den er auf seine schwarzen Punkte unter den Augen anspricht, beruhigt: Das könne keine Chlorakne sein, das Verfahren sei ja verändert.

Garbrecht und seine Kollegen nehmen den feinen Dioxinstaub über die Atemluft und die Haut auf. In täglich geringen Mengen zwar, aber da Dioxin gut fettlöslich ist, lagert es sich im Körper ab, summiert sich und wird innerhalb von sieben Jahren nur um die Hälfte wieder abgebaut.

Ein nicht bei Boehringer beschäftigter Mensch hat durchschnittlich 7 ppt Dioxin im Körper – das sind 0,000000007 Gramm je Kilogramm Körperfett. Bei einem an Dickdarmkrebs verstorbenen Arbeiter aus der T-Säure-Produktion wurden später 1100 ppt Dioxin gefunden, bei einem anderen 2252 ppt. Garbrecht wurde später, 14 Jahre nach dem Ende seiner Arbeit in der T-Säure-Abteilung, ein zehnfach überhöhter Dioxinwert attestiert.

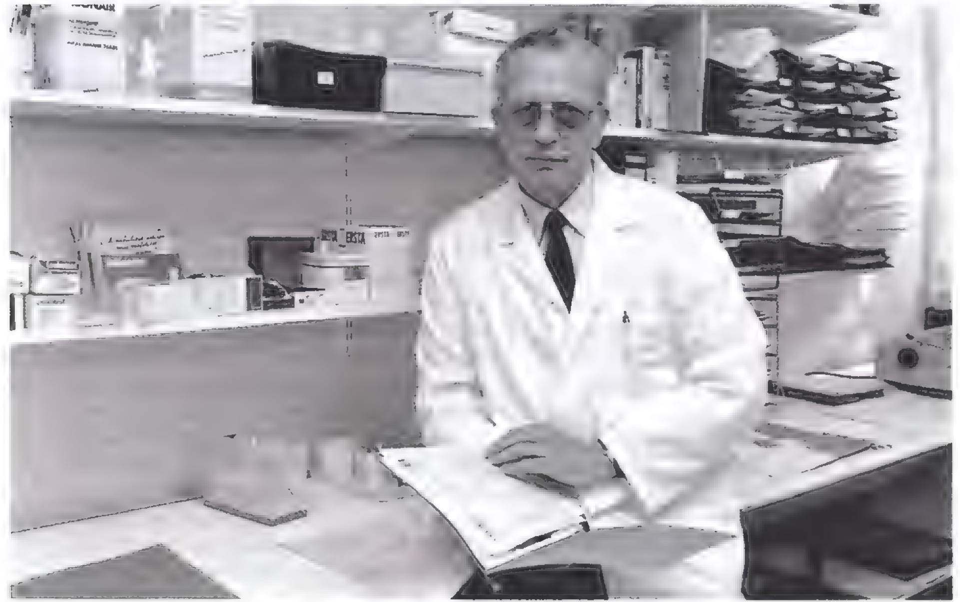
Über die Gefahren erfährt Garbrecht nichts, solange er bei Boehringer arbeitet. Harmlos wie Backpulver sei die T-Säure, wird ihm gesagt. Bei extremer Dampfentwicklung setzen die Männer an den Kesseln Gasmasken auf.

Doch den Gestank, den werden sie auch nach dem Duschen nicht los. Er verfolgt sie nach Hause, in den Kleingarten, auf Familienfeiern – alle rümpfen die Nase: „Was stinkt der muffig.“

Ein Vorstandsgesandter aus Ingelheim kehrt nach einem Tagesbesuch aus Hamburg so übelriechend zurück, daß er „noch drei Tage nach der Besichtigung ... auf diesen seltsamen Geruch von mehreren Kollegen beim Brot-Kongreß angesprochen“ wird.

Er schreibt in einer Aktennotiz: „Es ist wohl gerade in Hamburg nicht tragbar, daß die Arbeiter der Firma Boehringer bereits durch ihren unangenehmen Geruch, den sie verbreiten, als Boehringer-Arbeiter erkannt werden.“

In Harri Garbrechts Keller liegt heute immer noch ein handlicher Bleiklumpen, den er in den sechziger Jahren aus der T-Säure-Abteilung mitgehen ließ. Er benutzte ihn zum Gewichtheben, denn er war ein sportlicher Mann.


Tierversuch tödlich bei einer Dosis von 0,00000005 Gramm

Weil das Blei so stark roch, wusch er es, kochte es, schrubbte es, legte es in Methanol. Wenn er das Blei heute, 25 Jahre später, aus dem Plastiksack holt, stinkt es immer noch. Nach Mottenpulver. Ganz fürchterlich nach Mottenpulver. Hundertmal stärker habe es an seinem Arbeitsplatz gestunken, sagt er. „Wenn das Zeug es schafft, in Blei reinzukommen und sich dort festzusetzen, dann geht es doch durch meine Haut durch wie nichts.“

Die Dioxine durchdringen „ohne Hindernis die Blut-Hirn-Schranke und schädigen das Zentralnervensystem“, steht in einem der vielen Gutachten, die in Garbrechts Wohnzimmerschrank liegen. Im Falle des Patienten liege „eindeutig eine durch Dioxin-Exposition hervorgerufene neurologische Abnormität im Sinne eines toxischen neurasthenischen Syndroms vor“, schreibt einer der Ärzte, die Garbrecht bisher inspiziert haben.

Gedächtnisausfälle, Weinkrämpfe, Impotenz, Lethargie, Selbstmordtendenz – Harri Garbrecht durchlebt alle Symptome, die schon 1961 die Studie über Boehringers Dioxinkranke beschrieben hatte. Die Folgen eines Fahrradunfalls, bei dem er 1972 schwer stürzte, drücken zusätzlich aufs Gemüt.

„Mein Gehirn schrumpft ja langsam“ – so entschuldigt sich Garbrecht, wenn er mal wieder auf dem Weg zu einem seiner Ärzte vergessen hat, an welcher U-Bahn-Station er aussteigen muß. Garbrecht sei nicht mehr in der Lage, „Arbeiten von wirtschaftlichem Wert zu verrichten“, urteilte das Hamburger Sozialgericht.

Der Berufsunfähige verbringt den Tag damit, seine 21 Pillen zu schlucken und in seiner Parzelle Wildkraut zu zupfen. Bei Sonnenschein muß er allerdings aufpassen: Seine Haut verträgt das UV-Licht nicht mehr.

Gelegentlich schaut er in der Nachbarschaft bei Otto Harting vorbei, einem Boehringer-Kollegen und Leidensgenossen. Harting arbeitete von 1973 bis 1984 im Werk, er hat rund die Hälfte der Garbrechtschen Gebrechen. Auch sein Gehirn schrumpft, wie die Ärzte festgestellt haben, auch er ist apathisch, auch er darf nicht mehr an die Sonne.

Harting ist 90 Prozent schwerbehindert, braucht ständige Begleitung, nicht nur wegen seines „ataktischen Ganges“.

Seine Chromosomen sind kaputt. Zweimal hat seine Frau wegen festgestellter Mißbildungen des Embryos abtreiben lassen.

Schon während seiner elf Jahre bei Boehringer erkrankte Harting häufig. Alle zwei Monate war irgendwas. Kopf. Magen. Herz. Er arbeitete an offenen Kesseln.

Die Werksleitung machte sich Sorgen um ihn. Harting, der den Tag gewöhnlich regungslos im Sessel verbringt, erwacht aus seiner Gleichgültigkeit und erzählt im Ton seines besorgten Arbeitgebers: „Also, Herr Harting, nun hören Sie mal auf. Wo sollen wir Sie denn noch hinstellen, ewig sind Sie krank. Die Kollegen können doch nicht ewig für Sie mitarbeiten.“

Solche Klagen mußten sich viele Arbeiter anhören, und sie zeigten Wirkung. „Denn arbeiten bei Boehringer“, sagt Harting, „das war etwas Besonderes. Der Betrieb war wie eine große Familie, da arbeitete jeder für den anderen mit.“

Bereits bei Mannesmann, der ersten Station seiner Industriekarriere, hatte Richard von Weizsäcker Interesse für die Belange der Belegschaft gezeigt. Er saß als Jurist in der Personal- und Sozialabteilung.

Der Justitiar des Unternehmens, Günter Geißeler, hatte ihn dort untergebracht, weil der junge Mann während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse

seinen Vater Ernst von Weizsäcker so geschickt verteidigte. Günter Geißeler saß im Prozeß dem Schwerindustriellen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach zur Seite.

Weizsäcker und er als sein Vorgesetzter hätten beide schnell gemerkt, erinnert sich Geißeler im Buch „Richard von Weizsäcker. Profile eines Mannes“ an die gemeinsame Zeit in der Personalabteilung, daß der deutsche Arbeiter „sich in seiner Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft nicht vom deutschen Soldaten unterscheide“.

Beide waren während des Krieges Adjutanten eines Infanterieregiments gewesen. Das habe sie gleichermaßen geprägt, meint Geißeler: „Im Kriege hatten wir gelernt, daß Fürsorge für die Truppe eine der vornehmsten Aufgaben des Offiziers ist. Jetzt hatten wir Fürsorge für die Belegschaft zu üben. Das war eine sehr befriedigende Arbeit.“



Boehringer-Partner Dow Watkins (Neuseeland): „Den Stoff verbieten oder kontrollieren“

Bei Boehringer sei Richard von Weizsäcker durch großen Ehrgeiz und Zielstrebigkeit aufgefallen, sagt ein Jurist aus der damaligen Firmenspitze. Weizsäcker ist zu jener Zeit im sechsköpfigen Vorstand auch für die Rechtsabteilung verantwortlich, doch deren erfahrene Leiterin pflegt lieber das direkte Gespräch mit Ernst Boehringer, an ihrem neuen, strebsamen Vorgesetzten vorbei.

Gegenüber dem Leiter der Personalabteilung setzt sich Richard von Weizsäcker jedoch durch, die Personalprobleme gelangen über ihn in die wöchentlichen Sitzungen der Geschäftsführung. Arrogant den Untergebenen gegenüber, zäh um mehr Einfluß auf das Unternehmen ringend – so beschreiben Boehringer-Leute seinen Karrierestil.

Nur selten wird er in den Ingelheimer Betriebshallen gesehen. Das Hamburger Werk, die einzige Zweigniederlassung von C. H. Boehringer Sohn, betritt der Personalvorstand Weizsäcker nie.

Daß die Fürsorge für die Hamburger Werksfamilie mangelhaft ist, muß der Boehringer-Geschäftsführung klar sein. Als später die Delegation eines tschechischen Chemiebetriebes, in dem laufend Chlorakne auftritt, die hygienischen Bedingungen in der Hamburger T-Säure-Abteilung studieren möchte, wird das schamvoll abgelehnt. Die Vorstellung der Tschechen, „daß wir mit deutscher Gründlichkeit einen extrem sauberen Betrieb . . . betreiben, mußten wir enttäuschen“, heißt es im Besuchsbericht an den Vorstand.

„Die Pflanzen schützen, den Menschen nützen“ – nach dieser schönen Philosophie wird im Hause Boehringer produziert. Der Dreck, den die Familie dabei macht, wird sorgfältig vergraben.

Zunächst auf dem Werksgelände, solange sich noch ein freies Plätzchen in der Erde finden läßt. Dann wächst über der Erde langsam das „Delta“-Gebirge (Höchststand 1964: 3000 Fässer) und die „Alpha“-Halde (Rekordmarke 1965). Die Arbeiter und Anwohner nennen sie den „Mottenpulverberg“. Das weiße, stinkende Pulver fliegt bei starkem Wind durch die Nachbarschaft.

Weil es auf dem Firmengelände eng wird, läßt Boehringer Ende 1964 insgesamt 696 Fässer mit Delta-Paste im Atlantik verschwinden und beginnt gleichzeitig, Hamburgs Deponien zu verseuchen. Insgesamt 7600 Tonnen Chemieabfall, belastet mit etwa 15 000 Gramm TCDD, habe das Unternehmen abgekippt, stellt später ein Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft fest. 250 Gramm Dioxin haben in Seveso gereicht, um einen Landstrich von 270 Hektar zu entvölkern.

Die Hamburger Prüfer zählten nicht nur die Tonnen mit Dioxin, sondern untersuchten auch, was die Firmenleitung über deren Gefährlichkeit wußte. Im Urteil wird den Verantwortlichen „bewußtes Täuschen der Behörden“ bescheinigt. „So hat die Firma C. H. Boehringer Sohn, obwohl ihr das von ihren Abfällen ausgehende Gefahrenpotential bekannt war, es den nachfragenden Behörden stets vorenthalten.“

Der Werksleitung war immer klar, daß das Firmengelände verseucht war. In Geschäftspapieren finden sich viele Bemerkungen über dessen bedenklichen Zustand: Von vielen „Nestern“ im Boden ist die Rede, deren Giftigkeit „glücklicherweise nicht zur Kenntnis der Behörde gelangt“; von durchgerosteten Fässern und dem Auftrag an den Meister, „täglich zu kontrollieren, ob schon irgendwo Lauge ausläuft“.

Stark mit Dioxin verseuchte Ware schiebt die Firmenleitung in vollem Bewußtsein und aus Fürsorge für die Be-



Boehringer-Arbeiter Voß, Konzern-Chef

legschaft auf den Markt. Man habe noch „einen Posten 2,4,5-Trichlorphenol (chlorakneaktiv) von 4,7 Tonnen in Hamburg lagern", schreibt die Produktionsabteilung an das eigene Vertriebsunternehmen Cela. Da die gewieften Vertreter „früher eine Anzahl von Verkäufen einer derartigen Ware getätigt haben, halten wir es für möglich, daß sie den Posten an irgendeinen der damaligen Kunden absetzen können".

Wenn einer der Boehringer-Forscher beim Vorstand protestiert, weil Proben der Chlorphenolatlauge bei Kaninchen „schwere toxische Veränderungen an der Leber" hervorgerufen haben, muß der Chemiker hinnehmen, daß die hochgiftige Ware trotz solcher Warnungen bereits das Werk verlassen hat. „Wir machen eindringlich darauf aufmerksam", schreibt der Forscher ohnmächtig hinterher, „daß die erwähnte Charge im höchsten Grade auch für den Menschen als lebertoxisch gelten muß. Eine Verantwortung für Zwischenfälle kann von uns nicht übernommen werden."

Joachim Voß, der früher bei Boehringer den Zersetzer reinigte und jetzt nur noch per Mikrofon darüber sprechen kann, erfährt während seiner Jahre im Werk nichts über das Gift, das er von den Innenwänden der „Eichmann-Öfen" klopft.

Ihm fällt nur auf, daß sich seine dikken schwarzen Pickel vermehren und schließlich seinen Hoden erreichen. „Sei doch froh, daß das Gift irgendwo rauskommt", tröstet ihn der Werksarzt.

Der Personalvorstand Richard von Weizsäcker ist Mitte der sechziger Jahre noch kein grauhaariger Mann, aber die besorgten Magenfalten, die später im Gesicht des Präsidenten Ausdruck von stetigem Mitgefühl sein werden, haben sich schon formiert. Im sechsten Stock der Konzernzentrale, gleich neben dem Büro des Firmenvaters, tüftelt er mit Blick auf die Forschungslabors an den zukunftsweisenden Entscheidungen des Unternehmens. Er hat auch die Leitung der Stabsabteilung übernommen. „Ernst Boehringer übergab ihm Sonderaufgaben, die er bis zur Entscheidungsreife bearbeitete", sagt ein Mann aus der damaligen Firmenspitze.

Im biographischen Standardwerk „Richard von Weizsäcker" von Werner Filmer und Heribert Schwan wird die Entwicklung des Personalvorstandes zum Co-Strategen des Unternehmens so beschrieben: „Dem leidenschaftlichen, impulsiven Unternehmer Boehringer bot Weizsäcker eine Art Korrektiv für unzählige neue Geschäftsideen. Keine wichtige Unternehmensentscheidung fiel ohne Weizsäckers Einwilligung."

Boehringers Interesse gilt Anfang der sechziger Jahre vor allem den Auslandsmärkten. In Frankreich, selbst in Japan ist das Unternehmen schon recht erfolgreich, im wichtigen Absatzmarkt USA aber vertritt noch der Schweizer Konzern Geigy die Ingelheimer Interessen. Der wagemutige Boehringer und sein Gegenpart Weizsäcker suchen nach Partnern im amerikanischen Markt.

Dow Chemical ist das zweitgrößte Chemie-Unternehmen der Vereinigten Staaten, und als sich die Firma Ende 1964 wegen ständiger Chlorakne-Probleme in der Belegschaft an den deutschen Chlorakne-Kenner wendet, sagt Boehringer Unterstützung zu.



Boehringer: „Sei doch froh, daß das Gift irgendwo rauskommt"

Schon 1956, als der Öffentlichkeit die Entdeckung des hochgiftigen Dioxins verheimlicht wurde, hatten die Deutschen die Chlorphenol-Hersteller auf ihr Dioxin-Know-how aufmerksam gemacht, allerdings ohne große Resonanz. Der US-Firma Diamond Alkali beispielsweise, die nach einer Dioxinverpuffung einen Toten beklagte, war das Boehringer-Wissen zu teuer.

Dow Chemical aber will das deutsche Verfahren kaufen, und beide Unternehmen beschließen am 11. Dezember 1964 enge Kooperation bei der Chlorphenol-Herstellung. Bereits am 28. Januar 1965 teilen die Amerikaner mit, daß sie dank der Boehringer-Hilfe nun zuversichtlich seien, ohne heftige Chlorakne weiterproduzieren zu können. Allerdings fragen sie vorsichtshalber nach „Leberschnitten von Chlorakne-Schäden". Boehringer besorgt sie aus dem gutbestückten Kabinett des Doktor Schulz.

Es sei nicht länger nötig, den Boehringer-Leuten „einen Scheck über den Kopf zu halten", schreibt ein Dow-Forscher daraufhin seinen Vorgesetzten. Auch wenn man den Deutschen jetzt schon die volle Summe zahle, könne man zukünftig mit ihrer Hilfe rechnen.

Die hohe Zahlungsmoral und die große Eile haben denselben Grund: Es wartet das schnellste und dickste Geschäft in der Geschichte des Dioxins. Millionen Tonnen T-Säure liegen (buchstäblich) in der Luft: Sie sollen im Auftrag der amerikanischen Armee produziert und auf der anderen Seite der Erde von Flugzeugen versprüht werden, über dem dichten Dschungel Vietnams.

Wer meint, daß auf diese Weise ein friedlicher Unkrautkiller militärisch zweckentfremdet wird, irrt. Endlich gelangt das 2,4,5-T im Sinne seiner Erfinder zum Einsatz: als chemische Waffe.

Denn 2,4,5-T ist in den Labors der Militärs zur Welt gekommen, 1944, als die Amerikaner nach kriegsentscheidenden Waffen gegen die Japaner suchten. Die Chemiker in Fort Detrick (USA) kämpften gegen die Atomphysiker in Los Alamos (USA) – der Touch-down von Hiroschima entschied die Schlacht. Der Frachter mit der Säure, die den Großteil der Reisernte vernichten sollte, drehte kurz vor dem Ziel ab.

Aus der Atombombe wurden Atomkraftwerke, aus der chemischen Kriegskeule wurden Unkrautvertilger: Firmen in den USA, Großbritannien und Deutschland machten nach dem Krieg die Erkenntnisse der Militärs zu Geld.

Bei Boehringer in Ingelheim, im ehemaligen „Spezialbetrieb des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion", beherrschte zunächst der Kampf gegen den Kartoffelkäfer die Pflanzenschutzproduktion. Doch bald entschied Ernst Boehringer, deren Abfälle zu nutzen, um die T-Säure-Produktion in Hamburg hochzuziehen. Mit der Ent-

Agent-Orange-Einsatz in Vietnam, Oberbefehlshaber Kennedy (1961): „Das widerspricht jeder christlichen Ethik und allen Regeln

deckung des Dioxins in der T-Säure und dem neuen, dioxinärmeren Verfahren hatte Boehringer von 1957 an weltweit einen Konkurrenzvorsprung.

Das von Ernst Boehringer verordnete Schweigen galt nicht so sehr der Konkurrenz als vielmehr der Öffentlichkeit: Die einträgliche Säure sollte in Ruhe weiterproduziert werden können. Bei einem Mann kamen Boehringers Boten damals allerdings etwas zu spät: Hautarzt Schulz hatte schon auf einem Dermatologen-Kongreß über TCDD als Auslöser der Chlorakne referiert. So erfuhr zumindest die Fachwelt von der Entdeckung.

Irgendwie erreichte die Nachricht vom tödlichen Fund auch das Chemical Corps der U. S. Army. Der Leiter der Abteilung Wirkstoff-Forschung reiste 1959 nach Europa, um die Kriegstauglichkeit des neuen Hamburger Giftes zu prüfen. Sein Fazit: „Dioxin darf nicht für die chemische Kriegführung eingesetzt werden, weil es zu tödlich ist." Der Report verschwand im Archiv, wie dem Buch „Supergift Dioxin" von Hans-Dieter Degler und Dieter Uentzelmann zu entnehmen ist.

Heinrich Lübke, damals noch Landwirtschaftsminister, warnte vor dem billig herzustellenden TCDD als möglichem Kampfstoff. Im Hause Boehringer konnte man sich den Einsatz von Dioxin zu Verteidigungszwecken vorstellen. Gegen ABC-geschützte Fahrzeuge allerdings, gab man zu bedenken, wäre ein mit TCDD verseuchtes Gelände wirkungslos.

Das Dioxin an die Front schaffen ließ schließlich Präsident John F. Kennedy. Er genehmigte im November 1961 das Versprühen der dioxinhaltigen T-Säure über den Dschungeln Vietnams. Ziel: Entlaubung der Wälder und Zerstörung der Reisfelder, um dem Vietcong Deckung und Nahrung zu nehmen.

Dow Chemical erhielt den Auftrag für die Massenproduktion der T-Säure und anderer Herbizide. Gleichzeitig forschten das „Agricultural Research Center" der Firma in Midland und die „Crops Division" des Army Chemical Corps in Fort Detrick nach der besten Kombination verschiedener Pflanzenkiller.

Auf der ersten „Defoliation Conference" Ende Juli 1963 machte die Army den eingeladenen Chemiefirmen klar, daß man schnell große Mengen der Gifte brauche und daß die Army den Produzenten entgegen sonstiger Praxis keine näheren Vorschriften mache.

15 Herbizide wurden getestet; „Agent White", „Agent Blue" und „Agent Orange" waren die wirksamsten. Das wegen seiner schnellen Zerstörung bevorzugte Agent Orange enthielt 50 Prozent T-Säure-Ester.

Captain James R. Clary, der den Giftwaffeneinsatz mit vorbereitete und den Abschlußbericht der Air Force verfaßte, gibt heute zu, daß die hohen Dioxinmengen in der T-Säure bekannt waren. „Wir dachten, daß nur der Feind das Zeug abbekommt. Darum machten wir uns keine Sorgen. Konnten wir ahnen, daß unsere eigenen Soldaten dadurch vergiftet wurden?"

Er selbst habe sich immer von dem Zeug ferngehalten, „weil wir wußten, daß Dioxin hochgiftig ist, im Verdacht stand, krebserzeugend zu sein". Clary war Anfang der sechziger Jahre als Biologe in der B-und-C-Waffen-Division der Air Force. „Es gab Wissenschaftler,



Chemielabor der U. S. Army in Fort Detrick,

die gewarnt haben vor Dioxin: Das sei in jeder Konzentration gefährlich. Und es gab welche, die sagten, in dieser hohen Konzentration ist es gefährlich."

Allen Bedenken zum Trotz lief die „Operation Hades" an, wie die Militärs mit ihrem Sinn für Humor die Aktion nannten. Die amerikanischen Soldaten in den Sprühflugzeugen flogen, ganz Unterwelt, in Zivil und wußten, daß die US-Regierung im Falle ihrer Gefangennahme ihren Auftrag bestreiten würde.

Nach Ende der Testphase, in der vor allem Straßenränder entlaubt wurden, hieß das Unternehmen ganz offiziell und vertrauenerweckend Operation „Ranch Hand" (Farmgehilfe), und deshalb leer-



des Krieges"





Forscher Clary: „Wir dachten, daß nur der Feind das Zeug abbekommt"

ten die Piloten ihre 3800-Liter-Tanks nun immer öfter über Reisfeldern. Präsident Kennedy sorgte sich in einem Fernschreiben an seinen Saigoner Botschafter, ob das Abwurfsystem auch genau genug sei und genügend Zielgebiete mit erntereifen Pflanzen erreicht werden könnten.

„Die meisten Getreidepflanzen gehen innerhalb von wenigen Tagen ein", schwärmte das Headquarter der Air Force in einem auswertenden Bericht. Die Feldkommandanten seien beeindruckt, die Ergebnisse zeigten den Wert der Herbizide „als taktische Waffe".

„Land des Todes" nannten die vietnamesischen Bauern bald die Täler und Ebenen, auf die der klebrige Regen gefallen war. Die Bäume und Büsche verdorrten braun und stinkend, die Fische trieben auf dem Wasser, das Vieh starb an Durchfall, die Menschen plagten Hautausschläge und Haarausfall.

Als 1963 die ersten Gerüchte über den Einsatz chemischer Waffen in den USA kursierten und ein mißtrauischer Kongreßabgeordneter den Präsidenten an das Versprechen seiner Vorgänger Roosevelt und Eisenhower erinnerte, die USA würden unter keinen Umständen als erste chemische Waffen einsetzen, ließ John F. Kennedy das Versprühen von Unkrautvertilgern herunterspielen. Es gehe nur um kleine Mengen, und die seien ungiftig.

Der Abgeordnete hielt dem Präsidenten das Wort von Admiral William Leahy vor, der im Zweiten Weltkrieg über die geplante Zerstörung der japanischen Reisfelder gerichtet hatte, sie „würde jeder christlichen Ethik widersprechen und allen bekannten Regeln des Krieges".

65 000 Liter Giftregen ließen die Amerikaner 1962 fallen, über eine Million Liter waren es schon 1964. Zehn Millionen waren 1966 geplant.

Mitten in dieser Hausse für Pflanzenkiller bekam Dow Chemical es mit der Chlorakne seiner Arbeiter zu tun. Die Produktion der einträglichen Gifte mußte eingestellt werden, bis eben Boehringer mit seinem Dioxin-Know-how dafür sorgte, daß die Pickel der Arbeiter kleiner wurden.

Die Aussicht auf das Jahrhundertgeschäft treibt die großen Säureproduzenten an einen Tisch. Am 24. März 1965 hält das amerikanische Dioxinkartell im Hause von Dow Chemical in Midland „The Chloracne Problem Meeting" ab. Vertreter von vier Firmen tauschen Leberschnitte, Kaninchenohren und Krankenberichte und sind sich darüber einig, daß sie in einer „Gefahrenzone" produzieren. Ihre Hauptangst: daß ihre zivilen Kunden, die den Unkrautvernichter versprühen, dieselben häßlichen Pickel bekommen wie ihre Arbeiter.

Wenn das passiere, so der Dow-Abteilungsdirektor Verald Keith Rowe, dann wäre „die gesamte 2,4,5-T-Industrie hart getroffen", und der Gesetzgeber würde „den Stoff entweder verbieten oder sehr scharf kontrollieren".

Den Toxikologen von Dow Chemical, das beweisen Firmenpapiere, ist klargeworden, mit welch unangenehmer Substanz sie es zu tun haben: Dioxin habe bereits bei vielen Arbeitern Leberschäden verursacht; Wasser und Seife seien vollkommen untauglich, um kontaminierte Haut zu reinigen; am besten sei es, so die Anweisung an die Laborarbeiter, jeden Hautkontakt zu vermeiden.

Am 3. März 1965 wird Boehringer eindringlich von Dow gewarnt, auch Tetrachlorbenzol, ein Zwischenprodukt der T-Säure-Herstellung, sei „überraschend giftig". Boehringer warnt zurück, daß die Verbrennung der Produktionsrückstände gefährlich sei, weil Dow Chemical auf diese Weise das darin enthaltene Dioxin per Schornstein über ganz Midland blase. Man solle das Gift lieber „zur Versenkung bringen".

Um zu wissen, wie giftig das Gift ist, zahlt Dow Chemical 10 000 Dollar für einen Menschenversuch. Die 70 Sträflinge aus dem Holmesburg-Gefängnis in Philadelphia, auf Hafterlaß hoffend, wissen nicht, daß ihnen Dioxin auf den Rücken gestrichen wird, müssen aber unterschreiben, daß sie niemanden verantwortlich machen für „irgendwelche Komplikationen oder unglückliche Ergebnisse". Acht von ihnen erkranken.

Auch die anderen Firmen des Dioxinkartells wissen, mit welcher Ware sie handeln. „Ich will nicht zynisch sein", schreibt der Medizinische Direktor von Monsanto, „aber gibt es in der 2,4,5-T-Produktion irgendeinen Angestellten, der nicht Chlorakne hat?" Dioxinkranken Arbeitern von Diamond Alkali wird „eine Krankheit der Blutbildung" attestiert, außerdem Schäden an „Milz, Leber und Nieren".

Dow-Direktor Rowe warnt drei Monate später seinen Managerkollegen von Dow Chemical Kanada vor dem „außergewöhnlich giftigen Material". Dioxin besitze „ein gewaltiges Potential, Chlorakne und organübergreifende Schäden hervorzurufen". Produzenten und Händler müßten unbedingt kooperieren, um „das Problem unter strikter Kontrolle zu halten". Unter keinen Umständen dürfe diese Warnung, appelliert Rowe, jemandem außerhalb von Dow gezeigt werden.

Bis Ende 1965 hat die Army 3,9 Millionen Liter Herbizide in Vietnam ver-

sprüht, 10 Millionen Liter für 1966 bestellt und 20 Millionen Liter für 1967. Macht zusammen 64 Millionen Dollar und 81 600 Gramm Dioxin.

Der New Yorker Michael Landesman besucht Anfang 1966 die Columbia Graduate School; er ist 24 Jahre alt und studiert Wirtschaft. „Free the world", das sei wichtiger, als zu Ende zu studieren, erzählt er seinen Kommilitonen. Er beschließt, als Freiwilliger nach Vietnam zu gehen, dorthin, wo schon 300 000 junge Amerikaner kämpfen.

Die zwölfjährige Co Thi Ren aus dem Dorf Xa läuft jeden Morgen zur Schule, seit Beginn des Jahres 1966 um allerlei Bombenkrater herum. Sie liest sehr gern, wenn sie ihren Eltern mal nicht auf dem Reisfeld helfen muß, und möchte Lehrerin werden.

Harri Garbrecht hört 1966 zum erstenmal das Wort „Vietnam" bei Boehringer. Das Zeug da drüben, das ginge alles nach Vietnam, habe sein Meister gesagt und zum riesigen Alpha-Berg gezeigt, der im Laufe der Jahre auf dem Betriebsgelände gewachsen war.

Wegen der „derzeitigen Mangellage für 2,4,5-T auf dem Weltmarkt", wie es in einem Firmenpapier heißt, verarbeitet das Hamburger Werk altes Alpha-Pulver zu Trichlorphenolatlauge und verschifft es nach Neuseeland zu Dow Watkins, einem Tochterunternehmen von Dow Chemical. Aus der Lauge wird T-Säure, aus T-Säure wird Agent Orange.

Aus Neuseeland und Japan muß die U. S. Air Force die Säure zusammenkratzen, um den Regen über Vietnam nicht abreißen zu lassen.

Boehringer versorgt seinen neuseeländischen Partner mit monatlich steigenden Liefermengen. 50 Tonnen im Februar, 110 Tonnen im April, 125 Tonnen im Juni. 1967 gehen insgesamt 720 Tonnen von Boehringer nach Neuseeland. Der Ausstoß an Tetrachlorbenzol steigt in den Jahren der Berieselung Vietnams um 300 Prozent.

Harri Garbrecht schlägt die Ausweitung der Produktion auf den Magen. Auch die Pickel sprießen. In der T-Säure-Halle brodelt ein Kessel zusätzlich, noch mehr dioxinhaltiger Staub fliegt herum. Die Kaninchen von Schulz haben mal wieder Akne an den Ohren. Und viele Arbeiter klagen über Magenentzündungen. „Da die Häufung dieser Erkrankungen durchaus mit den in der thermischen Zersetzung zur Zeit bestehenden hygienischen Verhältnissen in Zusammenhang stehen kann", notiert der Werksleiter ahnungsvoll in den Akten, „können für den Betrieb unangenehme Konsequenzen entstehen."

Die Überlegung, die T-Säure so herzustellen, daß kein Dioxin anfallen kann, wird allerdings verworfen, da „eine derartige Umstellung des Verfahrens aus Kostengründen nicht in Frage komme".

„Sind alle, die an irgendeiner Macht sind, Lumpen?" fragt Richard von Weizsäcker am 6. November 1965, so gegen 10.30 Uhr. „Diese Welt ist so verworren und kompliziert geworden, daß auch größte Geister oft vergeblich um die Übersicht ringen."

Nicht seinen Arbeitern redet der Personalvorstand von Boehringer zu, sondern Eltern, Lehrern und Schülern. In der Turnhalle von Ober-Ingelheim nutzt er ein Schuljubiläum, um einen seiner Festvorträge zu halten, die ihn später so berühmt machen. Er ist aus der Boehringer-Geschäftsführung der einzige, der Interesse an der Ingelheimer Lokalpolitik zeigt.

Der Referent des Landesverbandes der Chemischen Industrie, Helmut Kohl, Fraktionsvorsitzender im Mainzer Landtag, hat, auf der Suche nach Nachwuchstalenten, bereits Gefallen gefunden an dem eloquenten Industriegeist und aktiven Protestanten Weizsäcker: Einen Teil seiner Arbeitszeit darf der Geschäftsführer dem Präsidium des Kirchentages widmen. Wirtschaft und Kirche, Geld und Moral – als personifizierte Union ist er äußerst interessant für die CDU.

Nach einer langen Wanderung durch die Ingelheimer Weinberge hatte Kohl



Agent-Orange-Lager der U. S. Army in Gulfport: „Darf nicht im Inland verwendet werden"

mit Weizsäcker verabredet, daß dieser für den Bundestag kandidiert. Bereits nominiert, muß der neue Politiker allerdings, sehr zum Ärger von Kohl und kurz vor der Wahl, zurücktreten, da Boehringer seinen Geschäftsführer nicht mit der Partei teilen will.

Statt vor dem Hohen Haus in Bonn überzeugt Richard von Weizsäcker deshalb in der Turnhalle von Ingelheim. Umkränzt von Lorbeerbäumen, umrahmt vom Schulchor (Beethoven) und Orchester (Kusser), gibt der Bundespräsident in spe eine Probe seiner Redekunst.



US-Soldat in Vietnam nach Sprüh-Einsatz: „Du konntest dich nicht mehr verlaufen"

Die an ihm zu bewundernde Fähigkeit, die komplizierte Welt in einfache Worte zu fassen, ist schon entwikkelt, auch wenn es noch nicht um Apartheid, Oder-Neiße oder Israel geht, sondern um den mangelhaften Schulsport: „Wer kein Gefühl für den Leib bekommt, gewinnt ihn auch nicht für den Geist und den ganzen Menschen."

Es sind die letzten gemütlichen Jahre in Deutschland. „Sport" ist noch nicht „Mord", Pauker „onanieren" noch nicht „am Lehrerpult" – die Parolen der Antiautoritären haben Ingelheim noch nicht erreicht. Die Nazizeit liegt noch im Nebel der Verdrängung. Von „bösen Geistern" spricht der Festredner, von Werten, die „in den schweren Jahren ... nachhaltig gefährdet waren".

Der American Way of Life strahlt noch hell über den Atlantik, den American Way of Death kritisiert noch keiner. Den Krieg irgendwo in Indochina finden die Deutschen, wenn sie überhaupt von ihm wissen, gerecht: Die Freiheit Berlins wird in Saigon verteidigt.

Am Tag nach der Festveranstaltung in Ingelheim verfügt der Oberbefehlshaber, die Gifteinsätze auf Vietnams Nachbarland Laos auszudehnen. In den folgenden Monaten erlebt Indochina eine Orgie in Orange: Die Air Force schüttet solche Mengen T-Säure vom Himmel, als könne man den Vietcong damit wegspülen. Elf Flugzeuge sind zusätzlich in der Luft. In immer neuen Wellen fliegen sie immer einfühlsamer getaufte Einsätze: Operation „Big Patches", dann „Sherwood Forest", „Swamp Fox", „Hot Tip".

Nach „Hot Tip II" vermerkt die Einsatzleitung sauer, „die verfluchten Bäume wollten nicht brennen". In ihrer Wut auf den Vietcong und sein Versteck, den Wald, sind die Generäle dazu übergegangen, den Dschungel erst zu entlauben und die ausgedörrten Bäume dann mit Napalm zu Asche zu bombardieren. Da Dioxinmoleküle sich in der Feuersbrunst vermehren wie Mücken im Sumpf, setzen die Militärs durch ihre neue Zerstörungslist wuchernde Dioxinplantagen in die Welt.

Die Air Force versprüht die T-Säure in 20fach höherer Konzentration als bei zivilen Einsätzen. Agent Orange enthält zudem bis zu 30mal mehr Dioxin als die zivilen Herbizide. „Darf nicht im Inland verwendet werden", steht warnend in den Vorschriften der Hersteller.

Alle Bezirke Vietnams, so meldet die Sprühzentrale stolz, seien nun von Gifteinsätzen bedeckt. Während der Operation „Pink Rose" Anfang 1967 gehen auf ein Dschungelgebiet nordwestlich von Saigon allein 969 000 Liter Giftbrühe nieder. 45 B-52-Bomber verwandeln den dichten Wald danach in eine flammende Hölle. „Der Rauch stieg 3000 Meter hoch", heißt es anerkennend im Einsatzbericht.

Ein entlaubter Wald sei ein gutes Kampfgebiet gewesen, sagt Michael Landesman böse lächelnd. „Du konntest dich nicht mehr verlaufen." Denn verirrt habe er sich verdammt oft in Vietnam, er sei schlotternd und allein durch den Dschungel gestolpert, ungefähr so wie die Jungs im Film „Platoon".

Braun sei der besprühte Dschungel gewesen, wie verfault, mit schlappen, verkrüppelten Blättern. Das letzte Grün war die Tarnfarbe der Kampfanzüge. „Wir wußten nichts, nicht mal den Namen Agent Orange. Das Zeug kam aus unseren C-123-Maschinen, also war es in Ordnung. Klar?! Wen willst du fragen, wir waren mitten im Nirgendwo!"

Michael Landesman zeigt zur Küche. „Da hängt ein Bild aus der Gegend." Er fühlt sich zu schlapp, um von der Couch aufzustehen.

Der dicke wollene Teppich des Wohnzimmers reicht bis zur Küche. Er hat die vornehme helle Farbe des vorlauten Wohlstandshündchens, das um die Beine von Landesman wieselt.

Die große Wohnung gehört der Mutter von Landesman. Von außen hat das rotverklinkerte Mietshaus im New Yorker Stadtteil Queens nach Bronx ausgesehen, aber drinnen ist es Manhattan.

Das blasse Farbfoto über dem Kühlschrank zeigt einen schlanken, starken Jungen in Uniform irgendwo in der Mitte von Vietnam. Auf der Couch sitzt ein aufgeschwemmter, breiter Mann von 47 Jahren, der nicht mehr fotografiert werden möchte.

Heute morgen habe er wieder mal kotzen müssen, sagt er mit einer Stimme, der man nicht genau anhört, ob sie aus Trauer oder Ekel so belegt klingt. „Das ist nicht dieses befreiende, schnelle Kotzen nach einem Rausch, das ist ein würgendes, unendlich langes Kotzen."

Immer wenn Landesman die Pillen nehmen muß, die er „chemical bombs" nennt, muß er kotzen. Meist steht er dann überhaupt nicht auf; heute hat er zwei Stunden gebraucht, um hochzukommen.

Die Pillen sollen seine Krebszellen abtöten. Landesman hat Chronisch-lym-

phatische Leukämie, die sich zum Non-Hodgkins-Lymphom entwickelt, eine unter Vietnam-Veteranen verbreitete Krebsart. Bei Boehringer in Hamburg sind fünf Arbeiter daran gestorben.

Die Untersuchung von verstorbenen U. S. Marines ergab, daß diejenigen, die in Agent-Orange-Gebieten kämpften, eine um 110 Prozent erhöhte Non-Hodgkins-Rate hatten.

Landesman war da stationiert, wo auch fast alle Marines lagen: im Norden Südvietnams, im Militärbezirk I rund um Da Nang.

Er hat eine alte Karte herausgekramt, fährt mit dem Finger an der Küste entlang bis Chu Lai und dann hinüber zur laotischen Grenze. „Wir waren 300 Meilen von der Zivilisation entfernt." In Saigon sei er nie gewesen, und es klingt betrübt, wie: Nicht mal diese kleine Freude hat mir der Krieg gegönnt.

Nach zwei Monaten Vietnam war ihm klar, daß die Bauern um ihn herum nicht von ihm befreit werden wollten. „98 Prozent wollten Reis ernten, sonst nichts, denen war egal, wer sie regierte. Wir hatten das falsche Land erwischt."

Die restliche Zeit wartete Landesman auf das Ende seiner Mission, von gelegentlichen Einsätzen und Poker-Runden mal abgesehen. „Wir saßen beim Kartenspiel, unsere Waffen sonstwo, da sah ich in dieser Entfernung" – er zeigt auf den Fernseher, in dem stumme Bilder von der Bodenoffensive am Golf laufen – „einen Vietcong mit 'ner MP in der Hand. Er kam, um sich zu ergeben."

Sein Zimmerkamerad kam eines Tages nicht besonders redselig von einem Einsatz zurück. Er sagte nur, man habe ein Dorf ausgeräuchert. Am nächsten Tag war das kein Thema mehr, „jeder Einsatz war sofort Geschichte". Der Name jenes Einsatzortes: My Lai.

„Zivilisten werden aufgefordert, besprühte Gebiete zu verlassen", läßt der amerikanische Präsident Ende 1966 Kritikern antworten. Die Vietnamesen erhielten „in ihrem Umsiedlungsgebiet Verpflegung und gute Behandlung".

Auf ihrem Schulweg habe sie ein paarmal laute Flugzeuge am Himmel gesehen, erzählt Co Thi Ren, „die Wolken sprühten". Die Männer hätten sich dann Tüten über den Kopf gestülpt, die Frauen und Kinder seien unter Büschen in Deckung gegangen.



Dioxin-Kranke Co Thi Ren im Saigoner Frauenkrankenhaus: Krebsrate verfünffacht

Am nächsten Tag habe ihre Haut gejuckt, später habe sie sich geschält. Andere Kinder hätten schwarze Pickel bekommen, einige sogar schwarze Haut, flüstert ihre Mickymaus-Stimme.

Co Thi Ren spricht so leise, als sollten die Patientinnen, die rechts und links neben ihr in dem großen Saal des Saigoner Krankenhauses liegen, nichts mitbekommen. Dabei ist das „Schrapp-schrapp" der wuchtigen Deckenventilatoren laut genug.

„Ich war damals so müde und krank, daß ich ein Semester versäumt habe in der Schule", wispert die 34jährige. Lehrerin ist sie trotzdem geworden.

Als sie vor vier Monaten vom Krankenhaus ihrer Gemeinde nach Saigon geschickt wurde, war sie glücklich, frisch verheiratet und schwanger – zum ersten Mal. Sie hatte Lust auf Saures und ein hoffnungsvolles Spannen in der Brust.

An der violetten Verfärbung ihrer Schamlippen sahen die Ärzte, daß sie in der Gebärmutter eine Entzündung haben mußte. Dafür sprachen auch die einsetzenden Blutungen und die Schmerzen. Der Ultraschall und die Urinprobe brachten die Gewißheit – sie hatte kein Kind in der Gebärmutter, sondern einen Tumor. Ein Chorionkarzinom. In den ersten Monaten löst dieser Krebs im Körper einer Frau schwangerschaftsähnliche Empfindungen aus.

Das Chorionkarzinom ist so heimtückisch wie selten, in Europa noch seltener als in Südostasien. In Südvietnam hat sich seine Häufigkeit seit den Jahren des Dioxinregens verfünffacht. Frauen aus besprühten Gebieten bekommen zudem viermal öfter Blasenmole – eine Wucherung der Plazenta, die den Embryo vernichtet – als andere Vietnamesinnen. Die Zahl der Totgeburten stieg in diesen Landstrichen um bis zu 2600 Prozent.

Von den 55 Patientinnen, die neben Co Thi Ren im Saal liegen, haben 10 ein Chorionkarzinom. Bei 12 von ihnen besteht der Verdacht.

Was genau in ihrem Körper passiert, wissen die Frauen nicht. Man wolle sie nicht beunruhigen, sagen die Ärzte. Der Tumor wächst aus dem Mutterkuchen. Immer ist die Befruchtung des Eis das Geburtssignal für die Geschwulst.

In dem weißen Krankenhauskittel sieht Co Thi Ren fürsorgend wie eine Ärztin aus, nur das graue Gelb ihres Gesichtes macht sie zur Kranken. In den Augen liegt diese matte, geduldige Trauer, die langer Schmerz erzwingt. Sie sitzt auf ihrem Bett, flüstert mit eingezogenen Schultern. Von ihrer Mutter, die schwerhörig ist, von ihren 2000 Schülern, von ihrem Mann, der sie nur selten besuchen kann.

Ihr Flüstern erstirbt. Sie möchte allein sein.

Im nächsten Heft

„Nicht giftiger als Aspirin" – Fälschung von Dioxinstudien – Das Weiße Haus stoppt Forschung – Boehringer-Arbeiter sterben früher – Dioxin ist überall

„Wir überleben in den Wäldern“

Doppelschlag für 15 Millionen sowjetische Genossen: Rußlands Jelzin verbannte die Partei aus den Betrieben, der eigene Generalsekretär forderte die Abkehr vom Kommunismus. Auf dem ZK-Plenum fanden konservative Kommunisten nicht die Kraft zum Gegenschlag: Die „letzte Schlacht“ mit Gorbatschow ist verschoben.

Als die KPdSU geboren wurde, zählte sie bereits 23 Jahre und 13 Parteitage. Erst auf dem 14. im Jahre 1925 behagte ihrem Generalsekretär Josef Stalin der Name „Kommunistische Partei Rußlands“ (Bolschewiki) nicht mehr – angeblich, so eine brave Parteigeschichte aus der Breschnew-Zeit, spiegelte er nur ungenügend den „Zusammenschluß der sowjetischen Völker“ wider.

Diese Illusion ist zerbrochen: Die Völker laufen auseinander, sozialistisch wollen sie ihre Staaten nicht mehr nennen, sich von Kommunisten nicht länger führen lassen. Nur noch 9 von 15 Republiken können sich ein Zweckbündnis zum wirtschaftlichen Überleben vorstellen – festgeschrieben in einem neuen Unionsvertrag zwischen souveränen Partnern, hinterlegt beim Staatsnotar Michail Gorbatschow.

Die Zeit des Zwangs- und Kunstprodukts KPdSU – bürokratisch straff gelenkte Einheitspartei für mehr als hundert nationale Interessen und Mentalitäten – ist endgültig abgelaufen. „In den Republiken Zentralasiens herrscht die Partei noch“, bilanzierte Moskaus Parteichef Jurij Prokofijew den Abstieg auf Raten, „in Moldawien ist sie halblegal, in Georgien und Armenien praktisch illegal, und in Rußland, der Ukraine und Belorußland ist sie seit den letzten Wahlen nicht mehr an der Macht.“

Nur in der weiten Provinz herrschen oft unverändert die lokalen Bonzen mit ihren Seilschaften. Ob das Moskauer Polit-Barometer auf Reform oder Reaktion zeigt, ist abseits der großen Städte so unerheblich wie schon unter Väterchen Zar: „Wir überleben in den Wäldern, von dort kehren wir siegreich zurück“, prahlte vorigen Mittwoch ein angetrunkenes ZK-Mitglied aus Sibirien an der Bar seines Moskauer Hotels, „wie einst gegen die Faschisten.“

Das Partisanen-Pathos und der Alptraum vom Kampf der Nomenklatura im Untergrund waren durch einen unerhörten Angriff von zwei Seiten ausgelöst worden: Rußlands Präsident Jelzin verbannte die Partei aus den Betrieben und bedrohte so die Macht ihrer Grundorganisationen. Der andere Schlag traf die Genossen an der ideologischen Front: Ihr eigener Parteichef forderte sie de facto zur Abkehr vom Kommunismus auf.



KP-Kritiker Jelzin, Gorbatschow
Parteiarbeit als Freizeitgestaltung

Jelzin, vom Volk bereits zum „Zaren Boris“ erhoben, nahm mit seinem ersten entscheidenden Präsidialdekret die KP-Betriebsgruppen ins Visier. Weder Behörden noch Betriebe dürfen künftig die Polit-Instanzen dulden oder gar neue zulassen.

Parteizugehörigkeit soll vor allem für die Karriere keine Rolle mehr spielen: Staatliche Einrichtungen dürfen nicht mehr danach fragen, beim Postenschacher darf sie nicht berücksichtigt werden. Während jahrzehntelang die KPdSU-Grundorganisationen und ihre Sekretäre in Fabriken und Verwaltungen den Kurs bestimmten, soll in der größten Sowjetrepublik vom nächsten Monat an parteipolitisches Engagement zur „Freizeitbeschäftigung“ werden.

Obwohl Jelzin diesen Ukas lange vor seiner Wahl angekündigt hatte, brauchte die KPdSU-Zentrale anderthalb Tage, um entrüstet zurückzuschlagen: Die Verordnung sei „verfassungswidrig und antidemokratisch, eine illegale Einmischung in die Aktivitäten öffentlicher Vereinigungen und eine Verletzung ihrer Rechte“.

Die Panik des Politbüros, dessen Mitglieder heute kaum noch ein Sowjetbürger kennt – geschweige denn für kompetent hält –, war verständlich: Der Jelzin-Bann traf die Partei ausgerechnet in einem Augenblick, wo sich wieder einmal die untereinander heillos zerstrittenen Fraktionen zur Schlacht rüste-

ten und sich wechselweise mit Abspaltung oder Ausschluß bedrohten. „Wenn das so weitergeht“, klagte der zum ZK-Plenum angereiste Parteichef von Lwow, „wird sich bald überhaupt niemand mehr dafür interessieren, was unsere Partei tut oder läßt.“

Einig waren sich die verfeindeten Genossen – von den als Leninisten getarnten Neo-Stalinisten über die patriotische Rechte bis zum sozialdemokratischen Präsidenten-Flügel Gorbatschows – nur darüber, daß ihre Tragödie bereits zur Farce umzuschlagen drohe. „Die Menschen finden es in Ordnung, daß wir von den Futterkrippen verschwinden sollen“, resignierte ein Gorbatschow-Berater: „Von denen haben wir kein Mitleid zu erwarten.“



KPdSU – Dienstboten-Ausgang

Le Monde

So versteckten sich die Kommunisten mit ihrer Kritik am populären Jelzin-Dekret lieber hinter Frauen- und Veteranenverbänden sowie den Gewerkschaften, die dadurch angeblich besonders hart betroffen sind. Die in ihrer Führungsspitze mehrheitlich konservative russische KP trommelte eilends ihre Vertrauensleute in diesen sogenannten Massenorganisationen zusammen und ließ sie öffentlich die „Verletzung ihrer Menschenrechte“ (KP-Sekretär Alexej Iljin) beklagen.

Der pensionierte General Michail Titow warf sich für seine Kameraden in die Brust, die schließlich den Krieg gewonnen hätten und deren Verein nun „liquidiert, schlechtin zerschlagen“ werden solle. KP-Frau Jekaterina Tumarewa sah bereits „kinderreiche, alleinstehende Mütter und Frauen mit behinderten Kindern“ als Jelzin-Opfer, wenn sich ihre Genossinnen nicht mehr im Betrieb für sie organisieren dürften. Und für Gewerkschaftsfunktionär Anatolij Birjukow hatte sich Jelzin schlicht an den „Interessen der Werktätigen“ versündigt.

Nach Schätzungen von Kader-Fachleuten wird die russische KP durch Jelzins Coup 80 Prozent ihrer Mitglieder verlieren. In den letzten anderthalb Jahren haben ohnehin schon 4,2 Millionen Bürger die KPdSU (Mitgliederbestand heute: 15 Millionen) verlassen.

Durch Jelzins Ukas auf das schwerste provoziert, hofften viele Schattenkämpfer von rechts, auf dem Plenum des Zentralkomitees würde es Ende vergangener Woche zur „letzten Schlacht“ kommen, meinte ein ZK-Mitglied aus der einflußreichen Abgeordnetengruppe „Sojus“, die bereits den Westsympathisanten Eduard Schewardnadse als Außenminister zum Rücktritt zwang und dann aus der Partei vergraulte. „Wir werden dafür sorgen, daß ein kommunistisches Programm verabschiedet wird und Klasseninteressen nicht weiter ignoriert werden“, tönte der Altgenosse. „Wem das nicht paßt, der kann gehen.“

Doch diesmal zuckte Michail Gorbatschow vor dem Imponiergehabe der Rechten nicht zurück wie im vergangenen Herbst. Ungerührt konterte er die Attacke der ewigen Klassenkämpfer mit einem eigenen Programmentwurf, dem auch mancher westliche Sozi seine Zustimmung geben könnte: Seine Skizze einer umgemodelten KPdSU, die er dem ZK-Plenum am Donnerstag voriger Woche empfahl, beschreibt eine sozialdemokratische Volkspartei. Die bekennt sich zum Privateigentum, tritt für ein vom Staatsdirigismus befreites Unternehmertum ein, gibt sich offen für Gläubige jedweder Konfession, will Fraktionsbildung zulassen – und in die parlamentarische Opposition gehen, wenn der Wähler sie dorthin schickt.

Über einzelne Programm-Formulierungen sei er durchaus zur Diskussion bereit, teilte Gorbatschow vor Plenumsbeginn einer aufgebrachten Versammlung von Gebietssekretären mit. Aber Kernpunkte werde er sich nicht abhandeln lassen, sonst stehe er als Generalsekretär nicht mehr zur Verfügung.

Auch die innerparteilichen Gegner des sowjetischen Präsidenten hatten rechtzeitig mobil gemacht. In der *Sowjetskaja Rossija* publizierten sie ihr „Wort ans Volk“ und warnten, „das Vaterland“ werde in Stücke „zerfallen und in Dunkelheit und Bedeutungslosigkeit versinken“. Schuld daran trügen jene Männer „an der Macht“, die „dieses Land nicht lieben und sich an ausländische Mächte verkauft“ hätten.

Die Drohung an die Adresse Gorbatschows, den die selbsternannten Patrioten nicht beim Namen nannten, war deutlich: Allein „die Armee und die Flotte“ könnten noch „Bruderkrieg und eine Zerstörung der Heimat verhindern“. Das war mehr als nur klirrende Rhetorik. Den Aufruf hatten nicht nur die beiden konservativen Dichter Jurij Bondarew und Walentin Rasputin unterzeichnet, sondern auch zwei aktive Generäle: Boris Gromow, Held von Afghanistan und stellvertretender Innenminister, sowie Walentin Warennikow, Vize-Verteidigungsminister und Chef der sowjetischen Bodentruppen.

Bei soviel Konfrontation und Unversöhnlichkeit hielten viele ZK-Delegierte den Bruch in der Partei für unvermeidlich. Der liberale Reform-Ökonom Leonid Abalkin prophezeite unmittelbar vor Sitzungsbeginn: „Ob nun Trennung, Spaltung oder Teilung – früher oder später wird es geschehen.“

Doch die Genossen, wie immer risikoscheu, entschieden sich noch einmal für einen Aufschub. Zwar mäkelte die konservative ZK-Mehrheit wie gewohnt an Gorbatschow und seinen programmatischen Vorstellungen herum, nahm zugleich aber seinen Entwurf als Diskussionsgrundlage an. Die „letzte Schlacht“ ist abermals verschoben,

nunmehr auf einen Sonderparteitag Ende November oder Anfang Dezember.

Nur noch vordergründig geht es dabei um ideologische Bastionen wie den Klassenkampf, die verteidigt oder aufgegeben werden sollen. Weit wichtiger ist das Vermögen der Partei, ihr Zwei-Milliarden-Rubel-Budget, ihre 114 Verlage und Druckereien, ihre mehr als 5000 Parteihäuser zwischen Brest und Wladiwostok: Schon jetzt beansprucht jede Fraktion die besten Stücke für sich. Das führte auf dem ZK-Plenum zu plumpen Anbiederungsversuchen bei den vermeintlich stärkeren Bataillonen.

So lief etwa der Moskauer Parteichef Prokofijew, einst als Liberaler angetreten, zu den Kollegen Apparatschiks über. Konservatismus sei doch „eine ehrbare Sache". Zu seinem „Gegenpol, dem Radikalismus", habe die Partei gefälligst auf Distanz zu gehen.

Die KPdSU müsse endlich „eine Partei des 20. Jahrhunderts werden", hielt Andrej Gratschow, Vize-Chef der internationalen ZK-Abteilung, dagegen: Die Verteidigung sozialer Prinzipien sei vor allem eine „Sache des praktischen Handelns", und die Partei möge sich wie ein guter Arzt darauf konzentrieren, „wie der Patient nach der Implantation der Marktwirtschaft aussehen wird". Die weitere „Verlumpung der Gesellschaft" müsse gestoppt werden.

Als Gratschow den Putschaufruf der volkstümelnden Dichter und Generäle in seiner „destabilisierenden Wirkung" mit dem Jelzin-Dekret verglich, war es mit der Ruhe im Zentralkomitee vorbei. Der Rest der Rede des Gorbatschow-Sympathisanten drohte im Gejohle der uniformierten Delegierten unterzugehen – übler Vorgeschmack auf den 29. Parteitag der KPdSU, vielleicht ihren letzten.

Nahost

Nur noch lächeln

Von den USA hart bedrängt, muß sich Israel die Zustimmung zu einer Friedenskonferenz abringen.

An der Börse von Tel Aviv kletterte der Aktienindex um fünf Prozent. In der Fahnenfabrik Weizman-Lieman nähten Arbeiterinnen schon Flaggen der Feindstaaten Syrien und Saudi-Arabien zusammen. Der sonst stets grimmig-verkniffen dreinblickende Ministerpräsident Jizchak Schamir zeigte ein anderes Gesicht: „Der neue Schamir", staunte die Tageszeitung *Maariv*: „Statt ernster Züge nur noch Lächeln."

Eine Welle des Hochgefühls hatte vorige Woche Israel erfaßt. Ganz dicht vor einer tiefgreifenden historischen Zäsur schien das Land zu stehen: Nach mehr als 40 Jahren Kriegszustand mit den arabischen Staaten sahen plötzlich viele Israelis die kaum noch für möglich gehaltene Gelegenheit, einen wirklichen Friedensprozeß in Gang zu bringen.

Die Chance für eine umfassende Nahost-Friedenskonferenz war jedenfalls näher als jemals zuvor seit dem Abkommen von Camp David 1979, das die Aussöhnung mit Ägypten brachte – ein Erfolg der unermüdlichen Verhandlungsdiplomatie des US-Außenministers James Baker, der seit dem Ende des Golfkriegs fünfmal durch die Krisenregion gereist war, um die Erzfeinde an einen Tisch zu bekommen.



US-Außenminister Baker, Premier Schamir: Historische Chance

Der Durchbruch gelang, nachdem einer der geschicktesten Taktiker im Orient, Syriens Präsident Hafis el-Assad, den amerikanischen Friedensplänen für den Nahen Osten nach wochenlangem Warten überraschend zugestimmt hatte.

Mit seinem Einlenken, wirkungsvoll am Vorabend des Londoner Weltwirtschaftsgipfels bekanntgegeben, stellte sich Assad den Amerikanern als maßvoller, kompromißbereiter Staatsmann dar, während Israels Schamir als starrsinniger Neinsager bloßgestellt zu werden drohte.

„Präsident Hafis el-Assad", schrieb das Blatt *Jediot Acharonot* anerkennend über den gelungenen Coup, „hat wieder einmal den Titel verdient, den ihm Mitte der siebziger Jahre Dr. Henry Kissinger zuerkannte – intelligentester Politiker des Nahen Ostens."

„Im Arabischen sagen wir: Willst du die Trauben, oder willst du dich mit dem Wächter des Weingutes anlegen?" erläuterte Assad sein Entgegenkommen und gab die Antwort gleich selbst: „Wir wollen die Trauben."

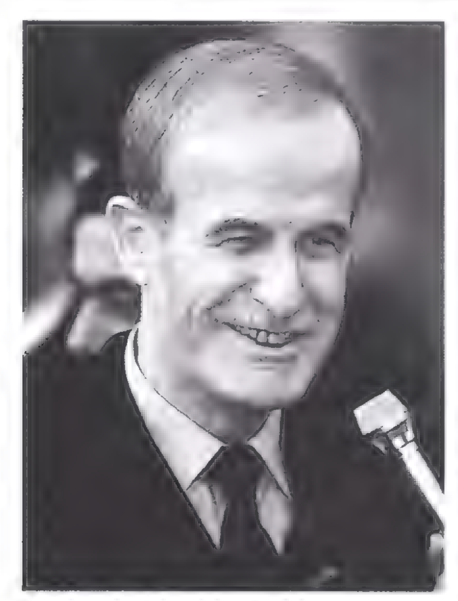
Lange hatte der Syrer an einer „maßgeblichen Rolle" der Uno bei einer Nahost-Konferenz festgehalten. Nunmehr erklärte er sich mit einem „Beobachterstatus" der Vereinten Nationen einverstanden.

Diese Kehrtwendung löste in Israel, das eine Uno-Beteiligung aus Angst vor einem internationalen Tribunal gegen den Judenstaat strikt ablehnte, sofort größtes Mißtrauen aus. Einige Kabinettsmitglieder verdächtigten gar den Bündnispartner USA, eine geheime Absprache mit den Syrern getroffen zu haben, etwa über die Rückgabe der 1967 von Israel eroberten Golanhöhen.

Diesen Verdacht verstärkte vergangenen Donnerstag Syriens Außenminister Faruk el-Scharaa: Die USA hätten seinem Land zugesagt, daß Israel sich „aus allen besetzten Gebieten" zurückziehen müsse.

In Wirklichkeit wollte der Pragmatiker Assad, bis vor dem Golfkrieg noch als Schirmherr des internationalen Terrorismus und als Israels gefährlichster Feind von Washington verfemt, die Gelegenheit ergreifen, um sich endgültig in die prowestliche Koalition in der arabischen Welt einzureihen.

Mit feinem Gespür für Veränderungen hatte Assad früh erkannt, daß das Ende des Kalten Krieges auch das Ende der sowjetisch-syrischen Waffenbruderschaft bedeuten würde. So traf es ihn vor fast zwei Jahren nicht unvorbereitet, als Präsident Gorbatschow die Hochrü-



Syrischer Staatschef Assad
„Wir wollen die Trauben"

stung Syriens auf Pump – die syrische Schuldenlast in Moskau beträgt derzeit 14 Milliarden Dollar – abrupt drosselte und künftig Panzer und Flugzeuge nur noch gegen Devisen liefern will.

Spätestens als Gorbatschow sich gegenüber US-Präsident George Bush verpflichtete, die Ausreise jüdischer Sowjetbürger nach Israel nicht mehr zu behindern, wußte Assad: „Wir müssen schnell handeln und auf die neue internationale Machtkonstellation reagieren, bevor es zu spät ist und wir politisch im Abseits stehen."

Daß der Fuchs in Damaskus sich vom größten Hindernis zum wichtigsten Förderer des Friedens nach US-Drehbuch gewandelt habe, mochten die rechten Likud-Führer in Jerusalem zunächst nicht glauben.

Erst als Baker in Jerusalem versicherte, daß in Syrien tatsächlich ein „fundamentaler Wechsel" stattgefunden habe, schlug auch bei Ministerpräsident Schamir Argwohn in Zuversicht um.

Zwar forderte der Premier zusätzliche Zeichen guten Willens – Abrüstung und die freie Ausreise der syrischen Juden. Vorsorglich kündigte Schamir zudem an, daß an Israels Rückzug von den Golanhöhen nicht zu denken sei. Dann aber pries er die neue West-Orientierung des Syrers als „Phänomen, ähnlich wie bei Ägyptens Präsident Anwar el-Sadat".

Ausgerechnet Schamir, der einst gegen das Abkommen von Camp David gestimmt hatte, rückte den verhaßten Assad nun in die Nähe des Friedensnobelpreisträgers Sadat, „in dessen politischem Denken eine Revolution erfolgte, die letztlich zu Verhandlungen mit Israel und zum Frieden führte".

Etliche von Schamirs rechtsextremen Koalitionspartnern kamen bei der schnellen Kurvenfahrt nicht mehr mit: Sie drohten vorübergehend mit ihrem Rückzug aus der Regierung. Selbst innerhalb des regierenden Likud-Blocks formierten sich die Ultras zur innerparteilichen Opposition.

„Leute, die über die neue Weltordnung reden", schimpfte Wohnungsbauminister Ariel Scharon mit deutlichem Seitenhieb auf die USA, „müssen verstehen, daß sie das nicht mit den früheren Mördern und Diktatoren machen können. Die beiden Zwillingsbrüder – Iraks Saddam Hussein und Syriens Präsident Assad – haben sich überhaupt nicht gewandelt."

Die Aufregung schien verfrüht, denn noch hat Regierungschef Schamir nur das Prinzip einer Friedenskonferenz akzeptiert. Zu Zugeständnissen in der Sache ist er nach wie vor nicht bereit. Kaum war der drängende und werbende Baker wieder aus Israel abgereist, stellte Schamir im Fernsehen mit der ihm eigenen Deutlichkeit klar, daß er nicht von seinen politischen Dogmen abgewichen ist: keine territorialen Zugeständnisse, keine Verhandlungen über die Zukunft der Golanhöhen, keine Kontakte zur PLO. Auf denen besteht zwar inzwischen nicht einmal mehr Jassir Arafats Hauptquartier in Tunis. Aber an der heiklen Frage, wer die Palästinenser in den geplanten Verhandlungen vertreten könnte, war schon voriges Jahr eine US-Friedensinitiative gescheitert. Sie könnte auch jetzt wieder die Anstrengungen des US-Außenministers zunichte machen.

Deshalb bemühten sich Amerikaner und Israelis um ein kompliziertes Arrangement, das sowohl für Jerusalem wie für die palästinensischen Führer in den besetzten Gebieten gerade noch annehmbar sein könnte.

Am schwierigsten ist der Streit um den Status von Ost-Jerusalem zu lösen: Für Israelis ist der 1967 eroberte Osten Jerusalems „auf ewig" Teil ihrer Hauptstadt, für Palästinenser ist selbst die stillschweigende Anerkennung dieser Annexion „niederträchtiger Verrat".

Baker habe versichert, daß „nur Vertreter aus Judäa, Samaria und dem Gazastreifen" an der Friedenskonferenz teilnehmen würden, behauptete Schamir. „Unannehmbar", konterte daraufhin Feisal Husseini, führender Pro-PLO-Aktivist in Ost-Jerusalem, der sechsmal mit dem Amerikaner gesprochen hatte: „Delegierte aus Ost-Jerusalem müssen an den Verhandlungen teilnehmen. Wer die Palästinenser vertritt, entscheiden einzig und allein die Palästinenser. Und ohne die Palästinenser gibt es keinen Frieden."



Wohnungsbauminister Scharon (M.)*
Stolpersteine auf dem Weg zum Frieden

„Sie sind das schwächste Glied", beschied dagegen Baker den Palästinenser, „Sie müssen die Zugeständnisse machen."

Israels Außenminister David Levi verwies noch auf eine weitere Hürde, die Jerusalem einstweilen nicht abzutragen gedenkt: Die Errichtung neuer Siedlungen in den besetzten Gebieten soll auch nach Beginn der Friedensgespräche weitergehen.

Die Aussicht darauf dämpfte die Begeisterung über den „neuen Geist von Camp David", den vergangene Woche israelische wie arabische Friedensaktivisten beschworen. Denn bei allen nostalgischen Erinnerungen an den historischen Vertrag des jüdischen Staates mit Ägypten läßt das fast über zwei Jahre dauernde Feilschen zwischen US-Präsident Jimmy Carter, Ägyptens Staatschef Anwar el-Sadat und Israels Premier Menachim Begin um das

* Vorige Woche bei der Grundsteinlegung einer neuen Siedlung im Westjordanland.

Abkommen auch die Schwierigkeiten künftiger Verhandlungen erahnen.

In seinem eigenen Kabinett hatte Begin seinerzeit größte Widerstände auf dem langen, mühseligen Weg zum Frieden zu überwinden. Vor allem der damalige Landwirtschaftsminister Ariel Scharon wehrte sich beharrlich gegen die Rückgabe der Sinai-Halbinsel an die Ägypter, weil sich in der Wüste 2000 israelische Siedler niedergelassen hatten.

Deren Abzug zurück ins israelische Kernland stimmte Scharon erst im letzten Moment zu, nachdem das ganze Abkommen fast gescheitert wäre.

Auch für Begins Nachfolger Jizchak Schamir kann die umstrittene Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten zum „größten Stolperstein" (so ein Berater) werden. Dafür wird zweifellos eines seiner gewichtigsten Kabinettsmitglieder sorgen – der derzeitige Wohnungsbauminister Ariel Scharon.

Jugoslawien

Vor die Hunde

Die Kroaten bereiten sich mit Bangen auf einen offenen Krieg vor. Die von der Armee unterstützten Serben sind ihnen überlegen.

Marinko, Franjo, Željko! Sie waren drei herrliche Blumen in unserer Mitte! Marinko, Franjo, Željko! Sie haben für unsere Freiheit und unsere Heimat das Höchste geopfert – ihr junges Leben!"

Jedesmal, wenn der Priester laut die Namen der drei Gefallenen über den Friedhof ruft, geht ein Schluchzen und Wehklagen durch die Trauergemeinde, die im slawonischen Cerna drei Angehörigen der kroatischen Nationalgarde, aus dem Dorf stammenden Bauernsöhnen, das letzte Geleit gibt.

Marinko Šimunac, Franjo Jurčić und Željko Jurčević waren Anfang voriger Woche in der nahen Stadt Vinkovci bei Kämpfen mit Freischärlern der serbischen Minderheit und Truppen der jugoslawischen Bundesarmee ums Leben gekommen.

Schwarzgekleidete Frauen stützen die junge Witwe von Franjo Jurčić und wischen ihr mit feuchten Tüchern über das tränenüberströmte Gesicht. Ein schnauzbärtiger Nationalgardist reckt die Kalaschnikow wie eine Schwurhand zum Himmel und verspricht, „alle serbischen Hunde" umzubringen.

Insgesamt waren bei dem Gefecht um Vinkovci, bei dem die Truppen der Bundesarmee Granatwerfer und am Ende sogar Flugzeuge einsetzten, 20 Kroaten getötet worden, darunter fünf Zivilisten.

Ob Zufall oder Absicht der serbisch dominierten Armeeführung – zum selben Zeitpunkt, da in Vinkovci die Bomben und Granaten einschlugen, trat in Ohrid das jugoslawische Staatspräsidium zur erneuten Krisensitzung zusammen. Auch Kroatiens Präsident Franjo Tudjman saß mit am Tisch.

Seine Forderung, die in Kroatien stationierten Truppen der Bundesarmee unverzüglich in die Kasernen zurückzubefehlen und die serbischen Milizen in Kroatien zu entwaffnen, wiesen die Vertreter der Serben und ihrer Verbündeten zurück. Tudjman reiste überstürzt nach Zagreb ab.

Er wolle erst dann wieder an den Verhandlungen teilnehmen, wenn seine Bedingungen erfüllt seien, erklärte er. Darin wurde er unterstützt von Staatspräsident Stipe Mesić, einem Kroaten, der die serbische Führung beschuldigte, „nicht für die Rechte der Serben in Kroatien zu kämpfen, sondern um die von Serben bewohnten kroatischen Gebiete".

Seit der Bombardierung von Vinkovci nehmen die Kämpfe zwischen Serben und Kroaten täglich an Heftigkeit zu. Ein schrecklicher Bürgerkrieg scheint kaum noch aufzuhalten – nicht mehr vom jugoslawischen Staatspräsidium, das vorigen Freitag wieder ergebnislos tagte, und schon gar nicht von der Europäischen Gemeinschaft, die sich uneins, hilflos und überfordert zeigte.

„Die Politiker reden und reden und machen Zusagen", sagt ein junger kroatischer Nationalgardist, der eine Straßensperre hinter Vinkovci bewacht, „und wir gehen hier vor die Hunde."

In der kroatischen Hauptstadt schien dagegen der Krieg Ende voriger Woche noch weit weg, fast unwirklich, obwohl die Medien jeden Tag neue Schreckensmeldungen veröffentlichten: von Flüchtlingen, die ihre Häuser in den umkämpften Gebieten verlassen, vom Niemandsland zwischen den serbischen und den kroatischen Dörfern, wo am Tag hungrige Tiere herumstreunen und in der Nacht schwerbewaffnete Freischärlerbanden.

Die Menschen lasen die Frontberichte im Café und auf den Terrassen der eleganten Restaurants; sie genossen den Sommer, als herrschte ringsum Ruhe. Nur manchmal war Hubschrauberlärm zu hören – Maschinen der Bundesarmee, die im Tiefflug über den Zagreber Flughafen knatterten. „Die tägliche Provokation", erklärte ein Angestellter der Flughafenverwaltung gleichmütig.

Dabei ist der Krieg ganz nah. In der Banja etwa, wie die Landschaft heißt, die rund 50 Kilometer südlich von Zagreb beginnt, werden Nacht für Nacht die Häuser kroatischer Bauern und Stellungen der Nationalgarde beschossen. Die serbischen Milizen sind gut organisiert und haben ihr Gebiet fest in der Hand.

Ähnlich geht es in der Krajina und in Slawonien zu. „Wir leben längst im Krieg gegen Serbien und die Bundesarmee, nur wollten sich die Politiker in Zagreb die Realität nicht eingestehen", sagt ein junger Offizier der Nationalgarde. An seinem Durchhaltewillen läßt er keinen Zweifel: „Keinen Zentimeter" kroatischen Bodens würden die Serben bekommen.

Doch im Felde sind die Serben überlegen – schon allein deshalb, weil die



Bewaffneter Kroate in Vinkovci: „Gefährliche Kindereien"



Trauernde Angehörige eines gefallenen Kroaten in Cerna: „Das Höchste für unsere Heimat geopfert"

Bundesarmee sie immer massiver unterstützt. In der direkt an der Donau gelegenen slawonischen Ortschaft Erdut wurde eine Stellung der Nationalgarde am vorigen Donnerstag vom serbischen Ufer aus mit Panzergeschützen und Mörsern unter Feuer genommen. Das Artillerie-Bombardement, das völlig unvermutet einsetzte, dauerte mindestens eine Stunde und forderte auf kroatischer Seite 9 Tote und 17 zum Teil schwer Verletzte.

Am selben Tag stoppten serbische Freischärler in Mirkovci den internationalen Expreßzug „Simplon" und mißhandelten Reisende, ohne daß die Bundestruppen einschritten. Einen Tag später eröffneten Einheiten der Armee in der Ortschaft Glina aus Granatwerfern das Feuer auf einen Stützpunkt der kroatischen Polizei. Auch Ausländer sind nicht mehr sicher. Am Freitag wurde der Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, Egon Scotland, 43, erschossen.

Schon bisher gab es für die kroatischen Behörden kaum einen Zweifel, daß die jugoslawische Bundesarmee, die nach dem Willen ihres Oberbefehlshabers, Staatspräsident Mesić, eine Pufferzone zwischen den verfeindeten Volksgruppen errichten sollte, die serbischen Partisanen mit Waffen unterstützt. Nach den Attacken von Erdut und Glina war der Beweis dafür endgültig erbracht.

„Für diese aggressive, brutale und barbarische Tat ist die Führung der Republik Serbien verantwortlich", stellte der kroatische Regierungschef Josip Manolić, Chef des Krisenstabs, fest. Verteidigungsminister Šime Djodan, der vom Zagreber Wochenmagazin *Danas* als „nicht geeignet für diesen Posten" kritisiert wurde, erklärte zornbebend, daß „die selbsternannten Vertreter Serbiens ohne Vorwarnung den Krieg gegen Kroatien begonnen haben". Er fügte hinzu, daß Kroatien sich zu verteidigen wisse und nun „mit allen Mitteln für den Krieg rüsten wird".

Wenn es dafür nicht schon zu spät ist. Mehr als auf einen Sieg ihrer Waffen setzt die kroatische Führung einstweilen auf die „Internationalisierung" des Konflikts mit dem serbischen Nachbarn. Doch wie sollten EG-Beobachter, deren Einsatz in den kroatischen Kampfzonen Tudjman verlangte, die fanatischen Serben abschrecken?

Und eine Entsendung von Uno-Blauhelmen, wie sie Verteidigungsminister Djodan forderte, schien unrealistisch. Die Uno fühlt sich nicht zuständig und könnte auch kaum eingreifen, solange der Sicherheitsrat nicht aktiv wird. Doch dessen wichtigste Mitglieder halten sich zurück: US-Präsident Bush, weil er die jugoslawische Krise als eine innereuropäische Angelegenheit ansieht, und Sowjetpräsident Gorbatschow, weil er die Schaffung eines womöglich für ihn selbst gefährlichen Präzedenzfalls fürchtet.

„Das ist alles eine Frage der Zeit, von unendlich viel Zeit", sagt ein Polizeioffizier in Slawonien, „doch die Zeit läuft uns davon."

Ultimativ begehrte die kroatische Regierung am vorigen Freitag von der jugoslawischen Armeeführung Auskunft, ob sie noch alle Einheiten unter ihrer Kontrolle habe oder ob es Truppenteile gebe, die auf eigene Faust gegen Kroatien operierten.

Wenn die obersten Militärs, so drohte Informationsminister Hrvoje Hitrec, tatsächlich behaupteten, noch alle Truppenteile zu kommandieren, dann bedeute das nichts anderes, als daß die Generäle verantwortlich seien für „die Kriegsverbrechen in Kroatien". Demzufolge müsse die Armee „als Aggressor und Besatzungsmacht" betrachtet werden, „mit allen sich daraus ergebenden Folgen".

Von dieser martialischen Selbstsicherheit war in den umkämpften Gebieten nicht viel zu spüren. Dort überwogen Angst und Zweifel – und oft auch das Gefühl, von Zagreb im Stich gelassen zu werden, hilflos einem unheimlichen, übermächtigen Gegner ausgeliefert zu sein.

„Tudjman kannst du vergessen", sagt ein junger Mann, der im Hotel Slavonija in Vinkovci lässig an der Bar lehnt, jeder Zoll ein Rambo, vom ärmellosen T-Shirt, das die schweißnassen Muskeln freigibt, über das verwegen geknüpfte Stirnband bis zum automatischen Gewehr, das er nicht aus der Hand legt. Er ist schon etwas angetrunken und streichelt die Kalaschnikow: „Das ist mein Tudjman."

Doch ob solche Kämpfer imstande sind, die gut gerüsteten, von der Armee unterstützten serbischen Milizen aufzuhalten, ist fraglich. Der Polizist Stjepan Dolić, der zusammen mit einem Kollegen an einer Straßensperre zwischen den slawonischen Dörfern Bogdanovci und Marinci Dienst tut, gibt sich keinen Illusionen hin. „Das sind gefährliche Kindereien", sagt er. Mit einer vagen Handbewegung deutet er über die nahen Maisfelder.

„Überall dort liegen die Tschetniks. Wenn sie mit Granatwerfern angreifen, bleibt uns nichts anderes übrig, als die

Flucht zu ergreifen." Schlechte Ausrüstung und mangelndes Training erklären die unverhältnismäßig hohen Verluste der kroatischen Sicherheitskräfte. Allein am vorigen Donnerstag kamen bei Scharmützeln mindestens 24 kroatische Polizisten und Nationalgardisten um. Die abgefallene Republik Slowenien hatte etwa doppelt so viele Opfer in ihrem immerhin zehn Tage dauernden Kampf gegen die Bundesarmee zu beklagen.

Und die Lage dürfte bald noch ungünstiger werden. Die 70 000 jugoslawischen Soldaten mit rund 800 Panzern und 2000 Geschützen, die derzeit in Kroatien stationiert sind, könnten schon in den nächsten Wochen durch weitere 20 000 Mann verstärkt werden, wenn die Bundestruppen aus Slowenien abziehen.

Der Abmarsch wird sie durch Kroatien führen. In Zagreb befürchtet die Regierung, daß sie gleich bleiben werden.

„Ihr Leid ist schrecklich"

Der Bruderkrieg zwischen Serben und Kroaten / Von Ivan Ivanji

Der im Banat geborene Ivan Ivanji, 62, lebt als Schriftsteller und Publizist in Belgrad.

Jahrzehntelang habe ich mich geärgert, weil die Jugoslawien-Kenner unter den deutschen Journalisten immer wieder vom Haß zwischen Serben und Kroaten schrieben, an dem Jugoslawien zerbrechen werde. Und ich habe behauptet, er sei nicht schlimmer als der Streit zwischen Bayern und Preußen.

Wenn ich heute den Krieg in meinem Land am Fernsehschirm verfolge – er tobt dieser Tage 100 Kilometer westlich von Belgrad, hat sogar die Haupteisenbahnstrecke nach Zagreb tagelang unterbrochen, was Titos Partisanen höchstens für Stunden gelang –, mischt sich in meine Trauer und Verzweiflung ein Tropfen Bitternis, weil die Kassandras recht behalten haben.

Oder soll ich mich damit trösten, daß Bayern und Preußen ihre Gegnerschaft zuletzt vor 125 Jahren kriegerisch ausgetragen haben? Demnach lägen wir nur eineinviertel Jahrhunderte hinter ihnen zurück.

Es ist etwas anderes, schießwütige Menschen im fernen Libanon hinter Ruinen ihre Mordwerkzeuge handhaben zu sehen, als die gleichen Szenen in vertrauten Dörfern und Landschaften zu beobachten. In den mehrheitlich von Serben bewohnten Regionen Kroatiens findet ein Kampf statt, den ich mir nie hätte vorstellen können.

Serben und Kroaten verteufeln einander als verbrecherisches Volk. Wie soll es besser werden, wenn wir wissen, daß im Herbst eine Wirtschaftskrise und nackte Not zu erwarten sind, die bevorstehenden sozialen Unruhen von den unfähigen Politikern nur in noch größeren Haß gegen das jeweils andere Volk abgelenkt werden können?

Das neue, zwar demokratisch gewählte, aber ultra-nationalistische Regime in Kroatien hat den Zagreber Hauptplatz, der unter Tito Platz der Republik hieß, wieder in Jelačić-Platz umgetauft, wie zu alten Zeiten. Dieser Jelačić war ein österreichisch-ungarischer Haudegen, aber er hatte mehr Fingerspitzengefühl für die Beziehungen zwischen Serben und Kroaten als der heutige Präsident Tudjman. Jelačić war ein General des Kaisers, Tudjman ein General Titos. Jelačić schrieb Gedichte, Tudjman promovierte zum Doktor der Geschichtswissenschaften. Jelačić war ein miserabler Dichter, und Tudjman hat nichts aus der Geschichte gelernt.

Vom Kaiser ernannt und vom kroatischen Ständeparlament Sabor gewählt, legte sich Jelačić 1848 neben dem Titel eines Banus von Kroatien, Slawonien und Dalmatien auch den Rang eines Kommandanten der Krajina, der habsburgischen Militärgrenze, zu. Damit betonte er die Selbständigkeit dieser von Serben bewohnten Region. Und seinen Eid schwor der römisch-katholische Statthalter Wiens vor dem serbisch-orthodoxen Patriarchen Rajačić. Jelačić legte vor fast 150 Jahren Wert darauf, Führer sowohl der Kroaten als auch der Serben in Kroatien zu sein. Er behandelte die Serben als mitstaatstragendes Volk, nicht als Minderheit, und herrschte so bequem über beide Völker.

Jahrhundertelang haben die beiden slawischen Stämme in verschiedenen Kulturkreisen gelebt. Die scharfen Grenzen zwischen Rom und Byzanz, römisch-katholischem und orthodoxem Glauben, später zwischen Österreich und der Türkei, Christentum und Islam, haben sie voneinander getrennt. Aber sie wurden deswegen nicht zu Erbfeinden. Als es im 19. Jahrhundert den Ser-



Kundgebung auf dem Zagreber Jelačić-Platz: „Mehr Fingerspitzengefühl"

ben gelang, das türkische Joch abzuschütteln, erst ein selbständiges Fürstentum, dann ein Königreich zu gründen, wurden sie für die südslawischen Nationen in der Habsburger Monarchie zum Träger des Freiheitsideals.

Nationale Historiker haben zur Zeit in Serbien und Kroatien Hochkonjunktur. Sie sollen beweisen, daß das eigene Volk dem anderen überlegen sei, älter, weiser, angesehener, mehr für die Weltkultur geleistet habe. Aber heute bestimmen zu wollen, welcher serbische oder kroatische König wann und an wen sein Reich verlor, wie im Mittelalter die Grenzen verliefen, ist müßig. Es gab damals keine Nationalstaaten, nur Interessensphären verschiedener Feudalherren, die sowieso miteinander verschwägert waren.



Die heutigen Wirren gehen vor allem von der Krajina aus. Krajina – eigentlich „Vojna Krajina“ – ist Teil der ehemaligen österreichischen Militärgrenze. Am Ende des 16. Jahrhunderts bemühte sich Wien um die Ansiedlung von Serben und garantierte ihnen Sonderrechte. Dafür sollten sie jederzeit bereit sein, gegen die Türken zu kämpfen.

Sie waren von Steuern und Fronarbeit befreit, kirchlich selbständig, hatten eine Selbstverwaltung und waren nur dem Kaiser direkt untertan, gegenüber den Ständen in Zagreb in jeder Hinsicht frei. Das garantierte ein 1597 vom Hause Habsburg ausgestellter Schutzbrief. Der Boden, den sie bekamen, gehörte zwar dem Kaiser (dominium directum), doch die Nutzung der Güter war den Bewohnern der Militärgrenze überlassen (dominium utile). Diese Tradition der Selbständigkeit wirkt bis heute.

Nach der Zerschlagung Jugoslawiens 1941 kam es im unabhängigen Staat Kroatien von Hitlers Gnaden zum Völkermord. An die Macht gelangte die Ustascha, eine von Mussolini und Hitler hochgepäppelte Organisation. Ihre erklärte Absicht war es, ein Drittel der Serben aus Kroatien und Bosnien zu vertreiben, ein Drittel zum römisch-katholischen Glauben zu bekehren und so zu kroatisieren – und ein Drittel umzubringen. Wie ernst die Rechnung gemeint war, beweist: Von den sieben orthodoxen Bischöfen in Kroatien wurden drei vertrieben, drei ermordet, einer starb eines natürlichen Todes.

Über die Zahl der umgebrachten Serben streiten die Historiker. Der Genozid ist viel zu schrecklich, als daß ich mich an den Berechnungen, ob es Hunderttausende oder nur Zehntausende waren, beteiligen möchte. Der heutige Präsident Kroatiens, Tudjman, erhielt eine Gefängnisstrafe, weil er zu beweisen suchte, daß im Konzentrationslager Jasenovać nicht so viele Menschen umgekommen seien wie offiziell behauptet.

Auch wenn er recht haben sollte, verstehe ich nicht, warum er nicht durch eine Kranzniederlegung im ehemaligen Lager etwas für die Versöhnung getan hat wie Willy Brandt mit seinem Kniefall in Warschau, oder warum der heutige Primas der katholischen Kirche in Kroatien, Kardinal Kuharić, dort keinen ökumenischen Gottesdienst mit dem serbischen Patriarchen abhält, egal ob 7000 oder 700 000 unschuldige Menschen umkamen.

In der Stadt Glina, wo jetzt Serben gegen kroatische Polizisten kämpfen, trieb die Ustascha alle orthodoxen Bürger in deren Kirche und verbrannte sie mitsamt dem Gotteshaus. Kinder mußten zuschauen, wie die Eltern gefoltert und ermordet wurden. Viele Menschen wurden am Rande der Gruben im Karst geschlachtet und in die Tiefe gestoßen. Es gibt Überlebende, die sich erinnern können. Zu ihnen gehört der jetzige Generalstabschef Blagoje Adžić, der als Kind mitansah, wie zwölf seiner Familienangehörigen bestialisch getötet wurden.

Ustaschas benutzten die alten kroatischen Wappen und Symbole – der heutige Staat benutzt sie wieder. Das „Schachbrett“, das rot-weiße Würfelmuster, Kennzeichen der kroatischen Könige im Mittelalter, erinnert die Serben nicht an die guten alten Zeiten, sondern an Völkermord.

Neben den Ustaschas gab es auch Tschetniks, eine königstreue serbische Guerilla, die aber im Laufe des Krieges mehr im Einvernehmen mit der deutschen und italienischen Besatzungsmacht kämpfte als für die Freiheit des Landes. Auch die Tschetniks mordeten hemmungslos. Und nach dem Krieg rächten sich Titos Partisanen an beiden. Es ist sinnlos, darüber zu rechten, wer mehr Grausamkeiten verübt hat.

Die Krajina war im Krieg von den Tschetniks beherrscht. Ihr Anführer, der Pope Djujić, ist das orthodoxe Pendant für viele katholische Geistliche, die nicht nur in die Reihen der Ustaschas eintraten, sondern sogar in Konzentrationslagern mitmordeten. Im Laufe der Operation von Knin im November 1944 leisteten 4500 Tschetniks, unterstützt von einigen abziehenden deutschen Regimentern, 26 000 Partisanen wochenlang Widerstand.

Diese Krajina hat sich jetzt zum „Autonomen Serbischen Gebiet“ erklärt und will die kroatische Oberhoheit nicht anerkennen. Aber durch die Krajina führen die einzige Eisenbahnstrecke zwischen Zagreb und Mitteldalmatien sowie die wichtigsten Straßen zur Küste. Ohne dieses Stück Land ist Kroatien nicht lebensfähig.

Die Krajina ist von alters her ein umkämpftes Grenzland. Überraschend aber sind die schweren Kämpfe in Ostslawonien, einem Flachland, nur durch die Donau von der Vojvodina getrennt. Auch hier wollen die Serben, die nur etwa die Hälfte der Bevölkerung bilden, den Anschluß an Serbien.

Nach einer inoffiziellen Volksbefragung, an der nur Serben teilgenommen haben, wird heute in mehreren Regionen Kroatiens behauptet, die Bevölkerung habe sich dafür entschieden, entweder in einem Gesamtjugoslawien zu verbleiben oder einen Anschluß an Serbien zu suchen, wenn Kroatien sein unbestrittenes Recht verwirklicht, aus Jugoslawien auszutreten.

Es gibt aber wenig Enklaven mit klarer serbischer Mehrheit, sie verteilen sich wie die Flecken eines Leopardenfells über Kroatien, und in ihnen gibt es wie die Puppe in der Puppe wiederum rein kroatische Dörfer. Gewiß sind die Grenzen aller heutigen jugoslawischen Republiken willkürlich. Aber wie soll man sie auf gerechte Weise neu ziehen?

Die Kroaten sprechen von einem aus Serbien geschürten Aufstand. Die serbischen Rebellen behaupten, sie vertei-

Kroatische Ustascha im Zweiten Weltkrieg: „Überlebende erinnern sich“



Generalstabschef Adžić
Zwölf seiner Verwandten ermordet

digten nur Haus und Heimat. Die Folge sind mindestens 25 000 serbische und 6000 kroatische Flüchtlinge aus den Krisengebieten. Ihre Not ist groß, ihr Leid schrecklich, wird aber von täglich neuen Todesmeldungen überschattet.

In Jugoslawien gibt es viele gemischte Ehen. Waren die Eltern verschiedener Herkunft, nannten sich die Kinder meist Jugoslawen. Das hört man heute ungern. Sage ich, zu Titos Zeiten habe es keinen Haß zwischen den Völkern gegeben, hält man mir entgegen, er sei nur durch die Repression verdeckt gewesen. Ich erwidere, wenn es so ist, hätte ich mir eine noch viele Jahrzehnte dauernde Repression gewünscht.

Wie wird es ausgehen?

Ich wage zu prophezeien: Jugoslawien wird auseinanderfallen. Wenn sich die nationalen Republiken etabliert haben, bildet Serbien mit Montenegro, vielleicht mit Mazedonien eine Föderation, die sich als Nachfolgestaat Jugoslawiens verstehen wird. Und ich wage zu hoffen: Die anderen werden sich diesem Gebilde in einer Wirtschafts-, Währungs-, Wehr- und Zollunion anschließen. Danach gehen alle im vereinten Europa auf.

Vorher müßte Kroatien seinen mehrheitlich von Serben bewohnten Regionen eine gewisse Autonomie gewähren. Damit das nicht wie eine Sonderkonzession an die Serben aussieht, könnten auch Dubrovnik und Istrien den Status autonomer Gebiete bekommen. Bosnien und Herzegowina müßten „kantonisiert“, Serben, Kroaten und die Moslems voneinander getrennt werden. Serbien hat ja seit langem autonome Gebiete, warum also sollten nicht auch die anderen Republiken welche haben?

Die Frage ist nur: Müssen vorher noch Hunderte, Tausende, Zehntausende Serben und Kroaten sterben? Einmal kommt hoffentlich die Zeit, da die verfeindeten Völker sich nur noch so an das Grauen erinnern wie die heutigen Deutschen an den Dreißigjährigen Krieg.

Oder werden sich die Ungarn in Siebenbürgen, die Balten, Armenier und Georgier, die Rumänen in Moldawien ein Beispiel nehmen an den balkanischen Stämmen, die den Bruderkrieg so höllisch ernst betreiben? Geht Osteuropa dann, eben dem Kalten Krieg entronnen, im Heißen Krieg aller gegen alle, zum Teufel?

Südafrika

Gezinkte Karten

Präsident de Klerk verliert Vertrauen. Aus einem Geheimfonds hat die Buren-Regierung die Zulus unterstützt.

Der schwarze Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu schwärmte vom weißen Staatschef Frederik Willem de Klerk. Er werde FW, wie jeder in Südafrika den Präsidenten nennt, als Kandidaten für die schwedische Auszeichnung vorschlagen, falls ihm die friedliche Umwandlung des Unrechtssystems am Kap zur Demokratie gelinge.

Das war Anfang Juli. Am vergangenen Dienstag sah sich der populäre Kirchenführer schwer getäuscht. „Unser Vertrauensverhältnis zu ihm ist zerbrochen“, klagte Tutu stellvertretend für die meisten schwarzen, aber auch für manche weiße Südafrikaner.

De Klerk, der die schwarze Bevölkerungsmehrheit mit seinem Burenstaat versöhnen will, war über eine Hinterlassenschaft seiner rabiateren Vorgänger gestolpert. In den Jahrzehnten der weltweiten Ächtung des Apartheidregimes hatten diese einen stetig wachsenden Fonds für „Geheime Dienste“ angelegt, im laufenden Budget 380 Millionen Rand (rund eine viertel Milliarde Mark). Mit den Steuergeldern wurden beispielsweise der Waffen- und Ölboykott unterlaufen, aber auch Freunde gekauft.

So kam im Frühjahr letzten Jahres die Inkatha-Bewegung des Zulu-Häuptlings Mangosuthu Buthelezi an eine Viertelmillion Rand – überwiesen mit freundlichen Grüßen von der Sicherheitspolizei. Weitere fünf Millionen flossen über die Jahre außerdem an Uwusa, eine Gewerkschaftsbewegung, die dem Zulu-Chef nahesteht.

Die Zahlungen erhärten einen schlimmen Verdacht – daß die weißen Sicherheitskräfte die Zulu-Bewegung benutzten, um die Gewalt von Schwarzen gegen Schwarze zu schüren. Seit anderthalb Jahren liefern sich Inkatha und Nelson Mandelas African National Congress (ANC) blutige Machtkämpfe mit Speeren, Streitäxten und Keulen. Dabei kamen Tausende ums Leben. Hartnäckig hielt sich in den schwarzen Wohngebieten das Gerücht, daß eine „dritte Kraft“ hinter den Fehden stekken müsse.

Beobachtern fiel häufig auf, wie die Polizei mit den Inkatha-Kriegern nahezu kameradschaftlich umging, während gegen den ANC sogleich Tränengas

und Schrotmunition eingesetzt wurden. Das konnte nicht nur daran liegen, daß die Buren seit jeher vor der kämpferischen Tradition der Zulus Respekt haben. Auch der Umstand, daß die meist konservativ-ländlichen Anhänger von Inkatha mit ihrer „Ja, Baas"-Haltung den Polizisten genehmer sind als die häufig unter roten Fahnen marschierenden ANC-Revolutionäre, reichte als Erklärung nicht aus.

Vielmehr schien sich nun zu bestätigen, daß die berüchtigte „Fünfte Kolonne" ihre Finger im Spiel hatte. Weder der blamierte Buthelezi noch Polizeiminister Adriaan Vlok wollten von den Zahlungen gewußt haben.

Und Präsident de Klerk? Der schickte seinen Außenminister vor, der sich zur Bewilligung des Geldes bekannte. „Na und", konterte Roelof Botha, „wir haben die Inkatha-Versammlungen unterstützt, weil dort Sanktionen abgelehnt wurden."

„Die verdammte Sauerei", so ein ANC-Vertreter, war in der Johannesburger *Weekly Mail* enthüllt worden – mitsamt Briefwechsel, Gesprächsnotizen, Bankbelegen. Der Bericht löste Erschütterungen aus, wie sie Südafrika seit der Freilassung Nelson Mandelas am 11. Februar 1990 nicht mehr erlebt hat. Der Reformer de Klerk stürzte nach kaum zweijähriger Amtszeit in eine schwere, womöglich finale Vertrauenskrise.

In den USA, die in der zweiten Juliwoche ihre Sanktionen gegen Südafrika aufgehoben hatten, empfanden Politiker die ANC-Warnungen nunmehr als prophetisch. Als „zu früh" hatte Südafrikas größte politische Gruppe das Ende des Boykotts gerügt, „der Prozeß des politischen Wandels ist noch umkehrbar".

Großbritanniens John Major telefonierte direkt mit Pretoria, als selbst konservative Londoner Zeitungen wie der *Daily Telegraph* „drastische Maßnahmen" verlangten. EG-Europas schwerfällige Entscheidungsmechanismen erwiesen sich ausnahmsweise als Segen: Wegen Dänemarks Veto gelten noch immer die vor rund fünf Jahren verhängten Sanktionen gegen Südafrika, wonach Importe von Eisen, Stahl und Krügerrand-Goldmünzen verboten sind – obwohl die EG-Außenminister bereits die Aufhebung der Strafmaßnahmen beschlossen hatten.

Nun strich Wirtschaftsminister Möllemann ein Treffen mit Inkatha-Chef Buthelezi vom Programm eines für August angesetzten Südafrika-Besuchs. Keinen Anlaß, ihre Politik zu überdenken, sieht die Konrad-Adenauer-Stiftung, die seit 1983 jährlich 650 000 Mark für das Inkatha-Institut in Durban überweist.

Die bloßgestellten weißen Machthaber versuchten währenddessen, den Sturm abzuwettern. Für zwei Tage verzog sich das Kabinett Anfang letzter Woche zum „Bosberaad", einer Beratung im Busch. An geheimem Tagungsort war kein Verantwortlicher zu erreichen. Als Minister Vlok schließlich am Mittwoch ausländische Regierungsvertreter empfing, behauptete er forsch, die „schmutzigen Tricks" gehörten der Vergangenheit an. Sein Rücktrittsangebot, vermuten Kenner der burischen Machtclique, werde er wohl nicht so schnell einlösen.



The Guardian

Somit scheint die Konfrontation mit dem ANC unausweichlich. Der Nationalkongreß verlangt von de Klerk den Hinauswurf von Vlok und Verteidigungsminister Magnus Malan. Auch er soll am „Spiel mit gezinkten Karten" teilgenommen haben, enthüllte die Zeitung *New Nation*.

Ein abtrünniger Soldat einer Spezialeinheit bekannte sich zu organisierten Greueltaten in den Townships. Mit Pangamessern und Kalaschnikows, so schilderte er ein Beispiel von vielen, habe man im September 1990 einen Zug in Soweto überfallen: 23 Tote meldeten damals die Zeitungen. Vorgesetzte hätten ihnen den Kampfruf eingeschärft: „We are Inkatha."

Gerade hatten viele weiße Südafrikaner etwas Hoffnung für die Zukunft geschöpft und ihre Auswanderungspläne verschoben. Doch jetzt schließt eine Viertelmillion, so ergab eine Umfrage vorige Woche, die Emigration in den nächsten fünf Jahren nicht aus. Vielleicht ahnen sie weitere Peinlichkeiten.

Unaufgeklärt sind zahlreiche politische Morde der letzten Jahre, etwa durch fachgerecht gezündete Bomben gegen Gewerkschafter oder nächtliche Schüsse auf Oppositionelle. Aktenkundig und gleichwohl unaufgearbeitet ist das unheilvolle Wirken des Civil Cooperation Bureau. Diese Truppe von Tötungsspezialisten handelte in offiziellem Auftrag, stellte 1989 ein Richter fest. Mittlerweile ist die Killerriege aufgelöst worden, die Mitglieder erhielten hohe Abfindungen oder verzehren eine Pension.

„Inkatha-Gate", so überschrieben Südafrikas Zeitungen das neueste Debakel, stellt de Klerk vor eine schwere Wahl: Will er seinem Image als Saubermann treu bleiben, so muß er einen unabhängigen Untersuchungsausschuß einsetzen. „Das könnte für einige hohe Herren peinlich werden", mutmaßt Kobus Jordaan, Abgeordneter der oppositionellen Demokratischen Partei.

Versucht der Präsident dagegen den Skandal auszusitzen, könnte der ANC mit seiner Forderung nach einer Interimsregierung auch in Washington und London Gehör finden. „Nun wird sich entscheiden, ob de Klerk als Mittler für die bevorstehenden Verhandlungsrunden noch in Frage kommt", behauptet der Kapstädter Politologe David Welsh.

Erzbischof Tutu hat die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben. De Klerk müsse sich „so verhalten, daß Nelson Mandela ihn wieder als redlichen Gesprächspartner akzeptieren kann". ◄

Umfrage-Hoch für Jacques Delors

Der rasche Popularitätsverfall der französischen Premierministerin Edith Cresson hat Spekulationen um ihre Ablösung neuen Auftrieb gegeben: Aus Furcht vor einer erneuten „Kohabitations“-Regierung mit den oppositionellen Gaullisten werde Staatspräsident François Mitterrand die bislang glücklose Regierungschefin im nächsten Jahr, rechtzeitig vor den Parlamentswahlen 1993, ersetzen. Spitzenkandidat für den Posten: EG-Kommissionspräsident Jacques Delors, laut Pariser *Figaro* „Mitterrands Joker“. Der Brüsseler Europapolitiker, dessen Amtszeit im Dezember 1992 endet, genießt hohes Ansehen bei Franzosen aller Couleur und trifft auch – im Gegensatz zu Cresson – auf Wohlwollen in der Wirtschaft. In Umfragen führt Delors zudem das Feld jener Sozialisten an, die sich voraussichtlich um die Nachfolge Mitterrands bewerben wollen. Dessen Protegé Laurent Fabius werden dagegen kaum ernsthafte Chancen eingeräumt.

Putschgelüste in Pakistan

Aus Furcht vor „undemokratischen Kräften“, die darauf aus seien, „die Verhängung des Kriegsrechts zu provozieren“, hat sich Pakistans Ministerpräsident Nawaz Sharif per Verfassungszusatz weitgehende Machtbefugnisse gesichert. Der Wahlsieger über Benazir Bhutto kann nach eigenem Gutdünken „Schnellgerichte gegen Schwerverbrechen“ einsetzen, in deren Zuständigkeitsbereich der Polizei gestattet ist, jeden Verdächtigen zu verhaften. Doch als Waffe gegen den Terrorismus – Pakistan litt in den vergangenen Wochen unter einer Welle von Bombenattentaten, Kidnappings und politischen Morden – sind die Schnellrichter unwirksam, wie bereits vorhandene Sondergerichte gezeigt haben. So sind die neuen Vollmachten womöglich gegen innenpolitische Gegner des Ministerpräsidenten gerichtet und die hat er sich in knapp neunmonatiger Amtszeit reichlich geschaffen. Die gefährlichsten sind seine ehemaligen Gönner im Militär: Weil Sharif den Stabschef der Armee, General Aslam Beg, zum baldigen Rücktritt in den Ruhestand gezwungen hat, ist ein Putsch der Streitkräfte möglich geworden.

Machtkampf in El Salvador

Die tödliche Erkrankung ihres Gründers Roberto D’Aubuisson, 47, hat in der rechtsradikalen Regierungspartei von El Salvador einen Machtkampf entfesselt, der auch den zwölf Jahre alten Bürgerkrieg neu anzuheizen droht. Wegen eines Zungen- und Mundkrebsleidens war D’Aubuisson in den vergangenen sechs Monaten mehrmals in Houston zur Behandlung; US-Diplomaten bestätigten, daß sich



sein Zustand verschlechtert. Der Major a. D. gilt als Initiator der gefürchteten Todesschwadronen und soll für die Morde an San Salvadors Erzbischof Oscar Romero 1980 sowie Tausenden von Kleinbauern und Gewerkschaftern verantwortlich sein. In der Arena-Partei ist er der Gegenpol zu dem moderateren Staatspräsidenten Alfredo Cristiani und gilt als „Kitt, der die Rechte zusammenhält“, so ein Parteianhänger. Staatschef Cristiani wird dagegen von vielen Parteimitgliedern angefeindet, weil er sich auf Verhandlungen mit der linken Guerilla eingelassen hat. Militante Arena-Mitglieder haben in den vergangenen Wochen mit neuen Morden gedroht, falls es wirklich zu einem Friedensschluß kommen sollte. Stirbt ihr Idol D’Aubuisson, droht die Partei endgültig auseinanderzubrechen.



Opfer der Todesschwadron

Zweiter Exodus aus Jemen?

Amerikanische Zionisten wollen die Ausreise jemenitischer Juden nach Israel organisieren. Erste Kontakte der Unterhändler führten in der Hauptstadt Sanaa zu einem heftigen Streit zwischen Regierung und Opposition. Nachdem Israel bis 1950 schon 50 000 jemenitische Juden mit einer Flugbrücke in den neugegründeten Staat ausgeflogen hatte, sollen nach den Vorstellungen des New Yorker Aktivisten Chaim Tawil 40 Jahre später etwa 2000 Verbliebene folgen. Die Aktion hat Aussicht auf Erfolg; Staatspräsident Ali Abdallah Salih will sich allerdings die Übung in ungewohnter Freizügigkeit entlohnen lassen. Orthodoxe Moslems und marxistische Oppositionspolitiker geißelten die Verhandlungen mit Tawil dagegen als „Handel mit dem Teufel“.



Ausreise jemenitischer Juden 1949

Gefährliche Golf-Souvenirs

Zollbeamte und Nationalgardisten in Washington durchsuchen die Sendungen der heimgekehrten oder der rund 45 000 noch immer in der Golfregion stationierten US-Soldaten nach gefährlicher Kriegsbeute. Den Seesäcken und Paketen haben sie bereits Pistolen, Messer und Bajonette, aber auch Kalaschnikows und Munitions-Ladestreifen aus irakischen Beständen entnommen, welche die Golfkrieger als Souvenirs nach Hause geschickt hatten. Bisher gefährlichster Fund: drei Packungen Plastiksprengstoff vom Typ C-4, der in Zigaretten-Stangen versteckt war. Auch die 50 Soldaten, die das Großherzogtum Luxemburg in den Norden des Irak entsandt hatte, um humanitäre Hilfe für die Kurden zu leisten, betätigten sich als eifrige Waffensammler. Nach ihrer Rückkehr beschlagnahmten die Behörden 10 irakische Sturmgewehre, 5 Makarow-Pistolen und 41 Bajonette.

Die Transit-Erfolgsstory.

Seit 25 Jahren ist der Transit erfolgreich unterwegs. Und hat sich als Gewerbefahrzeug oder als Freizeit- und Reisemobil im harten Alltagseinsatz hervorragend bewährt. Die sprichwörtlichen Transit-Tugenden und die Kurzhauberbauweise machen den Transit der 90er Jahre zu einem der modernsten Fahrzeugkonzepte.

Mit zahlreichen Aufbauvarianten ist der Transit nicht nur ein Beispiel an Vielseitigkeit, sondern stellt zudem einen besonders wirtschaftlichen Vertreter seiner Klasse dar. Das beginnt schon bei der Anschaffung, geht über sein enormes Ladevolumen mit bis zu 10 m³ bei ausgezeichneter Wendigkeit und endet nicht zuletzt bei seinen sparsamen Motoren mit serienmäßigem 5-Gang-Getriebe, dem schadstoffarmen 2,0-Liter-Einspritzmotor mit geregeltem Katalysator oder dem fortschrittlichen, robusten 2,5-Liter-Diesel mit Direkteinspritzung. Und vom Pkw-Fahrkomfort bis hin zur komfortabel ausgestatteten Fahrerkabine bietet er einen der bequemsten und sichersten Arbeitsplätze. Modernste Fertigungsverfahren sorgen für ausgezeichnete Transit-Qualität, damit Sie auch morgen im Transportergeschäft vornweg fahren können. Was der Transit sonst noch alles auf dem Kasten hat, zeigt er Ihnen am liebsten selbst bei einer Probefahrt. Bei Ihrem Ford-Händler.

Der Transit. Europas beliebtester Transporter.



Großbritannien

Letzter Feudalstaat

Premier John Major verkündete eine Bürger-Charta – Reaktion auf eine Volksbewegung für demokratische Reformen.

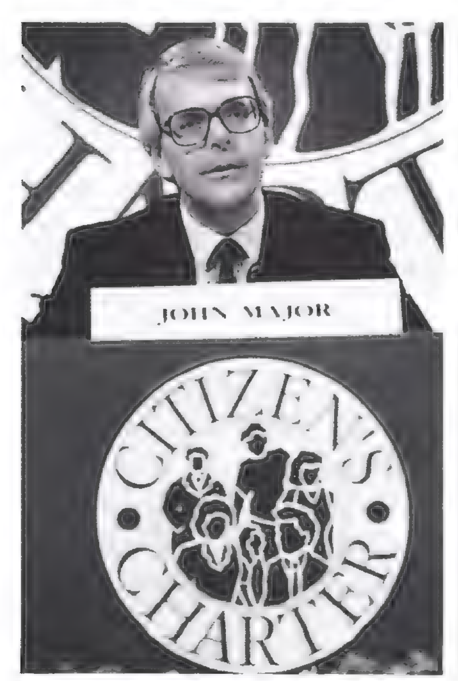
Der britische Kostümverleiher Mark Harries, 46, sieht sich als „tapfer, wagemutig, entschlossen", eine Art Robin Hood. Wie das Vorbild von Sherwood Forest will der Waliser jetzt „allein, aber für viele Zukurzgekommene" das „allmächtige System" in London um eine hohe Summe erleichtern – zwar nicht mit Pfeil und Bogen, aber über die Gerichte.

Der in Cardiff beheimatete Herr über 3000 mittelalterliche Kostüme hat die Regierung des Premierministers John Major verklagt. Durch Inkompetenz hätten die Tories die Wirtschaftsdepression herbeigeführt, den Harries-Kleinbetrieb „Broadway Entertainments" an den Rand des Ruins getrieben und dem Inhaber dadurch „großen emotionalen Streß" aufgebürdet. Nun will der Gestreßte Schadensersatz von Downing Street: eine Million Pfund, etwa drei Millionen Mark.

Die Regierung nahm den Aufsässigen nicht ernst, bis der High Court of Justice sie eines anderen belehrte: Das Londoner Gericht ließ die Klage zu, am 30. September ist Verhandlungstermin. Ob Harries gewinnt oder abgeschmettert wird – dem Rebellen ist eine Mega-Presseschau, der Tory-Regierung eine Peinlichkeit sicher.



Regierungsgegner Harries*: Schadensersatz für emotionalen Streß



Premierminister Major*
„Brot und Spiele"

Harries gehört zu der wachsenden Schar von Briten, denen die Mutter aller Demokratien nicht mehr paßt. Nach einer Umfrage wünschen sich bereits zwei Drittel aller Inselbewohner tiefgreifende Reformen am Staatssystem. Politiker von rechts und links, Professoren und Gewerkschafter stellen Monarchie, Oberhaus und Wahlrecht in Frage. Als sei das Königreich eine Dritte-Welt-Diktatur, fordern die Meuterer eine geschriebene Verfassung, kodifizierte Grundrechte und Zugang zu Regierungsinformationen.

Allein „konstitutionelle Änderungen" könnten die „Krise des britischen Staates" abwenden, warnt David Marquand, Politikprofessor an der Universität Sheffield. Für den Labour-Abgeordneten und früheren Minister Tony Benn ist die Briten-Demokratie nur noch „Ritual und Glanz" um eine „leere Hülse".

Auftrieb erhalten die Reformer durch drei Faktoren: Großbritannien paßt sich an die EG-Länder mit ihren soliden Verfassungen an; die zopfige Labour Party will sich als eine moderne Partei empfehlen, und die aufsteigenden Liberalen drängen unentwegt auf mehr Demokratie.

Vorige Woche versuchte Premierminister John Major, die Systemkritiker zu unterlaufen. Er legte dem Land eine „Citizen's Charter" vor, eine Bürger-Charta, welche die Rechte des Bürgers gegenüber der Obrigkeit stärken soll.

Doch das Papier entpuppte sich eher als – so Labour-Führer Neil Kinnock – „Propaganda-Charta für den Wahlkampf". Der unpolitische Katalog verheißt unter anderem Privatisierung von Eisenbahn und Londoner Busbetrieben, kürzere Wartezeiten vor Operationen in staatlichen Krankenhäusern, Schadensersatz bei Zugverspätungen und – geradezu revolutionär – Namensschildchen an den Revers von Beamten.

Majors „Brot und Spiele"-Entwurf, wie die Liberaldemokraten spotteten, blieb weit hinter den Zielen der politischen Reformer zurück. Die verlangen mehr und Radikaleres.

Labour und Liberale haben bereits eigene, politisch eingefärbte Bürger-Chartas präsentiert. Die Kinnock-Partei verspricht für den Fall ihres Wahlsiegs ein Informationsgesetz, „Freedom of Information Act". Dem soll eine „Bill of Rights", eine Art Grundgesetz, folgen. Die Liberalen drängen auf eine Abkehr vom Mehrheitswahlrecht, das kleinere Parteien wie sie selbst benachteiligt.

Eine Parteien und Gewerkschaftsklassen übergreifende, schon 27 000 Anhänger zählende Reformbewegung Charter 88 bereitet für den Herbst einen „verfassungsgebenden Konvent" vor. Der Labour-Linke Tony Benn hat eine Konstitution unter der Überschrift „Commonwealth of Britain Bill" ausgearbeitet. Benn, der einst seinen Adelstitel ablegte, will die Queen durch ein gewähltes Staatsoberhaupt ersetzen und das nicht gewählte Oberhaus, das House of Lords, abschaffen.

Die Erbmonarchie des Vereinigten Königreichs hat nie eine geschriebene Verfassung gekannt; die Machtverteilung im Staat regeln bis heute Museumsstücke wie die Magna Charta (1215), Habeas Corpus Act (1679), Bill of

* Oben: in seinem Kostümverleih in Cardiff; unten: bei der Vorstellung seiner Bürger-Charta.

Rights (1689) sowie ein Kanon von Gerichtsentscheidungen.

Gerade weil Britannien keine geschriebene Verfassung habe, sei das Land demokratisch wach und flexibel, argumentieren Konservative wie Lord Hailsham, der früher als Minister schlicht Quintin Hogg hieß.

Charter 88 weist in ganzseitigen Zeitungsanzeigen darauf hin, daß sich im Königreich ein „riesiges demokratisches Defizit“ angehäuft habe. Tony Benn hält Britannien ganz einfach für den „letzten Feudalstaat Europas“.

An Beweisen für diese Theorie fehlt es den Reformern nicht. Zwei der höchsten Staatsorgane, Queen und House of Lords, sind nicht gewählt. Demokratische Grundrechte wie Rede- oder Versammlungsfreiheit sind nirgends niedergeschrieben; die Regierung kann sie nach Gutdünken unterdrücken. So ist es der BBC verboten, Interviews mit Politikern der irischen Sinn-Fein-Partei zu senden, obwohl dieser politische Arm der terroristischen IRA legal ist.

Königin Elizabeth II.: „Zur Kasse, Madam“

Weil die Menschenrechte nicht schriftlich fixiert sind, können Briten vor heimischen Gerichten nicht gegen rassische, religiöse oder politische Diskriminierung klagen. Sie müssen sich an die europäischen Menschenrechtsschützer in Straßburg wenden.

Schier grenzenlos sind die Entfaltungsmöglichkeiten des durch keine Verfassung gebändigten Premierministers. Schon Herbert Asquith – liberaler Regierungschef von 1908 bis 1916 – erkannte, der Premier dürfe aus seinem Amt „machen, was er will und kann“.

Der Chef der Exekutive entsendet Günstlinge in die eine Parlamentskammer, das Oberhaus; er kann nach Belieben die andere Kammer, das Unterhaus, auflösen. Für Charter 88 ist das eine „abscheuliche Farce“ von Demokratie. Premierministerin Margaret Thatcher etwa war der Greater London Council zu links, da schaffte die Lady die Verwaltung von Groß-London einfach ab.

Demokratisches Entwicklungsland ist Britannien in Sachen Geheimhaltung: Ob Pannen im Golfkrieg oder Folgen schädlicher Medikamente – die Regierung kann jede ihr peinliche Information zur Geheimsache erklären und den Zugang für die Öffentlichkeit verriegeln.

Weil es der Tory-nahen Industrie genehmer war, blieben durch Ministerien angeordnete Tests von gefährlichen Mikrowellenöfen unter Verschluß. Informationen über unsichere britische Autos müssen Verbraucherverbände sich aus den USA beschaffen; dort gibt es den Freedom of Information Act, den Labour und Liberale jetzt auch für Britannien fordern.

Nach der Fährkatastrophe von Zeebrugge 1987 ermittelte das Londoner Verkehrsministerium, daß sieben weitere Fähren zum Kentern neigten, das Volk erfuhr aber nie deren Namen. Die Brandkatastrophe im Londoner U-Bahnhof King's Cross 1987 hätte nach Expertenmeinung vermieden werden können, wenn die Regierung Erfahrungen aus früheren Bränden in den Tunnelröhren nicht unter Verschluß gehalten hätte.

Nunmehr lehnen sich die als „Untertanen behandelten Bürger“ (Benn) immer energischer auf, eine Welle von „regelrechtem Republikanismus“, wie das Intelligenzblatt *New Statesman* den Trend nannte, macht selbst vor der Queen nicht mehr halt.

Die milliardenschwere Monarchin, eine der reichsten Frauen der Welt, zahlt keine Steuern. Als Ende Juni bekannt wurde, daß dieses königliche Privileg durch kein Gesetz gedeckt ist, sondern in einem – selbstverständlich geheimen – Deal zwischen Regierung und den Windsors ausgekungelt wurde, legte die Inselpresse mit seltener Giftigkeit gegen die Royals los:

„Zur Kasse, Madam“, forderte das Massenblatt *The Sun*. Den palasttreuen


WER LIEBER 200 PS IM
HAT, FÜR DEN GIBT
MÉXICO

KOPF ALS UNTERM HINTERN ES HIER KEIN HALTEN.

WO DIE PHANTASIE BLÜHT.

Mancher Urlauber beurteilt den Erfolg seiner Reise nach der Intensität seines Sonnenbrandes oder der Stärke seines Leihwagens. Sollten Sie uns besuchen wollen, bitten wir um eine andere Einstellung. Kommen Sie mit Ihrem Kopf zu uns und lassen Sie ihn auch erholen. Tanken Sie Phantasie. Bei unseren Mayas und Azteken. In unseren Kolonialstädten, Silberminen, mit unserem Kunsthandwerk. Seien Sie Priesterkönig, Eroberer, Höhlenmaler, Freiheitsheld, Künstler. Gut? Dann dürfen Sie sich auch auf vier verschiedene Meere bei uns freuen. Mit Stränden zum Austoben, kilometerlang. ¡Hasta luego! Mehr über México verrät Ihnen Ihr Reisebüro. Oder das Staatliche Mexikanische Verkehrsamt, Stichwort „PS im Kopf", Wiesenhüttenplatz 26, D-6000 Frankfurt 1.

Daily Telegraph erfaßte Unruhe: Die „neue antiroyalistische Tendenz“ sei Folge einer „Neuerungssucht“, sorgte sich das Tory-nahe Blatt um den Fortbestand britischer Tradition.

Diesen Geist will die Bewegung Charter 88 Anfang November beschwören, wenn sie zu ihrem Verfassungskonvent in Manchester trommelt: Als Modell soll dem Kongreß der Pariser Nationalkonvent von 1792 dienen, weil der „Frankreich zur Republik erklärt“ habe.

Nicht nur das. Die „Convention nationale“ hat auch den König, Ludwig XVI., köpfen lassen.

China

Wirkung Null

Die KP hat die Sympathien der Jugend verspielt. Die neue Generation träumt von Reichtum und Freiheit.

Liu Gang, 21, Student an der Pekinger Fremdsprachenhochschule Nr. 2, hat große Pläne. Nach dem Fach Deutsch will er noch Wirtschaftskunde belegen. Sein Berufsziel ist ein Manager-Posten – und „viel Geld“.

„Möglicherweise tue ich mich mit Freunden zusammen und gründe eine eigene Firma“, träumt der junge Mann aus der Provinz Hubei. Bis dahin heißt es für ihn „büffeln, büffeln und nochmals büffeln“. Ablenkung vom Studium durch eine Freundin würde den jungen Streber eher „traurig stimmen“.

Derzeit erhält er wegen seiner guten Leistungen 66 Mark Stipendium im Jahr. Auf dem Campus muß er mit fünf Hochschülern in einem engen Zimmer hausen. Später, so hofft er, werde er sich eine Villa und ein Auto leisten können – am liebsten einen in China hergestellten Audi oder wenigstens einen Golf. Der kostet 500mal das Jahreseinkommen eines einfachen Bauern.

Lius Kommilitonin Zhang Yaping, 20, wurde als Tochter eines Uni-Dozenten und einer Ingenieurin „demokratisch und gleichberechtigt erzogen“. Nach ihrer Ausbildung zur Dolmetscherin schwebt ihr ein „freies Leben ohne Zwang“ vor. Das heißt für sie: ein Monatseinkommen von „mindestens 400 Yuan“ (ein Professor kommt ohne Prämien derzeit auf 180). Dazu gehören für die Studentin mit dem modernen Kurzhaarschnitt auch ein eigenes Haus, Reisen ins Ausland und nicht zuletzt ein „gutaussehender Mann“; natürlich soll er prächtig verdienen.

Die beiden sind mit ihren Sehnsüchten recht typische Vertreter ihrer Generation. Eine Sichuaner Tageszeitung nannte vor kurzem „Geldsucht“, „Individualismus“, „Egoismus“ und „sexuelle Freizügigkeit“ als „negative Trends“ unter den chinesischen Jugendlichen.

Vor allem nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes gegen die Altherren-Diktatur am 4. Juni 1989 haben sich unter den Jugendlichen Staatsverdrossenheit, Resignation und Zynismus breitgemacht. „Sie glauben an nichts mehr“, klagt eine Pekinger Lehrerin.

„Ich habe genug mit mir selbst zu tun“, sagt eine junge Historikerin aus der Provinz Ningxia. „Mich interessiert Politik nicht, und mich interessieren schon gar nicht die Funktionäre, die sich auf Kosten anderer nach oben buckeln.“

Ein 25jähriger Verkäufer, der bei einem Pekinger Joint-venture-Betrieb über 1000 Yuan verdient und in seinem Maßanzug (der einen ganzen Monatslohn kostete) aussieht wie ein Hongkonger Geschäftsmann, denkt nur an Umsatz: „Ich diene meiner Firma und nicht dem Staat.“ Seine Freizeit verbringt er fernab von Parteiversammlungen und politischen Schulungen am liebsten mit seiner Frau in einer der zahlreichen Pekinger Karaoke-Bars.

Noch vor knapp 15 Jahren hätte die Partei solche Verhaltensweisen als „Abweichen von der Massenlinie“ scharf getadelt. Damals, so erinnert sich ein 40jähriger Wissenschaftler, „wollten wir uns mit dem ganzen Herzen der sozialistischen Sache und dem Staat widmen“.

Seit dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik fielen für Chinas Jugendliche die in zahllosen Massenkampagnen aufgebauten Ideale vom Sozialismus und der Lehre Mao Tse-tungs in sich zusammen. Versessen auf westliche Musik und TV-Serien, auf Jeans und kurze Röcke, lernen die Heranwachsenden in den Städten eifrig Englisch, um sich ein Auslandsstudium oder einen Arbeitsplatz in einem Joint-venture-Unternehmen zu erkämpfen. Ganz nach dem Vorbild ihrer Altersgenossen in Europa und Amerika nehmen sie sich zunehmende Aufmüpfigkeit gegen die greisen Herrscher heraus – im konfuzianisch geprägten China eine kulturelle Revolution.

Verschreckt versuchen die herausgeforderten Alten, die früheren Werte

* Mit Augenbinde als Protest gegen die Engstirnigkeit der Partei.

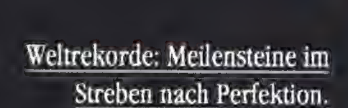




Jugendliche in Pekinger Karaoke-Bar, Rocksänger Cui Jian*: „Sie glauben an nichts mehr“

WENN ZEIT GESCHICHTE MACHT





Weltrekorde: Meilensteine im Streben nach Perfektion.

Eine Serie ungebrochener Weltrekorde bei den Observatoriums-Wettbewerben in Neuenburg, Kew-Teddington und Genf beweist: Omega kommt der absoluten Vollkommenheit immer näher. Das Zeichen der Sternwarte auf der Rückseite der Constellation ist das Symbol für den selbstgewählten hohen Anspruch.





wieder zu verbreiten, den Geist westlicher Kultur in die Flasche zurückzuzwingen. Marxismus und Patriotismus, bescheidenes Leben und hartes Arbeiten heißen die Schlagworte für den erwünschten Lebensstil des Nachwuchses. „Wir müssen mit Marxismus und Maos Gedanken . . . das Schlachtfeld der Universitäten erobern", verlangte die *Volkszeitung*.

Der Kampf scheint aussichtslos. Zwar treten die Jugendlichen derzeit eifrig in die Partei ein: 3,3 Millionen Bewerber seien vergangenes Jahr 25 Jahre alt oder jünger gewesen, verkündete vor kurzem die KP stolz. Doch hinter dem Antrag steckt oft nur kalte Berechnung: Für eine Karriere ist das Parteibuch unerläßlich.

Die Halbwüchsigen scheuen sich nicht, zynisch Ergebenheit zu heucheln. Eine Pekinger Studentin preist seit dem 4. Juni in Pflichtaufsätzen den Sozialismus und gesteht wegen ihrer Beteiligung an Demonstrationen „Irrtümer" ein.

Ihre wahre Überzeugung äußert sie nur gegenüber Vertrauten: „Dieses Land ist zum Untergang verurteilt. Ich will einen sozialen Kapitalismus."

Die Unzufriedenheit wird verstärkt durch ein starres Schul- und Berufssystem, das kaum Gelegenheit zur persönlichen Entfaltung bietet. Von klein auf leiden Schüler unter Prüfungsdruck; später können sich nur die wenigsten Beruf und Arbeitsstelle selbst auswählen. Schulen und Universitäten verteilen Absolventen oft ohne Rücksicht auf deren Interessen und Fähigkeiten. In den Büros und Werkshallen müssen sie sich in ein seit der Revolution von 1949 nicht mehr gewandeltes System einfügen. „Im ersten Jahr", klagt eine Pekinger Verwaltungsangestellte, „darfst du nichts anderes tun als bescheiden und ruhig sein."

Nun haben die Regierenden den Studenten auch noch die Hoffnung genommen, nach dem Examen ins Ausland, am liebsten in die USA, gehen zu können. Um sie von westlichem Gedankengut abzuschirmen und eine Massenabwanderung von Akademikern zu verhindern, stellen sie neuerdings Visa erst sechs Jahre nach dem Erwerb des Diploms aus.

Die von oben organisierte Kampagne vom braven Soldaten Lei Feng, der selbstlos seinen Kameraden die Socken stopfte und die kaputten Radios der Nachbarn reparierte, löst bei der Zielgruppe spöttisches Gelächter aus. „Wirkung Null", kommentiert lakonisch ein Soziologe das naive Bestreben der Partei, der Jugend ein hausgemachtes Vorbild zu geben.

Einziges heimisches Idol ist der Rockstar Cui Jian, der mit rostiger Stimme von Liebe und Hoffnungslosigkeit singt und zum Entsetzen der Funktionäre heilige revolutionäre Lieder poppig verfremdet. Seine Auftritte werden von den

Behörden in letzter Zeit immer häufiger verboten.

Wie kein anderer drückt er mit seinen Texten die Stimmung einer neuen Generation aus, die aus dem starren System von Bevormundung und Reglementierung ausbrechen will: „Meine Krankheit ist, daß ich keine Gefühle habe ... Laßt mich doch weinen, laßt mich lachen, mich im Schnee wälzen ..."

Pekinger Wissenschaftler belegten kürzlich mit einer breiten Meinungsumfrage in neun Provinzen die Abkehr der Jugendlichen aus allen Schichten von der Parteitradition. Die Ergebnisse müssen die KP zutiefst erschrecken: Sie



Jugendbeauftragter Wang
„Nicht mehr den vorgeschriebenen Weg gehen"

offenbaren ein modernes, trotz aller Propaganda und politischer Schulungen von westlichen Werten geprägtes Denken.

Rund 70 Prozent der Befragten, heißt es in dem bislang unter Verschluß gehaltenen Fazit, befürworten in ihrem Leben „Konkurrenz" nach kapitalistischem Modell, die Mehrzahl kümmert sich wenig um die „Staatsinteressen", sondern denkt „individualistisch". Die Frage „Auf wessen Meinung hörst du?" beantworteten die meisten schnöde mit: „Meine eigene".

Im Volkskongreß, Pekings Scheinparlament, sollten nach Ansicht der Jugendlichen nicht etwa „Deputierte, die die Parteilinie repräsentieren", oder „Modellarbeiter" sitzen, sondern eine für das Land derzeit untypische Gruppe: „Politiker, die an Volk und Vaterland denken und ihre Meinung offen sagen".

Die Versuche der Wissenschaftler, die Parteiführung auf die unangenehmen Erkenntnisse aufmerksam zu machen, scheiterten: Die höheren Kader verweigerten bislang die Annahme der Studie. Ein frustrierter Soziologe: „Die Partei muß endlich begreifen, wie stark sich die Wertvorstellungen bei den Jugendlichen verändert haben."

Deutliche Belege für das Abdriften von alten Idealen gibt auch eine in der Pekinger Jugendzeitung wiedergegebene Diskussion in einer Mittelschulklasse. Die Schüler sollten zwei Zitate bewerten. Das eine stammte aus dem Film „Jiao Yulu" über den unbestechlichen Genossen Jiao: „Das ganze Volk liegt ihm am Herzen, an sich selbst denkt er nicht." Das andere hatte die taiwanesische Autorin San Mao geprägt: „Wenn du alles den anderen widmen würdest, hättest du in deinem Leben einen Menschen schikaniert – dich selbst."

Die meisten fanden den vorbildlichen Funktionär zwar beeindruckend, aber auch ein bißchen blöde. Die Schülerin Wang Jingyu formulierte für alle: Zuerst solle man sich um das eigene Wohlergehen kümmern, dann erst sei es möglich, für andere dazusein.

Einer, der den Vorstellungen der Partei entspricht, ist der Pekinger Textilarbeiter Wang Jinglung, 24. Er hat sich in kurzer Zeit zum Jugendbeauftragten seiner Fabrik emporgearbeitet und betreut rund 700 Lehrlinge und junge Arbeiter. Seine Hauptaufgabe ist es, sie von den Zielen der Partei zu überzeugen und die „politische Schulung" zu verstärken.

Wang spürt, daß „die Jugendlichen nicht mehr den vorgeschriebenen Weg gehen wollen". Er muß sich häufig „scharfe Fragen" zum politischen System und zum Tienanmen-Massaker gefallen lassen.

Auch der Nachwuchs auf dem Lande ist für die Funktionäre nicht mehr eine unbedingt verläßliche Basis: Die Bauernkinder haben noch weniger Zukunftschancen als die Gleichaltrigen in den Metropolen.

Für die Feldarbeit werden die jungen Leute nur zwei- bis dreimal im Jahr benötigt; eine Arbeit in der Stadt zu bekommen ist wegen der strengen Zuzugsregelungen nahezu ausgeschlossen. Bis zum Jahr 2000, schätzen Statistiker, werden über 200 Millionen Bauern ar-

beitslos sein, die meisten 15 bis 25 Jahre alt.

Auf Wohlstand wollen auch sie nicht verzichten, zumal ein kleines Vermögen Voraussetzung ist, eine attraktive Braut zu werben. Die jungen Leute besorgen sich die Volkswährung in letzter Zeit immer häufiger mit Gewalt: Sie stehlen und rauben, manchmal legen sie aus sinnloser Wut Strommasten um. Ein westlicher Botschafter und Sinologe in Peking: „Die Jugendlichen sind für die Partei eine Zeitbombe."

Das Politbüromitglied Li Ximing, 65, hat die Gefahr offenkundig erkannt. Derzeit kämpften „feindliche Kräfte im In- und Ausland" um die junge Generation Chinas, warnte er. Wenn die KP versage, „werden wir die Macht verlieren".

Gurkhas

Treue Kämpfer

Nepals Opposition will die Rekrutierung von Söldnern für fremde Heere unterbinden – Ende der legendären Gurkha-Truppe?

Im Zweiten Weltkrieg meldete sich bei der britischen Armeeführung in Singapur ein Gurkha-Soldat. Er hatte sich von Burma aus Hunderte Kilometer durch von Japanern gehaltenes Feindgebiet geschlagen. Als die tief beeindruckten Briten ihn fragten, wie er das ohne Landkarte geschafft habe, berichtete der Mann stolz, daß er sehr wohl nach Plan gewandert sei – und zog eine schematische Darstellung des Londoner U-Bahn-Netzes aus der Tasche.

Die Anekdote ist eine von zahllosen Legenden, die sich um die kleinsten und nach Ansicht ihrer weißen Offiziere zähesten Soldaten der Welt gebildet haben: die nepalesischen Gurkha-Söldner in der britischen Armee.

Über 175 Jahre kämpften die untersetzten Krieger aus den Hochtälern des Himalaja für Krone und Empire. Sie schlugen Aufstände asiatischer Brüder nieder, starben in beiden Weltkriegen an Fronten in Europa, Asien und Afrika; sie waren bei der Rückeroberung der Falkland-Inseln dabei und beschützen heute die Grenzen von Hongkong, Britanniens letzter Kronkolonie.

Dort dienen 4500 von weniger als 8000 verbliebenen Gurkhas bei den britischen Streitkräften, die am Ende des Zweiten Weltkrieges fast 250 000 ihrer „treuesten Verbündeten" (Feldmarschall Montgomery) beschäftigten.

Die Nepalesen bedauerten zunächst den Niedergang des Empire und damit der Gurkha-Streitmacht. Die Söldner sind wichtigster Exportartikel und neben dem Tourismus ergiebigste Devisenquelle des Landes, das mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 170 Dollar jährlich zu den ärmsten Staaten der Welt gehört. Jetzt aber regt sich zum ersten Mal Widerstand gegen die heimische Landsknechtstradition.

„Es ist höchste Zeit, die Ausfuhr von Söldnern zu stoppen", fordert etwa Madan Bhandari, Generalsekretär der vereinigten Linksopposition, die bei Wahlen Ende Mai 69 von 205 Parlamentssitzen, in der Hauptstadt Katmandu sogar die Mehrheit, gewonnen hatte. Linke wie auch bürgerliche Nationalisten wollen ein Gesetz gegen die Rekrutierung von Staatsbürgern für fremde Heere durchsetzen. Es würde 4,1 Millionen Gurkhas, Nepals traditionelle Kriegerkaste, treffen.



Gurkha-Veteran in Nepal
Höchstes Prestige

Immer mehr Nepalesen scheint der Soldatenexport unvereinbar mit Nepals Zugehörigkeit zu den blockfreien Nationen. So hatte die Wochenzeitung *Chalphal* schon Nepals „Verwicklung in den Falkland-Krieg" als „Schande für das Land" verdammt. Nepal hätte keinerlei Händel mit dem fernen Argentinien gehabt.

Die Opposition stört sich besonders daran, daß Nepal in Konflikte mit den befreundeten Staaten China, Pakistan und Sri Lanka verwickelt wurde. Denn Gurkha-Einheiten dienen auch in Indiens Armee. Als besonders problematisch empfanden viele Nepalesen den Einsatz ihrer Landsleute in der indischen Streitmacht gegen Sri Lankas Tamilen, weil die sich, wie sie selbst, zum Hinduismus bekennen.

Die Teilnahme an Kriegen gegen Glaubensbrüder wollten die Nepalesen ausdrücklich ausschließen, als sie 1947 ein Dreierabkommen mit Großbritannien und dem gerade unabhängig gewordenen Indien unterzeichneten: Die meisten der auf seinem Territorium stationierten Gurkha-Truppen übernahm Indien, der Rest diente weiterhin in der britischen Armee. Gurkha-Soldaten müssen



Gurkha-Soldaten in der indischen Armee: Wichtigster Exportartikel

dem Vertrag zufolge am Ende ihrer Dienstzeit nach Nepal entlassen, ihre Pensionen dorthin überwiesen werden.

Die Gurkha-Soldaten in der britischen Armee und die Veteranen Ihrer Majestät bringen Nepal heute immer noch jährlich 60 Millionen Mark in Form von Soldüberweisungen und Pensionen. Weitere 57 Millionen Mark kommen von Gurkhas in indischen Diensten – die Armee des Nachbarlandes unterhält 35 Gurkha-Bataillone mit 35 000 Söldnern.

Auf diese Einkünfte glaubt die Regierung in Katmandu nicht verzichten zu können. Die Opposition hält ihr entgegen, Nepal würde durch die Gurkha-Abwerbung einen Teil seiner tüchtigsten Jugend verlieren, die zu Hause mehr zum Wohl der Nation beitragen könnte.

Doch in Nepal ist die Arbeitslosigkeit hoch, und in den rückständigen Bergdörfern genießen Gurkha-Soldaten und -Veteranen noch immer höchstes Prestige. Zur jährlichen Anwerbung von 200 Rekruten für die britische Armee kommen bis zu 8000 Jugendliche in die Stadt Dharan, 450 Kilometer östlich von Katmandu.

Diese Gurkhas sind freilich nicht mehr die „keine Fragen stellenden Quasi-Automaten" der Vergangenheit (so der pensionierte britische Gurkha-Offizier James Keen), sondern „selbstsicher und sich ihrer Rechte bewußt".

Das hat Folgen. „Die Gurkhas werden unruhig", spottete der Londoner *Guardian* in Abwandlung des geflügelten Wortes aus der Kolonialzeit „the natives are getting restless". Gurkha-Soldaten versuchten, Heroin nach England zu schmuggeln; andere schlugen einen allzu herrisch auftretenden britischen Offizier zusammen – was zur Entlassung von 111 Gurkha-Infanteristen führte. Immer wieder beschwerten sich Gurkhas darüber, daß ihr Sold um fast die Hälfte niedriger ist als der rangmäßig gleichgestellter britischer Soldaten.

Großbritanniens Liebesaffäre mit den Gurkhas wird 1997 ohnehin weiter abkühlen, wenn London Hongkong an China zurückgibt und die Schutztruppe dort überflüssig wird. Die Himalaja-Legionäre finden aber zunehmend Jobs als Wachmänner und Leibwächter – etwa im Nahen Osten oder auf den Plantagen des britischen Lonrho-Mischkonzerns im bürgerkriegsgeschüttelten Mosambik.

Eine wehrhafte Tätigkeit, gegen die auch Nepals Oppostion nichts einzuwenden hätte, wäre der verstärkte Friedensdienst für die Vereinten Nationen. „Die Welt", schreibt der Londoner *Economist*, „braucht diese furchterregenden, treuen Kämpfer als Uno-Polizeitruppe für die neunziger Jahre."

Philippinen

Zehn Jahre betteln

Die Amerikaner geben ihren Stützpunkt Clark Air Base auf – für die Region nach dem Ausbruch des Vulkans Pinatubo die zweite Katastrophe dieses Jahres.

Manilas Außenminister Raul Manglapus gilt als zäher Unterhändler. 14 Monate lang hatte er mit der US-Regierung um einen neuen Pachtvertrag für zwei Militärstützpunkte auf den Philippinen gerungen. Am Ende aber verlor der Minister – wenn auch kaum durch eigenes Zutun.



US-Marinestützpunkt Subic Bay: „Wir stehen mit leeren Händen da"

Für die beiden wichtigsten US-Einrichtungen auf dem tropischen Archipel – den Flottenstützpunkt Subic Bay, Amerikas größte Marinebasis im Ausland, und den Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base – verlangte die Regierung der Präsidentin Corazon Aquino eine Miete von jährlich 825 Millionen Dollar, bei einer Laufzeit von sieben Jahren.

Washington hingegen wollte die Pacht auf mindestens zehn Jahre festgeschrieben wissen und 360 Millionen Dollar pro Jahr zahlen, nur wenig mehr als bisher.

Vorletzte Woche mußte Manglapus kleinlaut das Ende des Tauziehens bekanntgeben. Gewinner waren einzig die USA: Clark Air Base wird schon im kommenden Jahr ganz geschlossen, für Subic Bay überweist Washington von 1993 an nur 203 Millionen Dollar im Jahr.

„Wir haben die Verhandlungen überzogen", klagt Richard Gordon, Bürgermeister der Subic-Nachbarstadt Olongapo, „und stehen nun mit leeren Händen da." Auch Präsidentin Aquino konnte ihre Enttäuschung über das magere Verhandlungsresultat nicht verbergen: „Die Geldzuwendungen sind viel geringer, als wir unter normalen Umständen hätten erwarten dürfen."

Den Amerikanern war beim Pachtpoker mit ihrer ehemaligen Kolonie ausgerechnet die verheerendste Naturkatastrophe zu Hilfe gekommen, die in diesem Jahrhundert über die Philippinen hereinbrach – der Ausbruch des Vulkans Pinatubo, nur 16 Kilometer von Clark Air Base und 40 Kilometer von Subic Bay entfernt.

In einem Umkreis von rund 20 Kilometern ist die Erde seit Wochen unter einer dicken Schicht Vulkanasche begraben. Weit über eine halbe Million Menschen mußten evakuiert werden. Mindestens 80 000 Hektar fruchtbarer Reisfelder sind zugeschüttet und auf Jahrzehnte hin unbestellbar. Experten des Vulkanologischen Instituts in Manila befürchten, die Eruptionen könnten noch weitere drei Jahre andauern.

Das riesige Areal der Clark Air Base, 52 600 Hektar groß, gleicht einer gespenstischen Ödnis. Bis zu fast einem Meter hoch liegt grauweiße Vulkanasche auf Hangars und Rollbahnen. Mehr als 200 Gebäude stürzten unter der Last des Pinatubo-Auswurfs ein. Der fast ununterbrochene Ascheregen läßt keinerlei Flugbetrieb mehr zu – der Stützpunkt ist nicht mehr zu gebrauchen. Schon bei den ersten Ausbrüchen des Vulkans waren 15 000 Amerikaner, Soldaten und ihre Angehörigen, evakuiert worden. Washingtons Verteidigungsminister Richard Cheney befand: „Wir sind an einer Rückkehr nicht interessiert."

„Der Rückzug der Amerikaner von Clark Air Base ist eine schlimmere Explosion als die des Pinatubo", klagte Max Sangil, Stadtverordneter in Angeles, der Nachbarstadt des Stützpunktes. „Asche und Geröll des Pinatubo können wir wegräumen, aber das wirtschaftliche Vakuum, das durch den Abzug entsteht, können wir nicht so schnell füllen."

Angeles, eine ganz auf die Bedürfnisse der amerikanischen Militärbasis eingestellte Stadt mit etwa 300 000 Einwohnern, ist ohne Clark kaum überlebensfähig. Schon bisher lag die Arbeitslosigkeit in der Region über dem Landesdurchschnitt von 15 Prozent; jetzt verlieren weitere 40 000 Filipinos, bisher auf Clark beschäftigt, ihren Job.

Mindestens die Hälfte ihrer jährlichen Einnahmen, meint Sangil, gehe der Stadt durch den Abzug der Amerikaner verloren. Die US-Präsenz hatte den Dienstleistungssektor mit 43 Prozent aller Arbeitnehmer einseitig aufgebläht, Ersatz gibt es nicht.

Schon stehen 6000 Häuser leer, die bis vor einem Monat von amerikanischen Familien bewohnt wurden. Allein der Mietausfall beträgt 1,5 Millionen Dollar im Monat. Viele der verlassenen Wohnungen wurden geplündert.

Die beiden Stützpunkte hätten durch Pachtzins, Arbeitsplätze und die privaten Ausgaben der Amerikaner Jahr für Jahr mindestens eine Milliarde Dollar in die marode philippinische Wirtschaft gepumpt, rechnen US-Fachleute. Die massive Einbuße ist nur schwer zu verkraften.

Dennoch hat Präsidentin Aquino den Senat in Manila gebeten, dem von Manglapus ausgehandelten Pachtvertrag für die verbliebene Basis von Subic Bay zuzustimmen: „Er ist fair in der derzeitigen Lage." Die Präsidentin fürchtet offenbar, daß der unberechenbare Pinatubo auch noch diese letzte Einnahmequelle verstopfen könnte.

Den Rückzug der USA von Clark können die 23 Senatoren in Manila nicht verhindern. Der Verlängerung der Pacht von Subic aber müssen sie laut Verfassung mit Zweidrittelmehrheit zustimmen. Sie werden sich wohl widerwillig ins Unvermeidliche fügen.

Nur 203 Millionen Dollar, die überdies jedes Jahr vom amerikanischen Kongreß neu bewilligt werden müssen, „zwingen uns zehn Jahre Bettelei auf", klagt Senator John Osmeña. ◀

Wir haben uns die Hörner abg



Brummi und Eisenbahn sind erwachsen geworden. Statt Kräftemessen verbinden sie ihre Kräfte zum Kombinierten Ladungsverkehr: lange Strecken auf der Schiene und kurze auf der Straße.
Zusammen sind sie stärker. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht: Auf längeren Entfernungen ist der kombinierte Verkehr rentabel. Verlader bzw. Empfänger haben die Möglichkeit, den vom teuren Transportfahrzeug abgekoppelten Behälter in ihren internen logistischen Produktionsprozeß einzubinden. Aus

„Eine dumpfe Verstimmung“

SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über Identitätskrise und Wertewandel in der Schweiz

Der Satiriker Viktor Giacobbo hatte einen Traum. Er träumte, daß er zufällig einen Blick auf die bis dahin übersehenen Ausführungsbestimmungen des Bundesbriefes vom 1. August des Jahres 1291 warf, der den „ewigen Bund“ von Rütli regelt. Und was er las, war schrecklich.

Da stand im Kleingedruckten, daß der Vertrag erstmals nach 700 Jahren, also bereits vor Ablauf der Ewigkeit, vorzeitig kündbar sei, wenn der österreichische Vertragspartner Eigenbedarf nachweise. Die Schweiz sei dann zu räumen und besenrein an die Habsburger oder deren Nachfolger zu übergeben. Die evakuierte Bevölkerung habe sich bis auf weiteres im liechtensteinischen Bereitstellungsraum zur Verfügung zu halten.

Eidgenössische Wirklichkeit und Satire bewegen sich mit einer für Schweizer Begriffe kolossalen Geschwindigkeit aufeinander zu. Der sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete und Bürgerschreck Jean Ziegler hat den GAU schon terminiert. Im Jahr 2010, so sagt er, werde es die „Schweiz AG“ nicht mehr geben.



Jubiläumsfeier am Vierwaldstätter See: Lust am Untergang


Historische Darstellung des Rütli-Schwurs
Nach 700 Jahren ein schwerer Störfall

Nationale Selbstzweifel und Staatsverdrossenheit sind aber keine Produkte von Teestuben-Konventikeln und linken Soziologieseminaren. Sie haben sich durch Gesellschaftsschichten genagt, die diesen Staat wesentlich so mitgeformt haben, wie er heute ist.

Ernst Mühlemann, Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft und Gewohnheitspatriot, hat, selbstverständlich ohne satirische Absicht, zur Überlebensbefähigung der Nation erklärt, die Abschaffung der Schweiz liege im Bereich des Möglichen.

Alarm! 700 Jahre nach Rütli ein schwerer Störfall.

Das Volk, das mehrheitlich davon überzeugt ist, im „besten Land der Welt“ (so der Zürcher *Blick*) zu leben, und das sich erst vor zwei Jahren in einer Umfrage der Universität Genf fast einstimmig für absolut glücklich erklärte, ein solches Volk schwelgt in der Lust am Untergang. Will es am Ende gar kein Volk mehr sein?

Nein, man muß nicht fürchten, daß sich Friedrich Dürrenmatts Prophezeiung erfüllt, die Schweiz werde sich auflösen wie ein Stück Zucker in einem Glas Wasser. Notorisch spätentwicklerisch, wie sie ist, erlebt sie, was andere Kulturvölker von Rang schon einige Generationen hinter sich haben: ihre nationale Identitätskrise. Die von sich selbst so genannte Willensnation weiß im Moment nicht, was sie will.

Widerstand gegen die grassierende Bereitschaft zur nationalen Selbstaufgabe formiert sich ausgerechnet dort, wo sonst gewöhnlich wenig Staatserhaltendes vermutet wird. Der linke Publizist Niklaus Meienberg schleuderte Anfang Januar in der bürgerlichen *Weltwoche* ein dröhnendes Manifest gegen die „Bundesabschaffer“.

Mit der Vorstellung, daß die hinter dem sogenannten Röschti-Graben gelegenen Kantone im Falle einer Totalliquidation ans benachbarte Ausland

fallen könnten, also die Welschschweiz an Frankreich, das Tessin und ein paar Graubündner Täler an Italien, mit diesem Gedanken wollte sich Meienberg gern abfinden. Auch mit einem Genève libre, einem freien Jura und einem unabhängigen Bistum Basel könnte er unter Umständen leben.

Doch die Vision von Kanzler Kohl als Wahlredner in Zürich findet Meienberg ganz unerträglich. Darüber, so schreibt er, müßte man zum Attentäter werden. Obwohl die Deutschen, wie er zugibt, „unterdessen doch Demokratie haben". Nicht im schweizerischen, aber doch im weitesten Sinne.

Was Peter Hartmeier, dem Chefredakteur des Europa-fixierten Elitemagazins *Politik und Wirtschaft* auffiel: Die französischsprachigen Agglomerationen im Westen sind von der Sinnkrise kaum berührt. Auch im Wallis und im Tessin ist nicht viel davon zu spüren.

Hartmeier vermutet deshalb, daß die Sinnkrise aus Deutschland importiert ist. Der deutsche Betroffenheitskult, der im Sturm der Wiedervereinigungseuphorie zerstob, so meint er, suche sich nun seinen Weg durch die unschuldige Schweiz.

Die zwei Drittel alemannischen Eidgenossen hören es nicht gern. Aber wahr ist: Die Deutschschweizer sind deutscher als die Welschen französisch und als die Tessiner italienisch. Die Schwyzerdütschen haben über die Jahrhunderte mit dem Großen Kanton im Norden, wie sie ihn nennen, so viele kulturelle Impulse ausgetauscht, daß die Grenzen zwischen den Kulturen nur schwer zu orten sind.

Davon haben Dichter und Denker beiderseits der Grenze üppig profitiert. Ein Großteil der in Großdeutschland verfemten literarischen Avantgarde fand während des Krieges in der Schweiz Asyl. Die zwei eidgenössischen Dichterfürsten Frisch und Dürrenmatt haben tiefe Spuren in der deutschen Literaturlandschaft hinterlassen. In der französischen Literatur dagegen kaum eine Spur esprit de Suisse.

Das hindert die Schweizer nicht, die Schwaben, wie sie hier pauschal heißen, nicht zu mögen. Sie mögen fast nichts, was deutsch ist – die Deutschmark vielleicht ausgenommen. Weit über die Hälfte der Bevölkerung, doppelt so viele wie in Margaret Thatchers Großbritannien, waren anfangs auch gegen die deutsche Wiedervereinigung.

Bundesrat René Felber, der Chef des Außenministeriums, fand die deutsche Einheit nur gut, weil man nun endlich nicht mehr zwei teure Botschaften in Deutschland unterhalten müsse. Und nichts fanden die Schweizer so erfreulich wie die Erkenntnis, daß mit der Wiedervereinigung fast alles schiefgeht, was schiefgehen kann.

„Sie haben Minderwertigkeitskomplexe gegenüber dem Deutschen", sagt Pe-



Schweizer Radler-Truppe: „Nie vor Gefahren bleich, froh noch im Todesstreich"

ter Hartmeier über seine Landsleute. „Schon weil sie mangels einer eigenen Schriftsprache ewig gezwungen sein werden, sich in seiner Sprache auszudrükken, und weil sie wissen, daß sie sie niemals richtig beherrschen werden." Daran hat sich nichts geändert, seit die Reformatoren Martin Luther und Huldrych Zwingli ergebnislos über die Auslegung der Abendmahlsvorschriften disputierten.

Die Schweizer fühlen sich von den Deutschen nicht ernstgenommen. Und das fühlen sie wohl auch richtig. Pflümli, Blümli, Vetterli, Verhüterli – das klingt in deutschen Ohren faszinierend infantil. Es suggeriert: In der Schweiz ist alles so niedlich und alles so klein – so undeutsch klein. Und das soll es wohl auch. Die Schweizer kokettieren mit dem geliebten Diminutiv, weil es gut ist für den Fremdenverkehr. Small is beautiful.

Max Frisch rief den Deutschen aus irgendeinem gegebenen Anlaß vor Jahren verärgert zu, den Vorteil der großen Zahl hätten sie mit Schafen und Läusen gemeinsam. Trotzdem vermochte sich auch Frisch dem deutschen Sog nicht zu entziehen. Er fand, daß in der Bundesrepublik „eine wirkliche Persönlichkeit . . . bei gleicher Anlage . . . eine reichere Entfaltung" erwarten kann. Und ein deutschsprachiger Schweizer Schriftsteller natürlich höhere Auflagen.

Die öffentlichen Zweifel an der fortgesetzten Existenzbefähigung der Eidgenossenschaft haben gezeigt, daß die Diktatur des Patriotismus gebrochen ist. Im Lande der unbegrenzten Unantastbarkeiten ist mit einem Mal alles so antastbar.

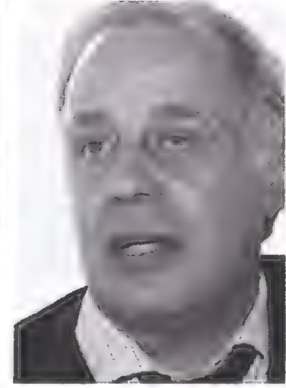
Jean Ziegler kann die Schweiz als „internationalen Finanzdschungel" und die Schweizer als „Raubtiere" beschimpfen und muß nicht fürchten, daß ihm die Autoreifen zerstochen werden. Sein Nestbeschmutzwerk „Die Schweiz wäscht weißer" macht in der Schweiz sogar respektable Auflagen.

Das war vor ein paar Jahren noch ganz anders, als der damalige Bundespräsident Rudolf Gnägi in einer Rede zum Nationalfeiertag unter dem Beifall seiner Zuhörer sprach: „Möge es uns vergönnt sein, alles Defätistische, Unschweizerische und Fremde, das unserem Wesen nicht angepaßt ist, auszumerzen."

Die Schweiz und das sogenannte Schweizer Wesen haben sich auseinandergelebt.

Doch es gibt ein paar Nischen im Schweizerhaus, in denen hat sich der tüütschwyzer Philistermief ganz gut gehalten. Etwa im Kanton Appenzell Innerrhoden. Im August vergangenen Jahres äußerten sich zur Frage des Frauenstimmrechts in Appenzell





Schweiz-Verteidiger Meienberg, Kritiker Ziegler
Die Willensnation weiß nicht, was sie will

▷ Landwirt Albert Neff: „Wenn das Frauenstimmrecht nötig wäre, würde das ja heißen, daß wir Mannen nicht mehr mit der Wahrheit umgehen können";

▷ Landwirt Bruno Ebneter: „Nur faule Weiber, die den ganzen Tag nur im Café rumsitzen und Ravioli aus der Büchse kochen, sind für das Frauenstimmrecht";

▷ Automechaniker José Sutter: „Irgendwelche Negerstämme in Afrika und wir sind die letzten, wo Männer noch das Sagen haben."

Nun sind es nur noch die Negerstämme. Im November letzten Jahres wurden die Innerrhoder durch höchstrichterlichen Beschluß gezwungen, die Frauen an der Landsgemeinde jeweils am letzten Sonntag im April zu beteiligen. Auch die Drohung der Männer, man werde traditions- und vorschriftswidrig ohne Säbel zur Landsgemeinde erscheinen, vermochte die Verfassungsrichter nicht umzustimmen.

Jedoch, so hieß es im Appenzeller Land: „Dene Wiibervölker het daas gaär nüt passt." Milly Bischofsberg von der Säntis-Drogerie zum SPIEGEL: „Wir sind ein Dorf und wollen nicht Stadt werden. Die Politik macht unsere heile Welt nur kaputt."

Am Züriberg, wo die Zürcher Gnomen und der alte Zeitgeist wohnen, sieht man hinter der Kritik hauptsächlich die altböse Züri-brännt-Mischpoke mit den fettigen Haaren von anno '80, die es nicht verwinden kann, daß dieser Staat nicht Gurkensalat aus sich hat machen lassen.

Ja, gewiß, sie sehen wohl auch, daß die Affären, die ihr niedliches Reduit in den letzten drei Jahren überrollt haben, nach allgemein gültigen Zivilisationsmaßstäben als skandalös zu gelten haben. Vor allem für ein Gemeinwesen, das sich als Musterdemokratie begreift.

Geldwäscherei, Bespitzelung, Filz und Älpli-Stasi, das soll ja alles auch nicht sein. Aber nicht weil es der Demokratie schadet, sondern weil es dem Außenhandel und dem Tourismus schadet. Die Nation ist so frei, sich mildernde Umstände zuzubilligen.

Der unerbittliche Kantönligeist, der sie zerteilt, hindert sie nicht daran, sich als große Familie zu begreifen. Und Familienangehörige laufen doch nicht gleich zum Kadi oder zur Zeitung, wenn mal einer in des anderen Privatpost schnüffelt oder einem anderen eine regelwidrige Gunst gewährt. Die Schweiz ist eine Konkordanzdemokratie.

Außerdem ist die Schweiz ein Kleinstaat. Man kennt sich von der Schule, von der Universität, vom Wehrdienst. Gesetze werden

hier noch immer nach dem Konsensprinzip in einem vorparlamentarischen „Vernehmlassungverfahren“ mit den betroffenen Lobby-Gruppen abgesprochen und dann vom Parlament oft nur noch bestätigt.

Entsprechendes gilt für die Vergabe von Staatsaufträgen. Keiner geht leer aus, jeder kommt mal dran. Das ist kein Filz, das ist der helvetische Kompromiß. Von Mitbestimmung für Arbeitnehmer und Kontrollen gegen den Mißbrauch von wirtschaftlicher Macht will die Mehrheit nichts wissen. Alle dazu eingereichten Gesetzesvorlagen wurden vom Volk niedergestimmt.

Der Schriftsteller Adolf Muschg attestiert seinen Mitbürgern zwar als Ansatz zur Besserung „eine dumpfe Verstimmung“. Jedoch, er verspürt keine Spur von Aufbruchsbereitschaft.



Appenzeller Altwähler*: „Nur faule Weiber sind für das Frauenstimmrecht“

Und warum soll er denn auch? fragt sich Heidi Burger aus Wettingen, Leserin des *Badener Tagblatts*. Unter der Überschrift „Ihr trybets würkli z'wyt“ (Ihr treibt es wirklich zu weit) schrieb sie ihrer Zeitung:

> De Staat sött hütte ums Verworge
> für Liebi, Wohnig, Arbet sorge.
> Glychzytig wird de Spender Staat
> verschnätzlet wie ne Wurschtsalat.

Die Schweizer kokettierten mit der Bauerntrottel-Gloriole, die ihr die Nachbarn verpaßt haben. Der Depp hat es bekanntlich leichter im Kollegium als der Tonangeber. Doch nun stehen sie plötzlich da als Levantiner, Trittbrettfahrer und Rosinenpicker. Und das finden sie natürlich auch wieder unkommod.

Das Zerrbild vom gut verwahrten Schlaraffia voll reinlicher, jodelnder Frohnaturen und mit einem großen Nummernschloß aus Schokolade in der Tür, das brauchen sie nicht zu entzerren. Das haben die Fremden gezeichnet.

Die spezifisch Schweizer Extremitäten passen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht zu dem auswärtigen Schweiz-Klischee. Die Eidgenossen haben das höchstentwickelte Umweltschutzbewußtsein und die einzige Autopartei des Kontinents. Sie haben den höchsten Ausländeranteil und die wenigsten Skinheads. Sie haben die feinsten Privatschulen und prozentual die meisten Fixer und Aids-Toten Europas. Und sie haben gelernt, sich mit ihren Kontrasten einzurichten.

Die nächste helvetische Konstante, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Bruch geht, ist die immerwährende Neutralität. Fast 500 Jahre Urlaub von der Weltpolitik sind um.

Im Mittelpunkt des Schweizer Weltbilds stand über viele Generationen die Schweiz. Sie war eine Insel in permanentem Belagerungszustand mitten in der Barbarei. Alle Wege heraus aus der Schweiz endeten irgendwo in Wüste und Finsternis. Außenpolitik fand nicht statt. Auf EG und Uno hatten die Eidgenossen immer die gleiche Antwort: Da machen wir nicht mit. Inzwischen befürwortet fast die Hälfte der Bevölkerung die Mitgliedschaft in der EG.

Anfang des Jahres beteiligte sich die Schweiz sogar an den Uno-Sanktionen gegen den Irak. Das Ausland, so sagte Bundesrat Felber, würde es nicht verstehen, wenn man in dieser Sache neutral bliebe. Soweit man denken kann, war es das erste Mal, daß die Regierung in Bern etwas tat, weil sie befürchtete, das Ausland könne die Unterlassung übelnehmen.

Es war aber eine sehr schweizerische und kostengünstige Form der Waffenbrüderschaft. Sie beschränkte sich auf die Gewährung von Überflugrechten an die britische und die amerikanische Luftwaffe. S' Fränkli ehren, s' Fränkli mehren.

Die helvetische Männerrepublik, die sich zum Schutz gegen äußere Bedrohung konstituierte, hat ihr neutralistisches Selbstverständnis verloren. Die Bedrohung der Eidgenossenschaft besteht darin, daß sie nicht mehr von außen bedroht wird.

Nun steht das alles in Frage. Sogar die Streitkräfte kommen ins Gedränge. Die Welt hat gelernt: Die Schweiz *hat* keine Armee, die Schweiz *ist* eine Armee. Und zwar eine, die „nie vor Gefahren bleich, froh noch im Todesstreich“ ist, wie es im berühmten „Vaterlandslied für Kanoniere“ heißt.

Dies Klischee stimmt von allen nicht stimmigen eidgenössischen Klischees am wenigsten. Wahr ist vielmehr: Die Schweizer haben durch die Lieferung von Waffen in alle Weltteile zwar tüchtig mitgeholfen, fremde Kriege anzuheizen. Aber sie selbst sind vergleichsweise friedliche Leute.

Gut ein Viertel der Nation ist so friedfertig, daß es im November 1989 einer Volksinitiative zustimmte, die die Abschaffung der Schweizer Armee zum Ziel hatte. Selbst die Initianten hatten nur mit halb so vielen Ja-Stimmen gerechnet.

Zu den überzeugendsten Belegen für die Friedfertigkeit der Älpler gehört die „Kleinkriegsanleitung für jedermann“ von Armeemajor Hans von Dach aus Bern, die den wehrhaften Eidgenossen im Konfliktfall nach der Niederlage seiner Armee in die Lage versetzen soll, den Krieg auf eigene Faust und „mit Verschlagenheit“ weiterzuführen.

Es wird dort ausgeführt, wie man dem Feind mit Hilfe von Skiwachs und konspirativ aus den Fenstern gehängter Leibwäsche das Leben schwermacht. Oder mit umgedrehten Suppentellern auf Landstraßen, wenn die Tellerminen ausgegangen sind. Oder wie man mit einem dicken Hammer Löcher in MiG-Tragflächen haut. Oder wie man die Wirkung feindlicher Propagandaredner arglistig unterläuft, indem man in einer Redepause laut und deutlich in die Stille ruft: „Fräulein, es Bier!“

Warum soll die Schweiz nicht untergehen wie das Römische Reich, wo doch Untergänge meist auch Neuanfänge sind? Keine Chance, meint *Weltwoche*-Kolumnist Oskar Reck. „Dafür sind wir viel zu klein und viel zu ordentlich.“

* Beim Betrachten des Urnengangs von weiblichen Erstwählern.

New York

Verkniffene Suche

Der Bürgerruf nach öffentlichen Toiletten wird – notdürftig – erhört: Nächstes Jahr gibt es Klos auf Probe.

Touristen in New York kennen die Not: ein Bier zum Lunch, ein Kaffee zum Dessert; und wenig später – bis zum Hotelzimmer sind es mindestens noch 50 Straßenblocks – beginnt das dringliche Bedürfnis nach Erleichterung.

Sicher, in der Weltstadt mit 7,8 Millionen einheimischen Blasen gibt es auch öffentliche Toiletten, verschämt „Rest Rooms“, Raststätten, geheißen. Eine Handvoll, ein Dutzend höchstens, sind sogar geöffnet. Doch selbst höchster Druck läßt kaum jemanden die vertracktesten Winkel unübersichtlicher U-Bahn-Stationen aufsuchen, wo sich die letzten von einst 1676 blitzsauberen Bedürfnisanstalten befinden.

Das verkniffene Suchen soll nun ein Ende haben, entschied Bürgermeister David Dinkins. Schon in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres könnten hundert funkelnagelneue Toiletten, ausgestattet mit modernster Sanitär- und Sicherheitstechnik, die Straßen schmükken – vorausgesetzt, ein paar bürokratische Hürden lassen sich bis dahin nehmen.

Eine viermonatige Erprobungsphase im nächsten Frühjahr soll Aufschluß geben über die Zufriedenheit der Benutzer, Stadtplanern eine Entscheidung über künftige Standorte ermöglichen und Gesundheitsbehörden erlauben, den Hygienegewinn in Tabellen zu quantifizieren. Die Regierung in Washington und das Parlament in der Staatshauptstadt Albany müßten bereit sein, gültige Gesetze zu ändern. Anwälte für Behinderte sind gebeten, das Notdurft-Projekt nicht weiterhin mit Diskriminierungsklagen lahmzulegen.

Andere Städte mögen Schwierigkeiten haben, Großbauten wie Flughäfen oder Müllverbrennungsanlagen durchzusetzen. In New York, wo sich Ansprüche und Empfindsamkeiten auf engstem Raum bündeln, gerät selbst die elementarste Verbesserung von Lebensqualität zum politischen Drahtseilakt.

Im Oktober vergangenen Jahres hatte der Obdachlose Luther Riley stellvertretend für die wachsende Zahl seiner Gefährten die Stadt verklagt: Die fehlenden Toiletten, so beschwerte er sich, seien ein „öffentliches Ärgernis“. Europäische Metropolen dagegen hätten gute Erfahrungen mit den Produkten des Franzosen Jean-François Decaux gemacht: Selbstreinigende, vandalismussichere Toiletten seien dort gegen geringes Entgelt für jedermann meist rechtzeitig erreichbar.

Die Abort-Klage regte New Yorker Bürgersinn an. Die Stiftung J.M. Kaplan Fund gründete eine „Arbeitsgruppe öffentliche Toiletten“. Zusammen mit dem Hersteller unterbreitete die Notgemeinschaft der Stadt ein Angebot. Gegen die Erlaubnis, Werbeflächen auf der Außenwand vermieten zu dürfen, wollte Decaux bis zu 100 Einheiten kostenlos liefern, der Kaplan Fund die Kosten für die Anschlüsse übernehmen.

Dann begann der Ärger: Bürgeranwälte mit festem Blick auf die höheren Bedürfnisse sozialer Verträglichkeit verwiesen auf ein Gesetz des Bundesstaates New York, wonach öffentliche Toiletten keine Kosten für Benutzer verursachen dürfen. Das Decaux-Modell hingegen verlangt eine Eintrittsgebühr, um mutwilligen Zerstörungen vorzubeugen. Behinderte sahen in den Wundertoiletten einen Verstoß gegen Vorschriften der Regierung, nach denen alle öffentlichen Neubauten auch für Rollstuhlfahrer erreichbar sein müssen.



Test-Toilette mit Werbung
„Intensiv überwachen“

Der Toiletten-Großbetrieb (4000 Einheiten in Europa) bietet zwar auch Modelle für Behinderte an, doch der Zugang ist nur mit speziellen Magnetkarten möglich. So soll verhindert werden, daß Obdachlose die vergleichsweise geräumigen, winters beheizten Aborte zum Schlafen benutzen, Prostituierte sie als Arbeitsplätze mißbrauchen. Für Junkies sind die Klos ohnehin ungeeignet. Die Aborte können mit blauem Licht ausgestattet werden, so daß die Einstichvenen schwer erkennbar sind.



Abgesperrte U-Bahn-Toilette
„Öffentliches Ärgernis“

Auch dieses Angebot konnte die Behinderten-Anwälte nicht zufriedenstellen. Sie sahen ihre Klienten doppelt benachteiligt: Schon aus Platzgründen – die Behinderten-Toilette beansprucht eine Grundfläche von drei Quadratmetern – könnte nur eine begrenzte Anzahl aufgestellt werden. Und die Magnetkarten, argumentieren sie, degradierten die Rollstuhlfahrer zu Menschen zweiter Klasse.

Die Fronten waren abgesteckt; the shit hit the fan, wie Amerikaner sagen, wenn ein Projekt durch Einwürfe von allen Seiten zu scheitern droht. Gutachten, Gegengutachten, Meetings, Gegenmeetings und dann, endlich, ein Machtwort des Bürgermeisters, dem sich die Behinderten-Beauftragte nur widerwillig unterwarf.

Für einen Vier-Monats-Test werden im April 1992 sechs Toiletten an drei Plätzen eingerichtet, darunter je eine für Behinderte. Ob die Erleichterung von Dauer ist, wird allerdings erst nach gründlichster Inspektion durch alle Beteiligten entschieden. Auszüge aus dem Aufstellungskompromiß:

„Die Toiletten werden mit Plakaten ausgestattet, die den Sinn des Experiments erklären und um Reaktionen der Öffentlichkeit bitten. Reinigung, Sicherheit, Gebrauch, Erscheinung und andere Faktoren werden intensiv überwacht.“

Danach läuft erst mal nichts mehr: „Am Ende der viermonatigen Probezeit werden die Toiletten entfernt.“ ◄



Ein gutes Polster zu schaffen zahlt sich aus: Den BMW Airbag bekommen Sie zu einem besonders erfreulichen Preis. Bei BMW gibt es das lebensrettende Luftkissen zudem für alle Modelle: vom BMW 316i bis zum BMW 850i.

Wir hoffen, daß Sie diese Schutzeinrichtung niemals hautnah kennenlernen müssen. Wir empfehlen sie aber für den möglichen Ernstfall. Zusammen mit den Gurten haben Sie dann bei einem frontalen oder schrägen Aufprall

BEI BMW IST DIESES KISSEN KEIN LUXUSARTIKEL.

das derzeit beste Sicherheitssystem. Und das ist beileibe kein Luxus.

Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.

BMW in Btx * 20900 #



286 000 Mark für einen Zentimeter

Mit seinem Monopol auf den Weltrekord hat es der Stabhochspringer Sergej Bubka zum Spitzenverdiener gebracht

In der Leichtathletik ist der Stabhochspringer Sergej Bubka, 27, als überaus geschmeidiger Mann bekannt.

Als er im März im spanischen San Sebastián die Weltrekordhöhe von 6,10 Metern übersprang, verkündete er gönnerhaft: „Das ist ein Geschenk an die USA.“ Schließlich, erläuterte Bubka, entspreche diese Höhe dem US-Maß von 20 Fuß. Jetzt hoffe er nur noch, auch im geliebten Amerika „Anerkennung zu finden“.

Kurz zuvor hatte sich der Ukrainer noch für das Schwabenland ins Zeug gelegt. Die Stadt Stuttgart, damals Bewerber für die Weltmeisterschaft 1995, wollte ihn als „Botschafter“ für das Ländle engagieren. Bubka war gleich ganz bei der Sache und kündigte schon seinen Umzug an den Neckar an. Weil die sparsamen Schwaben die PR-Aktion aber auf zwei Monate beschränken wollten, blieb der Springer daheim.

Nun hat Bubka sein Herz für die neue deutsche Hauptstadt entdeckt. Der Berliner Promoter Rudi Thiel engagierte ihn als Zugnummer für seinen „Olympischen Sport-Club“ (OSC), versprach ihm rund 200 000 Mark im Jahr, Wohnung und Auto inklusive. Prompt schwärmte Bubka unentwegt von „dieser wunderschönen Stadt“. Bald, so witzelte er listig, „bin auch ich ein Berliner“.

Soweit ist es jedoch noch lange nicht. Denn mittlerweile haben sich bei dem Sowjetathleten weitere Angebote aus Spanien und Italien eingefunden, und Bubka wird demnächst in neue Verhandlungen einsteigen. Darin ist er geübt: Wie kein zweiter Leichtathlet versteht es der Mann aus der ukrainischen Stadt Donezk, die Gesetze der Marktwirtschaft zu nutzen. Weil er in seiner Disziplin konkurrenzlos ist und so quasi ein Monopol auf Weltrekorde besitzt, treibt er bei Veranstaltern leichterhand die Gagen in die Höhe und läßt die Sponsoren mit Prämien bis zu 90 000 Dollar pro Rekordsprung zur Ader.

Um den „Sputnik“, wie sich Bubka gern selbst bezeichnet, an den Start zu locken, reicht manchmal selbst Bargeld nicht mehr aus. Andreas Brügger, Veranstalter des Zürcher Meetings Anfang August, versprach seinem Stargast obendrein einen Kilobarren Gold im Wert von 18 000 Schweizer Franken für den Fall, daß er zwei Wochen vor der Weltmeisterschaft in Tokio noch mal Weltrekord springt.

Dem geschäftstüchtigen Stabhochspringer kommen zudem die unseligen Zeitläufte seiner Branche zupaß. Kein etabliertes Sportfest mag mittlerweile mehr auf ihn verzichten. Denn in der durch Dopingkontrollen geschwächten Leichtathletik ist er der einzige Akteur, der noch Rekorde garantieren kann.

Dabei geht er nach einer ebenso ausgeklügelten wie simplen Methode vor: Bubka, der erste Mensch, der jemals über sechs Meter sprang, steigert seine eigenen Bestmarken jeweils nur um einen einzigen Zentimeter. Während die Konkurrenz in der Regel diesseits der Sechs-Meter-Marke die Latte reißt, verbesserte Bubka zuletzt den Weltrekord in der Halle auf 6,12 Meter, im Freien schwang er sich auf 6,09 Meter.

Zwar könnte er noch viel höher hinaus – an guten Tagen überspringt er beim Training eine in 6,30 Meter Höhe gespannte Gummischnur –, doch die von Fachleuten als „Salamitaktik“ apostrophierte Strategie sichert ihm auf lange Zeit hohe Einkünfte. Denn ob Bubka einen Weltrekord um gerade mal einen oder gleich um 20 Zentimeter verbessert, ändert an seiner Gage nichts.

Einen Kollegen wie den Amerikaner Bob Beamon, der 1968 bei den Olympischen Spielen in Mexiko den noch heute gültigen Weitsprung-Weltrekord von 8,90 Meter aufstellte, kann Sergej Bubka deshalb auch nur bemitleiden. Mit so einem „Jahrhundertsprung“ würde er sich allenfalls „zum Narren“ machen, findet der Mann, der nun schon 27 Weltrekorde gesammelt hat. „Ich säge mir doch nicht selber den Ast ab.“

Daß sein Staatspräsident Michail Gorbatschow „die Menschen zum Denken statt zum Gehorchen erzogen“ hat, preist Bubka als „das Beste, was uns passieren konnte“. So hat das ehemalige ZK-Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol verblüffend schnell erkannt, was der freie Markt hergibt: Während sich Bubka früher einen Weltrekord vom Sportministerium noch mit 4000 Rubeln entlohnen ließ, ist er inzwischen mit seinen Gagen selbst den Sprinter-Stars, gemeinhin die Großverdiener der Leichtathletik, enteilt. Der



Stabhochspringer Bubka: „Ich säge mir nicht den Ast ab“

Hewlett-Packard-Computer und Elsbett-Motoren

„Mit HP werden wir schneller und leistungsfähiger in der Konstruktion."

„Die bahnbrechende, umweltfreundliche Technologie unserer Motoren – die z.B. mit allen möglichen Pflanzenölen betrieben werden können – wird ständig noch verfeinert und verbessert. Bei den dabei entstehenden konstruktiven Arbeiten hilft uns ein HP-System ME 10. Mit Hilfe dieses CAD-Systems werden unsere – gewiß nicht langsamen – Konstrukteure 3mal schneller als bei konventioneller Arbeitsweise. Die Entwurfszeichnungen in höchster Qualität sind ein weiteres Plus dieser HP-Lösung, die es uns ermöglicht, unseren hohen konstruktiven Standard zu halten."

Günter Elsbett, Mitinhaber der Elsbett-Motorenentwicklung, Hilpoltstein (rechts), im Gespräch mit Tom Kistler, Hewlett-Packard.

Hewlett-Packard bietet auch Ihnen maßgeschneiderte Computerlösungen.

Hewlett-Packard GmbH,
Hewlett-Packard-Straße,
6380 Bad Homburg.



amerikanische Kollege Carl Lewis etwa kassiert für seine raschen Auftritte über 100 Meter 60 000 Dollar – für den Fall, daß er dabei Weltrekord läuft, fordert er 20 000 Dollar als Dreingabe. Sein weibliches Pendant, die Jamaikanerin Merlene Ottey, geht für 30 000 Dollar an den Start, auch bei ihr sind 20 000 Dollar für eine neue Bestzeit fällig.

Als Sergej Bubka im italienischen Formia das Rekordmaß von 6,09 Metern aufstellte, hatte er auch sein Tageshonorar auf die persönliche Bestleistung von 286 000 Mark geschraubt: 70 000 Mark zahlte ihm der Veranstalter als Startgeld, 56 000 Mark erhielt er als Weltrekordprämie, und einem italienischen Sponsor hatte Bubka zuvor noch mal 160 000 Mark entlocken können.

Die Investition ging allerdings ins Leere, denn Bubkas Bestleistung fand quasi unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Weil der gleichermaßen eigenwillige wie selbstsichere Athlet („Ich habe keine Schwächen") wegen ungünstiger Windverhältnisse darauf bestand, die Stabhochsprung-Anlage zweimal umzubauen, mußte der in Zeitnot geratene italienische Fernsehsender RAI seine Übertragung abbrechen. Bubka war nicht ein einziges Mal im Bild zu sehen, und sowohl die TV-Anstalt als auch der Sponsor lagen anschließend mit dem Veranstalter im Clinch.

Der „größte Athlet unserer Zeit", wie der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, einmal schwärmte, ist wegen seiner Gagenforderungen schon bei vielen Veranstaltern in Mißkredit geraten. „Der Sergej wird schwierig", bemerkte spitz der norwegische Manager Svein Arne Hansen. Für einen Auftritt beim Sportfest in Oslo habe Bubka 60 000 Dollar gefordert. „Für 25 000 kann er kommen", erklärte Hansen, „mehr habe ich nicht." Bubka blieb zu Hause.

Auch sein amerikanischer Ausrüster Nike ist inzwischen erkennbar verstimmt. Der Sportartikelhersteller honoriert jeden Weltrekord seines Klienten mit rund 50 000 Dollar, doch in letzter Zeit, sagt Nike-Mann Daniel Gottschall, sei es „ein bißchen zuviel geworden". Man werde nun versuchen, „neue Verträge auszuhandeln".

Wie alle Größen in der Leichtathletik beschäftigt auch Bubka für solche Fälle einen Manager. Seit Jahren steht ihm der Pole Andrzej Kulikowski zur Seite, der von seinem Wohnsitz in Schweden aus wirkt. Neuerdings hat das listige Gespann eine weitere lukrative Einnahmequelle erschlossen. Kulikowski vertritt nebenher den skandinavischen Sportgeräteherstellер Nordic, und prompt tauchte Bubka beim Sportfest in Sevilla Ende Mai mit Nordic-Stäben auf.

Weil ihm diese Sprungstangen für seine Rekordversuche „zu weich" sind, fand man einen Kompromiß: Über die „An-

fangshöhen“ schwingt sich Bubka jetzt mit skandinavischem Material, für Weltrekordsprünge benutzt er härtere Stäbe der amerikanischen Firma Spirit.

Wie gekonnt der ehemalige Sportstudent seine Geschäftspartner in die Irre zu führen versteht, wenn es seinem Konto nutzt, stellte er zuletzt in einer bewegten Geschichte um seinen vermeintlichen Wechsel nach Berlin unter Beweis. Zwar trat er dem OSC bereits im Februar bei. In Berlin war er allerdings nur einmal, als er eine für ihn im Villenviertel Lichterfelde angemietete Maisonnette-Wohnung besichtigte.

Seither wartet sein Gönner Rudi Thiel vergeblich. Denn der Ukrainer geriet ins Wanken, als zahlreiche europäische Vereine bei ihm antichambrierten – ein Pariser Klub etwa köderte ihn mit einem Haus inklusive Garten und Swimmingpool sowie Freiflügen in einem Privatjet.

Da erklärte Thiel seinen Lieblingsathleten („So was Sympathisches“) zur nationalen Angelegenheit. Der Manager suchte Hilfe bei der Olympia GmbH, die sich um die Bewerbung Berlins für die Olympischen Spiele 2000 kümmert und dabei von so potenten Geldgebern wie etwa Daimler-Benz unterstützt wird. Hier pries er Bubka als „den Olympia-Botschafter par excellence“ an. Denn einer, „der international soviel Aufsehen erregt“, meinte Thiel, „den muß man einfach nehmen“.

Doch längst hat sich auch bei den Olympia-Planern herumgesprochen, daß der Stabhochspringer vornehmlich als Unternehmer in eigener Sache für Furore sorgt. Dem Chef der Olympia GmbH, Lutz Grüttke, paßt ein Botschafter Bubka deshalb auch noch nicht ins Konzept. Schließlich sei das „keine Vermarktungsangelegenheit“, bei der sich Bubka „ein T-Shirt anzieht und dann verkündet, er sei ein Berliner“.

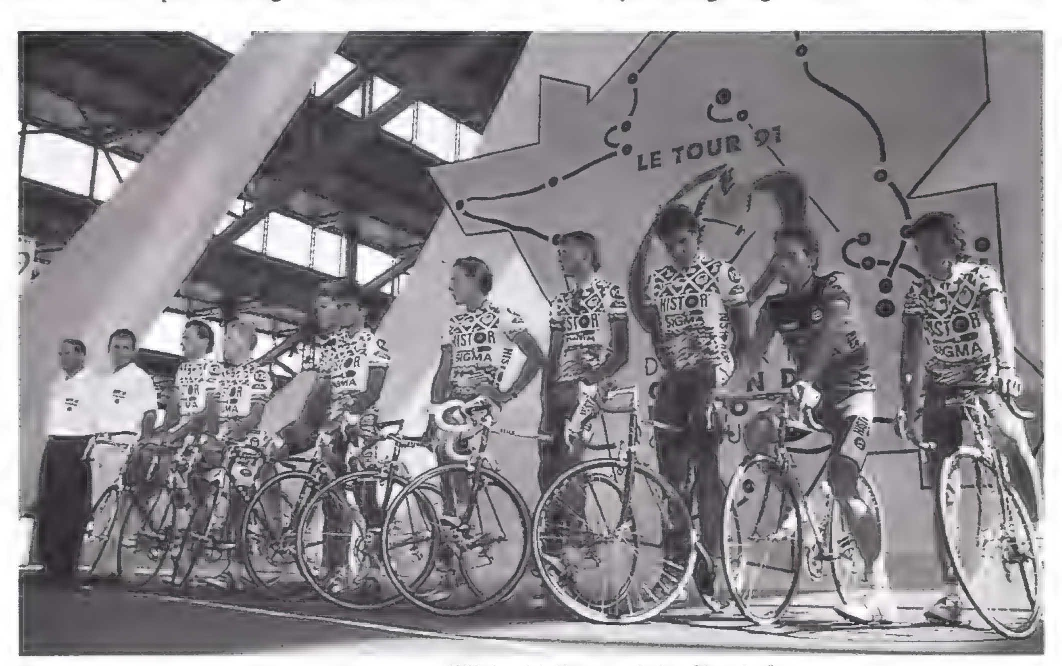
Auch Daimler-Benz reagierte unterkühlt. Der Konzern, mit jährlich 30 Millionen Mark Sponsorgeldern für den Sport sonst nicht zurückhaltend, will keine Mark investieren, um den Rekordjäger aus der Ukraine in die vereinte Stadt zu holen. „Wir kaufen niemanden“, sagt Unternehmenssprecher Matthias Kleinert. Zwar hat es sich der Manager zur Herzensaufgabe gemacht, „Olympia 2000 nach Deutschland zu holen“. Starke Zweifel hegt er allerdings, „ob sich das Internationale Olympische Komitee ausgerechnet von Herrn Bubka überzeugen läßt“.

Radrennen

Erst mal aufräumen

Rennställe werden geschlossen, Fahrer fürchten um ihren Arbeitsplatz: Die Boomzeiten im Profiradsport sind vorbei.

Der französische Radprofi Laurent Fignon, 30, ist auf Jobsuche. 1,2 Millionen Mark, betont der zweimalige Sieger der Tour de France in seinen Vertragsverhandlungen mit den Rennställen, sei ein angemessenes Jahresgehalt. Bisher haben alle Gesprächspartner abgewinkt: „Zu teuer.“



Histor-Team bei der Tour de France: „Etliche bleiben auf der Strecke“

Fignons Kollege Thomas Wegmüller hat Mühe, alle Unternehmen aufzuzählen, bei denen er in diesem Jahr vorgesprochen hat, um für sich und seine 16 Gefährten des Weinmann-Teams einen Ko-Sponsor zu gewinnen. Obwohl der Schweizer drei Stunden Fernsehbeiträge über sich und drei dicke Ordner mit Presseberichten als Referenzen vorweisen konnte, „wollte sich keine Firma engagieren“. Zum Saisonende wird die Equipe aufgelöst, Wegmüllers Zukunft ist ungewiß.

Zwei Schicksale von vielen. Denn der Profiradsport, bis zum vorigen Jahr eine nimmermüde Wachstumsbranche, steht vor der Rezession. Die werbetreibende Industrie, alleiniger Geldgeber der Ställe, drängt, verschreckt von überzogenen Gagenforderungen, in andere Reklamemärkte.

So will die belgische Farbenfirma Histor-Sigma, noch Arbeitgeber der Deutschen Andreas Kappes, Uwe Ampler, Remig Stumpf und Kai Hundertmarck, ihre drei Millionen Mark Sponsorgeld im nächsten Jahr im Motorsport anlegen. Die Philips-Tochter PDM, die Videobänder produziert, verlegt sich künftig verstärkt auf Fernsehwerbung, zudem machen Toshiba (Frankreich) und Del Tongo (Italien) ihre Radrennställe dicht.

Vier weitere Equipen hören 1992 auf, darunter die französischen Spitzenteams Z, Arbeitgeber des dreimaligen Tourgewinners Greg LeMond, und die Fignon-Mannschaft Castorama. Selbst die spanische Großbank Banesto, in deren Auftrag Tour-Star Miguel Indurain radelt, mag über 1992 nicht hinausplanen.

Viele der 1000 Berufsradler, die sich jahrelang steigender Gehälter erfreuten, müssen folglich um ihren Arbeitsplatz fürchten oder schon bald empfindliche Lohnkürzungen hinnehmen. „Etliche“, glaubt der Bremer Kappes, „werden auf der Strecke bleiben.“ In zwei Jahren, so erwartet Winfried Holtmann, Chef des deutschen Telekom-Teams, „gibt es nur noch 600 bis 700 Profis“.

Die verschärfte Lage auf dem Arbeitsmarkt trifft viele Fahrer unvorbereitet. Noch frisch ist die Goldgräberstimmung, nachdem LeMond mit dem französischen Kindermodenhersteller Roger Zannier 1989 eine Jahresgage von 3,5 Millionen Mark ausgehandelt hatte. Die hart arbeitenden Profis sahen sich schon auf dem Weg zu einer, etwa im Vergleich mit Tenniscracks, „gerechten Bezahlung“ (Kappes). Dabei seien, so Teamchef Holtmann, die Etats jedoch „derart hochgepuscht“ worden, daß nur wenige Sponsoren in der Lage waren, „die Preistreiberei mitzumachen“. Solange


LÖWENBRÄU
Alkoholfrei
Tradition seit 1383
LÖWENBRÄU
Im Zeichen des Löwen

die Firmen, die bis zu zehn Millionen Mark pro Jahr in ihre Rennställe investieren, ihren Namen werbewirksam im Fernsehen sehen, gilt das Geld als gut angelegt.

So übertrugen 140 TV-Anstalten weltweit 1250 Stunden von der am Sonntag beendeten Tour de France, dem nach Olympischen Spielen und Fußball-Weltmeisterschaft drittgrößten Sportereignis – eine Milliarde Zuschauer rechtfertigt nach Ansicht der Marketing-Manager das teure Engagement.

Sogar kleinere Teams, die in der Gesamtwertung keine Chance haben, kamen auf ihre Kosten, indem sie sich einer fernsehgerechten Fahrweise bedienten. Auf weniger schwierigen Etappen bemühten sich auffallend häufig unbekannte Profis – auf Wunsch ihrer Sponsoren – um lange Alleinfahrten vor dem Feld. Selbst wenn die entkräfteten Fahrer kurz vor dem Ziel eingeholt wurden, hatte sich die Mühe gelohnt. Die oft stundenlangen Soli der mit 20 und mehr Reklameaufnähern drapierten Profis würdigt das Fernsehen gern als große Heldentaten.

Finanzstarke Firmen bezahlen dagegen vor allem für den erhofften Gesamtsieg ihrer Spitzenkräfte. PDM investierte in diesem Jahr sechs Millionen Mark in den angestrebten Triumph ihres Stars Erik Breukink. „70 Prozent unserer Anstrengungen“, so der sportliche Leiter Jan Gisbers, „richteten sich auf die Tour.“ Auch LeMond, der sich ausschließlich auf die Frankreich-Rundfahrt konzentriert hatte, wurde von Sponsor Z vor allem für einen geplanten vierten Sieg entlohnt.

Doch der dreiwöchige Werbefeldzug von Lyon bis auf die Champs-Elysées demonstrierte in diesem Jahr deutlicher als je zuvor die unkalkulierbaren Risiken für die werbetreibende Wirtschaft:

- ▷ Breukink und seine PDM-Gefährten litten an Fieber und Kopfschmerzen und gaben nach der zehnten Etappe auf. Die Fahrer des Teams gerieten in Verdacht, durch die Einnahme unerlaubter Medikamente ihr Immunsystem geschwächt zu haben.
- ▷ LeMond litt auf der 13. Etappe an einem Virus und verlor mehr als sieben Minuten. Fünf Fahrer seiner Mannschaft waren zuvor gestürzt, der Schotte Robert Millar mußte zeitweise mit einer Halskrause fahren.
- ▷ Der Ire Stephen Roche, Tour-Gewinner 1987, versäumte auf der Toilette den Start zum Mannschaftszeitfahren und wurde disqualifiziert.
- ▷ Der Däne Rolf Sörensen, in der ersten Woche im gelben Trikot des Spitzenreiters, brach sich bei einem Sturz das Schlüsselbein und mußte aufgeben.

Die zahlreichen Ausrutscher der Stars brachten die Sponsoren nicht nur um Fernsehpräsenz, sondern führten zuweilen sogar zu Anti-Werbung. Die belgische Teppich- und Tapetenfirma Tonton Tapis fühlte sich nach der peinlichen Roche-Disqualifikation der Lächerlichkeit preisgegeben. Und wegen der Dopinggerüchte, die den Ausstieg der PDM-Equipe begleiteten, sieht Marketingchef Jack Blink, „die Gefahr“, daß ein Negativ-Image aufgebaut werde.



Sörensen

Die Manager der Rennställe können das Gesundschrumpfen der Branche kaum erwarten. Telekom-Teamchef Holtmann etwa, der seit drei Jahren an einem international konkurrenzfähigen deutschen Stall bastelt, kommt die „Beruhigung in der Gagen-Hysterie“ gerade recht. Schon bis zur Weltmeisterschaft im Au-





Breukink



Roche

Gescheiterte Tour-Stars: Gefahr der Anti-Werbung

gust in Stuttgart will der umtriebige Hesse die Deutschen aus der Konkursmasse des Histor-Sigma-Teams, Jan Schur und Mario Kummer (Gatorade), sowie PDM-Fahrer Uwe Raab – mit Hinweis auf die drohende Arbeitslosigkeit entsprechend preisgünstig – unter Vertrag genommen haben.

Rennfahrer Kappes, von Teamkollegen wegen seines unerschrockenen Auftretens gern als Verhandlungsführer gesehen, befürchtet für schwächere Kollegen schon ein baldiges Karriereende. Holtmann und die Telekom-Manager, so Kappes düster, „die räumen erst mal auf“.

Der drohende Jobmangel zeitigte bei der diesjährigen Tour de France bereits einen verschärften Kampf um die Arbeitsplätze. Jan Schur, als Wasserträger seines Teamkapitäns Gianni Bugno eigentlich zur Zurückhaltung verpflichtet, wagte sich bei Massenankünften wie viele der verunsicherten Domestiken in den brutalen Schlußsprint.

Der Erfolg, ein Etappensieg, blieb Schur versagt. Deshalb plant der Olympiasieger von Seoul, der mit 70 000 Mark Jahresgrundgehalt nicht einmal fünf Prozent von Bugnos Gage (1,5 Millionen Mark) verdient, bereits für die Zukunft. Falls sich kein attraktiveres Angebot ergibt, will er mit seinem Vater Gustav-Adolf, einst erfolgreichster Radfahrer der DDR, „lieber in Magdeburg ein Radgeschäft eröffnen“. ◀

„Nur ein Gott kann uns retten“

SPIEGEL-Reporter Matthias Matussek über die Moskauer Filmfestspiele und die sowjetische Kinoindustrie

Der Teufel liegt in einer Gruft aus rosa Marmor an der Kreml-Mauer. Eine Hülle, klein und gelb und leer, wie aus Plastik. „Die Erde hat ihn nicht angenommen“, raunt Pawel, der Filmemacher. Der Teufel ist verdammt, ewig aufgebahrt zu bleiben. Er hat einen Namen. Der läßt sich aus den 15 Strichen des Pentagramms bilden und zu fünf kyrillischen Buchstaben gruppieren: ЛЕНИН.

In Sichtweite des Lenin-Mausoleums, fern am anderen Ende des Roten Platzes, der sich krümmt wie die Erdkugel unter der flirrenden Juli-Hitze, hat der russisch-orthodoxe Gott sein Domizil gefunden. Eine Ikone hängt dort an einem Bretterzaun. Ein Plakat bittet um Spenden für einen Kirchenbau.

Es ist die Übergangszeit, in der alles möglich ist. Die Zeit für Gott und für den Teufel. Und jede Sekunde kann ein Wunder geschehen. In der Valuta-Bar des Rossija-Hotels, wo die mondänen Moskau-Nutten längst in der Überzahl sind, erzählt ein russischer Produzent von einer Himmelserscheinung. Ein kreisförmiger Regenbogen, der erschien, als das Kreuz auf einer zerstörten Kirche wieder aufgerichtet wurde. Vor drei Tagen ließ der Produzent sich taufen. „Nur ein Gott kann uns noch retten“, sagt er.

Früher, da kam die Rettung noch aus der Kunst. Heiliger Tarkowski. Erzengel Klimow. Alle heiligen Untergrundkünstler, Samisdat-Autoren, Hinterhofmaler! Doch mit den alten Dämonen ist auch der Kampf gegen sie verblaßt. Es gibt keine Gegner mehr – nur noch den Konkurrenten Hollywood. Ein paar vereinzelte Blüten vielleicht, etwa Rjasanows schwarze Komödie „Gelobtes Land“, die mit einem Wunder endet, einer fliegenden Lokomotive ... ansonsten ist die Filmkunst tot in Rußland, begraben unter buntem Müll. Nun helfe uns Gott. Und der Sprung in den Markt.

Die Moskauer Filmfestspiele sind eine höhnische, verfratzte Karikatur der früheren Dissidenten-Weihen. Die Amerikaner boykottieren, weil russische Videopiraten ihnen die Geschäfte vermasseln. Die Festivalfilme sind in westlichen Kinos bereits abgespielt oder Totgeburten. Die Organisation ist fest in den Händen arbeitsunwilliger älterer Damen, die mit ihren Verwandten im Kaukasus telefonieren. Informationen über Spielorte gibt es nur durch Zufall.

Chef dieses Desasters ist ein freundlicher alter Apparatschik, der sich seit seinem letzten Herzinfarkt geschworen hat, sich über nichts mehr aufzuregen. An seinem grauen Revers trägt er eine Ehrennadel. „T2“ steht darauf. Doch keine Ehrennadel – es ist die Promotionsplakette für den neuen Terminator-Film mit Arnold Schwarzenegger. Sein traurigstes Erlebnis? „Die Absage von Madonna. Sie wollte von Gorbatschow persönlich empfangen werden.“

Den Hauptpreis wird ein Kulturfilm über ostsibirische Ureinwohner gewinnen. Der Sprecher der Jury wird davon reden, daß es keine bemerkenswerten Filme in diesem Jahr gab. Und Sophia Loren wird sich nach ihrer Pressekonferenz vergebens um ein Taxi bemühen – sie hatte vergessen, mit einem Dollarschein zu winken.

Die Filmfestspiele sind für die sowjetischen Gastgeber nicht viel mehr als ein Vorwand, um ausländische Produzenten zu treffen. Was heißt hier Filmkunst – laß uns ein Joint-venture machen. Du



Kameramann Wadim Jusow, Dreharbeiten: „Weniger Zeit als früher bei Tarkowski“



Jewtuschenko-Film „Stalins Beerdigung“: 200 Leute totgetrampelt

gibst die Dollar, Gringo – und ich besorge dir alles, was du brauchst: die Armee, 10 000 Statisten, Hubschrauber, den Kreml. Einen Teil der Dollar aber bitte auf ein Konto im Ausland. Es ist, als versuchten die Matrosen der sinkenden „Titanic“ das Kajütenmobiliar zu verhökern. Ausverkauf.

Daß Amitabh Bachchan, der Bombay-Film-Held, umschwärmter Star des Festivals ist, kommt nicht von ungefähr. Das sowjetische Kino ähnelt dem indischen – nie gab es mehr Filme als im zurückliegenden Jahr und nie schlechtere. Es sollen um die 500 sein. Rubelmillionen zirkulieren, viel heißes Geld sucht neue Anlagen. Jeder Debütant bekommt eine Chance. Russisches Roulett, denn auf der anderen Seite sind die rund 10 000 Abspielstätten des Landes im Schnitt nur zu 29 Prozent ausgelastet.

Die Intelligenzija-Kultur ist implodiert. Kein Mensch interessiert sich noch für Filme über stalinistische Lager, für trostlose Proletarier-Balladen oder Künstlerdramen. Schlangen bilden sich nur, wenn etwa in einem „Produkty“-Laden unverhofft Schinken aufgetaucht ist. Die Abendunterhaltung besorgt man sich in schwarzen Videoläden wie dem, der auf dem Arbat gleich neben dem Puschkin-Haus eröffnet hat.

Und der hochgerühmte russische Autoren-Film? Zwischen den Plakaten im Rossija, die irgendwelche Haudegenfilme und Kunst-Soft-Pornos ankündigen, hängt ein kleiner, undeutlich bedruckter Zettel. „Stalins Beerdigung“ steht darauf. Und darunter ganz klein: „von Jewgenij Jewtuschenko“.

Eine Handvoll Menschen haben den kleinen Vorführraum außerhalb der



Jewtuschenko, Ehefrau
„Unsere Kultur wird krepieren“

Stadt tatsächlich gefunden. „Stalins Beerdigung“ erzählt von dem wohl düstersten Bacchanal des totalitären Zeitalters. Von jener hysterischen Nacht, als die Menschen sich tottrampelten, um den aufgebahrten Leichnam Stalins zu sehen. Er erzählt von den Gesichtern in der Menge, von den Einzelschicksalen im Massenwahn und von dem jungen Jewtuschenko, der dabei war. Im Film heißt er Schenja, ein zungenflinker Teenager, der berauscht ist vom eigenen Talent und von der Aussicht auf Ruhm, ein pathetischer Verseschmied, der auf Zuruf Liebeslyrik liefert und Tiraden über die Verschwörung jüdischer Doktoren zur Ermordung des Führers. In dieser Nacht lernt er eine Lektion fürs Leben.

Dieses Selbstporträt kontert Jewtuschenko mit einem anderen: Er tritt selbst in der Rolle eines alten Bildhauers vor die Kamera. Er steht in seinem Atelier, umgeben von überlebensgroßen Gipsbüsten Stalins und Molotows, und er zerstört sie in jener Nacht, und er ruft verzweifelt: „Nicht ich habe euch geschaffen – ihr habt mich modelliert!“ Der Film – ein grandioses Testament und eine altersmelancholische Bilanz.

Und er führt noch einmal den Intellektuellen als Märtyrer vor: In einem Gefängnis für „Politische“ debattieren Philosophen und Künstler über die letzten Dinge. Einer spielt Tschaikowskis Erstes Klavierkonzert auf einer Tischplatte, und ein bärtiger Alter sagt: „Man sollte viel mehr Menschen einsperren, denn im Gefängnis finden sie zu Gott.“

Jewtuschenkos Datscha liegt draußen, in den Birkenwäldern von Peredelkino, dort, wo die goldenen Käfige der Künstler stehen, der Gehätschelten und Verdammten des Diktators, und wo sein Nachbar Pasternak lebendig begraben seinen „Schiwago“ schrieb.

Jewtuschenko war immer beides: Hofnarr der Macht und ihr störrischer Widersacher, ein Spagatkünstler. Und fast wäre er Jesus gewesen. „Pasolini wollte mich für seinen Passionsfilm haben. Als Chruschtschow davon hörte, sprach der von einem schlechten Witz. So wurde leider nichts daraus.“

Er ist hochgewachsen, durchtrainiert, ein redesüchtiger Charmeur, ein Kosmopolit. In dem großen, getäfelten Wohnzimmer hängen die Bilder, die ihm Max Ernst und Marc Chagall und Miró einst schenkten, damals in den frühen sechziger Jahren, als er als Tauwetter-Poet den Westen bereisen durfte. Jewtuschenko – der einzige Dichter des 20. Jahrhunderts mit einer Massenwirkung, die im Westen nur Popstars haben.

Ein letztes Mal nutzte er diese Wirkung auf einer Kundgebung gegen den Antisemitismus im Februar letzten Jahres. Er nutzte sie für seinen Film. Da rief er auf dem Roten Platz in die Menge: „Die wahren Demokraten unter euch möchte ich auffordern, an einem wahr-



verschiedenster Art oder zu Pressplatten verarbeitet, die zukünftig in der Bau- und Möbelindustrie eingesetzt werden können. Demnächst können Sie am grünen Punkt auf der Packung erkennen, daß Getränkekartons im Rahmen des Dualen Systems gesammelt und dem Material-Recycling zugeführt werden.

TETRA PAK

Mehr Verpackung muß nicht sein.



Werbeplakat zu „Iwan der Schreckliche“
Gemetzel, Mönche, Birkenwälder

haft demokratischen Film mitzuarbeiten.“ Und Tausende von Statisten meldeten sich.

In den Mythen und Bildern des Kinos sieht er, trotz der desolaten Lage, seine Zukunft. Er träumt von Filmen über Don Quichotte, über die alternden Musketiere, über tragikomische Helden, die am Ende ihrer Bahn angelangt sind. Die Lyrik? Er weiß, er wird keine Meisterwerke mehr schaffen. Die Geniestreiche seiner Jugend liegen weit zurück. Mit Gedichten macht er sich nur noch Luft. Gerade gestern hat er eines über die Dummheit geschrieben. Nach dem Essen, das die Babuschka gekocht hat, wird es gemeinsam ins Deutsche übersetzt. Mit Brücken über drei Sprachen hinweg. Wie könnte man „stadnost“, wie „obrasin“ übersetzen. Fratze? Gesicht in der Herde? Ach, dieses Wort gibt es nicht auf deutsch? Wie schade! Schließlich läßt er es sich vorlesen.

Es beginnt mit den Versen: „Vielleicht sind wir alle verblödet/ Und in unserer Dummheit versackt wie im Schlamm/ Schlamm oder Blut – nur diese beiden Taufen stehen zur Wahl/ Ja, in Rußland ist die Auswahl nicht groß.“

Er nickt befriedigt. Es klingt gut. Und er erzählt, wie er und seine Zeitgenossen erst mit Heinrich Böll den Klang der deutschen Sprache lieben lernten. „Bis dahin kannten wir auf deutsch nur den Ausdruck ‚Hände hoch!‘“ Aber weiter!

„Wer hat uns, und wann, unsern Verstand ausgeprügelt?/ Wir selbst! Wir haben, uns ewig verneigend, unseren Verstand weichgeklopft!“ Er beugt sich vor, um keine Silbe dieses deutschen Echos auf sein Gedicht zu verpassen: „Sind wir nicht dabei, die Ordnung einer einzigen Herde/ lediglich gegen die mehrerer Herden zu tauschen/ aus denen die gleichen blöden Herdenfratzen glotzen?“

Nun gut, vielleicht klingt es auf russisch wirklich besser, aber schließlich: Was sind schon Worte in diesen Tagen. „Wir werden alle Fehler des Westens übernehmen“, sagt er zum Abschied traurig, „und unsere Kultur wird dabei krepieren.“

Wie er dasteht, hochaufgerichtet im Garten seiner Datscha, mit seiner jungen Frau und den beiden Hunden, und zum Abschied winkt, ist er wie einer, der aus den alten Zeiten herübergrüßt. Aus den Zeiten, als für Worte noch Blut floß, als Worte noch Köpfe kosten konnten, als Worte noch Schicksale entschieden. Er grüßt aus den heroischen Zeiten der russischen Intelligenz.

Produzent Ismail Tagi-Zade
„Und wer bezahlt euch?“

Ihre Zeit ist abgelaufen. Die Zukunft wird ohne Jewtuschenko auskommen. Für ihn, wie für andere Filmkünstler, hat der Teufel der neuen Zeit bereits Gestalt angenommen. Er trägt gestreifte Hemden, weiße Lederslipper und Goldkettchen. Sein Name: Ismail Tagi-Zade.

Er ist im Alter von 21 Jahren aus Aserbaidschan nach Moskau gekommen, und er hat sich immer für zwei Sachen interessiert: fürs Kino und fürs Geld. Es begann mit einem Netz von Blumenständen in den Moskauer Metrostationen. Tagi-Zade sanierte Kinos und Fleischfabriken, er hatte gute Kontakte und eine goldene Hand. Eine sozialistische Traumkarriere. Heute besitzt er eine Pferdezucht und vier Kleiderfabriken.

Mit der von ihm gegründeten Vereinigung „Askin“, in der er 5000 Kinodirektoren und Verleiher zusammenband, kontrolliert er die Kinos im Lande. Die Loyalität der Kinobesitzer honoriert er mit Betriebsausflügen. Etwa nach Cannes. 600 Provinzfürsten durften auf seine Kosten an der Côte d'Azur bummeln. Dafür spielen sie Billigware, die Tagi-Zade in Amerika gekauft hat.

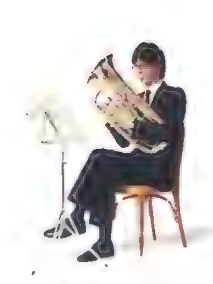
In den Vorstand hat er sich altes Partei-Establishment geholt, Bürokraten, die Zensoren der Eis-Zeit. Ja, er ist vor anderthalb Jahren selber in die Partei eingetreten. Warum? „Weil ich kaukasischer Dschigit bin, ein sturer Kopf. Vor 15 Jahren habe ich meinen ersten Mitgliedsantrag gestellt. Damals wollten sie nicht. Jetzt, wo alle anderen austreten, haben sie mich genommen.“

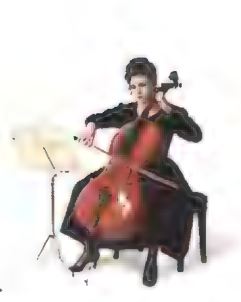
Ob er denn Kommunist sei? Er grinst. „Man kann doch in jede Partei eintreten“, sagt er sibyllinisch. „Demokraten, Sozialisten, Konservative, was ist schon der Unterschied?“ Und er hängt die einzige englische Phrase an, die er kennt: „Business is business.“

Ismail Tagi-Zade ist von einer entwaffnenden Unverfrorenheit. Er redet nicht über Ideale, sondern über Geschäfte, und er strotzt vor Energie, weil ihm die Zukunft gehört. Und sollten die alten Protektionen nicht mehr funktionieren, wird er sich mühelos auf neue umstellen. Ein Gauner? Aber selbstverständlich ist Ismail Tagi-Zade ein Gauner. Jeder sowjetische Geschäftsmann ist ein Gauner – nach dem Kodex des sozialistischen Rechts.

Am Abend sitzt er im Kreis seiner Leibgarde in einem düsteren Bums im Hotel Rossija, und sein aserbaidschanischer Consigliere beugt sich respektvoll von hinten über die Schulter und flüstert ihm die Geschäftsberichte ins Ohr. Tagi-Zade dirigiert die Kellner mit knappen Handbewegungen, bestellt Lachsplatte, Kaviar und Wodka, wobei er seinen Brillantring funkeln läßt.

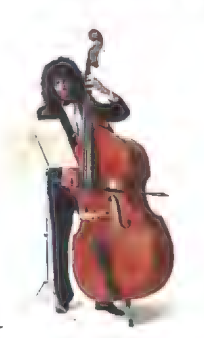
Er ist von einer geradezu theatralischen Drittklassigkeit, ein Emporkömmling, über den die versnobte russische Intelligenzija natürlich den Kopf

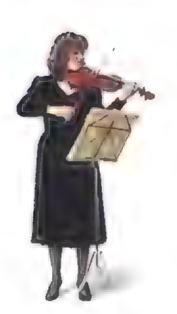
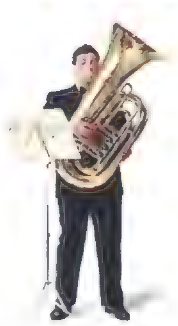



Es gibt Musik, die Sie verzaubert – und entführt in eine heitere, unbeschwerte Welt: In die Welt des Galestro. Ein Wein, so lebhaft und leicht,

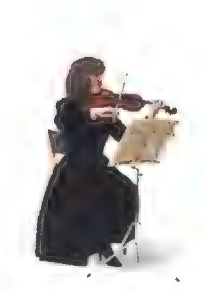




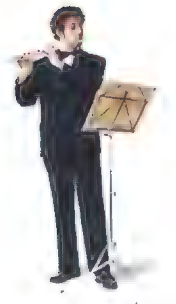
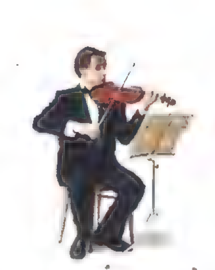

wie er wohl nur an den Hügeln der Toskana zur Reife gelangt. Ein Wein, dessen harmonisches Zusammenspiel von Würze und Bukett dazu

GALESTRO. ALLEGRO CON BRIO.

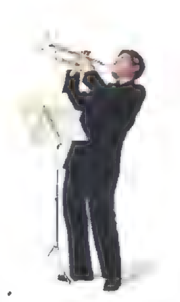
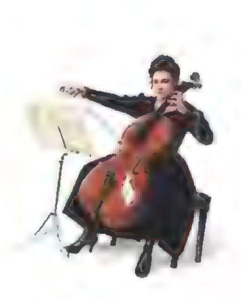
geschaffen ist, besondere Stunden zu verschönern. Geniessen Sie seine Gesellschaft in den fröhlichen




Augenblicken des Lebens. Lauschen Sie seiner Musik und entdecken Sie seinen lebhaften Charakter: Allegro con brio.



VON DEN HÜGELN AUS DEM HERZEN DER TOSKANA.

GALESTRO

ARS VIVENDI VINO



Star Lemper bei Dreharbeiten zu „Moskau Parade“: „Sie ist von unglaublicher Professionalität“

zusammen. Er schaut auf den Bildschirm, wo Iwans Bojaren Köpfe rollen lassen. „Und woher hat German seine Gelder?“ zischt er. „Und wo bezieht eure Fernsehanstalt ihre Gelder her?“ Der Fernsehreporter lächelt gequält.

Natürlich geht Tagi-Zades Taktik auf. Welches Geld in diesen Zeiten ist nicht Parteigeld? Wie überhaupt, wenn nicht durch Gaunereien, ist der Übergang in eine Eigentumsgesellschaft möglich?

Mit jeder seiner Antworten sagt Tagi-Zade das gleiche: Was sollen diese scheinheiligen Fragen? Ihr wißt doch alle, wie dieses Spiel funktioniert! Und wenn ihr es nicht wißt, seid ihr Dummköpfe!

Tagi-Zade gehört zu jener Avantgarde, die bereits jetzt das Gewinnspiel spielt – mit allen Untergrund-Tricks, die Geschäftsleute im Mutterland des Sozialismus zwangsläufig gelernt haben.

Um ihn herum läuft ein anderes Spiel ab. Es ist das Zeitlupenspiel der Verlangsamung. Die Sehnsucht nach dem Stillstand. In der Kantine der Mosfilm-Studios, der größten Filmschmiede des Landes, schleppt sich ein rätselhaft-trauriger Wirt am Büffet-Tresen hin und her. Und je länger die Warteschlange wächst, desto verzweifelter versucht er, seine Schritte zu verlangsamen. Sein Kopf hängt tief zwischen den Schultern. Ab und zu schaut er auf. Dann schießt aus seinen Blicken Haß. Abgrundtiefer Haß auf die Menschenschlange und auf das ungünstige Geschick, das ihn auf diesen Platz gestellt hat.

Ein englischer Produzent erklärt seiner Dolmetscherin in der Warteschlange die Redewendung „Zeit ist Geld“. „Bei uns“, sagt sie daraufhin, „bei uns ist Zeit nichts weiter als – Zeit.“ Der Produzent schüttelt den Kopf. Er hat schon allerhand gesehen. Er hat sogar die Plotte „Hitlers Sohn“ überstanden, einen Abschreibungsfilm Münchner Anästhesisten. Die Mosfilm-Studios aber stellen alles in den Schatten.

Ein paar hundert Meter weiter werden Gitterstäbe gepinselt. „Das können sie mittlerweile“, meint die Studio-Assistentin, „jeder zweite Film hat eine Knastszene.“ Zwei Stellwände weiter erklingt Klaviermusik. Ein bürgerlicher Salon der Jahrhundertwende. Durch die

schüttelt. Ein Bazar-König. Aber der Teufel? Immerhin besitzt er eine Fähigkeit, die in Bulgakows Roman „Der Meister und Margarita“ den Teufel auszeichnet: Er kann Rubel in Dollar verwandeln.

Und seit neuestem ist er Produzent. Jawohl, Ismail Tagi-Zade, der sein Geld mit Pferden und Nelken gemacht hat, träumt vom Ticket in die feine, in die Glitzergesellschaft der Stars. Er träumt davon, der größte russische Produzent zu werden, die Antwort auf Samuel Goldwyn. „Iwan der Schreckliche“ heißt sein Machwerk.

Für die Pressehefte seines Films hat er beste italienische Druckereikunst bemüht. In einem Geleitwort wendet er sich an die „Kinobesucher und die Regisseure in der ganzen Welt“. Und er spricht im geläufigsten Perestroika-Pathos von den „Zeiten des Umbruchs“ und, wie Jewtuschenko und die anderen, von den „bitteren Erfahrungen der Vergangenheit“. Allerdings meint er „Iwan den Schrecklichen“ damit.

Auf dem Plakat greift der schreckliche Iwan mit seiner gierigen, beringten Lustmolchhand einer jungen Bojarentochter in den Ausschnitt. Und darunter steht: „‚Iwan der Schreckliche‘ – eine Botschaft aus Rußland an alle, die es verstehen wollen.“

Das Presseheft – ach was, der farbige Presseatlas – verspricht, was der Film hält: rollende Augen, blutige Schlachten, durchsichtige Blusen, fromme Patriarchen, dunkle Schurken, Feuer, Zwiebeltürme, Birkenwälder. Stolz führt der Produzent Ismail Tagi-Zade den Film am nächsten Tag einigen Fernsehleuten aus Leningrad in seinem Büro vor. Sein Hauptquartier: der zweite Stock eines vergammelten Hinterhofgebäudes.

Gegenüber, in einem prächtigen Konferenzgebäude, eröffnet ein abgehalfterter Staatskino-Bürokrat eine Verleiher-Tagung. Sein Star-Redner, Tagi-Zade, fehlt. „Ich hoffe“, sagt er nervös, „das bedeutet nicht, daß er uns boykottiert.“

Ach was, Tagi-Zade hat im Moment nur alle Hände voll zu tun. Er führt seinen Film vor. Ein Foto seines Sohnes steht auf dem Schreibtisch und im Regal eine türkische Mokkagarnitur. Stoffproben aus seinen Kleiderfabriken im Süden liegen über den Akten – draußen wartet die Betriebsleiterin ergeben auf Befehle, auf Lob oder Zornesausbrüche.

Abwesend befingert Tagi-Zade die Tuche. Hingerissen starrt er auf den Monitor, wo Iwan der Schreckliche schrecklich flucht, und der Fernsehreporter räuspert nervös ins Mikrofon. Er hat eine Menge kritischer Fragen im Gepäck – und wer weiß, ob diese aserbaidschanischen Mafiosi nicht gewalttätig werden.

Er beschließt, sich hinter der Polemik des Leningrader Regisseurs Alexej German zu verstecken: Der habe ihm vorgeworfen, sein Geld sei schmutziges Parteigeld und er sei nur ein Strohmann. Tagi-Zade kneift die Augen zu Schlitzen

Fenster sieht man die Kreml-Mauern. Am Fenster lehnt lässig eine blonde Frau. In ihren weiten Männerhosen sieht sie aus wie Marlene Dietrich. Sie raucht, und sie singt: „If you ever leave me." Die Blondine ist Ute Lemper. Was, um Himmels willen, macht Ute Lemper in Moskau?

„Moskau Parade" heißt der Streifen, eine französisch-sowjetische Koproduktion, die in den April-Tagen von 1939 angesiedelt ist. Ute Lemper ist eine Adlige, die sich in die Ehe mit einem stalinistischen Bonzen geflüchtet hat und sich, in der roten Bourgeoisie am Hofe Stalins, zu Tode langweilt. Deshalb verliebt sie sich in einen Kofferträger. Ferner spielen mit: der Kiewer Bahnhof, Pferde und das Privatschiff Stalins.

Pierre Rival, der französische Produzent, der bereits mit „Taxi Blues" einen sowjetischen Achtungserfolg errungen hat, hat drei Millionen Dollar investiert. Sein sowjetischer Partner, der sein Geld mit Pepsi verdient, hat fünf Millionen Rubel hineingesteckt. Und an der Kamera sitzt Wadim Jusow, der einst Tarkowskis „Andrej Rubljow" fotografiert hat. „Der Unterschied zu früher?" Er lächelt fein. „Nun ja, wir haben weniger Zeit für die Einstellungen."

Für den Regisseur sind die neuen Herren der Mosfilm-Studios, die einstigen Helden aus der Dissidenten-Szene, weit schlimmer als die Alten. „Es ist, als würde ein Irrenhaus von Irren geleitet werden." Sein Film wäre ohne französische Koproduktion nie gedreht worden. Die neuen Bosse protegieren nur noch Freunde und wirtschaften in die eigene Tasche. Alles zerfällt. „Von den 5000 Angestellten bei Mosfilm arbeiten höchstens 50 wirklich." An seinem Star Ute Lemper bewundert er vor allem die Professionalität. „Sie ist ohne Allüren."

Vor allem ist sie die einzige, die lacht, auch in den Drehpausen. Sie schafft es sogar, dem griesgrämigen Pförtner ein Lächeln abzugewinnen. Sie scheint Nerven aus Drahtseilen zu haben. Sie ist von einem anderen Stern.

Sie wohnt in einem gelben, verfallenen Mietshaus, unweit des Patriarchenteich-Boulevards. Ihre Vermieterin ist nach Israel emigriert. Bröckelnde Fassaden, leere Alleen, staubige Bäumchen im Hinterhof – hier sieht Moskau aus wie in den dreißiger Jahren. Es ist das Moskau der Schauprozesse und das Moskau Bulgakows, und jeden Moment könnte in der flimmernden Hitze der Teufel auftauchen, in einem teuren Anzug, ein Ausländer mit Stöckchen und Goldzahn.

Auf einem kleinen Kassettenrecorder spielt sie Lieder vor, die sie kürzlich in London aufgenommen hat, Gedichte von Celan, die Michael Nyman vertont hat. Romantisch-melodiöse Streichquartette und darüber die schöne Stimme der Lemper, die zu den geöffneten Fensterflügeln hinausdringt in den Hinterhof: „Es ist Zeit, daß der Stein sich zu blühen bequemt."

Letzte Nacht hat sie geträumt. Alle sind nach Amerika emigriert. Sie ist als einzige in Moskau zurückgeblieben. Kein Mensch auf den weiten Boulevards. Und aus dem Pflaster sah sie langsam alte Schlösser, alte Kirchen wachsen, die vergangene Pracht der Zarenzeit. „Glaubst du an Wunder?" fragt sie.

Noch eine Woche, dann hat sie Moskau hinter sich.

Jazz

Zwei Stunden Achterbahn

Quincy Jones, das Multitalent der schwarzen Musik, wird auch noch zum Filmstar: „Listen Up" kommt nun in deutsche Kinos.

Als er im Alter von 17 Jahren zum erstenmal nach New York kam, hatte Quincy Jones schon seinen ersten Auftrag in der Tasche: Er sollte ein paar Arrangements für den Jazzbassisten Oscar Pettiford schreiben. Der Lohn war kärglich: Genau 34 Dollar verdiente der Newcomer.

Für den halbstarken Trompeter Quincy Jones, der in den Schwarzengettos von Chicago und Seattle aufgewachsen ist, war es trotzdem die wichtigste Reise seines Lebens. Pettiford brachte ihn mit Musikern zusammen, die Jones bis dahin nur als ferne Idole bewundert hatte: mit Charlie Parker, Thelonious Monk und Miles Davis. „Es war eine ebenso schöne wie schreckliche Erfahrung", erinnert er sich heute an jenes Frühjahr 1951 in New York, „es gab praktisch niemanden in dieser Szene, der kein Heroin nahm."

Heute, mit 58 Jahren, ist Quincy Jones selbst ein berühmter Mann. So berühmt, daß der amerikanische Medienkonzern Warner dem „Paten der schwarzen Musik" (so das US-Fachblatt *Rolling Stone*) eine Hommage in Schrift, Ton und bewegten Bildern widmet: „Listen Up" heißt der Film der jungen Regisseurin Ellen Weissbrod, der in dieser Woche in deutschen Programmkinos anläuft, und „Listen Up" heißen auch die zugehörige CD und das Begleitbuch zu Film und Musik: Ein Titel, der mit „Hör zu" zwar korrekt, mit „Höre und staune" aber treffender übersetzt wäre.

Denn vom Leben des Quincy Jones und den entscheidenden Stationen seiner unvergleichlichen Karriere gibt es im Film nur wenig zu sehen. „Hätten wir nur eine Biographie zeigen wollen", entschuldigt sich die Regisseurin, „dann wäre etwas völlig anderes herausgekommen."

„Listen Up" ist eine zweistündige Achterbahnfahrt durch die neuere Musikgeschichte, ein mit Hit-Schnipseln unterlegter Karriereabriß im Schnelldurchlauf. Für Sekunden treten fast sämtliche echten oder angeblichen Freunde des „Multimedia-Artisten" (so seine eigene Berufsbezeichnung) Jones vor die Kamera: der Jugendfreund Ray Charles, mit dem Quincy schon als 14jähriger gemeinsam musizierte; Michael Jackson, dem Jones zu seinem



Musiker Jones (M.), Filmemacherinnen Ross, Weissbrod: Wenig zu sehen

Millionenseller „Thriller“ verhalf; Barbra Streisand und Frank Sinatra, die Soulkönigin Aretha Franklin und der Politiker Jesse Jackson, die Filmregisseure Steven Spielberg und Sidney Lumet, die Jazz-Heroine Ella Fitzgerald und der Alt-Rapper Melle Mel.


Mit Ray Charles

All diese Zelebritäten haben nur wenig Zeit für ein paar kurze, oberflächliche Freundlichkeiten: Der aberwitzige Filmschnitt springt in Sekundenschnelle von Promi zu Promi, um ja keinen zu vergessen. Und der Musik ergeht es noch schlimmer: Auch sie wird nach Metzgerart zu minimalen Anspielsequenzen zerkleinert (ein Verfahren, das übrigens auch die „Listen Up“-Filmmusik auf CD zu einem Ärgernis macht). Am schlimmsten ergeht es der jüngsten Soloplatte des Meisters: Die Songs der 1989er LP „Back On The Block“ sind im Film nur noch als Versatzstücke eines Geräuschquiz' präsent.

„Listen Up“, sichtlich hochambitioniert, taugt also vor allem als Appetizer für interessierte Popkonsumenten, die Genaueres über einen der mächtigsten Männer des Geschäfts erfahren möchten. Der Künstler selbst, gerade als Programmdirektor beim Jazz-Fest im schweizerischen Montreux engagiert, ist denn auch um Distanzierung bemüht: „Ich hatte mit dem ganzen Projekt nichts zu tun“, sagt Quincy Jones und kehrt seine Handflächen abwehrend nach außen, „es ist, denke ich, sehr riskant und sehr avantgardistisch.“

Die Hauptverantwortliche und Inspiratorin der gescheiterten Film-Hommage ist eine Dame namens Courtney Sale Ross: Die Produzentin von „Listen Up“, verehelicht mit einem wichtigen Warner-Boß, geht ziemlich schamlos mit angeblichen Seelen-Erkenntnissen des Musikers hausieren. So habe sich der Star, als er für den Film sein Geburtshaus in Chicago besuchte, daran erinnert, daß „seine Mutter in frühen Jahren einmal seine Geburtstagstorte von der Veranda warf“ – ein wahrhaft fürs Leben prägender tiefenpsychologischer Schock.

Dabei hat Quincy Jones, Urheber des fast legendären Lehrsatzes, daß die Geschichte der Schwarzen nicht in Büchern, sondern in ihrer Musik zu finden sei, durchaus Wichtigeres zu erzählen. Seit mehr als vier Jahrzehnten ist er als Musiker und Arrangeur im Geschäft, und über all das, was der Film verschweigt oder im Hochgeschwindigkeitsrausch mehr vernebelt als erklärt, gibt er bereitwillig Auskunft.


Am Piano

Multitalent Jones
Schwarzer Hans im Glück

Über seine Jugend in Seattle etwa, wo der 14jährige Quincy mit ein paar Freunden Samstag abends im Tennisklub zum Tanz für die reiche weiße Stadtjugend aufspielte: „Schreckliches Zeug wie ‚Yellow Rose Of Texas‘ – für Rhythm and Blues oder gar Funk hatten die Weißen kein Gespür.“

Später, als der junge Trompeter die Musikschule abgeschlossen und sich für die Karriere als Profi entschieden hatte, tourte er in Lionel Hamptons Big Band durch Europa. Von 1957 an lebte er ein paar Jahre in Paris: „Dort herrschte in dieser Zeit ein seltsamer, auch für mich völlig ungewohnter Rassismus. Als Schwarzer konntest du nach Einbruch der Dunkelheit kaum auf die Straße gehen, weil sie dich für einen algerischen Terroristen hielten.“ Neben seinen Auftritten in den Jazzlokalen der Stadt studierte Jones in Paris auch klassische Komposition bei Nadia Boulanger.

Die Unterdrückungsmechanismen des gewöhnlichen amerikanischen Ras-


Bei der Grammy-Verleihung

sismus bekam er Anfang der sechziger Jahre zu spüren, als er in der Plattenfirma „Mercury“ bis zum Vize-Chef aufstieg: „Wenn du ein Schwarzer bist, mußt du doppelt so gut sein und doppelt so fleißig, um nach oben zu kommen.“

Im gerade erst anlaufenden Geschäft mit der Rock- und Popmusik versuchte sich Quincy Jones nun als Songschreiber – und als Produzent. „In jener Zeit“, erzählt er mit nostalgischem Lächeln, „war das eine fast allmächtige Position.“ Der Produzent bestimmte den Sound, er suchte die Musiker aus, stellte die Bands zusammen, und er kassierte auch den größten Teil der Erlöse. Zu Jones' ersten, bis heute unvergessenen Geniestreichen gehörten Lesley Gores Evergreens „It's My Party (And I Cry If I Want To)“ und „You Don't Own Me“.

Quincy Jones, mittlerweile Besitzer von Platten-, Film- und Fernseh-Produktionsgesellschaften (so hat er Spielbergs „Die Farbe Lila“ produziert), ist längst Multimillionär – und doch klingt es nach Ärger und Verdruß, wenn er über die Kommerzialisierung des Musikbetriebs sinniert: „Als ich begann, ging es uns nicht darum, reich und berühmt zu werden. Wir wollten einfach gut sein, die Besten. Auch unsere Idole, sieh dir nur Charlie Parker oder Miles Davis an, waren nicht reich. Geld war nicht so wichtig.“

Was nichts daran ändert, daß Quincy Jones vom immer einträglicheren Geschäft mit der Musik kräftig profitierte. 1963 komponierte und arrangierte er zum erstenmal eine Filmmusik: für Sidney Lumets „Der Pfandleiher“. Spektakulär erfolgreich waren seine Sound-

tracks zu „Kaltblütig" und „In der Hitze der Nacht". Für letzteren bekam er seine erste Oscar-Nominierung.

Ehrenpreise hat er inzwischen fast im Übermaß erhalten: Als er im Februar 1991 bei der Verleihung des „Grammy", der wichtigsten amerikanischen Musikauszeichnung, Trophäen in gleich sechs Sparten entgegennehmen durfte, sah er aus wie ein schwarzer Hans im Glück. Insgesamt 25 Grammys hat Quincy Jones bis heute bekommen.

Obwohl er einer der reichsten und erfolgreichsten Männer der Branche ist und im kalifornischen Bel Air residiert, weit weg von den Gettos Amerikas, spielt er gern den Anwalt der schwarzen Minderheit in den USA: „Wenn ich auf der Straße gehe, bin ich für die meisten Menschen nicht der berühmte Quincy Jones. Ich bin irgendein Schwarzer, und ich werde von den Weißen nach meiner Hautfarbe beurteilt." Die Hysterie, mit der die amerikanischen Konservativen gegen jugendliche Rapper vorgehen, wurzelt – glaubt Jones – im Verlust des alten Feindbildes im Osten: „Die Rechte sucht nach neuen Kommunisten, und da kommen die Schwarzen und die Juden gerade recht."

Andererseits blieb Quincy Jones selbst von Angriffen der Linken nicht verschont. Die Kritik, zumal in den siebziger Jahren, richtete sich gegen seine Arbeit mit schwarzen Stars wie Aretha Franklin und Al Jarreau, Herbie Hancock und Chaka Khan, die seinen Ruf als Hitlieferant und Erfolgsgarant festigte: Die alte Verschwörungstheorie, nach der die moderne Popmusik aus der Ausbeutung der schwarzen Kultur durch räuberische weiße Kapitalisten entstehe, schien auch auf den Geschäftemacher Quincy Jones zu passen: Der Meister-Arrangeur wurde (sinnigerweise meist von Weißen) des Verrats an seinen schwarzen Brüdern geziehen.

Der Hauptvorwurf: Er fälsche und banalisiere Rhythm and Blues, Funk und Gospel, das Ergebnis sei eine auch für Weiße leicht konsumierbare, glatte und stromlinienförmige Kommerzmusik. „Ich habe immer versucht, mein Bestes in die Musik zu investieren", antwortet Quincy Jones auf solche Vorwürfe, „es geht darum, erfolgreich zu sein, ohne die künstlerischen Standards abzusenken."

Natürlich gab es auch Abstürze und Enttäuschungen. Von denen erzählt der Film „Listen Up" so gut wie nichts. So hat Jones nicht nur mit so zweifelhaften Figuren des weißen Entertainments wie Frank Sinatra gearbeitet, sondern auch nicht wenige Flops produziert.

Die einzige Krise im Leben des Quincy Jones, der die Kino-Hommage „Listen Up" größeren Raum zugesteht, ist sein Zusammenbruch in den siebziger Jahren: Mit voyeuristischer Ausführlichkeit wird die Kopfoperation gezeigt, der sich Jones wegen einer verstopften Arterie unter-

ziehen mußte. Seit dieser Operation lebe er bewußter, sagt der Künstler: „Ich muß nicht mehr alles machen."

Es ist immer noch genug: Neben der Arbeit als Produzent, Film- und Fernseh-Komponist hat Quincy Jones im Laufe der Jahre auch 18 Solo-LPs veröffentlicht, die fast alle bei den Kritikern erfolgreicher waren als in den Hitparaden. Auch sein musikhistorisches Meisterstück gelang ihm schließlich nicht in der Interpreten-, sondern in der Produzentenrolle – zusammen mit dem spätpubertären Wunderkind Michael Jackson, auf den er schon aufmerksam geworden war, als der Knabe Michael noch mit den Geschwistern in der Formation „Jackson 5" drollige Familienschlager sang. Ein paar Monate lang ging Quincy Jones 1982 mit dem damals 23jährigen Michael Jackson ins Studio, das Ergebnis hieß „Thriller" – die bis heute meistverkaufte Langspielplatte der Popgeschichte.

Welchen Anteil hat Quincy Jones an diesem Erfolg? Die Antwort klingt so unbescheiden wie bestimmt: „Man muß sich nur die Platten anhören, die Michael mit den Jacksons zuletzt gemacht hat – und sie dann mit ‚Thriller' vergleichen. Für den Unterschied bin ich verantwortlich."

In der Tat bewies der „Thriller"-Triumph, was Quincy Jones' Genie und Beschränkung ausmacht: So wenig originell er als Musiker und Arrangeur sein mag, so instinktsicher verstand er es zu allen Zeiten (und versteht es bis heute), den Moden des Marktes jenen kleinen Schritt vorauszusein, der seinen jeweiligen Projekten zu staunenswertem Erfolg verhalf. Quincy Jones ist der ehrliche Makler zwischen Kunst und Kommerz, ein Spekulantentycoon der Musikbörse und als solcher konkurrenzlos und unübertroffen. „Was einen Künstler im Grunde antreibt", hat er schon früh behauptet, „ist der Wunsch, Musik nach seinen Vorstellungen zu machen, die trotzdem von jedermann gekauft wird."

Für den Film „Listen Up" wollte sich Michael Jackson zunächst überhaupt nicht interviewen lassen. Nach zähen Verhandlungen stimmte er zu, vorher eingereichte Fragen zu beantworten, wenn er dabei nicht gefilmt werde. Außer ein paar belanglosen Freundlichkeiten ist dem verwirrten Superstar nichts eingefallen – ebensolches läßt sich auch über Ellen Weissbrods verunglückte Huldigung im ganzen sagen.

Schade, denn eigentlich ist er ein großer Mann: Quincy Jones, bereits zu Lebzeiten der Wolkenschieber am Pophimmel, der fast allmächtige Drahtzieher in einem bis heute unterschätzten Kunstgenre. „Die Melodie", so formuliert er das Jonessche Gesetz über die Moden der populären Musik, „bleiben gleich. Der Wandel der Zeiten läßt sich immer am Rhythmus ablesen." ◀

Freund Jünger als Feind

Heinrich Meier über Carl Schmitts verblüffende Nachlaß-Bekenntnisse

Meier, 38, ist Geschäftsführer der Siemens Stiftung in München, Philosoph, Politologe, Rousseau-Kenner und Autor der bei Metzler erschienenen Studie „Carl Schmitt, Leo Strauss und der Begriff des Politischen" (1988).

Alexandre Kojève war via Peking angereist. Der hohe Beamte des französischen Wirtschaftsministeriums, einer der einflußreichsten Intellektuellen seines Landes, machte in Berlin Station, um zu den Häuptern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zu sprechen. Im Hotel Berliner Hof am Diana-See gab der Pariser Gast dem Studentenführer Rudi Dutschke und seinen Gesinnungsgenossen den Rat, das Wichtigste, was sie jetzt tun könnten, sei, Griechisch zu lernen.

Eine solche Antwort auf die Frage „Was tun?" hatte man sich von dem berühmten Mann nicht erwartet, dessen legendäre Seminare über Hegels „Phänomenologie des Geistes" in den dreißiger Jahren eine ganze Generation französischer Wissenschaftler und Intellektueller inspiriert hatten. Nicht weniger verblüfft war man in Berlin, von dem Hegelianer zu hören, sein nächstes Reiseziel sei Plettenberg. „Wohin denn soll man in Deutschland fahren? Carl Schmitt ist doch der einzige, mit dem zu reden sich lohnt."



Philosoph Schmitt (r.), Freund Jünger in Frankreich*: „Ehe mit dem eigenen Echo"

Paris, Peking, Berlin, Plettenberg. Die Szene spielt 1967, ein Jahr vor Kojèves Tod. Jacob Taubes berichtet darüber in einem Nachruf auf Carl Schmitt, den der 1987 verstorbene FU-Professor für Judaistik und Hermeneutik 1985 in der linken *Tageszeitung* veröffentlichte. In dem Artikel, der Carl Schmitt über zwei volle Zeitungsseiten als „Apokalyptiker der Gegenrevolution" würdigt, bekennt der Autor, er wolle Schmitt „meine Ehrfurcht bezeugen, obwohl ich als bewußter Jude zu denen gehöre, die von ihm als ‚Feind' markiert wurden". Etwas später erfahren wir, daß Taubes dem Beispiel Kojèves folgte und sich, nach einigem Zögern, gleichfalls auf den Weg ins Sauerland begab.

Dorthin hatte sich Carl Schmitt nach dem Verlust seiner Berliner Professur für öffentliches Recht und nach zwei Jahren amerikanischer Internierung 1947 zurückgezogen. Sein Haus in Plettenberg – hier wurde er 1888 geboren, hier ist er 1985 gestorben – nannte Schmitt jetzt „San Casciano". Die Namensgebung war Teil der Selbststilisierung Schmitts, der sich damals als „wehrloses Opfer" von Verfolgung und Kriminalisierung, als „armer alter Mann" (Schmitt über Schmitt) begriff – in der Mitte seines erwachsenen Lebens. Niccolò Machiavelli hatte auf seinem Landsitz bei San Casciano Zuflucht gefunden, nachdem die Medicis der Republik in Florenz ein Ende gesetzt, Machiavelli seines Staatsamtes enthoben, ihn verfolgt und gefoltert hatten.



Schmitt-Villa in Plettenberg: Pilgerstätte der Intelligenz

* 1941 auf dem Lac de Rambouillet bei Paris.

Schmitts Sturz wurde freilich nicht von einem absoluten Fürsten bewirkt. Er war das Ergebnis von Schmitts vielfältiger und verwickelter Kooperation mit dem nationalsozialistischen Regime. Schmitt hatte Hitler zwar weder gewählt noch ermächtigt. Mehr noch, er hatte vor 1933 kaum verhohlen gegen „die Bewegung“ Position bezogen. Doch nach dem Ermächtigungsgesetz vollzog er eine dramatische Kehrtwendung und wurde zu einem lautstarken Parteigänger des neuen Systems. Auch nach dem SS-Angriff von 1936, der ihm seinen katholischen Hintergrund vorwarf, fuhr Schmitt fort, den Hitler-Staat publizistisch zu unterstützen. Gleiches gilt für seine antisemitischen Ausfälle, die bis in den Zweiten Weltkrieg andauerten.

In den bald vier Jahrzehnten seiner zurückgezogenen Existenz in Plettenberg veröffentlichte Schmitt zwei bedeutende Abhandlungen, die „Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen“ (1963) und die „Politische Theologie II“ (1970), eine an Lilian Winstanley anknüpfende Hamlet-Deutung („Hamlet oder Hekuba“, 1956) sowie einige Aufsätze.

Er sucht in jenen Jahren das Gespräch mit Bekannten aus besseren Tagen und umgibt sich mit einem schnell wachsenden Kreis von Schülern. Und immer wieder ist die gelehrte Welt bei ihm zu Gast: von den konservativen Soziologen Arnold Gehlen und Helmut Schelsky bis zum Mao-Übersetzer und Partisanen-Theoretiker Joachim Schickel, vom Atomphysiker Pascual Jordan bis zum Münsteraner Philosophieprofessor Joachim Ritter, der für seine begabtesten Studenten den Kontakt ins nahe gelegene Plettenberg herstellt. Daneben unterhält Schmitt eine ausgedehnte Korrespondenz, die noch in den abgelegensten Winkeln junge Talente erreicht. Das verblüffende Resultat: Schmitt war zwar seit 1945 mit Lehrverbot belegt, hat aber mehr Schüler an deutschen und ausländischen Universitäten als irgendein anderer Professor seiner Generation. Politik- und Literaturwissenschaftler, Juristen, Theologen und Soziologen, Alt-, Neu- und Philosophiehistoriker, quer durch die politischen Lager. Sie haben nie bei Schmitt studiert, aber doch vieles von ihm gelernt.

Wie erklärt sich das ungewöhnlich starke Interesse so unterschiedlicher Köpfe an Schmitt? Lockten lediglich die Aura des Verruchten und die stets interessanten Formulierungen des Geächteten?

Eine Veröffentlichung aus Schmitts Nachlaß*, die in diesen Tagen in die Buchhandlungen kommt, zeigt den Kritiker von Liberalismus und Parlamentarismus in neuem Licht: Die „Glossarium“ genannten Aufzeichnungen aus den Jahren 1947 bis 1951 sind nächst der „Verfassungslehre“ von 1928 Schmitts umfangreichstes Buch und noch vor „Ex Captivitate Salus – Erfahrungen der Zeit 1945 bis 1947“ sein persönlichstes. Es enthält gewissermaßen den ganzen Schmitt. Es zeigt ihn in seiner funkelnden Brillanz und in seiner schockierenden Brutalität. Tiefe Nachdenklichkeit steht unmittelbar neben unverhohlener Frivolität. Ja-

* Carl Schmitt: „Glossarium. Aufzeichnungen der Jahre 1947-1951“. Herausgegeben von Eberhard Freiherr von Medem. Duncker & Humblot, Berlin; 364 Seiten; 78 Mark.

Carl Schmitt

ist von prominenten Kritikern immer wieder als Chamäleon des deutschen Staatsrechts, politischer Romantiker, Opportunist, Kronjurist der Nazis beschimpft worden. Die Gegner des katholischen Staatsrechtslehrers (1888 bis 1985) waren selten zimperlich – und gelehrige Schüler des ebenso umstrittenen wie geheimnisumwitterten Polemikers aus dem westfälischen Plettenberg. Schmitts berühmte Schrift „Der Begriff des Politischen“ (1927) hatte Politik vor allem als kämpferische Unterscheidung von Freund und Feind definiert. Die rigorose These war die Antwort auf die Hilflosigkeit der liberalen Weimarer Republik angesichts zahlreicher zum Bürgerkrieg entschlossener Gruppen, Parteien und Verbände. Nach dem Scheitern der Parteien war es Schmitt, der die Präsidialdiktatur juristisch legitimierte. Er beteiligte sich an der Ausarbeitung jenes Reichsstatthaltergesetzes vom April 1933, das die Gleichschaltung der deutschen Landesregierungen vorantrieb. Aus dem Kritiker des Parlamentarismus, den nach 1968 auch linke Strategen für sich entdeckten, war ein Totengräber der deutschen Demokratie geworden. Im Mai 1933 wurde er Parteimitglied, im Juli berief ihn Hermann Göring zum Preußischen Staatsrat. Nach den Morden des 30. Juni publizierte er den Aufsatz „Der Führer schützt das Recht“ (1934). Aus der Spitze der NS-Juristen-Organisation schied er 1936 nach einer Attacke des SS-Blattes *Das Schwarze Korps* wieder aus. Nach 1945 zeigte der stets brillante Gelehrte wenig Bereitschaft zur Reue. Der Fall Schmitt ist für die deutsche Geistesgeschichte so lehrreich wie der Fall Heidegger; er ist auch sowenig abgeschlossen wie das Rätselraten um den Freiburger Philosophen.

kob Burckhardts Ausspruch, daß „die Macht an sich böse“ sei, kommentiert Schmitt mit der überraschenden These, darin stecke „unendlich mehr Atheismus und Nihilismus als in Bakunins ganzem Werk. Wer weiß heute, daß dieser Satz dasselbe bedeutet wie: Gott ist tot“. Aber es gibt auch Notate von bodenloser Selbstgerechtigkeit: „Ich habe in meinem Leben nichts anderes getan, als wohlüberlegte, wohldurchdachte, uneigennützige und wohlwollende Warnungen auszusprechen. Aber immer haben die Gewarnten das als lästige Störung empfunden, und schließlich haben sie mich zur Strecke gebracht.“

Großzügig gestattet er sich den Satz, er „habe alle Freibriefe ... des Weltgeistes, und wer mir das nicht ohne weiteres zubilligt, kann nicht mein Freund sein“. Immer wieder begegnet man dem schamlosen Selbstmitleid eines Mannes, der sich darüber beklagt, „Ideocid“ sei das „seit 20 Jahren“, also etwa seit der Veröffentlichung des „Begriffs des Politischen“ (1927), an ihm „versuchte Verbrechen“. Der scheinbar so unerschrokkene Theoretiker des Politischen, der in der *richtigen* Unterscheidung von Freund und Feind die politische Aufgabe par excellence erkannte, sieht sich von den „Mördern Christi“ verfolgt, sobald ihm Feindschaft entgegenschlägt.

Der mit Schmitts Schriften vertraute Leser trifft in den Reflexionen, Glossen zur Zeit, Auszügen aus Briefen, die Schmitt zuweilen Tag für Tag, dann wieder durch längere Intervalle unterbrochen festhält, auf bekannte Topoi wie das Ende der Epoche der Staatlichkeit oder die Verwandlung der Staatenkriege in den Weltbürgerkrieg. Schmitts „Feldzug gegen das Gesetz“ gewinnt sehr viel deutlichere Konturen als in den bisher bekannten Arbeiten.

Die Nürnberger Prozesse werden ausführlich behandelt. Desgleichen das, was ihm als Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte erscheint: Goethe und Hölderlin, der Ästhetizismus und der Geniekult als Wegbereiter Hitlers. Die Kombattanten des Historikerstreits über die Einzigartigkeit der Nazi-Verbrechen können allenthalben fündig werden. Das Buch enthält genügend Material, um dem hitzigen Streit zwischen den moralisch entrüsteten Kritikern und den apologetischen Bewunderern Schmitts auf Jahre hinaus neue Nahrung zu geben. Letztere werden im „Glossarium“ mit Genugtuung lesen, daß Schmitt sich „im Bonner Grundgesetz vom 23. Mai 1949 auf eine unerwartete Weise weiterleben“ sieht. Erstere werden sich kaum eine Äußerung zu Hitler entgehen lassen, der in den Notizen häufig als „Bruder Straubinger“ auftritt.

Was aber gibt das „Glossarium“ preis über das Zentrum von Schmitts Denken? Die direkteste Antwort lautet: „Das ist das geheime Schlüsselwort meiner gesamten geistigen und publizistischen Existenz: das Ringen um die eigentlich katholische Verschärfung (gegen die Neutralisierer, die ästhetischen Schlaraffen, gegen Fruchtabtreiber, Leichenverbrenner und Pazifisten). Hier, auf diesem Wege der katholischen Verschärfung ... blieben sie alle von mir weg.“

Eine weitere Selbstdeutung hat Schmitt im Original französisch formu-

Bestseller

BELLETRISTIK

Platz	Titel	Vorwoche
1	**Pilcher: September** Wunderlich; 42 Mark	(1)
2	**Pilcher: Die Muschelsucher** Wunderlich; 42 Mark	(2)
3	**Groult: Salz auf unserer Haut** Droemer; 36 Mark	(3)
4	**Auel: Ayla und das Tal der Großen Mutter** Hoffmann und Campe; 48 Mark	(4)
5	**Demirkan: Schwarzer Tee mit drei Stück Zucker** Kiepenheuer & Witsch; 26 Mark	(5)
6	**Forsyth: McCready's Doppelspiel** Piper; 44 Mark	(11)
7	**le Carré: Der heimliche Gefährte** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	(6)
8	**Rinser: Abaelards Liebe** S. Fischer; 34 Mark	(7)
9	**Dunkel: Der Fisch ohne Fahrrad** Droemer; 34 Mark	(12)
10	**Janosch: Polski Blues** Goldmann; 24,80 Mark	(9)
11	**Follett: Die Säulen der Erde** Lübbe; 48 Mark	(10)
12	**King: Nachts** Heyne; 24,80 Mark	(8)
13	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(13)
14	**D'Orta (Hrsg.): In Afrika ist immer August** Diogenes; 19,80 Mark	(14)
15	**Noll: Der Hahn ist tot** Diogenes; 32 Mark	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich

liert: „Ich habe mich freilich nicht geändert. Meine Freiheit gegenüber Ideen ist grenzenlos, weil ich im Kontakt mit meinem unokkupierbaren Zentrum bleibe, das keine ‚Idee‘, sondern ein historisches Ereignis ist: die Inkarnation des Gottessohnes. Für mich ist das Christentum nicht in erster Linie eine Doktrin noch eine Moral, nicht einmal (verzeihen Sie) eine Religion; es ist ein historisches Ereignis.“

SACHBÜCHER

1	**Ostrovsky/Hoy: Der Mossad** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(2)
2	**Tannen: Du kannst mich einfach nicht verstehen** Kabel; 29,80 Mark	(1)
3	**Scholl-Latour: Das Schwert des Islam** Heyne; 36 Mark	(3)
4	**Konzelmann: Der Golf** Hoffmann und Campe; 48 Mark	
5	**Schäuble: Der Vertrag** DVA; 38 Mark	(7)
6	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 39,80 Mark	(5)
7	**Przybylski: Tatort Politbüro** Rowohlt Berlin; 29,80 Mark	(4)
8	**Magnani: Eine italienische Familie** Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark	(6)
9	**Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit** Rowohlt; 42 Mark	(8)
10	**Apel: Die deformierte Demokratie** DVA; 36 Mark	(9)
11	**Mahmoody/Hoffer: Nicht ohne meine Tochter** Schweizer Verlagshaus; 44 Mark	(11)
12	**Corazza u. a.: Kursbuch Gesundheit** Kiepenheuer & Witsch; 58 Mark	(10)
13	**Fischer-Fabian: Um Gott und Gold** Lübbe; 38 Mark	(12)
14	**Nilsson: Ein Kind entsteht** Mosaik; 39,80 Mark	
15	**Albertz: Der Wind hat sich gedreht** Kindler; 24 Mark	(13)

ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*

Das wichtigste, das alles entscheidende historische Ereignis, die „Achse der Weltgeschichte“, ist die Menschwerdung Gottes. Schmitt gibt sich im „Glossarium“ unverhüllt als politischer Theologe zu erkennen. Politische Theologie als Politische Theorie, die für sich in Anspruch nimmt, auf Offenbarung gegründet zu sein. Eine Theorie, die sich – aus dem Gehorsam gegen die höchste Autorität – *selbst* als geschichtliches Handeln im „Stande der Probe und des Gerichtes“ begreift.

Die Deutung des politischen Theologen Schmitt steht in einem grundsätzlichen Gegensatz zu dem bei Freund und Feind vorherrschenden Bild vom Existentialisten oder Nihilisten Schmitt. In dieser Interpretation ist von Offenbarung und Christentum keine Rede. Sie geht auf einen Essay zurück, den der Heidegger-Schüler Karl Löwith 1935 pseudonym unter dem Titel „Politischer Dezisionismus“ veröffentlichte. Seitdem wurde sie in ungezählten Aufsätzen und Dissertationen wiederholt und variiert. Es ist zu einem Gemeinplatz geworden, Carl Schmitt, Ernst Jünger und Martin Heidegger in einem Atemzug zu nennen, als handle es sich bei ihrem „Entscheidungsdenken“ um dieselbe Sache.

Schmitt kannte Jünger aus der gemeinsamen Berliner Zeit Anfang der dreißiger Jahre und blieb sein Leben lang mit ihm in Kontakt. Dagegen kann man im Falle Heideggers von einem „Nicht-Verhältnis“ sprechen. Bekannt sind lediglich zwei Briefe, in einem davon, datiert auf den 22. August 1933, bedankt sich Heidegger für die dritte Fassung des „Begriffs des Politischen“, die der Preußische Staatsrat dem Rektor der Freiburger Universität zugesandt hatte. Daß Schmitt, der mit Gott und der Welt in Verbindung stand, keine, oder zumindest keine ausgedehnte, Korrespondenz mit Heidegger unterhielt, daß er den bekanntesten Philosophen seiner Zeit nicht wie Hunderte anderer Zeitgenossen mit Sonderdrucken bedachte, ist bemerkenswert.

Im „Glossarium“ kommt keine Person so häufig vor wie Ernst Jünger. Keine auch wird so häufig mit schneidender Kritik bedacht, mit verächtlichen Attributen belegt, mit beißendem Spott überzogen. Die Kritik an „Martin dem Heidegger“ ist im Ton moderater, in der Sache darum kaum weniger scharf. So unterschiedlich die Beziehungen zu beiden waren und so verschieden die „Fälle“ im übrigen liegen, so deutlich ist, daß Jünger wie Heidegger am Ende aus der Position des Offenbarungsgläubigen kritisiert werden. Schmitt nennt beide „Ich-verpanzert“, Jünger obendrein einen „Ich-verrückten-Rechthaber“. Die „Ich-Verpanzerten“ und „Ich-Verrückten“ aber „enden bei der Ehe mit ihrem eigenen Echo“. Sie sind nicht offen für

den „Anruf“ des Herrn der Geschichte. Schmitt sieht sich durch einen Abgrund von Heideggers „Atheismus“ getrennt.

„Ich kenne den Psalm und lese in der Bibel ‚Der Herr ist mein Hirt, mir wird nichts mangeln‘. Ich kenne die moderne Philosophie und lese bei Heidegger: Der Mensch ist der Hirt (des Seins).“

Die Attacke auf die „Ich-Verpanzerung“, den „Atheismus“ und „Nihilismus“ der Philosophen gehört zu den Leitmotiven des „Glossariums“. Sie beginnt beim Spott über Descartes: „Cogito ergo sum – sum, sum, sum, Bienchen summ herum.“ Sie setzt sich fort in der Zurechtweisung Nietzsches: „Eine Philosophie des Willens zur Macht ist der Gipfel miserabelster Geschmacklosigkeit und existenzieller Dummheit.“ Und sie kulminiert in der Anklage Spinozas: „Die dreisteste Beleidigung, die jemals Gott und den Menschen zugefügt worden ist und die alle Flüche der Synagoge rechtfertigt, liegt in dem ‚sive‘ des: Deus sive Natura“, in der Gleichsetzung also von Gott und Natur.

Der „heraklitische Epimetheus Hegel“ – auch er ein Atheist und „Nihilist“ – ist „nur ein Abfall“ vom „christlichen Epimetheus“. Es erscheint Schmitt als ein „Unglück“, daß der „öffentlich-rechtliche Denker“, den er schätzt, Philosoph war. Hobbes schließlich ist nur so zu retten, daß er à tout prix zum gläubigsten Christen gemacht wird: „Der wichtigste Satz des Thomas Hobbes bleibt: Jesus is the Christ.“

Das katholische Motiv, das nun im „Glossarium“ ungeschützt zutage liegt, war schon vor dieser Nachlaßpublikation erkennbar – zum Beispiel in dem Dialog, den Schmitt 1932/1933 mit dem politischen Philosophen Leo Strauss über den „Begriff des Politischen“ führte. Allerdings ist dieser Dialog lange unbeachtet geblieben.

Wird Schmitt weniger interessant, wird er harmloser, wenn man sein theologisches Selbstverständnis ernst nimmt? Weshalb sollten die Irrungen eines „christlichen Epimetheus“, der sich in die unauflöslichen Widersprüche der Geschichtstheologie und der apokalyptischen Erwartung des Antichrist verstrickt, von geringerem Interesse sein als die Charakterprobleme des Opportunisten oder der vermeintlich „klare Fall“ des „Nihilisten“, wie die Vorwürfe immer wieder lauten? Werden Schmitts antisemitische Tiraden harmloser, weil sie ihre Energie aus den Quellen eines offenbarungsgläubigen Antijudaismus beziehen?

Wer die Auseinandersetzung mit Schmitt im Ernst aufnehmen will, muß wissen, wo Schmitt steht. Mit Schmitts „geliebtem Bruno-Bauer-Zitat“ zu reden: „Erobern kann nur derjenige, der seine Beute besser kennt als sie sich selbst.“

Römische Erregung

Aufstand in der Villa Massimo: Die Stipendiaten fordern die Absetzung der Direktorin Elisabeth Wolken. Die Protestanten, darunter die Schriftsteller Klaus Modick, Hanns-Josef Ortheil und Richard Wagner, werfen der Chefin der römischen Künstlerakademie fachliche Inkompetenz, Desinteresse an ihrer Arbeit und „antiquierte Herrenhausattitüden“ vor. Außerdem erregen sich die Künstler maßlos, weil Eduard, der Sohn der attackierten Vorsteherin, seine Vespa mit dem Aufkleber einer rechtsradikalen Gruppierung verziert. Von Innenminister Schäuble, der für die Akademie zuständig ist, verlangen die Stipendiaten daher die Einsetzung einer neuen Leitung, „die den vielfältigen Aufgaben der Künstlerförderung menschlich und intellektuell gewachsen“ sei.

Vom Leder gezogen

Der Schmerzensschrei kommt von der „Arbeitsgruppe des S/M-Sündikats



Umstrittene Plakatwerbung

Hamburg gegen die Diskriminierung sadomasochistischer Kultur“, und er soll nicht ungehört verhallen: Was der „Deutsche Werberat“ unlängst verlautbart habe, so das „Sündikat“, sei eine „Beleidigung sexueller Minderheiten“. Wo, beim Göttlichen Marquis, hatten die Rats-Herren danebengehauen? Sie hatten ein Produkt ihrer Branche, eine Zigaretten-Werbung, als „frauendiskriminierend“ gegeißelt und sich über „die Abbildung einer derartigen Prostituierten empört“ – das Plakat zeigte eine Domina im Berufsdreß, die grausam die Piffen eines sardonisch grinsenden Laffen fixiert. „Die pauschale Unterstellung“, so wieder das „Sündikat“, bei einer Domina „könne es sich zwingend nur um eine Prostituierte handeln“, sei eine „üble Herabwürdigung aller aktiven Sadomasochistinnen in Deutschland“. Das „Sündikat“, laut Eigendarstellung „eine der größten organisierten Gruppen der sadomasochistischen Subkultur“, zieht auch gegen eine stilistische Entgleisung des Plakats vom Leder: „Keine Domina würde ein ‚Sklaven-Halsband‘ tragen.“



Psychiater Orne

Kunde von der Couch

Dichter, meidet die Couch; denn ein Jünger Freuds könnte nicht dichthalten, und dann steht alles in einer Biographie. Der Fall erhebt sich jetzt in den USA, Opfer ist die im Jahr 1974 (durch Selbstmord) verstorbene Lyrikerin und Pulitzer-Preisträgerin Anne Sexton. Für eine Sexton-Biographie, die im September erscheinen soll, hat der Psychiater Martin T. Orne Notizen und 300 Tonbänder beigesteuert, die während seiner achtjährigen Sexton-Behandlung entstanden waren. Der Bruch der professionellen Schweigepflicht, von der *New York Times* aufgegriffen, hat die Zunft in heftiges Diskussionsfieber versetzt; mildernd wird vermerkt, daß Sexton-Tochter Linda, von der Mutter einst inzestuös verfolgt, der Freigabe zustimmte. Ins Feuer gerät nun auch Ornes Nachfolger: Die Biographie enthüllt, daß er Anne Sexton auf der Couch nicht allein ließ.



Patientin Sexton

Kunst am Deich

Der Sommer war sehr groß, und nun soll im Wendland, diesem Neu-Wandlitz schaffender und freischaffender Geister, Ernte eingefahren werden: Der „Westwendische Kunstverein“ lädt zum „1. Wendland-Symposion für Kunst und Literatur“, zu einem siebenwöchigen Wechselspiel zwischen Bildhauerei, Holzschneiderei und Literatur. Zentrum und Galerie ist der imposante „Zehntspeicher“ von Quarnstedt (bei Gartow). Zwischen Deich und Feuchtbiotop sollen vor Ort Großplastiken (darunter von Klaus Großkopf und Hartmut Stielow) und Gedichte entstehen; das flüchtige Wort werden die „Rixdorfer“ (Uwe Bremer & Co.) im Handsatz drukken. Zehn Literaten (darunter Sarah Kirsch und Peter Rühmkorf) haben sich zu Leistung und Lesung verpflichtet, den Auftakt gibt (2. August) Altmeister H. C. Artmann; über ein „Großes Bergfest“ (24. August) mündet der Multi-Media-Marathon am 21. September in die „Finissage“.





Modelle von Großkopf, Stielow

Polemik

Der Rabe rät

Schlagendes Wetter im Literaturbetrieb: Böll-Sohn René gegen Satiriker Henscheid.

Kann irgendwer so herzlos sein, dem großen Toten derlei Steine hinterherzuwerfen? Daß er, etwa, „ein steindummer, kenntnisloser und talentfreier Autor“ war? Zudem „einer der verlogensten, ja korruptesten“?

Und ist es sittsam, sich darüber zu verwundern, „daß ein derartiger z.T. pathologischer, z.T. ganz harmloser Knallkopf den Nobelpreis erringen durfte“? Und „daß Hunderttausende lebenslang katholisch belämmerte und verheuchelte Idioten jahrzehntelang den häufig widerwärtigen Dreck weglasen“?

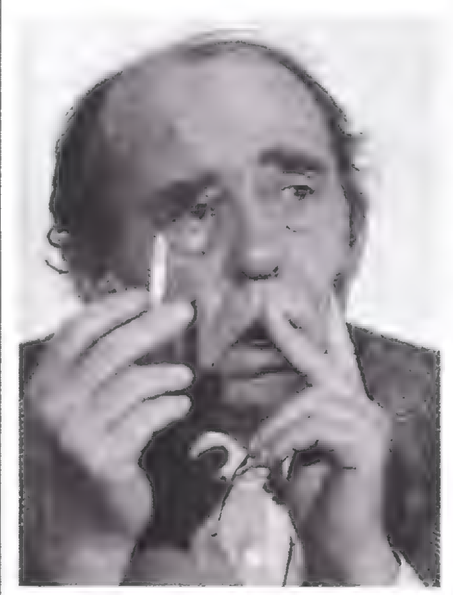
Ja, Heinrich Böll, der gute Mensch von Köln, die Ikone des aufrechten Ganges, wird da gesteinigt. Doch: Die „ganze Serie von aufgehäuften Verbalinjurien“ einfach „stillschweigend hinzunehmen“, so meldeten sich vergangene Woche die Rechtsbeistände des Böll-Sohns René, 42, könne von den Angehörigen „schlechterdings nicht erwartet werden“.

Aufforderung der Juristen an den Verbreiter der „Verbalinjurien“, den Zürcher Haffmans Verlag: „Das Buch sofort aus dem Verkehr ziehen“, andernfalls dräue eine einstweilige Verfügung, sowie „uns Namen und Anschrift Ihres Autors Eckard Henscheid bekanntzugeben“.

Ja, Eckhard (sic!) Henscheid, 49, der böse Mensch aus der Oberpfalz, die intellektuelle Abrißbirne vom Satireblatt *Titanic*, hat die Steine geworfen; auf zwei Dutzend kurzer Zeilen, in Haffmans periodischem *Magazin für jede Art von Literatur* mit dem Titel „Der Rabe“, und zwar ganz hinten.

Dort gibt es eine Schlachtbank mit dem Rubrum „Der Rabe rät – Der Rabe rät ab“, dort werden die Messer gewetzt, auf engstem Raum und dicht am Mann; ausgewogen ist bestenfalls die Farbe des Papiers (grau). Und Henscheids Verbarium wirkt da kaum giftiger als in seinem übrigen Schaffen.

Lasset uns rekapitulieren, wie der Mensch, unter dem Motto „Aber wie soll's weiterbeleidigen“, bislang durchs Leben ging, zu der Melodie „Es ist ein Schnitter, der heißt Henscheid“. Völlig willkürlich herausgerissene Beispiele:



Autor Böll (1984)
„Satire wohnt in meiner Feder ...

Björn Engholm: ein „Schön-, ja Blindlaberer“. Norbert Blüm: ein „Gimpel“. Martin Bangemann: ein „hochdynamisch aufgeblasener Metzinger Simpel“. Walter Jens: ein „Tübinger Taschenspieler“. Günter Graß: ein „Wichtigkeitskasper“. Dem „weltgeistlich dünkelhaften“ Botho Strauß entrinne „tranige Edelschickeriaprosa“, Karin Struck hingegen „besinnungsloses Geschmarre“.

Dem „Sitzfleischbomber katexochen“, Helmut Kohl, hatte Henscheid gar eine ausgewachsene (224 Seiten) „Biographie“ zu den großen Füßen gelegt; weiter oben am Kanzler diagnostizierte er eine „verheerende Zerebralschrundigkeit nebst paroxydierender Dampfschwurbelmächtigkeit“.

Was hat das dem Wortmächtigen alles eingetragen? Rund 50 Glossen und Satiren über Franz Josef Strauß, errechnete Henscheid, brachten „circa 12 – 15 000 Mark“. Und ein Kommandounternehmen gegen Gerhard Zwerenz mündete, vor acht Jahren, in einen Auftritt vor Gericht; Henscheid hatte den Kollegen einen „ ...“ und „ ...“ geheißen.



Autor Henscheid
... nie in meinem Herzen“

Böll-Sohn René: „Die Grenze ist erreicht“

Nun droht also neue Züchtigung. Seit Jahren schon, sagt Böll-Sohn René, Hüter des Erbes, habe Henscheid „übelste Artikel“ über den Vater geschrieben; diesmal „war es zuviel, die Grenze ist erreicht“. Und die literarische Welt wartet jetzt auf eine hoffentlich hochinteressante Auseinandersetzung. Dimension: Ein Kampf um Böll.

Merkwürdiger Mensch, dieser blitzeschleudernde Oberpfälzer. „Irgendwo“ mochte er Böll, „irgendwie“ war der sogar sein Vorbild, früher mal. Prügel für

innerlich Nahestehende sieht Henscheid als „fürsorgliche Belagerung“, oder tiefgründiger: „Kritik an der eigenen Verwandtschafts-Bagage bringt viel mehr erotic drive.“

Es wurmt ihn zudem erheblich, daß er allezeit als „Satiriker“ deklariert wird und seine schönen Seiten, seine Romane, nicht völlig seinen Ruf ausmachen. Denn als Romancier („Maria Schnee“ etwa) ist er auch ein zartsinniger Idylliker und ein Miniaturist von traulicher Phantastik.

Rätsel Mann. Henscheid erklärt sich mit Jean Paul; der schrieb: „Satire wohnt in meiner Feder, nicht auf meiner Zunge, nie in meinem Herzen.“

Goethe-Institut

Mafia des Mittelmaßes

Kleine Palastrevolte im Goethe-Institut: Die Besetzung des Pariser Postens verstärkt den Ruf nach einer gründlichen Reform.



Kulturbotschafter Lechner*: Übers Klassenziel hinaus erfolgreich

Als französische Rundfunkreporter jüngst das Herrenfinale aus Wimbledon kommentierten, verschmatzten sie den Nachnamen des neuen Tennis-Helden, Stich, regelmäßig zu dem Spritzlaut „Stitsch“. Auch wenn er darin keine der „immer noch üblichen“ antideutschen Sticheleien vernehmen mag, fühlt sich Georg Lechner, 57, wieder einmal bestätigt – er, der seit fünf Jahren in Paris für deutsche Sprache und Kultur wirbt, spricht nur zögernd, fast ängstlich über die „Erfolge“ der eigenen Arbeit. Die halbwegs korrekte Aussprache der Namen aus dem Nachbarland gehört anscheinend zu den utopischen Zügen deutsch-französischer Verständigung.

Lechner räumt im Juli des nächsten Jahres seinen Posten als Leiter des Pariser Goethe-Instituts. Er hat zwar Gründe genug, stolz zu sein: Rund 4000 Studenten im Jahr belegen zur Zeit allein im Institut der französischen Hauptstadt die deutschen Sprachkurse, hinzu kommen Deutsch-Lernende an sechs weiteren Goethe-Instituten in Frankreich – so viele wie noch nie zuvor. Doch wenn er das höchst effektive Engagement der Franzosen in Deutschland – mit 24 französischen Kulturhäusern – damit vergleicht, fällt ihm das berufsbedingte Selbstlob ausnahmsweise schwer. Da klagt er vehement über eine „unverantwortbare Unausgeglichenheit“ der kulturpolitischen Bemühungen hüben und drüben.

Lechner war und ist in seinem Pariser Amt so unbequem und aktiv wie kaum einer seiner Vorgänger. Zusammen mit den französischen Instituten in Deutschland erarbeitet er im Jahr vier bis fünf gemeinsame Projekte – intelligente, zuweilen auch mutig linkslastige Symposien, informative Wanderausstellungen, wie „Das Bild des Nachbarn“, originelle Filmreihen, Bücher, wie die Essay-Sammlung über den Unterschied von „esprit“ und Geist.

Das zweiwöchige Kolloquium „Brecht nach dem Fall der Mauer“, das er vorigen Herbst in Paris veranstaltet hat, war ein Riesenerfolg. Die Wuppertaler Tanzfee Pina Bausch puschte er durch hartnäckig wiederholte Einladungen hoch zu einer „Leitfigur deutscher Kultur“, wie er sagt – mit Recht.

Grundsätzlich hat all dies an der tief verwurzelten Neigung der Galloromanen wenig geändert, Gott für einen Franzosen zu halten und den Teufel eher rechtsrheinisch anzusiedeln. Das Mißtrauen, das vereinigte Deutschland werde sich stärker dem Osten zuwenden und Frankreich vernachlässigen, nährt jetzt neue Aversionen. Daraus folgert Lechner: Die große historische Herausforderung, vor der die Goethe-Institute durch die Öffnung und mögliche Integration Osteuropas stehen, erfordert gerade bei den schwierigen Freunden im Westen eine besondere Sensibilität.

Die Aussichten, daß dies einigermaßen gelingt, sind nicht besonders rosig. Lechners Nachfolger auf dem heiklen Pariser Stuhl wird Klaus-Peter Roos, 55. Er war bis 1. Juli stellvertretender Generalsekretär in der Münchner Institutszentrale.

Roos gilt als wackerer Verwalter, spricht gut Französisch – er ist mit einer Französin verheiratet – und erreicht so wenigstens jenes minimale Klassenziel, von dem etliche andere Direktoren ausländischer Goethe-Filialen meilenweit entfernt sind, von Budapest bis Tokio. Aber eine Persönlichkeit wie Lechner, der das von ihm Vermittelte auch lebendig repräsentiert, scheint Roos nicht zu sein. In Institutskreisen wird dem kontaktfreudigen Presse- und Sponsorship-Virtuosen nachgesagt, er sei intellektuell so profiliert, daß er „nicht einmal einen Schatten“ werfe.

Der Fall ist symptomatisch für die Personalmisere einer Institution, die mehr und mehr den medienschlauen, aber farblosen Managertyp bevorzugt. Er schweift weniger aus intellektueller Neugierde als wegen der beträchtlichen Auslandszulagen in die Ferne. Sprache und Kulturgeschichte des Gastlandes sind ihm in der Regel gleichgültig. Diese Misere ist der Hintergrund einer kleinen Palastrevolte wider die palastintern häufig gegeißelte „Mafia des Mittelmaßes“.

Fünf angesehene Institutsleiter haben ein kritisches Reformpapier formuliert, das unter anderem bessere Aufstiegschancen für kreative Außenseiter und Seiten-Einsteiger verlangt – eine Kampfansage an die übliche Ochsentour-Karriere. Das bislang geheimgehaltene Dokument des Ungehorsams wird in diesen Tagen dem Präsidium in München vorgelegt.

Insider sind gespannt darauf, wie wohl der harmoniesüchtige Präsident des Instituts, Hans Heigert, auf das Unruhe-Papier von unten reagieren wird. Heigert ist selber ein Seiten-Einsteiger: Vor seinem Goethe-Amt, das er 1989 übernahm, hatte er die Chefredaktion der *Süddeutschen Zeitung* geleitet. ◄

* Vor dem Goethe-Institut in Paris.

Mikrolinsen

Kreise geriffelt

Als Linsenersatz für getrübte Augen ebenso wie für hochauflösende Flachbildschirme eignet sich die in den USA entwickelte „binäre Optik".

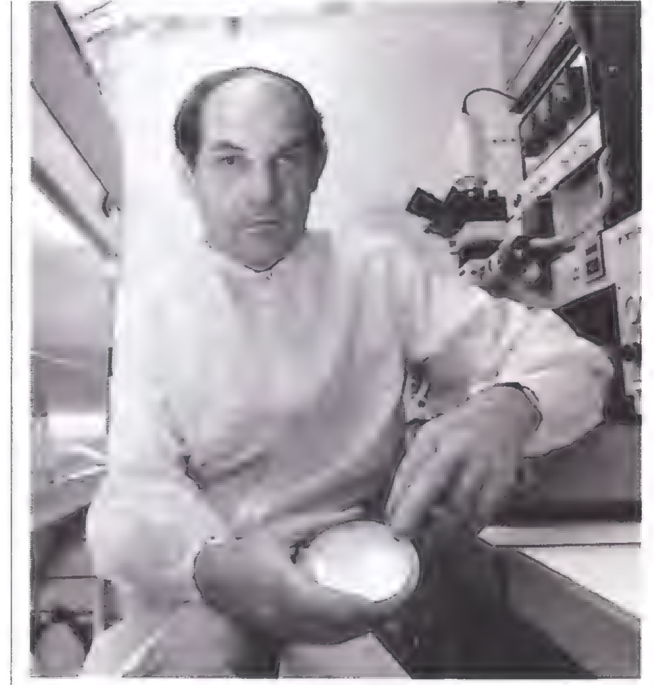
Monsieur Fresnel hatte wenig Geduld mit der Dummheit, und die begann für ihn gleich hinter dem Einmaleins – schließlich war er Physiker und der Mann, der im Département für Ingenieurwesen jede seiner Ideen verwarf, nichts weiter als ein in langjährigem Staatsdienst gedörrter Beamter. Erbost über seinen einfältigen Vorgesetzten, nahm Augustin-Jean Fresnel 1814 seinen Abschied und widmete sich fortan dem Studium der Optik.

Eines der Ergebnisse seines Forschens war eine segensreiche Erfindung, die in der Geschichte des Seewesens wie der des Wohnmobil-Unwesens manch Unglück verhindert hat: die nach ihm benannte Fresnel-Linse, die dem Licht von Leuchttürmen Strahlweite verleiht und – als Plastikscheibe ans Rückfenster geklebt – dem Wohnmobilisten beim Einparken einen Weitwinkelblick auf allfällige Hindernisse erlaubt.

Fresnels geniale Idee: Er goß auf einen flachen Glaskörper zahlreiche konzentrische Linien und schuf damit vor 200 Jahren die Grundlage für ein Linsenprinzip, das jetzt auf dem Gebiet der Optik eine Revolution einleitet, vergleichbar der Umwälzung, die der Mikrochip einst in der Elektronik ausgelöst hat.



Physiker Fresnel: Segen für die Seefahrt



Mikro-Optiker Veldkamp: Pixel gerafft

„Binäre Optik" heißt die in den USA entwickelte Technologie, mittels derer sich nunmehr Linsensysteme herstellen lassen, die nicht einmal so groß sind wie ein Stecknadelkopf und dabei leistungsfähiger und wesentlich billiger als die meisten Optiken herkömmlicher Bauart.

Vielfältig sind die Möglichkeiten, die diese Mikrolinsen der Technik eröffnen: hochauflösende 3-D-Flachbildschirme in Quadratmetergröße, Optiken für Laserdioden und Lichtwellenleiter, bifokale Linsenimplantate fürs Augeninnere, Weitwinkellinsen in kompakten Faltkameras, Kleinstoptiken für CD-Spieler und Video; daneben: noch genauere Zieloptiken für Raketen und andere Waffensysteme – ein Großteil der binären Optikforschung wird von der amerikanischen Defense Advanced Projects Agency finanziert.

Der bedeutsamste Fortschritt aber, den die binäre Optik über die Menschheit bringen wird, liegt in der Verbindung von Mikrolinse und Mikrochip. Amakronik, nach der griechischen Bezeichnung für „nicht fern" („a-makros"), nennen die Experten diese Technik, die eine Bildverarbeitung nach Art des menschlichen Gehirns ermöglicht.

„Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter in der Optik", prophezeit Wilfrid Veldkamp, der Erfinder der binären Optik. Im Laufe der letzten 15 Jahre hat der gebürtige Holländer, der am Massachusetts Institute of Technology (MIT) forscht, immer einfachere Verfahren ersonnen, die unterschiedlichsten Kreismuster auf immer kleinere Träger aus Silizium, Plastik oder Glas zu riffeln. Nur mehr zwischen 100 und 20 Mikron (Tausendstel Millimeter) messen inzwischen die einzelnen Linsenelemente der binären Optik, der Veldkamp diesen Namen gab, weil die mikrofeinen Rillen den flachen Linsenkörper in zwei („binäre") Ebenen unterteilen.

Diese Oberflächenstruktur des Linsenkörpers, die unter dem Elektronenmikroskop anmutet wie ein System tückischer Sägezähne, *beugt* die einfallenden Lichtstrahlen – im Gegensatz zur herkömmlichen Linse mit ihren nach innen („konkav") oder nach außen („konvex") gekrümmten Außenflächen, die das sie durchdringende Licht *bricht*.

Wie Lichtbrechung vor sich geht, beschreibt ein Gesetz, das der holländische Mathematiker Willebrord Snellius um 1620 aufstellte, nachdem er die mathematische Beziehung zwischen Einfallswinkel und Brechungswinkel des Lichts in vielen tausend Messungen empirisch ergründet hatte.

Ausgehend von Snellius' Beobachtungen hatte der in Cambridge einsiedelnde Isaac Newton ein halbes Jahrhundert später gefolgert, daß das Licht aus kleinen elastischen Teilchen bestehen müsse, die sich durch den Raum bewegen – daher die Reflexion des Lichtes beim Auftreffen auf einen Spiegel oder die Änderung seiner Strahlen beim Durchgang durch eine Linse.

Alles Blödsinn, polterte sein Zeitgenosse, der als jähzornig gefürchtete Niederländer Christiaan Huygens: Das Licht, so der Astronom in seinem 1690 erschienenen „Tractatus de lumine", ist eine Wellenerscheinung und „breitet sich darum wie diejenige des Schalls in kugelförmigen Flächen oder Wellen aus".

Der Wissenschaftsstreit, ob das Licht eine Teilchen- oder Wellenstrahlung sei, währte fast ein Jahrhundert – bis Fresnel den mathematischen wie den

praktischen Beweis für die „Dualität“ des Lichtes erbrachte: Es läßt sich nicht nur brechen, sondern auch beugen, ist sowohl Teilchen als auch Welle.

Doch nicht einmal Joseph Fraunhofer, der sich als Lehrbub eines Spiegelmachers in nächtlichem Selbststudium umfassende optische und mathematische Kenntnisse angeeignet hatte und so zum berühmtesten Linsenschleifer des 19. Jahrhunderts wurde, vermochte die Fresnelsche Gleichung für die Herstellung diffiziler Optiken umzusetzen.

Obwohl er es wie kein zweiter verstand, die errechneten Daten auf die vielfältigen Schleif- und Poliervorgänge der Linsen zu übertragen, war Fraunhofer außerstande, eine passable Linse mit Beugungseigenschaften herzustellen – zu schwer zu beherrschen waren die Eigenheiten der „Interferenz“, der durch die Lichtbeugung entstehenden Überlagerung von Lichtstrahlen, die sich gegenseitig verstärken oder einander auslöschen.



Linsenschleifer Fraunhofer (M.)*: Teilchen oder Welle?

So fand die Fresnelsche Linse lange Zeit nur für vergleichsweise krude Signaloptiken oder in Projektoren Verwendung, bis sich Wilfrid Veldkamp und sein MIT-Team daranmachten, die Fresnelschen Kreismuster per Laserstrahl („spanabhebend“) in den Linsenkörper zu fräsen oder sie mittels Maskendesign („lithographisch“) in das Material zu ätzen, ungefähr so, wie auch Mikrochips hergestellt werden.

Inzwischen gelingt es den binären Optikern, 20 000 Einzellinsen, nebeneinander plaziert auf einer Fläche von einem Quadratzentimeter, in einem einzigen Arbeitsgang herzustellen. Diese Systeme von Mikrolinsen sind so berechnet, daß sie sich selbst korrigieren: Abbildungsfehler eines bestimmten Linsensegments, die etwa eine punktscharfe Vereinigung der Lichtstrahlen im Brennpunkt verhindern, werden vom danebenliegenden Linsenteil kompensiert. So entsteht – billig, leicht und klein – die perfekte Linse für nahezu jeden Verwendungszweck.

Derzeit arbeiten die Experten daran, die binäre Optik mit mikroelektronischen Bauteilen zu vernetzen und auf diese Weise optoelektronische Elemente zu schaffen, die Daten mit hoher Geschwindigkeit erfassen und gleichzeitig bearbeiten können. Naheliegendes Praxisbeispiel für die zukünftige Anwendung solch amakriner Sensoren: das Computer-Lesegerät („Scanner“).

Bislang tastet die Optik eines Scanners jeden Bildpunkt („Pixel“) der in den Computer einzulesenden Vorlage einzeln ab und gibt das Ergebnis in Form eines kontinuierlichen Datenstroms an den angeschlossenen Rechner weiter; der wiederum muß sich mühsam, ebenfalls Pixel für Pixel, ein Gesamtbild von dem machen, was der Scanner erfaßt hat – eine Prozedur, so langwierig und unbefriedigend wie das Bemühen eines Spanners, durch ein Schlüsselloch das Geschehen in einem großen Schlafzimmers zu erspähen.

Ein mit amakrinen Sensoren bestückter Scanner hingegen könnte die Vorlage gerafft, sozusagen auf einen Blick lesen und es dabei dem Computer (oder seinem Bediener) gleichzeitig ermöglichen, die erfaßten Daten aufzubereiten; „focal plane processing“ nennen die Experten diese Art der Bildbearbeitung di-

* Beim Vorführen seines Spektrometers.

rekt auf der Abbildungsfläche eines elektronischen Auges.

Vorbild für diese Zukunftstechnik ist die menschliche Netzhaut, die morphologisch ein vorgestülpter Teil des Zwischenhirns ist und es diesem daher erlaubt, sofort (und vor allem selektiv) auf das Wahrgenommene zu reagieren – was nicht ins Konzept paßt, wird vom Gehirn ignoriert.

Diese Eigenart des Gehirns macht sich jener Zweig der binären Optik zunutze, der heute am weitesten entwickelt ist: Tausendfach im Einsatz, wenn auch noch in der Erprobungsphase, sind nach dem binären Prinzip gestaltete Ersatzlinsen für Patienten, denen der Chirurg die vom Grauen Star getrübte Augenlinse mit dem Gefrierstab herausgedreht oder einfach weggesaugt hat.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Linsenimplantaten, die aufgrund ihrer Bauart entweder auf Nah- oder auf Fernsicht fokussiert sind, bündeln die binären Linsen das einfallende Licht auf zwei Brennpunkte: Der eine fokussiert das Bild direkt auf der Netzhaut, der andere ein wenig dahinter. Das Gehirn wählt dann die Abbildung aus, die ihm am schärfsten erscheint, und übersieht die andere.

Daß auch ihn einmal im Alter der Graue Star anflöge, war eine der großen Ängste, die Augustin-Jean Fresnel sein Leben lang verfolgt haben: „Mon Dieu“, rief der Franzose einmal aus, „welch schreckliches Schicksal, blind zu werden.“

Der Herrgott in seiner Güte hat es ihm erspart, indem er den Gelehrten mit gerade 39 Jahren zu sich nahm.

Trennkost

Blubbernder Blähbauch

Die Haysche Trennkost, eine vor 100 Jahren entwickelte törichte Diät, ist wieder in Mode.

Ihr Haar ist wie das Abendrot, ihr Körper wie Ebbe und Flut. Die rothaarige Fergie fastet und futtert, ständig schwillt und schrumpft ihr Leib.

1986 nahm die Herzogin von York 10 Kilo mit Hypnose ab. 1988 hungerte sie sich mit FdH und der Fettpolster-Gymnastik Callanetics 20 Kilo runter. Letzten Herbst, durch Pralinen und Frühstücksbacon erneut aufgeschwemmt, verfiel Fergie auf eine neue Abspeck-Waffe: Haysche Trennkost. „Ich hab's ausprobiert“, strahlte sie Mitte März bei einem Besuch der britischen Streitkräfte in Fallingbostel, „es wirkte Wunder.“

„Englands dickste Schande“ (*Bunte*) liegt mit ihrem Diätplan im Trend. Immer mehr Hungerleider in Deutschland entdecken die Ernährungsfibel des amerikanischen Arztes Howard Hay. Souverän fachsimpeln sie über „saure und basische Milieus im Magen“; sie spekulieren über die zermürbende Wirkung von Essigessenz und hantieren mit jenen obskuren Grundbegriffen, mit denen der US-Verdauungstheoretiker am Ende des 19. Jahrhunderts die „Tatkraft der amerikanischen Nation“ wiederherstellen wollte.

Mindestens sechs Diätbücher sind derzeit im deutschen Buchhandel erhältlich, die sich allesamt auf die wirre Digestionslehre des US-Arztes berufen.





Diäterprobte Fergie vor, nach Trennkost: „Wirkte Wunder“

Trennkost, versprechen die Ratgeber, führe zur „Selbstentgiftung des Körpers“, schütze vor Übergewicht, aber auch vor Schwermut, „Blähbauch“ und „bleierner Müdigkeit“.

Hays Speisetheorie basiert auf der grundfalschen Ansicht, daß kohlenhydrathaltige Nahrung (zum Beispiel Brot, Kartoffeln, Reis) im Magen basisch aufgeweicht, die Eiweiße (wie Fisch und Fleisch) jedoch mittels Säuren zerlegt werden. Esse man nun Kartoffeln, blubbere der Bauch alkalisch, folgten Klopse nach, werde Säure in die Magentrommel gespült. Dieses Verpanschen der Sekrete, so Hay, laufe aber den „chemischen Verdauungsgesetzen“ zuwider.

Die Folge permanenter Mischkostzufuhr malte sich der schnurrige Heilkostler in düstersten Farben aus: „Der Speisefluß liegt viel länger in den Darmnischen“, dann gammelt und fault es im Gedärm. Schließlich gelangen Schlakken ins Blut, bis die „Übersäuerung“ das Gehirn so belastet, „daß kein klares Denken mehr möglich ist“.

Für Zeitgenossen, denen das holzschnittartig gezeichnete Magen-Darmtrakt-Szenario sauer aufstieß, hielt Hay sein Patentrezept bereit: strenge Trennung von Eiweiß- und Kohlenhydrat-Mahlzeiten, nach dem Motto: Morgens die Pommes, abends die Currywurst. Nur so sei Ordnung in den Säfte-Sumpf zu kriegen.

Enzymforscher haben Hays Ansichten längst als „dummes Zeug“ entlarvt, wie der Freiburger Ernährungsmediziner Reinhold Kluthe formuliert. Gerade die von Hay verteufelte Sekret-Mischung findet bei der Nahrungsspaltung ständig statt. Der Magen, Eingangspforte der Nahrung, ist immer stark säurehaltig. Die Verdauung im oberen Dünndarm wiederum vollzieht sich nach Zugaben der Bauspeicheldrüse in einem leicht basischen Milieu. Abfälle und mulchende Reste, die gleichsam wie in einer Mülltonne vor sich hinwesen, kennt das komplizierte, von Hunderten von Enzymen gesteuerte Stoffwechselsystem schon gar nicht.

Obwohl Hays Säftelehre „nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt“, wie die Deutsche Gesellschaft für Ernährung vornehm feststellt, feiert der Sauer-Seifig-Grundsatz eine fast okkulte Renaissance in deutschen Kochtöpfen.

„Der Darm muß ausreichend gefüllt sein“, predigt etwa die TV-Vorkosterin Antje Kühnemann und offeriert in ihrem Trennkost-Rezeptbuch „Blitzgulasch“, „Käseeinlaufsuppe“ und „Überraschungskartoffeln“. Hurtige Verdauung verspricht auch „Köhnlechners Trenn-Diät“ im Heyne-Verlag, die sich um „das Gleichgewicht von sauer und alkalisch“ sorgt. Trennkostlerin Ursula Summ empfielt, nach 15 Uhr auf Früchte zu verzichten, da es sonst intrakorporal „leicht zu Gärprozessen kommen kann“.



Diät-Ratgeber
Ordnung im Säfte-Sumpf

Die vorgeschriebene Trennung von K- und E-Nahrung ist zudem kaum möglich. Fast alle Nahrungsmittel enthalten sowohl Kohlenhydrate als auch Eiweiße. Rohmilch zum Beispiel enthält 39 Prozent Kohlenhydrate und 27 Prozent Proteine in der Trockensubstanz. Ähnlich ausgewogen ist das Verhältnis bei fast allen Gemüsesorten, die Hay kurzerhand als „neutrale Nahrungsmittel“ ausweist und für in beide Richtungen kompatibel hält.

Dennoch strotzt der Trenn-Speiseplan von Verboten. Kiwis vertragen sich nicht mit Bananen, Milch paßt nicht zu Cornflakes, Käse nicht zu Nudeln, Brot soll man demnach nur mit Blutwurst essen, Eingemachtes, Kakao, Ingwer und Essigessenz lehnte der US-Diätiker rundweg ab.

Die gewichtmindernde Wirkung der Hay-Kost, da sind sich die Experten einig, hat ihren Grund nicht im Trennen der Speisen, sondern in den frugalen Portionen, die empfohlen werden. Zudem soll die Nahrung Hay zufolge eiweiß- und fettarm sein und zu 80 Prozent aus Kohlenhydraten bestehen. „Das hört sich zwar schrecklich viel an“, beruhigt Fernsehärztin Kühnemann, „aber der Tag beginnt ja bereits mit Obst.“ Wer dann noch zwischendurch „Gurken knabbert“ und mittags „wieder in Salat und rohem und gekochtem Gemüse schwelgt“, habe sein „Basenpensum“ schnell erreicht.

Experten, wie der Ernährungsforscher Claus Leitzmann von der Universität Gießen, vermuten noch andere Gründe für die Gewichtabnahme nach Hay. Das Speisen, von unzähligen Tabus behindert, werde so schwierig, daß dem Probanden gleichsam als Nebeneffekt der Appetit vergehe (jedenfalls das unbedachte Schlingen).

Kräftig beim Altmeister Hay abgekupfert hat auch das Autoren-Ehepaar Harvey und Marilyn Diamond, dessen Stakkato-Diät „Fit fürs Leben“ derzeit „rasend gut verkauft wird“, wie die Buchhändlerin Anja Lauf von der Hamburger Thalia-Buchhandlung versichert.

„In Deutschland machen schon 200 000 die ‚Fit for Life‘-Diät“, weiß die *Bunte* und verweist auf die in Diamond-Menüs enthaltenen „potenzfördernden Spurenelemente“: Anderen Probanden schlägt die Speisekur dagegen auf den Kopf: „Ich denke schneller“, glaubt die Schauspielerin Vera Tschechowa, auch Peter Boenisch, Publizist und Trennkostgänger, meldet mentale Heilerfolge: „Ich kann viel leisten, schnell denken.“

Bei den Diamonds ist bis zwölf Uhr nur Obst angesagt, die Kohlenhydrate werden tagsüber verspeist, abends die Eiweiße. Mischesser, die nach alter Manier das Schnitzel mit Brosamen panieren, sind von bösen Blähungen bedroht. Im theoretischen Teil ihrer Abhandlung lassen die Autoren Eiweiße im Magen verfaulen, Kohlenhydrate vergären zu rülpsträchtiger Kohlensäure, stinkender Nahrungsbrei ergießt sich in den Unterleib. Als Gewährsmann für ihren Ratgeber zitieren die Fitmacher ständig einen Doktor Norman Walker, der als „Experte auf dem Gebiet des Drüsensystems“ angeblich noch im Alter von 116 Jahren sein Gemüse selbst zog.

Weniger zweifelhafte Autoritäten wie der Gießener Forscher Leitzmann halten den Speiseplan der Trennköstler für annehmbar, die vorgeschlagene Diät sei eiweißarm und reich an Ballaststoffen. Leitzmann verweist auf „gute Heilerfolge“ des deutschen Trennkost-Papstes Ludwig Walb, 83, der in seiner Abspeckklinik in Homberg seit Jahrzehnten Fettleibige mit Trenndiät verköstigt.

Das Trennen selbst jedoch gilt den Ernährungswissenschaftlern als unnützer Firlefanz. „Ernährungsphysiologisch gesehen, ist das Separieren von Kohlenhydraten und Eiweißen ohne nachweisbare Wirkung“, sagt der Freiburger Diätspezialist Kluthe. Doch, fügt er hinzu, „viele machen es sich auch beim Leichtwerden gerne schwer“.

Datenschutz

Schnüffler im Netz

Programme, die firmeninterne Computernetze gegen Fehler schützen sollen, überwachen auch die Mitarbeiter an den Terminals.

Auf „Sniffer“, seinen „Schnüffler“, läßt Bernd Wolf aus München nichts kommen. „Enorm schnell“ sei der von ihm vertriebene schlaue Aufpasser, lobt der Firmenchef, überdies zeige „Sniffer“ sich „fast jeder kritischen Situation gewachsen“.

Das Lob gilt einem kostspieligen Computerprogramm, an dem Wolf und seine EDV-Firma „DDS“ derzeit gut verdienen. „Sniffer“ ist eine ausgeklügelte Spezialsoftware, die in betriebsinternen Rechnernetzen, den sogenannten Local Area Networks (LANs), den Datenverkehr kontrolliert und Computerfehler aufspürt, gleichsam als digitaler Wachdienst.

Über 380mal hat DDS das rund 32 000 Mark teure Programmpaket (Hersteller: die US-Firma Network General) schon verkauft. „Geschnüffelt“ wird, laut Kundenliste, bei namhaften Unternehmen wie beispielsweise Mercedes, MBB, BMW oder Siemens-Nixdorf. Zunehmend mehr Firmen richten sich hausinterne Computernetzwerke ein, Software wie „Sniffer“ soll die komplexen Systeme vor folgenschwerer Unbill bewahren.

Daß dabei massenweise Daten über die Arbeit an den einzelnen PC-Stationen anfallen, ist den wenigsten Benutzern bekannt. „Noch nie“, beklagt Wolfgang Egelkraut, Datenschutzbeauftragter bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) in Hamburg,



„Sniffer“-Anbieter Wolf: „Kontrolle wie beim Röntgen“

„war es so einfach, Beschäftigte am Arbeitsplatz zu kontrollieren."

Das Dilemma: Analyseprogramme („network analyzer") wie der findige „Schnüffler" sind fast immer unentbehrlich, wenn ausgedehnte LANs reibungslos funktionieren sollen. Zuweilen hängen mehrere tausend Personalcomputer oder sogenannte Workstations am Netz. Engpässe bei der Datenverarbeitung müssen möglichst frühzeitig erkannt, teure Totalausfälle des Systems verhindert werden.

So verhält sich „Sniffer" wie ein besonders neugieriger Hauswart, dem in seinem Mietshaus kaum etwas entgeht. Mit einem Generalschlüssel gelangt er, wie in eine Wohnung, in jeden angeschlossenen Computer. Fällt ihm dabei etwas Besonderes auf, meldet er es an die Hausverwaltung weiter – an den Systemmanager des Netzwerks.

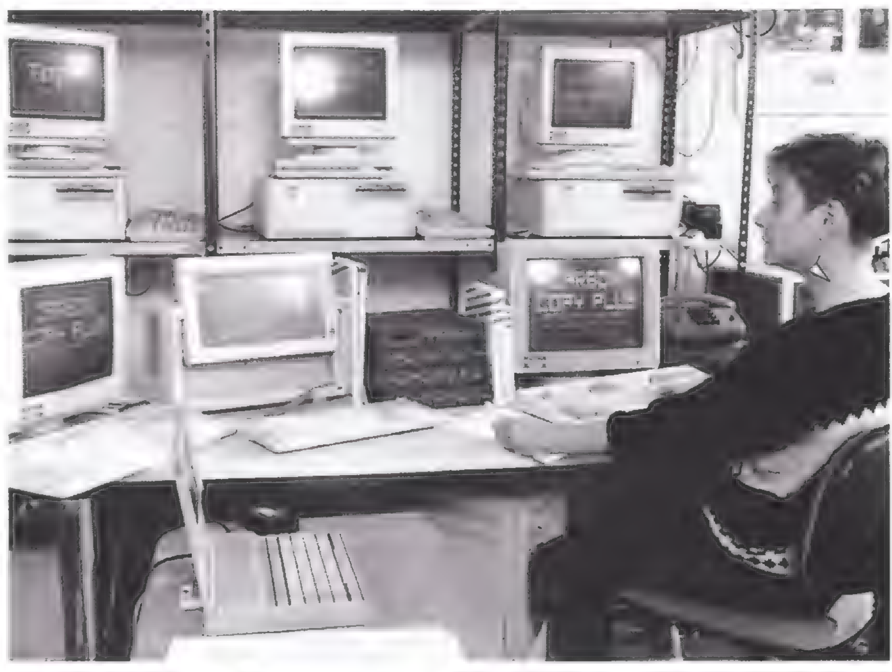
Nicht einmal die persönlichen Paßworte der Benutzer sind vor dem digitalen Wachschutz sicher. Falls erforderlich, vermögen die Aufpasser-Programme sämtliche Sicherheitshürden zu überspringen und jedes Datenpaket in den Leitungen, etwa auch persönliche Mitteilungen von Mitarbeiter zu Mitarbeiter, zu entschlüsseln.

„Wie beim Röntgen" gehe es da zu, erklärt DDS-Chef Wolf. Einzelne Arbeitsplätze, räumt er ein, könnten damit auf eine Weise überwacht werden, „wie es eigentlich nicht sein soll". Denn durchleuchtet werden, ganz nebenbei, auch die PC-Benutzer im Netz:

▷ Bereits sogenannte Monitor-Software wie beispielsweise „Watchdog" („Wachhund"), eine Art Einsteiger-Überwachungsprogramm für den kleineren PC-Verbund (Preis: rund 5000 Mark), sammelt emsig Daten darüber, wer im Netzwerk wann womit beschäftigt ist; geliefert werden individuelle „Benutzerprofile" für jede Station.

▷ Der aufwendigere „Sniffer" protokolliert alle Aktivitäten im LAN und registriert etwa, samt Datum und Uhrzeit, wer gerade mit wem über den schnellen Draht kommuniziert. Der Systemmanager erfährt auch, wann ein Arbeits-PC etwa für Computerspiele zweckentfremdet wird (Prospekttext: „Spielen Benutzer auf Firmenzeit und -kosten auf Ihrem Netz?").

▷ Auch Fernsteuerungsprogramme wie „Closeup LAN", „Lansight", „Netremote Plus", „PC-Anywhere/LAN" oder „R2LAN" (Preise: zwischen 1000 und 2000 Mark), mit denen einzelne LAN-Computer von einem anderen Rechner aus bedient werden können, bieten, wie das Fachmagazin *Netzwelt* schrieb, die „Möglichkeit, Personen per PC auszuspähen".



„Masterplatz" eines PC-Netzwerks: „Heilloses Entsetzen"

Manche Wartungs- und Überwachungsprogramme, wie etwa „Carbon Copy Plus" von der Hamburger Firma Dr. Neuhaus Mikroelektronik, melden immerhin dem PC-Anwender durch optische oder akustische Signale, daß ihm jemand elektronisch über die Schulter schaut. Allerdings lassen sich auch mit „Carbon Copy Plus", wie Thomas Illies, Software-Entwickler bei Dr. Neuhaus, einräumt, „Tätigkeitsinhalte, Datendurchsatz und Fehlerhäufigkeit" bei jedem Netzteilnehmer auswerten.

So kann überprüft werden, wie lange eine Sachbearbeiterin für einen Buchungsvorgang braucht, wie geschickt sie sich im Umgang mit dem Textsystem anstellt oder welcher Manager gerade welchem anderen ein Memorandum geschickt hat, auch wenn dieses als „streng vertraulich" eingestuft wurde. Den DAG-Datenschutzreferenten Egelkraut befiel, als er sich die neue Technologie jüngst vorführen und erläutern ließ, „heilloses Entsetzen".

Seither befürchtet der Gewerkschafter „Verhältnisse wie in den USA". Dort ist die elektronische Verhaltens- und Leistungskontrolle am PC-Arbeitsplatz bereits seit langem gängige Praxis. So protestierte die amerikanische Frauenvereinigung „9 to 5" gegen perfide Monitor-Programme, die jeden Tastendruck am Terminal registrierten und auswerteten und hernach Angestellte mit harschem Tadel zusammenstauchen: „Sie arbeiten langsamer als Ihre Nachbarin."

In der Bundesrepublik soll das Betriebsverfassungsgesetz solchen Überwachungsmethoden vorbauen. Über technische Systeme, die dazu geeignet sind, „Leistung und Verhalten von Arbeitnehmern zu überwachen", muß der Betriebsrat mitbestimmen.

Dabei spielt es keine Rolle, wofür die Technik offiziell eingesetzt wird, ob beispielsweise nur zur Fehlersuche im Netz oder zur Kontrolle der an Terminals Beschäftigten. Analyseprogramme wie „Sniffer", meint etwa der Bonner Jurist und Informatiker Helmut Redeker, dürften deshalb „ohne Zustimmung des Betriebsrats nicht installiert, geschweige denn benutzt werden".

„So oder so", argwöhnt DAG-Referent Egelkraut, sammelten sich bei der LAN-Überwachung im Laufe der Zeit „jede Menge statistische Informationen" über einzelne Mitarbeiter an. Doch „kein Manager gibt das freiwillig zu", meint der Gewerkschafter: „Die sind doch nicht dusselig."

Betriebsvereinbarungen über den Einsatz der heiklen Beobachtungssoftware gibt es derzeit kaum irgendwo. Er kenne bislang „kein einziges Unternehmen", berichtet Egelkraut, in dem vorher über die Einführung des Programms verhandelt worden sei. In den meisten Fällen, meint Jurist Redeker, werde die Software „widerrechtlich benutzt".

So wurde beispielsweise auch beim Rüstungsriesen MBB in Ottobrunn bei München versäumt, den Betriebsrat vor der Installation des „Sniffer"-Programms zu informieren; die letzte innerbetriebliche Vereinbarung über EDV-Systeme datiert aus dem Jahre 1986. Auf diese Weise verkomme, beschwerte sich der MBB-Betriebsrats-

vorsitzende Alois Schwarz, „der Betrieb zum rechtsfreien Raum“.

„Bis auf wenige Ausnahmen“, klagt Gewerkschafter Egelkraut, hätten es die Betriebs- und Personalräte ohnehin längst aufgegeben, die komplexen, vielfach vernetzten Computersysteme im Auge zu behalten. Den meisten Belegschaftsvertretern mangelt es an EDV-Fachwissen, sie müssen den Auskünften aus der Führungsetage vertrauen, für MBB-Betriebsrat Alois Schwarz eine „schlimme Entwicklung“.

Bald könnten die Belegschaftsvertreter sogar völlig vom Computer-Fortschritt abgekoppelt werden, wie sich abzuzeichnen beginnt. Seit kurzem ist der „Tele Sniffer“ auf dem Markt, eine Fernüberwachungsversion der Schnüffel-Software.

Damit können auch kleine EDV-Unternehmen den Überwachungsjob für große Firmennetzwerke übernehmen, von außen, über die Telefonleitung – und völlig unbehelligt vom Betriebsrat.

Hochgebirge

Rauschhaft vorwärts

Ehrgeizige Hochgebirgstouristen unterschätzen die Gefahren der Höhenkrankheit. „Gipfelgeilheit“ treibt sie in den Tod.

Francis S. Smythe war ein Mann mit Sinn für Kameradschaft. Eigentlich wollte er den 8848 Meter hohen Mount Everest im Alleingang bezwingen, doch einen Bergsteiger, den er unverhofft am Steilhang traf, mochte er nicht abwimmeln. Und weil der Kollege keinen Proviant besaß, teilte Smythe sogar seine spärlichen Rationen mit ihm.

Den Gipfel erreichte der Brite nicht, und seinen angeblich so schlecht präparierten Begleiter bekam niemand zu Gesicht – der Mann war nur eine Halluzination. Smythe litt an der Höhenkrankheit, deren Symptome damals, Anfang der dreißiger Jahre, noch wenig bekannt waren: Schwindelgefühl und Kopfschmerzen, Wahnvorstellungen und gelegentlich zum Tode führende Hirn- und Lungenödeme.

Vor allem wenn Hobby-Kraxler die gewaltigen Höhenunterschiede zwischen ihrer flachen Heimat und dem hochalpinen Zielgebiet binnen Tagesfrist per Flugzeug überwinden, ist die Krankheit oft unausweichlich: Dennoch bieten die Reiseveranstalter, ärztlichen Warnungen zum Trotz, immer mehr Kurztouren in eisige Granitwelten an. Und die rekordversessene Kundschaft garantiert enorme Gewinne.

„Pro Saison sterben bis zu 20 Fremde an Hirn- und Lungenödemen“, berichtet Harka Gurung vom nepalesischen Ministerium für Tourismus, „Hunderte kommen nur mit knapper Not davon.“ Viele Pauschalreisen sind von vornherein so geplant, daß für die Akklimatisierung keine Zeit bleibt. So organisiert der Münchner Veranstalter Studiosus Reisen eine Expedition nach Kaschmir, bei der es binnen vier Tagen mit Kleinbus und zu Fuß auf 4330 Meter geht. Dabei leiden schon ab einer Höhe von 2850 Metern, das zeigte eine Schweizer Untersuchung, neun Prozent der Bergsteiger an Schädelbrummen, Übelkeit, Appetitlosigkeit und Gleichgewichtsstörungen.



Hochgebirgstouristen in Nepal: Blaue Lippen, aschgraues Gesicht

Auf 3050 Meter, knapp über dem Zugspitz-Level, steigt die Quote auf 13 Prozent, bei 3650 Meter auf ein Drittel, und ab 4559 Meter (immerhin vier Alpengipfel sind höher) werden mehr als die Hälfte der Touristen reif für die ärztliche Soforthilfe. Kreislauf und Atmung sind auf den niedrigen Luftdruck und die geringe Sauerstoffzufuhr nicht eingestellt.

Die Krankheit beginnt mit Atemnot und Erstickungsangst, das Gesicht wird aschgrau, und die Lippen färben sich bläulich. Wasser aus dem Blut sammelt sich in der Lunge, während die trockene Luft dem hechelnden Opfer gleichzeitig bis zu fünf Liter Flüssigkeit am Tag entzieht.

In diesem Stadium kann das Wasserdefizit selbst durch maßlosen Teekonsum nicht mehr ausgeglichen werden. Der Kranke verdurstet und ertrinkt zugleich. Die Therapie wäre denkbar einfach, ist jedoch aus Mangel an Helfern nicht immer zu haben: sofort zurück ins Tal.

Mit letzer Kraft schleppte sich die Stuttgarter Touristin Marianne Bauer von der Gipfelregion des 5119 Meter hohen Ruwenzori, an der Grenze zwischen Uganda und Zaire, über Geröllfelder talwärts. Ihr Bruder trug sie, als die Beine schon streikten, über eine Gegensteigung. In 3800 Metern Höhe brach Marianne Bauer zusammen. „Die nächste Nacht“, erinnert sie sich, „hätte ich fast nicht überlebt.“

Beste Vorbeugung gegen die Höhenkrankheit ist langsame Gewöhnung. Ab einem Niveau von 3000 Metern, so empfehlen Ärzte, sollte man höchstens 500 Meter am Tag aufsteigen und sich in 4000 Metern mindestens drei Tage lang an die dünne Luft gewöhnen. Doch die Realität sieht anders aus. Der gehetzte Tourist will in seinen knappen Urlaubstagen möglichst schnell zum Höhepunkt kommen.

Die Reiseveranstalter profitieren von der Gipfelmanie, Trips in prestigeträchtige Lagen boomen. Bei Preisen ab etwa 4000 Mark pro Person ist der Hochgebirgstourismus ein recht lukratives Ge-

schäft. Für exklusive Touren muß der anspruchsvolle Bergsteiger bis zu 17 000 Mark hinlegen.

Etwa 10 000 Deutschen pro Jahr sind die Alpen nicht hoch genug – sie fliegen zum majestätischen Hindukusch oder in die karge Einsamkeit der südamerikanischen Bergketten. Allein in Nepal, so vermutet das Tourismus-Ministerium in Katmandu, wird sich demnächst die Zahl der Reisenden von 50 000 auf eine Million jährlich verzwanzigfachen. Für Bergsteiger, denen die dortigen Trekking-Pfade zu ausgetreten sind, werden schon Flüge von Katmandu ins benachbarte Lhasa (Tibet) angeboten – nonstop von 1340 Meter auf 3700 Meter.

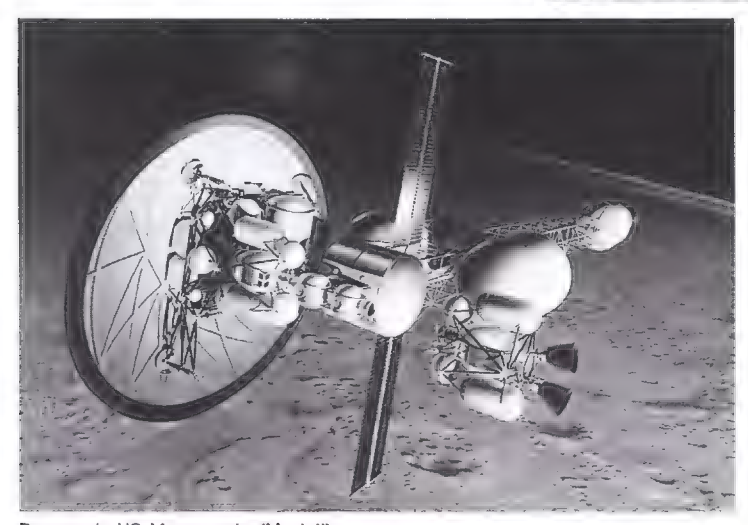
Berüchtigt ist auch die Kilimandscharo-Besteigung, vom Münchner Spezialisten Afrika Tours zum Beispiel als Gewaltmarsch geplant. Innerhalb von drei Tagen steigen die Extrem-Touristen von 1840 Meter auf 4700 Meter Höhe, am vierten Tag verheißt das Programm die Besteigung des 5895 Meter hohen Gipfels. Regelmäßig zeigen zwei Drittel aller Kilimandscharo-Touristen Symptome der Höhenkrankheit – auch wenn sie, etwa als Kunden des Münchner Reiseservice Afrika, in den Genuß eines Ruhetages auf 3780 Metern Höhe kommen. Ein Tag ist zuwenig.

Kataloge weisen auf die Risiken nur versteckt hin. Beiläufig werden „ein guter Gesundheitszustand“ und „allgemeine gute Kondition und Höhenverträglichkeit“ gefordert. Doch gegen die tödliche Krankheitsgefahr nützt das nichts. So stellte Peter Bärtsch, Wissenschaftler an der Heidelberger Universitätsklinik, in einer Studie fest, daß Ausdauertraining bei mangelhaft akklimatisierten Bergsteigern weder vor akuter Höhenkrankheit noch vor Lungenödemen schützt.

Auch die Empfehlung, Medikamente einzupacken, ist irreführend. Denn eine Pille, die zuverlässig vorbeugt, gibt es nicht. Gegen leichte Kopfschmerzen hilft zwar Aspirin, doch der Warnschrei des Körpers wird damit nur erstickt.

Medikamente gegen lebensgefährliche Ödeme sind verschreibungspflichtig, ein neu entwickelter Luftsack mit Überdruck, in den der Höhenkranke gelegt werden kann, kostet rund 2000 Dollar. Wolfgang Schaffert, Expeditionsarzt aus dem bayerischen Siegsdorf, warnt: „Es gibt keinerlei Medikamente für die Anpassung, sondern nur für die Rettung aus tödlicher Gefahr.“

Appelle an die Vernunft werden indes spätestens dann vergessen, wenn die Bergspitze in Sichtweite ist. Da können selbst erfahrene Bergführer ihre Gruppen oft nicht mehr zurückhalten. Ein rauschhafter Vorwärtsdrang packe plötzlich die Kletterer, klagt Höhenarzt Schaffert: „Die sind so gipfelgeil, da brennt bei denen etwas durch.“



Bemannte US-Marssonde (Modell)

Mit Atommeiler zum Mars

Die für das 21. Jahrhundert geplante bemannte Mars-Mission der Supermächte hat in den USA zu einer Lawine von Vorschlägen geführt, wie der Planet zu erreichen sei. Knapp 1700 Raketensysteme, einige auch von Bastlern und Schulkindern ersonnen, wurden bei der Nasa eingereicht. In die engere Wahl kam eine atomgetriebene Rakete, vorgeschlagen von Weltraum-Ingenieuren bei Boeing. Das Antriebsaggregat ist mit einem Reaktor bestückt, der Wasserstoff auf hohe Temperaturen erhitzen und durch Schubdüsen treiben soll. Nuklearraketen, so die Hoffnung der Boeing-Planer, könnten den Trip Erde–Mars auf 250 bis 450 Tage verkürzen. Jedoch würden die Entwicklungskosten astronomische Höhen erreichen. Die Russen setzen daher auf ihren eigenen, im Prinzip schon vorhandenen Fuhrpark. Gemeinsam mit Forschern der kalifornischen Stanford University haben sie die Kosten für eine Mars-Mission mit sowjetischen Wegwerfraketen auf rund 60 Milliarden Dollar geschätzt.

Streß-Meßgerät am Gürtel

Die Auswirkung von Fluglärm auf das körperlich-seelische Wohlbefinden oder die Streßbelastung eines Polizisten auf der Demo wurden bisher unter jeweils nur annäherungsweise simulierten Bedingungen im Labor getestet. Mit einem 300 Gramm schweren, mobilen „Streßmeßgerät“, das Psychologen der Universität Köln entwikkelt haben, lassen sich psychophysische Belastungen nun realistischer bewerten. Der elektronische Leib-Seele-Detektor kann 19 unterschiedliche Körperfunktionen wie etwa Atem- und Pulsfrequenz, Hautwiderstand und Muskelspannung aufzeichnen. Die Auswertung erfolgt mit einem herkömmlichen PC.

Mächtige Mikromaus

Computerfans und Robotbastler begeistern sich für eine neue Sportart: Labyrinth-Rennen mit „Mikromäusen“. Bei den Wettkämpfen müssen computergestützte Miniroboter ohne äußere Hilfe den Weg durch kleine Irrgärten finden. Über den besten Rennstall verfügt derzeit der US-Ingenieur David Otten vom Massachusetts Institute of Technology. Seine sechs Mikroflitzer erreichen Geschwindigkeiten von knapp vier Metern pro Sekunde. Den elektronischen US-Nagern kann derzeit kein Fernost-Krabbler Paroli bieten: Ottens „Mittie 3“ gewann gegen starke internationale Konkurrenz in Hongkong, „Mittie 6“ siegte als „schnellster Labyrinth-Roboter der Welt“ in Los Angeles, London und Tokio.

Gabel-Geller geht vor Gericht

Der notorische Besteck-Verbieger Uri Geller, der jetzt vom amerikanischen Berkshire aus seine metallknikkenden Künste vermarktet, hat den Zauberkünstler und Paraphänomen-Entlarver James Randi wegen Rufmords und Verleumdung verklagt. Randi gilt in den USA als „Ghostbuster“; er ist seit vielen Jahren jeglichem (para-)wissenschaftlichen Hokuspokus auf den Fersen. Das Wissenschaftsblatt *Nature* etwa überführte mit Randis Hilfe den französischen Biologen Jacques Benveniste, der die Wirkung der Homöopathie bewiesen haben wollte (SPIEGEL 31/1988). Schon bei zwei früheren Justizgefechten mit Geller hatte der bärtige Magier zwar Recht bekommen, doch die Prozeßkosten tragen müssen. Der *New Scientist* sieht nun die Freiheit des Wortes bedroht: Gellers erneute Löffel-Klage (Streitwert: 15 Millionen Dollar) sei auf Einschüchterung berechnet und ziele darauf ab, „alle Kritiker mundtot zu machen“.



Randi



Geller

Aids: Entwarnung voreilig – Zuwachsraten klettern wieder

Der Höhepunkt sei überschritten, die Aids-Epidemie werde Mitte der neunziger Jahre allmählich ausklingen – so wurden letztes Jahr die in den USA veröffentlichten Statistiken von manchen Medizinern interpretiert. Inzwischen ist klar: Die Entwarnung kam zu früh. „Unglücklicherweise“, heißt es nun im Medizinerfachblatt *New England Journal of Medicine*, stützen die jüngsten Daten der gemeldeten Aids-Fälle „nicht die optimistischen Prognosen“ des vergangenen Jahres. Gegenüber dem Vorjahr kletterte 1990 die Zahl der Aids-Erkrankungen in den USA um 23 Prozent (gegenüber 9 Prozent Steigerung im Jahr zuvor). Die neuerlich erhöhte Zunahme betrifft alle statistisch erfaßten Gruppen; einzig die Zahl der Kinder, die nach Transfusionen mit HIV-haltigen Blutkonserven an Aids erkrankten, ging um 3 Prozent zurück. Den mit 40 Prozent steilsten Anstieg gab es durch heterosexuelle Kontakte (Vorjahr: 27 Prozent). Auch die wieder ansteigende Zuwachsrate in der Kategorie „homo- und bisexuelle Männer“, die sich mit plus 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt hat, macht deutlich, daß die Safer-Sex-Kampagnen im Homo- ebenso wie im Heterosexuellen-Milieu offenbar weitgehend verpufft sind.

Mietshaus in Prag-Vyšehrad von Chochol (1913)



Sofa von Gočár (1913)



Stuhl von Janák (1911)

Tschechischer Kubismus in der Architektur, im Möbel- und Schmuckdesign: Autonomie von österreichischer Kulturhoheit durch

Steif und eckig

ragt die Rückenlehne des Sofas empor, das Buchenholz in depressivem Schwarzton gebeizt. Dazu x-beinige Stühle, deren bretthарte Sitze eher zum Stehen einladen – das von tschechischen Designern vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte Mobiliar war zwar stilistisch revolutionär, doch von zweifelhaftem Gebrauchswert.

Darauf aber kam es den Künstlern gar nicht an. Sie hatten genug von Ornamenten und vom Zierat der Wiener Jugendstil-Schule – ihre Antwort waren strenge Linien und eine konsequente Geometrie, die sich an der kubistischen Malerei von Pablo Picasso und Georges Braque orientierte.

1910 bildeten sich in Prag die Künstlervereinigungen „Osma", „Skupina" und „Mánes", deren Ziel die Erneuerung der Architektur war. Die Avantgardisten um den damals 28jährigen Vordenker Pavel Janák strebten nach Autonomie von österreichischer Kulturhoheit und schufen Möbel und Häuserfronten, die der Prager Kunsthistoriker V. V. Štech als „eher theoretisch" bezeichnete. Ihre bahnbrechenden Entwürfe werden bis zum 15. September im Vitra Design Museum in Weil am Rhein gezeigt. Anschließend wandert die Ausstellung über Düsseldorf, Madrid, Paris und Montreal nach New York.

Es ist die erste Retrospektive des tschechischen Kubismus seit einer Werkbundausstellung 1914 in Köln. Die mehr als 300 Exponate, Fotos und Gebäudeskizzen erinnern verblüffend an postmodernes Design jüngsten Datums.

In einem grundlegenden Aufsatz definierte Janák 1911 den „Block als die Grundform der Materie". Diesen Archetypus lösten die Künstler in kristall-





Villa in Prag-Vyšehrad von Chochol (1913)



Schulentwurf für Chotebor von Gočár (1912)



Tischuhr von Gočár (1913)



Stuhl von Prochazka (1919)

stumpfwinklige Fassaden und Dekorationsobjekte

artige Elemente auf, die sie zu kubistischen Neukompositionen fügten: Stumpfwinklige Gebäudefronten entstanden auf diese Weise und dynamische, vielfach gebrochene Dekorationsobjekte wie jene Tischuhr von Josef Gočár, die zwischen drei Klötze von archaischer Kantigkeit eingelassen ist.

Mit ihren dunklen Farben und schweren Formen erzeugen die Modelle ein Gefühl von Tristesse, eine düstere Ahnung vom Eigenleben der Gegenstände, so als hätte Kafka Pate gestanden.

Rücksichten auf Funktion und Gebrauch waren den Prager Zirkeln ebenso egal wie das Material und die technischen Verfahren: Kunst galt als autonome Kategorie. Um ein wenig praxisgerechtes Sofa vorlagengetreu herzustellen, mußten die Tischler bisweilen die tragenden Buchenholz-Teile aushöhlen; sie wären sonst zu schwer geraten.

Nach 1918 weitete sich der Stil zum „Rondo-Kubismus“; schmückende Bögen lockerten die asketischen Linien der Frühphase auf, die Tschechen näherten sich dem westeuropäischen Art Déco.

Um das Jahr 1925 verebbte dann die Bewegung. Erst Ende der siebziger Jahre erfuhren die vergessenen Möbel und Fassaden eine Renaissance, als vor allem für italienische postmoderne Designer die Form wieder wichtiger wurde als der praktische Nutzen. Doch diesmal ging es um den Kassenerfolg – was bei Janák und seinen Jüngern noch ausschließlich ästhetisches Programm war, hatte sich zu einer Mode für geschmäcklerische Konsumenten mit Hang zur Selbstdarstellung gewandelt. ◄

Moderatoren

Bussard mit Charme

Ein Bonvivant auf Hajos Thron: Ulrich Wickert bewährt sich als neuer „Tagesthemen"-Moderator.

Der alte Herold schritt rüstig auf sein nordfriesisches Altenteil, die Fernseh-Deutschen ächzten unter bohrendem Trennungsschmerz.

Sechs selige Jahre lang waren sie süchtig gewesen nach seiner filigranen Silberzunge, seiner kühlen Ironie. Nun verzehrte Hanns Joachim („Hajo") Friedrichs, der Feinfrost-Charismatiker mit dem vertrauensbildenden Charakterhaupt, behaglich sein Ruhegeld, schaute hinaus auf das Sylter Watt und spielte gelöst „einen schönen Skat". Vor dem „Tagesthemen"-Schirm aber darbten entwurzelt die Hinterbliebenen und erwarteten bang die Niederkunft des Nachfolgers auf dem Moderatoren-Stuhl: Ende Juni meldete sich Ulrich Wickert, 48, vormals ARD-Korrespondent in Paris, zum Nachrichtendienst.

Da ragte er nun massig ins „Tagesthemen"-Bild, wie der Obelisk auf der Place de la Concorde – ein Trumm von 1,96 Metern, Hochkantschädel mit schelmischer Raubvogel-Visage, die knochigen Krallen artig übereinandergelegt, am Hals ein kunstgreller Binder. So kündet er seither von den Völkerwirren auf dem Balkan, von Stasi-Bosheit, Treuhand-Chaos und nordatlantischen Wolkenwirbeln. Vom Sprechertisch blinzelt huldvoll Frau Dagmar Berghoff hinüber zu dem charmanten Mäuse-Bussard. Und auch die kurzfristig verstörte „Tagesthemen"-Gemeinde blickt zutraulich auf den neuen ARD-Meldegänger.

48 Prozent der Zuschauer, ermittelte eine Illustrierte, sind völlig aus dem Häuschen und halten Wickert für eine „Idealbesetzung", weit über die Hälfte bewundert seine pariserische Souveränität. Erotisch aufgestachelte Damen bescheinigen dem Golem ein „angenehmes Äußeres". Manch einem fehlt noch das „ausgeglichene Gesicht" des Amtsvorgängers, sonst klingt es unisono: „Ein würdiger Nachfolger." Aus der ruhmreichen Friedrichs-Statt ist rasch ein respektables Wickert-Institut geworden. Gnädig hat ihm sein Staatsvolk die grimmige Schelte verziehen, mit der er kürzlich die Deutschen überzogen hatte: Sie hätten „wenig Sinn für Stil" und vom „lieben Gott" noch eine beträchtliche „Prise Witz" verdient.

Zu solch kerngenauen Beobachtungen führt langjährige Korrespondenten-Erfahrung. Wickert wirkte in Washington und New York. In Paris mauserte er sich zum genußorientierten „Wertkonservativen" (Selbsteinschätzung), gallischen Fachkreisen war er als fideler Gourmet vertraut; die französische Käse-Gilde ernannte ihn zum lebenslangen Ehrenmitglied. Auch die politische Kaste schätzte den Lulatsch als extraordinären Salon-Teutonen.

Diesen weltläufigen Bonvivant wollte Friedrichs unbedingt auf seinem hamburgischen Nachrichtenthron etablieren. Der Duzfreund Uli funkt auf der gleichen liberalen „politischen Wellenlänge". Wickert, dessen Eheweib Sylvie



„Tagesthemen"-Moderator Wickert
„Ach Uli, das kannst du doch"

nach sieben Pariser Jahren einen Ortswechsel begrüßte, griff beherzt zu.

Einige Wochen lang studierte er Text und Profil des News-Magazins, eine Moderationsprobe im Studio brach der Gevatter Hajo nach fünf Minuten ab: „Ach Uli, laß man, das kannst du doch." Auch die ARD-Chefs waren sehr angetan von dem moderationswilligen Camembert-Legionär. WDR-Intendant Friedrich Nowottny sprach physiognomisch aufmunternd: „Sie haben eine andere Nase. Das ist kein Problem."

Der Erwartungsdruck hat den Debütanten doch erheblich „belästigt". Im Hintergrund lauert stets der große Friedrichs, dieser sokratische Schlohweißling, der immer so wirkte wie eine sozial-liberale Lizenzausgabe des Bundespräsidenten.

Allmählich aber gewinnt er an rhetorischer Statur. Gewiß, noch liegt, wie Pressebeobachter kleiderkritisch mäkeln, ein „Hauch von Schlotterlook" über dem Riesen, und zumindest einen freudianisch ergiebigen Qualitätsversprecher hat er sich auch schon geleistet, als er den BR-Borstenkopf Heinz Klaus Mertes mit „Kleins Haus" anredete. Gern streut er, den Gebildeten zur Zier, literarische Zitate in seine Texte, den Beitrag über eine Londoner Skandal-Bank würzte er beispielsweise mit der Brecht-Frage: „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?" Dann spielt um seine lange Genießer-Nase ein proporzfeindliches Lächeln, und die Zuschauer reiben sich solidarisch die Hände.

Zufrieden ist Wickert, natürlich, noch längst nicht, „vielleicht in sechs Monaten". Am Anfang, berichtet er schaudernd, habe er „auf einem zu hohen Stuhl gesessen" und „wie Dracula geguckt". Langsam will er sich „herantasten an meine Stimmlage", kleine Geschichten „entspannt erzählen" und auch gelegentlich eine humoristische Perle unterbringen.

Sein berufsberatender Ziehvater hat die neue „Tagesthemen"-Ära bereits nachdrücklich empfohlen. Hajo, der mythische Wattläufer, teilte mit, er sei „sehr zufrieden mit dem Uli".

Phänomene

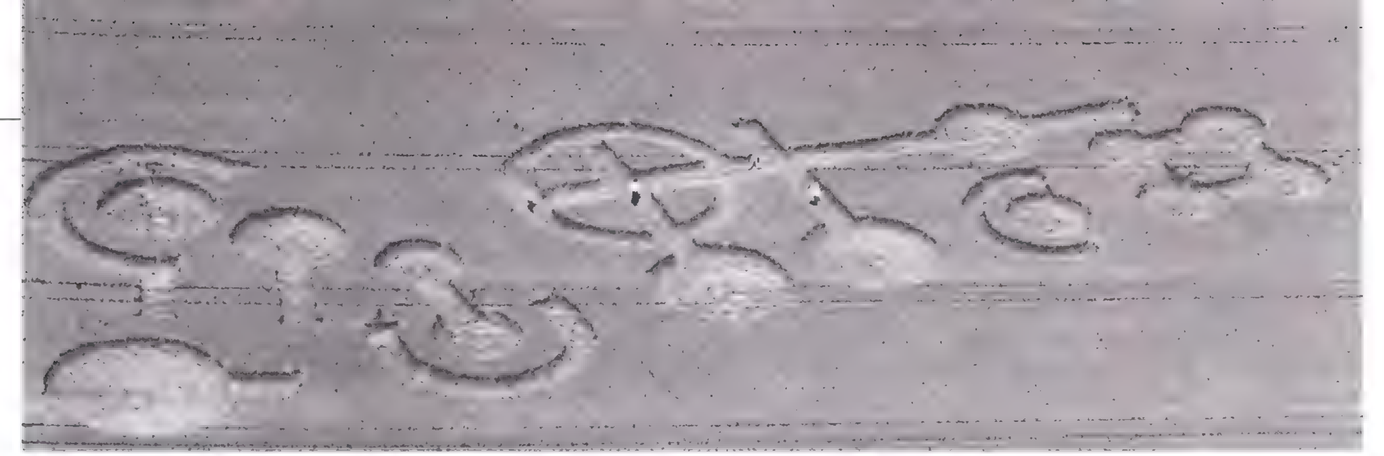
Richtig geknackst

Rätselhafte Kreise im Korn wurden erstmals auch in Deutschland gesichtet. Die Ufologen jubeln.

Es war frühmorgens um sechs in Schleswig-Holstein. Während die Schwalben auf den Telefonmasten noch die Qualität der diesjährigen Fliegen diskutierten, fuhr Bauer Möller zu seinen Feldern, auf denen sichtbarlich der Segen des ackerbauenden Fleißes lag: Das Getreide stand gut in der Gelbreife, pralle Ähren überall, kaum ein Halm mit Schmachtkörnern.

Doch plötzlich, inmitten des im Winde wogenden Weizens, erblickte der Landmann, was bis dahin in Deutschland noch keiner gesehen hatte: einen jener geheimnisvollen Kreise im Korn, die stets über Nacht entstehen und bislang vornehmlich im Süden Englands beheimatet waren.

Ihr Deutschland-Debüt gaben die Ringe Mitte vorletzter Woche nahe dem



Korn-Muster bei Hildesheim, Phänomen-Forscher bei Damp: Kraftlinien im Sommerloch





Weiler Felm. Zwei Tage später schon gastierten sie 40 Kilometer nördlich, in der Umgebung des Ostseebades Damp. Letzte Woche dann überschlugen sich die Meldungen, fast jeden Tag ein neues Loch, Dienstag in Niedersachsen, Mittwoch in Sachsen-Anhalt, Donnerstag in Hessen.

Hans-Günther Möller gelang es noch, sich des Ansturms landfremder Menschen zu erwehren, indem er und sein Sohn an der einzigen Zufahrtstraße zu dem Acker Wache hielten. „So'n Tünkram, seht zu, daß ihr hier wegkommt", schleuderte er einem Fähnlein von Wünschelrutengängern entgegen, das die 70 Meter durchmessende Ringspur zu begehen forderte.

Auf dem Feld bei Damp hingegen, wo die unbekannte Macht einen Ring von zwölf Meter Durchmesser in den Weizen geplättet hatte, drängten sich vor allem wochenends die Neugierigen. Aus ganz Norddeutschland, aber hörbar auch aus Brandenburg und Sachsen waren rudelweise Ufologen und anderweitig Bescheuerte angereist – die Hasen der Region ergriffen umgehend das nach ihnen benannte Panier.

So blieb ihnen der Anblick von somnambul einherschreitenden Menschenwesen erspart, die dem Geheimnis des Kreises mittels Pendel und Wünschelrute auf den Grund zu kommen versuchten. „Erhebliche Erdstrahlung", konstatierte eine busenlastige Brünette, so stark, daß es in ihrem Wunderstöckchen „richtig geknackst" habe. Einige tickerten mit Geigerzählern herum, andere pulten Bodenproben aus dem holsteinischen Mutterboden oder blickten einfach nur sinnend in den Himmel, als hielten sie nach Bewohnern höherer Räume Ausschau.

Es wird die Wundergläubigen kaum irritiert haben, als sich am Freitag eine Banausen-Crew von Kieler Studenten der Jux-Tat öffentlich selbst bezichtigte: Auf Stelzen, erklärten die jungen Leute, seien sie nachts, ohne Spuren zu hinterlassen, ins Damper Kornfeld eingeschlichen, um dort „in weniger als einer Stunde" mit passenden Hölzern das Getreide in Kreisform plattzubügeln.

Vor allem die Korn-Figuration in Niedersachsen kann, was Umfang wie künstlerische Ausgestaltung angeht, durchaus mit ihren Vorbildern in England konkurrieren. 1976 waren dort erstmals Ringe im Getreide gesichtet worden; sie vermehrten sich von Mal zu Mal, bis es in diesem Jahr schier zu einer Invasion der Sommerlöcher kam: Über 400 wurden bislang gezählt, darunter viele, die sich aufs einfallsreichste über die schlichten Grundmodelle von einst hinausentwickelt haben.

Vom Lustigen („Kreislaufende Igelhorden im Brunfttaumel") über das Erhabene („Kreuzungspunkte universaler Kraftlinien") bis hin zum Lächerlichen („Warnzeichen kosmischer Intelligenzen") reicht mittlerweile der Erkenntnishorizont der zahlreichen Kreisforscher aus England, Japan und Amerika.

Das Minimalkriterium der Plausibilität erfüllte einzig jenes Erklärungsmodell, das davon ausgeht, daß die Rotunden durch ionisierte Luftwirbel entstehen; als jedoch im letzten Jahr plötzlich ganze Piktogramme die Felder Südenglands zierten, war die schöne Theorie dahin – denn derart vertrackte Konfigurationen wie die bei Hildesheim ins Korn zu pusten, das vermag nicht einmal die außergewöhnlichste Windhose.

Bis zu 25 Pfund Begehungsgebühr verlangen inzwischen jene englischen Farmer, denen ein gütiges Schicksal so ein Phänomen beschert hat. An Ständen verkaufen sie T-Shirts, Bilder, Bücher und andere Memorabilien von den Kreisen, dazu Cola, Hamburger

und die unumgänglichen Fish and Chips.

Ähnlichen Afternutzen, juxte das Kieler Landwirtschaftsministerium, solle auch der deutsche Nährstand aus dem Phänomen der Ringe ziehen: Planvoll und nach englischem Muster betrieben, so Ministeriumssprecher Horst Eger, „könnte das doch zu einer rentierlichen Form der Flächenstillegung führen".

Am Damper Wunderfeld jedenfalls war schon der erste fliegende Getränkehändler unterwegs – ein Junge mit Kühltasche und Unternehmergeist. Über den Erfolg seiner Bemühungen, sein Taschengeld durch den Verkauf etlicher dem elterlichen Kühlschrank entwendeter Biere auf die erforderliche Höhe zu bringen, mochte er sich allerdings nicht äußern: „Das sag' ich dir nicht, wegen der Steuer."

Ansichtskarten

Nun zum Rauschberg

Urlaubsgrüße ans Büro werden „immer oberflächlicher". Den Kollegen wird ein Trugbild perfekter Ferien vorgegaukelt.

Die Ansichtskarte kommt vom Prickings-Hof und zeigt „Bauer Ewald mit Knechten und Mägden" bei ungewohntem Amüsement. Beherzt schlägt der Landmann die Pauke, eine dralle Altmagd traktiert ein Akkordeon, während das Gesinde gutgelaunt im Takt die Milchkannen schwenkt.

„Hier kann man noch selber Schweine melken oder gegen ein geringes Entgelt bei der Ernte helfen", teilt Absender Stephan den Arbeitskollegen daheim mit und grüßt „recht herzlich" aus 4358 Haltern. Knapp fünf Jahre später fiel die komische Sendung (Datum des Poststempels: 5. Oktober 1986) überraschend der Wissenschaft anheim.

Christiane Cantauw-Groschek, 27, Referentin der Münsteraner Volkskundlichen Kommission für Westfalen, wertete Karten ans Büro aus vier Jahrzehnten aus; die ältesten stammen von 1953. Ihr ernüchternder Befund: Die Urlaubsgrüße, oft in letzter Minute abgeschickt, seien „in Massen genossen relativ trocken, da steht kaum was drauf, was einen Voyeur befriedigen kann". Nur selten geht es skurril zu wie auf Ewalds Ferienhof, gerade in jüngster Zeit gerate die Post „immer oberflächlicher".

Phantasielos werden die „lieben Zurückgebliebenen" mit Wetterberichten traktiert, zwei Dritteln aller Absender fällt wenig mehr ein als eine öde Aufrechnung von Sonnen- und Regentagen. Ausgesprochen detailfreudig sind schon Mitteilungen jenes Kalibers, daß es „in Salzburg bezaubernd war, wir wollen nun zum Rauschberg in Ruhpolding".

In den sechziger Jahren wurde noch gern mit exklusivem Ambiente geprotzt: „Ich habe einen Riesensalon als Zimmer mit Marmorkamin, goldgerahmten Bildern und überhaupt allen Schikanen." Doch angesichts zunehmender Reiseroutine können solche Highlights heute kaum mehr imponieren; nur 15 Prozent der ausgewerteten Kurzberichte, egal ob aus der Karibik oder aus Oberbayern, befassen sich mit der Unterbringung, gerade 7 Prozent schildern mit kargen Worten die fremde Küche („Mit der Esserei sind wir nicht ganz einverstanden").



Kartenforscherin Cantauw-Groschek
„Liebe Zurückgebliebene"

Von jeher wird jedoch geflunkert, denn ein Urlaub muß gelungen sein. Um nicht den Verdacht zu erwecken, die Ferien seien ein Reinfall gewesen, werden negative Erlebnisse meist relativiert („Nach sonnigem Anfang hatten wir nun fünf Tage Sturm und Gewitter"). Ein bißchen Nörgelei erhöht andererseits die Glaubwürdigkeit und das Prestige als kritischer Urlauber. Post ans Büro sei immer auch Mittel zur Selbstdarstellung, sagt Cantauw-Groschek, man dürfe deshalb ihren „Wahrheitsgehalt nicht allzu hoch einschätzen".

„Unter allen Umständen" werde beispielsweise der Eindruck vermieden, man habe die kostbaren Wochen nutzlos verstreichen lassen. Statt dessen demonstrieren viele Absender auch unter Palmen spießiges Pflichtbewußtsein: „Die Korrekturen müssen liegenbleiben, bis ich komme." Gerade Kururlauber glauben, die zusätzliche arbeitsfreie Zeit legitimieren zu müssen: „Das tägliche Schwimmen im Solebad", meldet einer beflissen aus Bad Boll, „scheint der Bandscheibe gut zu tun."

„So voll ist der Strand nicht, so voll sind die Campingplätze nicht, so schief ist der Turm mindestens", schreibt Andrea aus Pisa. Urlaubspost, folgert Cantauw-Groschek aus solchen Beispielen, erzeuge eine „Scheinrealität" – die Absender glauben selbst an das Trugbild der perfekten Ferien, andernfalls würden sie den Erfolg ihrer Reise in Frage stellen.

Ihre Thesen will die Kartenkundlerin jetzt mit Feldbeobachtungen und Interviews erhärten. Vor allem soll die Auswertung weiteren Materials die relativ schmale Basis ihrer Untersuchung (182 bunte Grüße) erweitern.

Das eigene Institut, aus dessen Fundus sie sich bisher vorwiegend bediente, fällt indes als Quelle weitgehend aus: Seit Cantauw-Groschek die Kollegen-Post kritisch zu sichten begann, ließ die Schreibfreudigkeit der westfälischen Brauchtumsforscher deutlich nach.

Haute Couture

Alles Gold

Die Pariser Haute Couture präsentierte ungeniert Luxus – keine Rede vom Niedergang der kostspieligen Tradition.

Wundervolle goldene Brokatkleider knisterten beim Dior-Defilee im pompösen und eben von den Japanern renovierten Grand Hotel an der Pariser Alten Oper. Sanfte Rosen aus Seidensatin rankten sich über den schwarzen Samt von Ungaro, und blutrot leuchteten die geschliffenen Glasherzen auf den Party-Jacken, die Christian Lacroix, gerade 41 und brillantester Couturier von Paris, während der jüngsten Haute-Couture-Woche darbot.

„Lacroix", lobte die *International Herald Tribune* sofort, „schwingt die Fakkel der Haute Couture hoch empor."

Wie hell das Licht dieser Fackel noch erstrahlt, war gerade erst in Zweifel gezogen worden, und zwar von einem Insider. Pierre Bergé, Kompagnon des Mode-Papstes Yves Saint Laurent, hatte wochenlang in allen Medien das Ende der elitären Haute Couture angedroht. Sie erlebe, so Bergé, „ihre letzte Dekade", wenn nicht gar ihr letztes Stündchen.

Natürlich wußte das in Paris versammelte Modevolk, daß Bergé – der nebenher auch noch die unglückselige Bastille-Oper befehligt – mit diesen Kassandra-Äußerungen pro domo redete.



Dior



Chanel



Saint Laurent, Model



Ungaro



Lanvin



Lacroix

Pariser Haute Couture 1991: „Die Fackel hoch emporgeschwungen"

Denn der labile Saint Laurent, 55, torkelt weiter von einer nervösen Depression in die nächste und wird sicher nicht mehr lange alle Modellkollektionen des berühmten Hauses inspirieren, geschweige denn entwerfen können.

Doch alle Miesmachereien und „Nach-uns-die-Sintflut-Parolen" (so die *International Herald Tribune)* aus dem Hause Saint Laurent hatten am Ende das Gegenteil bewirkt: Journalisten wie Einkäufer zeigten sich überrascht, die Pariser Luxus-Schneider nicht im Abwind, sondern in einem sanften Aufwind vorzufinden. Die Unkenrufe Bergés hatten sie eher angefeuert.

Fünf Tage lang rauschten Winterkostüme aus buntem Tweed (bevorzugt Pink mit Goldfäden wie bei Chanel) und Schottenroben aus Taft vorüber, stelzten hochhackige Pailletten-Pumps und glitten breite Stolas mit Kristallklunkern über den Laufsteg. Wer sich nicht, wie Montana bei Lanvin, an Zobeln und Chinchillas vergriff, rupfte und färbte ungeniert Vogelfedern für Kragen und Umhänge.

Die Pariser Modemacher, so resümierte die Londoner *Times*, hätten „mit Bravour" auf Bergés Herausforderung reagiert. Saint Laurent selber war aufgeschwemmt und unbeholfen beim Finale hinter seinen Models hergetapst, die sich zumeist in aufgewärmten Oldtimers präsentiert hatten. Gnadenlos urteilte *Tribune*-Starkolumnistin Suzy Menkes: „Seine Kollektion war tot."

Natürlich bleibt der Moderummel, den sie entfacht, für die Haute Couture auch weiterhin überlebenswichtig. „Jeder Kameraklick", so die *Times*, „läutet den Verkauf einer neuen Flasche Parfüm ein."

Aber die Pariser Couturiers haben jetzt auch treue Kundschaft wiedergewonnen. Kaum waren im Golfkrieg die letzten Bomben vom Himmel gefallen, faxten die Araber Bestellungen für üppige Roben nach Paris. Seitdem sind auch wieder Hochzeitskleider mit Schleppen an den Golf geflogen worden – zu umgerechnet 180 000 Mark pro Stück, die aufgenähten echten Perlen nicht mitgerechnet. Die Araber bestreiten 32 Prozent vom Couture-Umsatz.

Die sparsamen Europäerinnen begnügen sich jetzt eher mit Wollkostümen für 30 000 Mark (einschließlich Bluse). Lagerfeld hat – „erstaunlich", wie er findet – in der Chanel-Kundenliste „auch ganz unbekannte Deutsche" ausgemacht.

Die deutschen Mode-Profis registrierten am Rande der Pariser Laufstege erleichtert, daß Röcke noch nicht wieder länger werden. So bleibt der Leitspruch im deutschen Mode-Gewerbe vorerst unangetastet: Kurze Röcke sind Renner, lange Röcke sind Penner. ◀



Monica Seles, 17, Weltranglisten-Erste im Tennis der Frauen, bereitet offenbar einen Karrierewechsel vor. Jetzt rückte sie mit einem gestellten Foto heraus, das die Tennisdame während ihrer mysteriösen Abwesenheit von Wimbledon beim Verlassen einer weißen Limousine zeigt, ganz im Stil der amerikanischen Pop-Künstlerin Madonna. Angeblich auf der Flucht vor Presseleuten in Palm Beach, hatte sie sich obendrein mit einer dunklen Perücke verkleidet (Foto). Monica Seles, die seit fünf Wochen immer wieder Turniere absagt, bis auf einen inoffiziellen Schaukampf vorvergangene Woche in Mahwah, verkündete, sie wolle Entertainerin werden. Zwar kann das Tennis-As nicht singen, aber „ich kann schauspielern". Ihr Manager hofft jetzt, daß die jugoslawische Spitzensportlerin mit der Realisierung dieses Berufswunsches „wenigstens so lange wartet, bis sie volljährig ist".

Karla Fohrbeck, 48, Kulturreferentin der Stadt Nürnberg, läßt sich nach eigenem Bekunden täglich von „Botschaften aus dem Jenseits" inspirieren und versieht ihre Rathausarbeit im Auftrag des Allmächtigen: „Gott hat mit mir was vor in dieser Stadt." Daß die seit gut einem Jahr amtierende Kulturpolitikerin von göttlichen Eingebungen tief durchdrungen ist, enthüllte letzte Woche das Nürnberger Stadtmagazin *Plärrer* – mit dem Protokoll einer Rede, die „Schwester Fohrbeck" unlängst als Anhängerin der „Freikirchlichen Immanuel-Gemeinde" zu Nürnberg gehalten hat. Karla Fohrbeck schwebt demnach vor, aus Nürnberg „ein zweites Jerusalem" zu machen. Ihre Pläne zur Umgestaltung des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes der Nazis in einen „Ort der Zeichensetzung" sind ihr „von Gott gezeigt", der über Nürnberg endlich seine „Gnade ausschütten" wolle. Denn das „Dritte Reich", so die Kulturreferentin, müsse als „Satanskult" begriffen werden, hinter dem eine „verdrängte Gottesbeziehung" gestanden habe. Disziplinarrechtlich ist der Referentin, wie städtische Juristen sagen, kaum etwas anzuhaben. Womöglich läßt sich der Fall nur beheben, so ein SPD-Stadtrat, „wenn Gott zu ihr sagt: Karla, du mußt gehen".

Michail Gorbatschow, 60, sowjetischer Staatspräsident, erhielt auf dem Londoner Gipfel wenn nicht Geld, so doch spirituellen Beistand. Zwischen Bittsteller-Terminen bei den westlichen Regierenden fand der sowjetische Reformer Zeit zu einem Treffen mit dem New-Age-Guru **Sri Chinmoy,** 59. Bereits vor einem Jahr hatte Gorbatschow bei einer Staatsvisite in Kanada aus der Hand des geistlichen Führers eine Broschüre mit Lobeshymnen auf den Friedenswillen des UdSSR-Präsidenten entgegengenommen (Foto). Nun spekuliert das amerikanische Nachrichtenmagazin *Time*, ob es Zusammenhänge gebe zwischen Gorbatschows gelegentlich visio-



närem Reden von einer „neuen Zivilisation", die „neuen Gesetzen und der Logik" gehorche, und den Begegnungen mit dem Guru.

Hans-Jochen Vogel, 65, SPD-Fraktionsvorsitzender und Berlin-Befürworter, gibt sich auch im Kleinen rechthaberisch. Friedel Drautzburg, Bonner Gastronom („Amadeus") und Berlin-Umzugsgegner, hatte dieser Tage ein druckfrisches Exemplar des Buches „Die Hauptstadt-Frage" aus der Hand des Bonner Journalisten Helmut Herles erhalten samt solidarischer Widmung („dem engagierten Bonn-Kämpfer") und Namenszug. Als wenig später Hans-





Natalie Cole, 41 (Foto r.), amerikanische Popsängerin, landete vergangene Woche mit ihrem Album „Unforgettable" ganz oben auf den amerikanischen Charts, gestützt von der Stimme eines Toten. Der Tote ist Vater **Nat „King" Cole** (Foto l. mit Tochter Natalie, 1956), hochgerühmter Sänger und Jazzpianist, der vor 25 Jahren an Krebs starb. Auf der nach dem Titelsong „Unforgettable" benannten Platte bringt die Popkünstlerin in einer Art Karaoke Singalong eben dieses Lied zu Gehör, das ihr Vater 1951 solo aufgenommen hatte. Damals war Tochter Natalie gerade ein Jahr alt. Das Duett der Lebenden mit dem Toten besticht, wie Musikkritiker anerkennen, durch die klare, saubere Stimme Nat „King" Coles, die in den fünfziger Jahren noch manch anderem drittklassigen Schlager zu guten Verkaufszahlen verholfen hatte.

Joe Papp, 69, New Yorker Theaterproduzent, will Sprachprobleme mit Blößen überwinden helfen. Hatte sich der Theatermann bereits Kritik eingehandelt, weil seine New Yorker Inszenierung von Shakespeares „Sommernachtstraum“ in portugiesischer Sprache dargeboten werden wird, ist neuer Ärger schon vorhersehbar: Jetzt wurde bekannt, daß viele der Papp-Schauspieler von der brasilianischen Theatertruppe Teatro do Ornitorrinco bei der Premiere am 30. Juli nackt auftreten werden (Foto). „Es ist das erste Mal in der 30jährigen Geschichte des Central Park's Delacorte Theater“, grämt sich das Stadtmagazin *New York*, „daß Shakespeare im Adams- und Evakostüm präsentiert wird.“ Der Sprecher des New Yorker Shakespeare-Festivals versteht die Aufregung nicht. Papp habe, weil kaum einer Portugiesisch versteht, „das Stück gekürzt und dafür die visuellen Qualitäten hervorgehoben. Schließlich ist Nacktheit international verständlich.“



Jochen Vogel auf der „Amadeus“-Terrasse erschien, wurde auch dieser Gast um ein Autogramm gebeten. Vogel nahm das Buch, das das komplette Plenarprotokoll der „Hauptstadt“-Sitzung des Bundestags vom 20. Juni enthält, und schrieb unter die Herles-Widmung: „Besondere Beachtung Seite 63.“ Auf dieser Seite des stenografischen Berichts in Buchform beginnt die Vogel-Rede mit der bundestagsüblichen Floskel: „Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Vogel.“

Louis Bayeurte, 56, Bürgermeister der bei Paris gelegenen Gemeinde Fontenay-sous-Bois und Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs, glaubt nicht an eine Gefährdung von Kindern durch Radioaktivität in Tschernobyl. Derzeit verbringen 17 Schüler zwischen 14 und 16 Jahren aus Fontenay-sous-Bois Ferien in der 80 Kilometer von Tschernobyl entfernten Partnerstadt Browary. Kritik an der Ferienreise läßt der Bürgermeister nicht gelten. Der gelernte Drucker beruft sich auf eine Studie des für seine atomfreundliche Haltung bekannten französischen Strahlenschutzinstituts SCPRI, das die radioaktive Belastung der Ukraine im Juni 1989 als „unbedenklich“ eingestuft hatte. Der grüne Ratsherr und stellvertretende Bürgermeister von Fontenay-sous-Bois, Michel Carré, empörte sich denn auch bislang folgenlos: „In der Ukraine setzte man alles daran, damit die Kinder zur Erholung möglichst weit weg gebracht werden, und wir schicken denen unseren Nachwuchs.“

Karl Prinz, 42, Bonner Botschafter im westafrikanischen Sierra Leone, errang mit Glück einen diplomatischen Erfolg. Wenige Tage nach Amtsantritt hatte der südkoreanische Kollege beim Bonner Vertreter in Freetown vorgesprochen, um den Anspruch seines Landes auf einen Diplomatenempfang am 3. Oktober, dem südkoreanischen Nationalfeiertag, anzumelden. Obwohl bereits im vergangenen Jahr die südkoreanische Einladung wegen der diplomatischen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit hatte verschoben werden müssen, verfiel Botschafter Prinz auf einen Glücksspiel-Trick, um seinen Einheits-Empfang in dem afrikanischen Land auch heuer zum richtigen Zeitpunkt abhalten zu können: Der Südkoreaner durfte zwischen zwei verschieden datierten Visitenkarten wählen und zog prompt die falsche. Prinz gab sich generös: „Ich versicherte ihm, daß er beim nächsten Knobeln gewinnen wird.“



Sabine ist Papis „Ein und Alles". Sie wird von ihm geliebt. Aber mehr, als sie verkraften kann. Denn Papi vergeht sich sexuell an seiner Tochter. Dabei möchte er ihr nicht weh tun, er liebt sie doch. Und sie ist ja noch so klein. Er kann nur schwer Zuneigung und sexuelles Verlangen voneinander trennen. Papi weiß, daß er das nicht darf. Darum muß Sabine schweigen. Mit stummen Hilfeschreien will sie auf sich aufmerksam machen: Sie ist ängstlich, hat keinen Appetit, schläft schlecht. Und sie

Spendenkonto: Nr. 1012 404 000, BfG Bank AG Hannover. BLZ: 250 101 11.

REGISTER

GESTORBEN

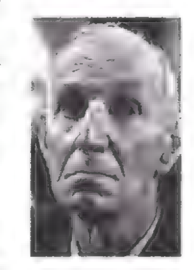
Isaac Bashevis Singer, 87. Als letzter großer Erzähler einer Welt, die von den Nazis mit deutscher Gründlichkeit vernichtet wurde, erhielt er 1978 den Literatur-Nobelpreis – eine Ehrung, die er selbst am wenigsten erwartet hatte. Geboren in Radzymin und aufgewachsen bei Warschau, sollte der jüdische Junge eigentlich wie sein Vater Rabbiner werden. Er zog es aber vor, dem Vorbild seines älteren Bruders Israel Joshua zu folgen und sein (lange Jahre karges) Brot als Journalist und Schriftsteller zu verdienen. Gemeinsam wanderten die Brüder 1935 in die USA aus, wo Isaac Bashevis Singer in die New Yorker Redaktion der größten jiddischen Tageszeitung Amerikas eintrat. Sein Aufstieg zu internationalem Ruhm begann, als Saul Bellow Anfang der fünfziger Jahre eine Erzählung Singers vom Jiddischen



ins Englische übersetzte und in Amerikas damals führender Literaturzeitschrift *Partisan Review* veröffentlichte. So naheliegend es ist, Singers jiddische Geschichten als Requiem auf ein ermordetes Volk zu verstehen, so zweifelhaft bleibt diese moralisch verkürzte Lesart; denn der Schriftsteller war vor allem ein Erotiker, der in den „Leidenschaften“ – so der Titel eines 1976 erschienenen Romans – die menschliche Haupttriebkraft sah. Am vergangenen Mittwoch starb Isaac Bashevis Singer in Florida in einem Altersheim.

◆

Charles-André Julien, 99. Der französische Historiker pflegte in Vorlesungen seinen Studenten zu erklären: „Es gibt zwei Dinge auf der Welt, von denen man nicht mehr loskommt, das ist der Islam und der Tabak!“ Der in der Normandie geborene Sohn französischer Hugenotten schärfte bereits als Sechsjähriger seine Sinne für Toleranz gegenüber Andersgläubigen, als ihn während des aufgeheizten politischen und religiösen Klimas um die Dreyfus-Affäre Klassenkameraden als „Protestanten“ verspotteten. Mit 17 verfaßte er seinen ersten (ungedruckten) Artikel über die Bedeutung der arabischen Kultur; und dies war der Beginn eines lebenslänglichen politischen Wirkens für das Selbstbestimmungsrecht der französischen Kolonien. Während des Zweiten Weltkriegs kämpfte der Sozialist für die Unabhängigkeit der Maghreb-Staaten.



1978 erschien sein wohl umfassendstes Werk „Le Maroc face aux impérialismes. 1415 – 1956“, eine Abrechnung mit der französischen Kolonialpolitik und sein Beweis, daß sich hinter dem politischen Ideal des Protektorats nichts anderes als die Unterdrückung der annektierten Länder verbarg. Charles-André Julien starb am vorvergangenen Freitag.

◆

Lasar M. Kaganowitsch, 98. Der enge Vertraute Stalins war in den zwanziger Jahren als Exekutor der Zwangskollektivierung gefürchtet. Während der dreißiger Jahre beteiligte sich der „Eiserne Kommissar“ an den großen Säuberungsaktionen, bei denen unzählige Parteimitglieder umgebracht wurden. Nach dem Tode Stalins im Jahre 1953 war Kaganowitsch Erster Stellvertretender Ministerpräsident. 1957 jedoch verstieß ihn Parteichef Chruschtschow, der mit den Verbrechen der Stalin-Ära abzurechnen begann, aus allen Regierungs- und Parteiämtern. Der zum Direktor des „Ural-Asbest-Kombinats“ degradierte Altstalinist feierte dennoch als zumeist ungebetener Gast auf Versammlungen Stalin als großen Politiker und wiegelte die Arbeiter gegen die neuen Machthaber auf. Als man ihn schließlich sogar zum „Führer des Sowjet-Ural“ erkor, wurde er schleunigst pensioniert. Lasar M. Kaganowitsch starb jetzt in Moskau.

BERUFLICHES

Klaus-Peter Siegloch, 45, CDU-naher Leiter des Ressorts Innenpolitik beim ZDF, soll am 1. November dieses Jahres den vor kurzem geschaßten Chef des Bonner ZDF-Studios, Wolfgang Herles, 41, ablösen. Der Bonner ZDF-Korrespondent hatte durch wiederholte Kanzler-Kritik den Unmut Helmut Kohls und daraufhin unverzüglichen Handlungsbedarf bei Intendant Stolte hervorgerufen (SPIEGEL 29/1991). Dieser betonte jedoch in seiner Erklärung für die anstehenden Veränderungen, Herles habe gute Arbeit geleistet und werde „nicht in der Versenkung verschwinden“.

MONTAG

20.15 – 21.44 Uhr. ARD.

Der Komödienstadel

Ein Rebellendrama aus dem deutschen Südstaat: wie der wackere bayerische Landwirt Sterff (Michl Lang) sich weigert, seine Steuern zu zahlen, und wie die böse Obrigkeit ihm deshalb seine prachtvolle Zuchtsau Jolanthe wegnehmen will. Der Humor ist bodenständig, die Sprüche sind hundsgemein, und die Handlung beweist, daß Dialekt und Dialektik in Bayern enger zusammengehören als anderswo.



Komödianten Singerl, Lang, Hansmann

21.10 – 23.05 Uhr. RTL plus.

Convoy

Wo einst Prärie war, kreuzen sich nun die Highways, wo Cowboys ritten, fahren nun die Trucker – doch noch immer ist der Westen eine wilde Gegend, und seine Bewohner lassen sich von Sheriffs und anderen Wichtigtuern nicht gern gängeln. Sam Peckinpah inszenierte seinen Film (USA 1978) vom Aufstand der Fernfahrer als Western auf Rädern.

DIENSTAG

19.25 – 20.00 Uhr. ZDF.

Fußball im Revier

Rätselhaftes Ruhrgebiet: Nirgendwo sonst gibt es so viele Bundesliga-Mannschaften auf so engem Raum – doch keiner dieser Vereine wurde seit dem Bundesligastart 1963 auch nur einmal Deutscher Meister. Béla Réthy und Heinz Reudenbach erforschen die Frage, warum die Fans den Verlierern trotzdem treu bleiben.

20.00 – 22.00 Uhr. ZDF.

Fußball – DFB-Supercup

Hansa Rostock – 1. FC Kaiserslautern: das erste Halbfinale, Live-Übertragung aus Rostock.

21.00 – 21.45 Uhr. ARD.

Report

Aus Baden-Baden. Geplant: Kindersterben im Irak – Folge des Golfkriegs; Tierelend auf deutschen Straßen; umweltverschmutzte Antarktis.

21.45 – 22.30 Uhr. ARD.

Dallas

Es geht aufs Ende zu: Schon hat J.R. Frau und Firma verloren, auch Bruder Bobby gibt sich schweigsam, und nicht einmal Cliff Barnes ist richtig in Form.

22.00 – 22.45 Uhr. ZDF.

Deutschland Journal: „Es soll ja alles besser werden“

Die Frauen als Verliererinnen: Anna Doubek berichtet von denen, auf deren Rücken die negativen Folgen der Wiedervereinigung ausgetragen werden.

23.00 – 23.30 Uhr. Sat 1.

SPIEGEL TV Reportage

Geplant: Die Kindermörder von Rio – der Bürgerkrieg der brasilianischen Todesschwadronen.

23.50 – 1.30 Uhr. RTL plus.

Brutale Schatten



Trintignant

Mörder gegen Mörder: Ein französischer Berufskiller (Jean-Louis Trintignant) hat einen Gangsterboß liquidiert, ein amerikanischer Killer (Roy Scheider) jagt ihn deshalb, weitere Gangster haben ihre Finger im Spiel. Der Franzose Jacques Deray inszenierte diesen Thriller (Frankreich/Italien 1972) in Los Angeles – und schon der Blick des Fremden auf diese Stadt macht den Film sehenswert.

MITTWOCH

20.10 – 22.05 Uhr. ARD.

Fußball – DFB-Supercup

Werder Bremen – Stahl Eisenhüttenstadt: das zweite Halbfinale, live aus Osnabrück.

20.15 – 21.00 Uhr. ZDF.

Kennzeichen D

Geplant: Westgeschäft mit Feindobjekt – die schmutzige Geschichte einer edlen Immobilie; Überlebensversuche einer LPG.

22.45 – 0.40 Uhr. West III.

Die Nacht hat viele Augen

Ein Thriller, der nicht nur vom Schießen, sondern vor allem vom Schauen handelt. Zwei Polizisten (Richard Dreyfuss und Emilio Estevez) hocken in einem engen Versteck und observieren die Wohnung einer Gangsterbraut. Sie können nur gucken, nicht handeln, das verbindet sie mit ihren Zuschauern – weshalb John Badhams Film (USA 1987) auch als kleiner Essay über das Kino und sein Publikum gedeutet werden kann.

DONNERSTAG

20.15 – 21.29 Uhr. ARD.

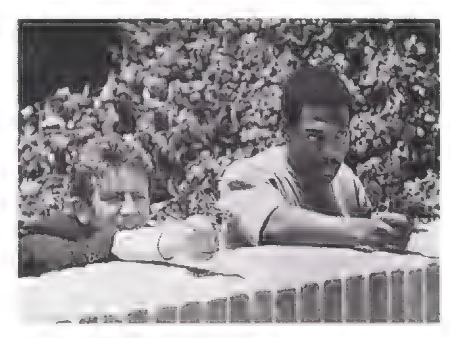
Saddams schreckliches Erbe

Nun, da der Ernstfall schon eine Weile vorbei ist, zeigt die ARD endlich einmal, was sie kann, wenn nicht gerade Krieg herrscht: Korrespondenten berichten von den Schauplätzen des Golfkrieges und aus den großen Hauptstädten dieser Welt; kluge Gäste im Studio versprechen, kluge Dinge über den Krieg zu sagen; und Moderator Ernst Elitz macht eine ernste, staatstragende Miene dazu.

21.00 – 22.50 Uhr. Sat 1.

Beverly Hills Cop

Martin Brests Komödie (USA 1984) ist nicht gerade ein unsterbliches Meisterwerk der Filmkunst – aber schnell, böse und ziemlich witzig. Gar nicht witzig hingegen ist der Rassismus der deutschen Synchronfassung: Hauptdarsteller Eddie Murphy hat in Wirklichkeit eine ganz normale Stimme. Warum also muß sein Synchronsprecher quaken, fisteln und die Stimmbänder peinigen? Ob er wohl glaubt, daß Schwarze so klingen müssen?



Darsteller Reinhold, Murphy

23.00 – 24.00 Uhr. ARD.

Ich bin die tolle Katja

Die Kamera als Therapie-Mittel: Der renommierte Filmautor Bernd Mosblech hat über Jahre das Leben seiner Tochter Katja beobachtet, seit sie als junges Mädchen von den Ärzten als



Katja Dorrenbach

„geistig behindert" eingestuft worden war. Heute ist sie eine selbständige junge Frau, die aus eigener Kraft das Stigma überwunden hat.

23.05 – 0.25 Uhr. Sat 1.

Unter Mordverdacht

Die meisten kennen Paul Henreid nur als Darsteller des Victor Laszlo in „Casablanca", nur wenige hingegen wissen, daß Henreid in den Fünfzigern auch selber inszeniert hat, kleine, billige und sehr ehrliche B-Pictures, die ihre Konflikte ohne lange Umwege und ohne viel Psychologie auf den Punkt bringen. Dieser Thriller (USA 1956) erzählt von einem Unschuldigen, der unter Mordverdacht gerät – und sich selber von diesem Verdacht befreien muß.

FREITAG

15.20 – 17.00 Uhr. ARD.

Trafic

Alles läuft verkehrt im Verkehr: Die Straßen sind dicht, die Reifen haben Löcher, die Menschen sind längst nicht mehr die Beherrscher ihrer Autos, und auf dem Asphalt breitet sich das Chaos aus. Jacques Tati, Frankreichs Antwort auf Stan Laurel, inszenierte diese intelligente und noch immer aktuelle Komödie (Frankreich/Italien 1971) und spielte auch die Hauptrolle.

21.15 – 21.45 Uhr. ZDF.

Lach mal wieder

Der Titel der Sendung ist als Befehl zu verstehen: Wer lacht schon freiwillig über Sketche, die bei der ersten Sendung nur mäßig lustig waren – und vom mehrmaligen Wiederholen nicht komischer werden. Vier gespielte Witze gibt es zu sehen, unter den Darstellern finden sich begnadete Humoristen wie Thomas Fritsch und Anja Kruse.

22.10 – 22.50 Uhr. ZDF.

Aspekte

Porträts des amerikanischen Fotografen Bob Willoughby, des italienischen Verlegers Enzo Crea, des amerikanischen Karikaturisten Al Hirschfeld und des peruanischen Malers Antonio Maro.

23.50 – 1.25 Uhr. ARD.

Die große Versuchung

Unter all den larmoyanten Helden der fünfziger Jahre war Dieter Borsche der traurigste: Er litt, in allen seinen Filmen, am Leben, am Schicksal, an sich selbst und am deutschen Kino. Und wenn Ruth Leuwerik mit ihm litt, wurden sämtliche Schmerzgrenzen überwunden. In Rolf Hansens Melodram



Borsche, Biederstaedt

(Deutschland 1952) spielt Borsche einen Oberarzt, der zwar viel Gefühl hat, aber kein Staatsexamen.

SAMSTAG

17.00 – 17.45 Uhr. West III.

Der Dene vom Mackenzie

Ein Indianer zuständig für die Rechte der Indianer: Dieter Zimmermann porträtiert Stephen Kakfwi vom Volk der Dene, der – in den kanadischen Northwest Territories – der erste Indianer in einem Ministeramt ist.

20.15 – 21.15 Uhr. Eins Plus.

Lobster

Heinz Baumann hatte nach Meinung von Hans. W. Geissendörfer 1976 das rechte Knittergesicht, um einen Serienhelden abzugeben. Anders als bei der „Lindenstraße" hatten hier jedoch alle die Einsicht, daß nach sechs Folgen Schluß sein sollte.

21.55 – 23.15 Uhr. Nord III.

Brüder

1896 kämpften die Hamburger Hafenarbeiter 79 Tage lang für bessere Arbeitsbedingungen. 33 Jahre später rekonstruierte der Filmemacher Werner Hochbaum in einem Stummfilm die dramatischen Tage des Arbeitskampfes. Gezeigt wird eine aufgearbeitete Fassung dieses Dokuments proletarischer Filmkunst.

SONNTAG

20.00 – 23.00 Uhr. Sat 1.

Reise nach Indien



Davis, Guinness

David Lean, der Spezialist für epische Großproduktionen von „Lawrence von Arabien" bis zu „Doktor Schiwago", arbeitet auch in der Reiseerzählung der beiden englischen Damen Quested (Judy Davis) und Moore (Peggy Ashcroft) ein Stück Kolonialgeschichte auf.

20.15 – 21.45 Uhr. ARD.

Tatort: Tod eines Mädchens

Der Ehrgeiz der Journalisten, über den Tag hinaus zu schreiben, führt meist



Tatort-Szene mit Krug (l.)

zum Krimi. Horst Bieber aus der Redaktion der *Zeit* hat für den NDR und Manfred Krug als Hauptkommissar Stoever einen Plot entwickelt, der vom Lolita-Komplex eines jungen Fabrikanten (Helmut Zierl) handelt.

22.00 – 22.30 Uhr. RTL plus.

SPIEGEL TV Magazin

Geplant: Der Fall Krause – Abstieg eines Aufsteigers; Brummipest – Lkw-Krieg auf Deutschlands Straßen.

HOHLSPIEGEL

Aus der *Frankfurter Allgemeinen*: „Auf die Frage ‚Sind Sie zufrieden oder unzufrieden mit Edith Cresson als Premierminister?' antworteten Anfang Juli nach einer Ifop-Umfrage nur noch 18 (im Vormonat 25) Prozent der Franzosen mit Ja."

◆

Aus dem *Darmstädter Echo*: „Ungeborene Kinder sollen künftig Wohngeld erhalten und auf Feststellung ihrer Vaterschaft klagen können. Das will die bayerische Justizministerin Mathilde Berghofer-Weichner erreichen."

◆



Aus der *Mittelbayerischen Zeitung*

◆



Aus der *Nordwest Zeitung*

◆

Aus der *Frankfurter Rundschau*: „Oder ist es die sozialistische Langsamkeit, die häufig in den neuen Bundesländern zu spüren ist? So einfach ist es nicht; aber einfach ist es auch nicht."

◆

Aus dem *Südkurier*: „Weil er im falschen Zug saß, zog ein Pole in der Ostschweiz bei Aarau die Notbremse, stieg in einem Tunnel mit zwei Koffern aus und hielt – an die Wand gelehnt – so lange den Daumen hoch, bis er schließlich von einem Güterzug mitgenommen wurde."

◆

Das Ozonloch bedroht Sie!
Davor können Sie sich schützen, mit modisch, schicken Hüten u. Mützen für die ganze Familie.
Zu Top-Preisen!
Neu im Angebot: Damen u. Herrenberufsbekleidung, mit individueller Katalogauswahl.
Hut-Sieler
Damenhüte, Herrenhüte und Mützen

Aus dem Magdeburger *General-Anzeiger*

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Die *Zeit* über die Spielkasino-Affäre in Baden-Württemberg (SPIEGEL Nr. 28/1991 „Eine Kraft ganz oben"):

Ausgerechnet Baden-Württemberg, oft als „Musterländle" apostrophiert, ist schon wieder, ein halbes Jahr nach der Affäre Lothar Späth, Schauplatz eines politischen Skandals. Verwickelt sind: ein griechischer Nachtclubbesitzer und das Landeskriminalamt. Zugeschaut haben (über Jahre): Dienstellen von Polizei und Staatsanwaltschaft, Bürgermeister, kommunale Ordnungsbehörden. Und der Wirtschaftsminister der Landesregierung, Hermann Schaufler, CDU, ist durch seine Nähe zur Halbwelt ins Rotlicht gerückt . . . Als der SPIEGEL am 8. Juli einen Bericht darüber brachte, garniert mit saftigen Einzelheiten (LKA-Präsident Ralf-Dietrich Krüger zum Konzept verdeckter Ermittlung: „Wer aus der Scheiße etwas rausholen will, der muß reingreifen") und einer deutlichen Bewertung („In der westdeutschen Polizeigeschichte nahezu beispiellose Kungelei mit Kriminellen"), da hatte Stuttgarts große Politik, was ihr gerade noch gefehlt hatte: ein dickes Ei im Sommerloch.

◆

Die Zeitschrift *Wiener* über Lesegewohnheiten der Deutschen unter 30:

Die Deutschen unter 30 konsumieren Medien ziemlich traditionell . . . Die Frauen lesen lieber beim Frühstück, aber weniger intensiv. Im krassen Widerspruch dazu erwarten sie von der „Zeitschrift 2000": Viel Text, wenig Fotos und möglichst Umweltschutzpapier. Die Männer wiederum mögen edles Hochglanzpapier mit vielen bunten Fotos nicht missen. Wenn es um „Information" geht, gibt es in dieser Generation nur einen Sieger: den SPIEGEL.

Der SPIEGEL berichtete . . .

. . . in Nr. 30/1991 CSU – STREIBLS AUSFÄLLE über Zweifel an der Amtsfähigkeit des bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl, der trotz seiner Diabetes vom Alkohol nicht lassen kann.

Am Mittwoch dieser Woche will Streibl, 59, nun seine Fitneß unter Beweis stellen. Um 14.30 Uhr besteigt der Regierungschef mit großem Gefolge den 1341 Meter hohen Kofel bei Oberammergau. Vom Oberammergauer Gemeindezentrum aus sind etwa 500 Höhenmeter zu bewältigen. Mit dieser kleinen Bergtour hofft der Wandersmann alle Spekulationen zu beenden, er könne seine Amtsperiode gesundheitlich nicht durchstehen.

AE 14/90 · 1 PC

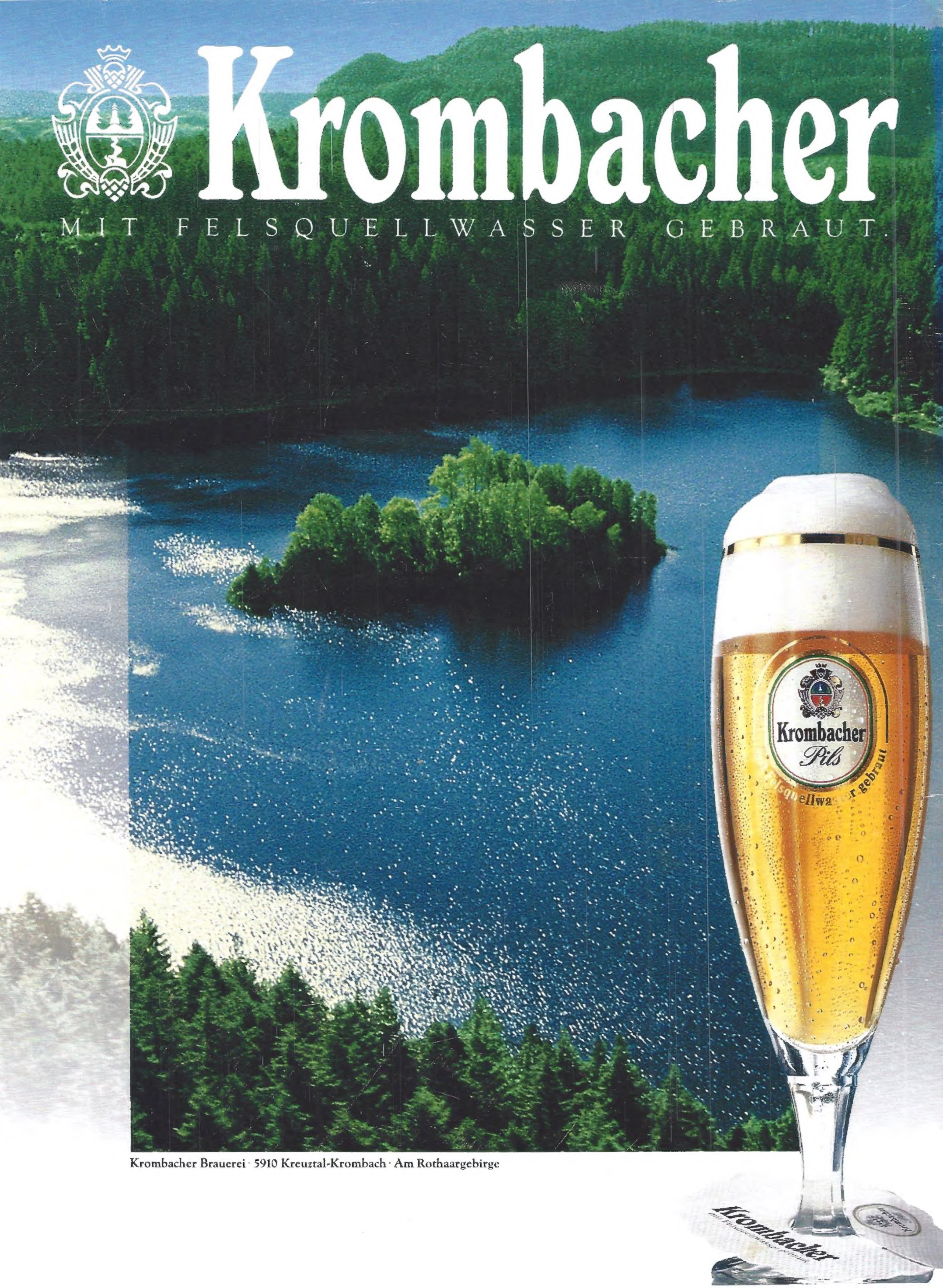


Marianne Sägebrecht. American Express Mitglied seit 1989.

Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.®



Tel.: 01 30-3750


Krombacher
MIT FELSQUELLWASSER GEBRAUT.
Krombacher
Pils
Krombacher Brauerei · 5910 Kreuztal-Krombach · Am Rothaargebirge